

## Christian Th. Müller

„O' Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen  
Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und  
Alltag

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.915>

Reprint von:

Christian Th. Müller, „O' Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen  
Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag, in: Ankunft –  
Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-  
Gesellschaft, herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus,  
Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 17-134

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor  
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur  
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.  
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Christian Th. Müller (2005), „O' Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.915>

Ursprünglich erschienen als: Christian Th. Müller, „O' Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag, in: *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, herausgegeben von Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 29), ISBN 3-412-14605-6, S. 17-134

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 29

Christian Th. Müller  
Patrice G. Poutrus (Hg.)

# Ankunft – Alltag – Ausreise

Migration und interkulturelle Begegnung  
in der DDR-Gesellschaft



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Gerda-Henkel-Stiftung

(483/ZZF 17785)

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

„Neue Wache, Berlin 1990“ (Foto: Stefan Moses – alle Rechte beim Fotografen)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln  
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln  
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11  
[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-14605-6

# Inhalt

CHRISTIAN TH. MÜLLER/PATRICE G. POUTRUS

Einleitung .....	9
------------------	---

CHRISTIAN TH. MÜLLER

„O’ Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag .....	17
1. Einführung.....	17
2. Mentalitätsgeschichtliche Annäherung an das Problem der Studie .....	22
3. Die Rolle der GSSD in der Geschichte der DDR .....	32
4. Deutsch-sowjetische Beziehungen und die Wahrnehmung der GSSD in unterschiedlichen Erlebniswelten.....	99
5. Schlussfolgerungen.....	133

MICHAEL SCHWARTZ

Vertriebene als Fremde. Integrationsprobleme deutscher Zwangsmigranten in der SBZ/DDR .....	135
1. Vertriebene als Randgruppe: Problemdiagnosen in der SBZ/DDR.....	137
2. Umstrittene Antidiskriminierungs-Politik „zum Schutze der Neubürger“ .....	145
3. Fremdheit durch Eigenes: Kulturelle Differenz als Abgrenzungsfaktor.....	152
4. Von der Ausgrenzung zur Selbstabgrenzung: Stolz auf die Fremdheit .....	156
5. SED-Assimilationspolitik und fremde Vertriebene.....	161
6. Schluss.....	170

DAMIAN MAC CON ULADH

„Studium bei Freunden?“

Ausländische Studierende in der DDR bis 1970 .....	175
1. Zum historischen Kontext.....	177
2. Das studentische Leben in den Universitäten .....	179
3. Jenseits der Universitätsmauern – die Interaktion mit der DDR-Bevölkerung.....	197
4. Ergebnisse.....	218

PATRICE G. POUTRUS

„Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft.....

.....	221
1. Erziehung als Idealfall: Die griechischen Flüchtlingskinder .....	224
2. Die Veteranen des spanischen Bürgerkriegs.....	233
3. Iraner und andere Fremde mit unsicherer Herkunft.....	241
4. Der Algerienkrieg als Bürgerkrieg in der DDR.....	248
5. Der schwierige Übergang vom Internationalismus zum Antimperialismus: Das Beispiel Südafrika .....	253
6. Ausblick: Die chilenischen Emigranten in den siebziger Jahren .....	258
7. Fazit.....	264

DAGMARA JAJEŚNIAK-QUAST

„Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben.....

.....	267
1. Einführung.....	267
2. Klassifizierung der ausländischen Arbeitskräfte .....	270
3. Unterschiedliche Behandlung.....	277
4. Branchenunterschiede – Exkurs: EKO .....	284
5. Länderunterschiede.....	287
6. Probleme des Alltags – Möglichkeiten und Grenzen der Integration .....	288
7. Fazit.....	294

JONATHAN R. ZATLIN

„Polnische Wirtschaft“ – „deutsche Ordnung“?  
Zum Umgang mit Polen in der DDR..... 295

1. Verordneter Antirassismus ..... 298
2. Heuschrecken und Diebe zu Gast..... 301
3. Händler und Helden..... 307
4. Kulturdifferenz als Wirtschaftskonflikt? ..... 315

Anhang

Abkürzungsverzeichnis..... 317

Literaturverzeichnis ..... 323

Zu den Autoren ..... 339



CHRISTIAN TH. MÜLLER

# „O’ Sowjetmensch!“<sup>1</sup> Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag<sup>2</sup>

## 1. Einführung

Sowjetische Soldaten und Zivilpersonen bildeten mit einer Gesamtzahl von über einer halben Million Menschen die größte Gruppe von Ausländern in der DDR. Durch ihre flächendeckende Präsenz gehörten sie beinahe 50 Jahre lang für einen sehr großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung zum Alltag. Nach Schätzungen von Kurt Arlt hielten sich zwischen 1945 und 1994 insgesamt etwa 10 Millionen Bürger der Sowjetunion bzw. ihrer Nachfolgestaaten als Soldaten, Zivilbeschäftigte der Streitkräfte oder deren Familienangehörige auf deutschem Boden auf.<sup>3</sup> Verglichen mit den quantitativ deutlich kleineren Gruppen der Vertragsarbeiter und politischen Emigranten stellten sie daher in der DDR gleichsam „die Fremden“ schlechthin dar.

Ihr Aufenthalt war ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und seit 1957 durch ein förmliches Stationierungsabkommen geregelt. Trotz ihrer 1954 proklamierten Souveränität verfügte die DDR in allen die Sicherheitspolitik und insbesondere die Stationierung sowjetischer Truppen betreffenden Fragen jedoch allenfalls über ein begrenztes Mitspracherecht, während letztere – zum Teil sogar im Gegensatz zu bestehenden bilateralen Verträgen – weiterhin Vorrechte aus der Besatzungszeit bis 1954 beanspruchten. Die sowjetischen Streitkräfte in der DDR umfassten dabei 1989 noch 21 Divisionen der Land- und fünf Divisionen der Luftstreitkräfte, die auf 54 Flugplätze und 172 große Kasernenkomplexe verteilt

---

1 Nach dem Gedicht von Max Zimmering: Dank Dir, Du Sowjetmensch!, in: Max Zimmering, Im herben Morgenwind. Ausgewählte Gedichte aus fünfundzwanzig Jahren, Berlin 1958, S. 224 f., Zitat S. 225.

2 Der vorliegende Aufsatz bildet den Abschluss der ersten Phase des Projektes „Ausländische Truppen in Deutschland während des Kalten Krieges. Erfahrungen, Beziehungen, Konflikte“, das gegenwärtig am Hamburger Institut für Sozialforschung mit einer Studie zu den Beziehungen zwischen bundesrepublikanischer Gesellschaft und US-Truppen fortgesetzt wird. Die Ergebnisse beider Projektphasen sollen schließlich in einer vergleichenden Studie zusammengeführt werden.

3 Kurt Arlt, „... stets wachsam zu sein im fremden Land!“ Zum Selbstverständnis der sowjetischen Truppen in der DDR, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 205–224, S. 209.

waren und Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von 2430 km<sup>2</sup> nutzten.<sup>4</sup> Damit suchten die sowjetischen Truppen in der DDR hinsichtlich Stärke, Stationierungsdauer und Stationierungsbedingungen weltweit ihresgleichen.

Ihre Funktion wandelte sich im Kontext der sowjetischen Deutschlandpolitik und des sich entwickelnden Ost-West-Konfliktes. Bestand ihr primärer Zweck zunächst in der Zerschlagung des Nationalsozialismus und des deutschen Militärpotentials, so rückte nach Kriegsende mit Bildung der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBD) am 29. Mai 1945 die Gewährleistung der Reparationen und die langfristige Sicherung des strategischen Vorfeldes der Sowjetunion in den Vordergrund. Damit hing auch die schrittweise Implementierung eines stalinistischen Regimes nach sowjetischem Vorbild zusammen, dessen Machterhalt bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre die zweite große Aufgabe der sowjetischen Truppen in der SBZ/DDR darstellte.

1954 in Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) umbenannt, stellten sie gleichsam die „Speerspitze“ der Sowjetarmee dar, die über den jeweils höchsten Aufstellungsstand sowie die modernste Ausrüstung und Bewaffnung verfügte. Die GSSD bildete den Kern der ersten strategischen Staffel des Warschauer Vertrages, der im Kriegsfall gemeinsam mit der 3. Armee der Nationalen Volksarmee (NVA) die 1. Westfront formiert hätte.<sup>5</sup>

Die Präsenz der GSSD und – falls für notwendig befunden – auch ihr gewaltsames Eingreifen spielte über Jahrzehnte eine elementare Rolle für die Stabilität der DDR und des sozialistischen Systems im Allgemeinen. Angesichts der Implosion des SED-Regimes blieben die im Juni 1989 in „Westgruppe der Truppen“ umbenannten sowjetischen Verbände im Herbst 1989 jedoch in ihren Kasernen und ermöglichten so die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit.

Dieser kurze Überblick zur Rolle der sowjetischen Truppen in der SBZ/DDR verweist bereits auf deutliche Ambivalenzen im deutsch-sowjetischen Verhältnis zwischen 1945 und 1990. Diese Ambivalenzen prägten ihre Beziehungen zur DDR-Gesellschaft ebenso wie die wechselseitige Wahrnehmung nachhaltig. Dabei stechen besonders drei grundsätzliche Widersprüche ins Auge:

1. Die Implantierung des SED-Regimes durch die Besatzungsmacht sowie dessen eklatante Abhängigkeit von der Präsenz sowjetischer Truppen stellten nicht nur die Herrschaftslegitimation der SED bei der ostdeutschen Bevölkerung massiv in Frage, sondern beschränkten auch in erheblichem Maße die Möglichkeiten, die berechtigten Interessen der DDR und ihrer Bevölkerung gegenüber der sowjetischen Seite zu vertreten. Die für die Stabilität des Regimes essentielle Präsenz der GSSD wurde somit gleichzeitig zum Problem für seine Akzeptanz in der Bevölkerung und wirkte letztlich destabilisierend.
2. Dazu trug nicht zuletzt der Widerspruch zwischen vertraglich zugestandener Souveränität und der fortdauernden Inanspruchnahme von Vorrechten aus der Besatzungszeit

---

4 Hans Frank, Die Westgruppe der Truppen (WGT), in: Klaus Naumann (Hg.), NVA. Anspruch und Wirklichkeit nach ausgewählten Dokumenten, Hamburg u.a. 1996, S. 331–350, S. 342.

5 Vgl. Harald Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen – Die nukleare Rolle der Nationalen Volksarmee im Warschauer Pakt, Baden-Baden 1998, S. 48f.

bei Bevormundung, die missbräuchliche Nutzung von Leistungen und Liegenschaften, Verstöße gegen Gesetze der DDR und vertragliche Vereinbarungen sowie die Anmaßung von Sonderrechten schränkten die Souveränität der DDR immer wieder massiv ein und diskreditierten sie in Teilen der Bevölkerung als „Sowjetrepublik DDR“ oder „Russenstaat“.

3. Der für die Perspektive des vorliegenden Beitrags zentrale Widerspruch ist jedoch in der Diskrepanz zwischen der ideologisch überhöhten Theorie der deutsch-sowjetischen Freundschaft und einer – bei Weiterwirken tradierter Stereotypen – primär durch Abschottung, formalisierte Rituale sowie mannigfache Probleme und Konflikte an den Standorten gekennzeichneten sozialen Praxis im Umgang der DDR-Gesellschaft mit den sowjetischen Fremden zu sehen.

Der Forschungsstand zu den sowjetischen Streitkräften in der DDR und ihren Beziehungen zur DDR-Gesellschaft ist immer noch unbefriedigend. Derzeit liegen lediglich einzelne Darstellungen vor, die – überwiegend in Aufsatzform – einen groben Überblick zur Entwicklung und Rolle der Truppenstationierung geben. Die vor 1989/90 erschienenen Arbeiten<sup>6</sup> blieben dabei weitestgehend auf auch im Westen zugängliche Quellen und somit vielfach auf Mutmaßungen angewiesen. Bestand seit 1990 zumindest die Möglichkeit, Materialien aus Archiven der ehemaligen DDR heranzuziehen, muss eine eingehende Untersuchung der GSSD bislang immer noch am weitgehend eingeschränkten Zugang zu den in Podolsk bzw. Moskau eingelagerten sowjetischen Militärakten scheitern.

Die nach der „Wende“ entstandenen Arbeiten<sup>7</sup> haben daher ebenfalls nur kursorischen Charakter. Werden die Lebensumstände der sowjetischen Militär- und Zivilpersonen darin wenigstens am Rande thematisiert,<sup>8</sup> so bleibt die Wahrnehmung der sowjetischen Besatzungsmacht und vor allem das Bild vom real erlebten „Sowjetmenschen“ bei den Ostdeutschen völlig ausgespart. In dieser Hinsicht kann auch die erste „Gesamtdarstellung“ zum Thema von Sascha-Ilko Kowalczuk und Stefan Wolle nicht wirklich befriedigen. Ihr eher populärwissenschaftlich angelegter Begleitband zur ARD-Dokumentation „Roter Stern über Deutschland“ vermag auf relativ schmaler Quellengrundlage lediglich einen groben Überblick zur Geschichte der sowjetischen Militärpräsenz auf dem Territorium der SBZ/DDR zu geben.<sup>9</sup>

---

6 Z.B. Karl-Wilhelm Fricke, Okkupanten oder Waffenbrüder? Die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in: Deutschlandarchiv (DA) 15 (1982), H. 3, S. 269–275; Wolf Oschlies, 30 Jahre „Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland“, in: DA 8 (1975), H. 10, S. 1019–1021; Günter Lippert, Die GSTD. Speerspitze der Roten Armee, in: Internationale Wehrrevue 20 (1987), H. 5, S. 553–563; Gerhard Mahler, Sowjetische Truppen in Deutschland – Konventionelle Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland, Kiel 1988.

7 Vgl. vor allem: Kurt Arlt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 593–631; Frank, Die Westgruppe der Truppen (WGT).

8 Vgl. insbesondere: Thomas Ammer, Sowjetische Soldaten in Deutschland. Interview mit einem ehemaligen Offizier der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in: DA 25 (1992), H. 5, S. 513–519.

9 Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001.

Demgegenüber sind die ausschließlich mit den ersten Jahren der sowjetischen Besatzung befassten Werke von Norman M. Naimark und Jan Foitzik hervorzuheben, deren Ergebnisse sich auf eine intensive Analyse auch der – für diesen Zeitraum zum Teil zugänglichen – sowjetischen Quellen stützen.<sup>10</sup> Auf angrenzenden Forschungsgebieten, wie etwa dem politischen<sup>11</sup> und kulturellen Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht auf die Entwicklung in der SBZ/DDR<sup>12</sup> oder ganz allgemein der „Sowjetisierung“ und „ostdeutschen Sowjetunionserfahrungen“<sup>13</sup> reichen die gewählten Untersuchungszeiträume zum Teil bis in die achtziger Jahre.

Die alltäglichen deutsch-sowjetischen Beziehungen an den Stationierungsorten und die Wahrnehmung der sowjetischen Truppen durch die DDR-Gesellschaft im Allgemeinen werden jedoch außer bei Naimark von keiner der genannten Arbeiten analysiert. Um so hilfreicher sind daher zwei Studien, die am Beispiel der Orte Wünsdorf und Fürstenberg-Drögen unter anderem auch das Zusammen- bzw. Nebeneinanderleben von sowjetischem Militär und deutscher Bevölkerung auf lokaler Ebene thematisieren.<sup>14</sup>

Die systematische Untersuchung der Beziehungen von sowjetischem Militär und DDR-Gesellschaft über die Mitte der fünfziger Jahre hinaus steht jedoch immer noch aus. Parallel zur vorliegenden Arbeit erforscht derzeit Silke Satjukow von der Friedrich-Schiller-Universität Jena die „Beziehungsgeschichte“ von sowjetischem Militär und deutscher Bevölkerung am Beispiel der Standorte Weimar-Nohra und Dresden.<sup>15</sup>

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es, den offiziell-propagandistischen, institutionellen und privaten Umgang der ostdeutschen Gesellschaft mit der Anwesenheit sowjetischer Truppen in der DDR zu untersuchen. Dabei geht es primär weder um eine Geschichte der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ/DDR, noch um die Untersuchung der tatsächlichen oder vermeintlichen „Sowjetisierung“ der DDR-Gesellschaft. Stattdessen stehen die mannigfachen Erfahrungen, Beziehungen und Konflikte der DDR-Gesellschaft mit den sowjetischen Streitkräften im Vordergrund des Interesses. Diese werden auf verschiedenen Ebenen

---

10 Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999; Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997.

11 Stefan Creuzberger, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ*, Weimar 1996; Juri W. Bassistow, *Die DDR – ein Blick aus Wünsdorf*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 1994, Berlin 1994, S. 214–224; Hans Lemberg (Hg.), *Sowjetisches Modell und nationale Prägung: Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg*, Marburg 1991.

12 Gabriele Clemens (Hg.), *Kulturpolitik im besetzten Deutschland, 1945–1949*, Stuttgart 1994; Wolfram Eggeling/Anne Hartmann, *Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953*, Berlin 1998.

13 Vgl. Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1990*, Frankfurt/M. u.a. 1997.

14 Gerhard Kaiser, *Sperrgebiet. Die geheimen Kommandozentralen in Wünsdorf seit 1871*, Berlin 1993; Florian von Buttlar/Stefanie Endlich/Annette Leo, *Fürstenberg-Drögen. Schichten eines verlassenen Ortes*, hg. vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Berlin 1994.

15 Erste Ergebnisse können nachgelesen werden in: Silke Satjukow, *Sowjetische Streitkräfte und DDR-Bevölkerung. Cursorische Phänomenologie einer Beziehungsgeschichte*, in: Ehler/Rogg (Hg.), *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR*, S. 225–249.

der deutsch-sowjetischen Beziehungen und anhand von drei ausgewählten Standorten im heutigen Land Brandenburg nachgezeichnet.

Anders als die meisten vorausgegangenen Arbeiten bezieht diese Studie sich nicht primär auf die Besatzungszeit der vierziger und frühen fünfziger Jahre. Vielmehr wird der Untersuchungszeitraum durch den formalen Übergang zur Truppenstationierung im Bündnis Mitte der fünfziger Jahre und die deutsche Einheit 1990 begrenzt. Aufgrund der disparaten Quellenlage wird ein besonderer Schwerpunkt jedoch auf den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts liegen.

Die Periodisierung des Untersuchungszeitraumes erweist sich dabei aufgrund der Ungleichzeitigkeit von politik- und erfahrungsgeschichtlichen Zäsuren als besonderes Problem. So können der Wechsel von Amtsträgern oder sowjetischen Kommandanten, ebenso wie Änderungen in der Truppendislozierung oder „besondere Vorkommnisse“, die deutsch-sowjetischen Beziehungen am Stationierungsort stärker beeinflusst haben als manche der hier in Frage kommenden Ereignisse aus der Politikgeschichte. Ausnahmen sind dabei jedoch der Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, der Zusammenbruch des SED-Regimes im Herbst 1989 sowie bedingt auch die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im Sommer 1968, die jeweils zu einer veränderten Wahrnehmung der sowjetischen Truppenpräsenz in Teilen der Bevölkerung führten.

Die Komplexität des Gegenstandes erforderte axiomatische Anleihen bei Theorien heterogenen Ursprungs sowie verschiedenen Erhebungs- bzw. Analysemethoden. Die konventionelle Auswertung von Archivalien verschiedenster Provenienz wurde dabei mit Zeitzeugenbefragungen kombiniert. Die Interviews mit insgesamt 15 Zeitzeugen bieten – über die bloße Ergänzung archivalischer Quellen hinaus – die Möglichkeit, zumindest ansatzweise die subjektive Wahrnehmung des Alltags der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der DDR zu rekonstruieren.

Als theoretische Matrix auf der Makroebene dienen die Konstrukte des Fremden, die Entwicklung und das Weiterwirken von Feindbildern sowie des Sowjetunion- bzw. Russlandbildes in der ostdeutschen Gesellschaft.<sup>16</sup> Die Erschließung des komplexen Beziehungsgeflechts an den Standorten stützt sich auf die in der Erforschung der Gesellschaftsgeschichte der DDR bereits bewährten Konzepte von „Herrschaft als sozialer Praxis“ und „Eigen-Sinn“, während die Konflikttheorie Mechanismen und Funktion darin ausgetragener Konflikte transparent zu machen vermag.<sup>17</sup> Im Hinblick auf Lebensbedingungen und devi-

---

16 Vgl. Georg Simmel, Exkurs über den Fremden, in: Georg Simmel, Gesamtausgabe, hg. von Otthein Rammstedt, Bd. 11, Frankfurt/M. 1992, S. 764–771; Günther Wagenlehner (Hg.), Feindbild. Geschichte – Dokumentation – Problematik, Frankfurt/M. 1989; Wolfram Wette, Rußlandbilder der Deutschen im 20. Jahrhundert, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 10 (1995), H. 1, S. 38–64.

17 Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: Alf Lüdtke (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63; Alf Lüdtke, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitserfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993; Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Sozialgeschichte der DDR, Köln u.a. 1999; Lewis A. Coser, Theorie sozialer Konflikte, Neuwied u.a. 1965.

antes Verhalten sowjetischer Militärangehöriger hat sich schließlich Erving Goffmans Theorem der „totalen Institution“ als hilfreiches Analyseinstrument erwiesen.<sup>18</sup>

Mit diesem theoretisch-methodischen Instrumentarium wird im Folgenden zunächst eine mentalitätsgeschichtliche Annäherung an den Untersuchungsgegenstand unternommen. Der Fokus ist dabei auf das Konstrukt des Fremden und die Schichten des Russland- bzw. Sowjetunionbildes gerichtet. In einem zweiten Schritt wird die Rolle der sowjetischen Streitkräfte in der Geschichte der DDR betrachtet, wobei propagandistischer Anspruch und „graue“ Wirklichkeit gegenübergestellt werden. Schließlich werden in einem dritten Schritt die deutsch-sowjetischen Beziehungen in unterschiedlichen Erlebniswelten nachgezeichnet. Dafür wurden die hinsichtlich ihrer Siedlungsstruktur unterschiedlichen Standorte Krampnitz, Jüterbog mit dem Truppenübungsplatz (TÜP) Heidehof sowie die Großstadt Potsdam ausgewählt. Als Sonderfall werden außerdem die „Waffenbrüderschaftsbeziehungen“ zwischen GSSD und NVA betrachtet.

## 2. Mentalitätsgeschichtliche Annäherung an das Problem der Studie

Die Beziehungen zwischen ostdeutscher Gesellschaft und den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräften waren – wie unten noch näher auszuführen sein wird – ganz wesentlich durch mannigfache Fremdheitserfahrungen, ja nicht selten durch „Befremden“ gekennzeichnet. Auch die gebetsmühlenartig wiederholte Beschwörung der „unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft“<sup>19</sup> vermochte über diesen, den deutsch-sowjetischen Alltag in den Garnisonen prägenden Umstand nicht hinwegzutäuschen.

Für die in Kasernen und Militärstädtchen abgeschottet lebenden sowjetischen Soldaten und Zivilpersonen blieb die DDR, wie es in einem Soldatenlied der GSSD heißt, letztlich ein „fremdes Land“, in dem besondere Wachsamkeit vonnöten sei.<sup>20</sup> Konstitutiv für das Auftreten weiter Teile des Offizierskorps der GSSD gegenüber Bevölkerung und Behörden des „Bruderlandes“ war daher stets ein gewisses Misstrauen. Anders als die Offiziere hatten die einer rigiden Reglementierung unterworfenen Wehrpflichtigen meist gar keine Gelegenheit, die vor allem für die asiatischen und kaukasischen Soldaten völlig fremde deutsche Alltagskultur näher kennen zu lernen.

Umgekehrt zeigten sich nicht nur Angehörige der autochthonen Bevölkerung, sondern auch die offiziell auf deutsch-sowjetische Freundschaft eingeschworenen Vertreter von

---

18 Erving Goffman, *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt/M. 1973.

19 Vgl. dazu allgemein Jan C. Behrends, *Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“*. Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990), in: ders./Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 75–98.

20 Vgl. *Auf Gefechtsposten*. Ein Buch über die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Berlin 1977, S. 101. Lied „Auf Gefechtsposten“ von W. Andrianow: „... denn unsere Heimat hat betont, stets wachsam zu sein in fremdem Land.“

öffentlicher Verwaltung und „bewaffneten Organen“ von den in der Sowjetarmee angewandten Praktiken des Umgangs mit menschlichen und materiellen Ressourcen vielfach „befremdet“.

Die Bedeutung wechselseitiger Zuschreibungen von Fremdheit und der damit verbundenen nationalen Stereotypen für die Gestaltung der alltäglichen Beziehungen und die Austragung von Konflikten ist somit kaum zu überschätzen. Im Folgenden sollen daher zunächst Charakter und Implikationen der Kategorie „fremd“ betrachtet werden, um im zweiten Abschnitt auf die Schichten des Russland- bzw. Sowjetunionbildes in der ostdeutschen Bevölkerung näher einzugehen.

## 2.1 Das Fremde und das Eigene

Fremdheit resultiert, wie das germanische Wort „fram“ als Vorform des Wortes „fremd“ verdeutlicht, ursprünglich aus räumlicher Distanz.<sup>21</sup> Im deutschen Sprachgebrauch bezeichnet „fremd“ aber nicht nur „das, was außerhalb des eigenen Bereichs liegt“, sondern auch „das, was anderen gehört“ und „das, was von anderer Art, was fremdartig oder heterogen ist“,<sup>22</sup> also von den eigenen Ordnungsmustern abweicht.

„Es gibt Freunde und Feinde. Und es gibt Fremde.“<sup>23</sup> Der Fremde ist gleichsam der unentschiedene Dritte. Trennt der Gegensatz von Freund und Feind Wahres von Falschem und Gutes von Bösem, indem er die Welt in ein dichotomes Muster zwingt und damit lesbar macht, so sprengt der Fremde diesen vertrauten Antagonismus, kann er doch beides gleichermaßen sein.<sup>24</sup> Der Fremde gehört zu den „Unentscheidbaren“, die „weder noch“ und gleichzeitig „dieses und jenes“ sind. Vermeintlich höchst sichere Trennungen und die ordnende Macht des Freund-Feind-Gegensatzes werden so nachhaltig in Frage gestellt. Der Fremde verunsichert und erweckt immer wieder das Misstrauen der Autochthonen.

Der Prototyp des Fremden nach Georg Simmel ist dabei kein Wanderer, „der heute kommt und morgen geht“, sondern einer, „der heute kommt und morgen bleibt“. Obschon ersterer freilich auch ein Fremder ist, wird nur der Verweilende längerfristig oder gar dauerhaft den Status eines Fremden haben, denn nur durch den Bleibenden baut sich die den Fremden charakterisierende „Einheit aus Nähe und Ferne“ auf. Der Fremde ist dabei nicht fremd im Sinne völliger Unbekanntheit, sondern er ist eine Seite einer positiv gegebenen Relation. Simmel verweist treffend darauf, dass die etwaigen „Bewohner des Sirius“ für uns nicht eigentlich Fremde, sondern nicht existent sind.<sup>25</sup>

---

21 Wilhelm Kluge, *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*, Berlin u.a. 1975, S. 218. „fram“ bedeutet danach soviel wie entfernt, fern und fern von, weg von. Vgl. auch das englische „from“.

22 Bernhard Waldenfels, *Phänomenologie des Eigenen und des Fremden*, in: Herfried Münkler/Bernd Ladwig (Hg.), *Furcht und Faszination: Facetten der Fremdheit*, Berlin 1997, S. 65–81, S. 68.

23 Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz*, in: Ulrich Bielefeld (Hg.), *Das Eigene und das Fremde: neuer Rassismus in der Alten Welt?*, Hamburg 1991, S. 23–49, S. 23.

24 Vgl. ebd., S. 24.

25 Simmel, *Exkurs über den Fremden*, S. 764f.

Fremdheit als Negation von Eigenheit ist daher eine zutiefst relationale Kategorie, die ihre Faktizität erst durch den kommunikativen Akt der Zuschreibung erlangt.<sup>26</sup> Als Negation von Eigenheit wird Fremdheit stets durch den Filter der eigenen Kultur wahrgenommen. Das „Fremde“ ist grundsätzlich das aufgefasste Andere, ein „Interpretament der Andersheit und Differenz“. Folglich gibt es auch keine objektive Größe des Fernen, Ausländischen, Nichteigenen oder Unvertrauten.<sup>27</sup> Fremdes ist immer relativ und nur in der Weise fremd, wie es negativ auf das Vertraute bezogen wird. Doch damit nicht genug. Die Unterscheidung des Eigenen vom Fremden setzt noch nicht einmal das Eigene/Vertraute voraus, sondern fragt lediglich danach, „wie bestimmte Formen gesellschaftlicher Vertrautheit korrespondierende Formen des ‚Fremden‘ hervorbringen“, so dass sich etwa vertraute von fremden Lebenswelten unterscheiden lassen.<sup>28</sup> Dabei sind freilich Steigerungsgrade der Fremdheit möglich, wie sie Bernhard Waldenfels unterscheidet:

1. die alltägliche und „normale“ Fremdheit, die all das umfasst, was innerhalb der eigenen Ordnung fremd bleibt, etwa der unbekannte Passant auf der Straße, der Postbote oder Schalterbeamte.
2. die strukturelle Fremdheit dessen, was außerhalb einer bestimmten Ordnung liegt, wie fremde Sprachen, der Gebrauch von Mimik und Gestik in anderen Kulturen sowie schließlich
3. die radikale Form der Fremdheit, zu der alles gehört, was außerhalb jeder Ordnung liegt. Hier ist an Grenzphänomene wie Schlaf, Rausch, Eros und Tod zu denken, die zwar kulturell gedeutet, aber nicht gebändigt werden können.<sup>29</sup>

Das Fremde wird also vor allem deshalb zum Fremden, weil es außer-ordentlich ist. Das heißt, dass die Zuschreibung von Fremdheit eine mehr oder weniger weit gefasste Ordnung voraussetzt. Deren Prägekraft wird jedoch stets durch die Verflechtung von Eigenem und Fremdem relativiert; begegnet uns doch Eigenes im Fremden und Fremdes im Eigenen. Die Fremdheit beginnt folglich im Individuum selbst, im eigenen Haus und im eigenen Land.<sup>30</sup>

Das Verhältnis von Eigenem und Fremdem gewinnt dort besondere Brisanz, wo die innere Ordnung der Eigenheit noch nicht oder nicht mehr gesichert oder im Innen-Außen-Verhältnis durch „Überfremdung“ gefährdet erscheint. Die kritische Sicht weiter Bevölkerungsteile auf die „Sowjetisierung“ der DDR bis hin zu deren Ablehnung als „Russensstaat“<sup>31</sup> ist dafür ein Beispiel. Die Furcht vor Überfremdung betrifft jedoch nicht nur die

---

26 Herfried Münkler/Bernd Ladwig, Dimensionen der Fremdheit, in: dies. (Hg.), Furcht und Faszination: Facetten der Fremdheit, S. 11–44, S. 13.

27 Gudrun Hagen, Das Eigene und das Fremde. Eine Herausforderung an die Geschichtsdidaktik, in: Zeitgeschichte 26 (1999), H. 1, S. 38–57, S. 45. Vgl. Ortfried Schöffter, Modi des Fremderlebens. Deutungsmuster im Umgang mit Fremdheit, in: ders. (Hg.), Das Fremde. Erfahrungsmöglichkeiten zwischen Faszination und Bedrohung, Opladen 1991, S. 13–42, S. 19.

28 Armin Nassehi, Der Fremde als Vertrauter: Soziologische Beobachtungen zur Konstruktion von Identitäten und Differenzen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 48 (1995) H. 3, S. 443–463, S. 448.

29 Waldenfels, Phänomenologie des Eigenen und des Fremden, S. 72.

30 Ebd., S. 70 und 73.

31 Vgl. BLHA, Rep. 401 Rat des Bezirkes Potsdam 6671, Abt. Innere Angelegenheiten: Analyse Feindtätigkeit des BDVP Potsdam vom 21.6.1957, S. 4.



Einwanderungsländer, sondern auch die Fremden in der Fremde selbst. Die weitgehende Abschottung der sowjetischen Truppen von der DDR-Gesellschaft ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen.

Einen wesentlichen Wandel erfuhr der Umgang mit Fremdheit im Zuge der Ausbildung von Nationalstaaten. Während es einerseits durch die Lockerung des sozialen Beziehungsgeflechtes gleichsam zu einer Generalisierung von Fremdheit als strukturellem Merkmal der modernen Gesellschaft kommt, in der der einzelne Mensch vor allem als Funktionsträger – Verkäufer, Arbeiter, Beamter etc. – gesehen wird, ist diese Phase wesentlich durch kulturelle Intoleranz gegenüber allen Differenzen und damit allem Fremden geprägt.

Ein theoretisches Verständnis des Fremden in der Moderne erfordert daher primär eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Nationalstaates. Die Rede von der „Nation“ und die nationale Ideologie erwachsen aus dem Bedürfnis, den komplexer gewordenen sozialen und politischen Arrangements Sinn zu verleihen. Die Nation als Ersatzreligion versteht „die unvertraut gewordene Welt mit dem Siegel der Vertrautheit“. Sie entschärft innernationale Differenzen und Konflikte zugunsten äußerer Abgrenzung. Der Fremde dient als negative Identifikationsfolie, als identitätsstiftender Außenhorizont. Fremd ist alles außerhalb der eigenen Nation. Zum Prototyp des Fremden wird dabei der „Ausländer im Inland“,<sup>32</sup> ob schon auch ethnische Minderheiten und „Andere“ vielfach als Fremde behandelt werden.

Der Rekurs auf das Nationale, die Mobilisierung von Solidarität mit einer „vorgestellten Gemeinschaft“<sup>33</sup> wird dabei zum probaten Mittel, um Massenloyalität und soziale Homogenität herzustellen. Auch die SED-Führung instrumentalisierte den Begriff der Nation zum Zweck der Herrschaftslegitimation – zunächst mit gesamt nationalem Anspruch und ab Anfang der siebziger Jahre in Abgrenzung der „sozialistischen Nation“ der DDR von der „bürgerlichen Nation“ der Bundesrepublik.

Die nationale Propaganda der SED erwies sich jedoch als äußerst zweischneidiges Schwert. Das lag weniger an den partiellen Widersprüchen zum ebenfalls propagierten „proletarischen Internationalismus“ als vielmehr an ihrer „eigen-sinnigen“ Umdeutung in der Gesellschaft: Die nationale Propaganda bot Anknüpfungspunkte zur Fortschreibung nationaler Stereotypen sowohl hinsichtlich des eigenen Selbst-, als auch des Fremdbildes von anderen Nationen. Das barg jedoch insbesondere im Hinblick auf die propagierte Vorbildrolle der Sowjetunion und die Probleme und Konflikte im Zusammenhang mit der sowjetischen Truppenpräsenz in der DDR eine besondere Brisanz. Unter dem dünnen Firnis des überhöhten offiziellen Bildes von der Sowjetunion und der deutsch-sowjetischen Freundschaft kamen immer wieder tradierte, nicht selten durch Negativstereotypen gekennzeichnete Russlandbilder zum Vorschein. Im Umgang mit den sowjetischen Soldaten und Zivilpersonen an den Standorten erwies sich Fremdheit immer wieder als ein Beziehungsverhältnis, das sich durch Nähe eher noch intensiviert, wurde so die strukturelle

---

32 Nassehi, *Der Fremde als Vertrauter*, S. 451f.

33 Vgl. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes*, Berlin 1998.

Fremdheit – in Gestalt von Sprachbarriere und Mentalitätsunterschieden<sup>34</sup> – doch hautnah erfahrbar.

Analog zu anderen Fremden wurden „die Russen“ oder – oft mit ironischem Unterton – „die Freunde“ kaum als Individuen, sondern primär als Gruppe wahrgenommen. Das galt ganz besonders dann, wenn sie mit DDR-Bürgern um knappe Ressourcen, z.B. Konsumgüter, konkurrierten. Trotz proklamierter Freundschaft konnten die Fremden dann sehr schnell als Feinde wahrgenommen werden, und es kam zu verbalen oder gar tätlichen Auseinandersetzungen in den Geschäften. Dabei wurde wechselseitig an tradierte Feindbilder – „Russen“ hier, „Faschisten“ da – angeknüpft.<sup>35</sup>

Die Wirkungsmächtigkeit tradierter Stereotypen und Deutungsmuster lässt eine nähere Betrachtung der Schichten des Russland- bzw. Sowjetunionbildes der ostdeutschen Bevölkerung sinnvoll erscheinen.

## 2.2 Schichten des Russland- bzw. Sowjetunionbildes in der ostdeutschen Bevölkerung

Das Bild von Russland bzw. der Sowjetunion in der ostdeutschen Bevölkerung war durch die Gemengelage widersprüchlicher Versatzstücke unterschiedlichsten Ursprungs gekennzeichnet. Im Hinblick auf die sowjetischen Streitkräfte standen der SED-Propaganda dabei tradierte Russlandbilder der Zeit vor 1945 ebenso wie die im offiziellen Diskurs weitgehend tabuisierten Gewalterfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit diametral gegenüber.

Das „kollektive Gedächtnis“<sup>36</sup> der DDR-Bevölkerung war deshalb von ausgeprägter Janusköpfigkeit. Die Traumata des Kriegsendes und der Anfangsphase der sowjetischen Besatzung, die von Vergewaltigungen und Plünderungen über die willkürliche Inhaftierung in Speziallagern bis hin zur weitgehenden Demontage des ostdeutschen Industriepotentials reichten, konnten dabei fast ausschließlich im privaten Rahmen und auch dort nur hinter vorgehaltener Hand thematisiert werden. Dennoch blieben sie im kollektiven Gedächtnis präsent, so dass selbst Jahrzehnte später allein Gerüchte über aktuelle Straftaten sowjetischer Soldaten Déjà-vu-Erlebnisse mit zum Teil heftigen emotionalen Reaktionen auslösen konnten. Das konnte soweit gehen, dass 1971 in Stendal zwei sowjetische Armeeingehörige, die eine Frau lediglich nach dem Weg gefragt hatten, als vermeintliche Vergewaltiger von zwei angetrunkenen DDR-Bürgern mit Messerstichen schwer bzw. lebensgefährlich verletzt wurden. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) leitete daraufhin Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung bzw. wegen Mordversuches ein.<sup>37</sup>

---

34 Mentalitäten verstehe ich in diesem Zusammenhang als Komplexe von kollektiven Einstellungs- und Verhaltensmustern, die unabhängig von den einzelnen Individuen existieren und deren Beziehungshandeln innerhalb eines bestimmten sozialen Raumes prägen.

35 Nassehi, *Der Fremde als Vertrauter*, S. 457. Vgl. den Bericht über eine Massenschlägerei deutscher und sowjetischer Frauen in einem Neuruppiner Kinderkonfektionsgeschäft 1986. BStU, BVfS Pdm. KD Neuruppin 143, Bl. 6–10.

36 Vgl. Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt/M. 1991.

37 Vgl. BStU, ZAIG 1930.

In der öffentlichen Erinnerung dominierte hingegen die Ikone des Rotarmisten als heroischem Befreier<sup>38</sup> und selbstlosem Helfer bei der Organisation von Nachkriegsalltag und sozialistischem Aufbau. Relativierungen dieses offiziellen Bildes wurden allenfalls andeutungsweise, wie in Konrad Wolfs Film *Ich war neunzehn* von 1968 toleriert.<sup>39</sup> Trotz der eindeutigen Hegemonie der offiziellen Darstellung des Kriegsendes als „Befreiung“ boten sich somit aber gleichzeitig Ansatzpunkte dafür, die individuellen Erfahrungen der Angehörigen der Kriegsgeneration zu einem Bestandteil des kommunikativen Gedächtnisses zu machen. Das insbesondere in der älteren Bevölkerung verankerte Geschichtsbild konnte daher beträchtlich von den offiziellen Vorgaben abweichen<sup>40</sup> und wurde durch individuelle Erzählungen an die nachwachsende Generation tradiert. Das traf auch auf das Bild von Russland bzw. der Sowjetunion im Allgemeinen zu, dessen Versatzstücke bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten.

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde Russland als riesiges, potentiell reiches, dabei aber „asiatisch“ geprägtes, „halbbarbarisches“ und daher rückständiges Land angesehen. Speiste sich daraus nicht zuletzt deutsches Überlegenheitsgefühl, so wurde die Entwicklung des ökonomischen und militärischen Potentials des Zarenreiches vor 1914 als Bedrohung wahrgenommen und verband sich mit der Assoziation brennender und sengender „Kosakenhorden“, galt doch der „Rassekampf zwischen Germanen und Slawen“<sup>41</sup> in einer sozialdarwinistisch geprägten Weltsicht als letztlich unvermeidlich. Russland wurde folglich abwechselnd als „Koloss auf tönernen Füßen“ oder als unaufhaltbare „Dampfwalze“ angesehen.<sup>42</sup>

Diese Ambivalenz setzte sich nach der Oktoberrevolution von 1917 fort. In den Augen deutscher Diplomaten dominierte nun zunächst ein geringschätzig-abwertendes Bild von Russland als potentiell deutschem „Ostimperium“. Dessen „asiatische“ und nun auch noch „bolschewistischen Horden“ wurden jedoch bald wieder als Bedrohung des „Abendlandes“ angesehen. Der mit dem Rapallo-Vertrag 1922 temporär auftauchende Gedanke einer „deutsch-russischen Schicksalsgemeinschaft“ erwies sich demgegenüber als wenig nachhaltig. Zu stark war die Vorstellung von Russland als Hort „primitiv-barbarischer, chaotisch-anarchistischer und minderwertig-rassischer Elemente“.<sup>43</sup>

An dieses Feindbild konnte das nationalsozialistische Russlandbild unmittelbar anknüpfen. Das tradierte Doppelklischee vom „Koloss auf tönernen Füßen“ und dem dampfwal-

---

38 Vgl. Jan-Holger Kirsch, „Wir haben aus der Geschichte gelernt.“ Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln u.a. 1999, S. 67.

39 Heiner Carows *Die Russen kommen* aus dem gleichen Jahr durfte dagegen erst 1987 uraufgeführt werden.

40 Vgl. Konrad H. Jarausch, *Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz*, in: ders./Martin Sabrow (Hg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt/M. u.a. 2002, S. 9–37, S. 15.

41 Vgl. Caprivi These vom „Rassenhass zwischen Germanen und Slawen“ bei Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression*, Stuttgart 1985, S. 55.

42 Vgl. Hans-Erich Volkmann, Einleitung, in: ders. (Hg.), *Das Rußlandbild im Dritten Reich*, Köln u.a. 1994, S. 1–8, S. 4f. Darin auch: Manfred Weißbecker, „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP, S. 9–54, S. 10.

43 Vgl. Wolfgang Michalka, *Rußlandbilder des Auswärtigen Amtes und deutscher Diplomaten*, in: Volkmann (Hg.), *Das Rußlandbild im Dritten Reich*, S. 79–103, S. 98 und 103.

zenartigen „Drang nach Westen“ musste lediglich durch den Topos des „jüdischen Bolschewismus“ ergänzt werden. Russland galt nunmehr als dessen „Hort“ und wurde zum „Weltfeind Nr. 1“ erklärt. Gleichzeitig wurde es als begehrenswertes Land betrachtet, das jedoch von minderwertigen Menschen besiedelt sei. Der slawischen Bevölkerung wurde daher eine Behandlung als „weiße Neger“ zugeordnet.<sup>44</sup>

Dieses Überlegenheitsdenken spiegelte sich auch in der Unterschätzung der Roten Armee wider, deren Soldaten als „dumpfe Masse“, „slawische Untermenschen“ und „Verbrechertypen“ apostrophiert wurden. Dieses Bild musste jedoch angesichts des unerwartet heftigen Widerstandes, der bereits unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion einsetzte, revidiert werden. Die Rote Armee erwies sich im Vergleich zu allen bisherigen Gegnern der Wehrmacht als weitaus zäher und gewandter und mutierte bald zum deutschen Angstgegner. Der rassistischen Wahrnehmung ihrer Soldaten tat dies jedoch keinen Abbruch. Joseph Goebbels begründete den anhaltenden sowjetischen Widerstand in einem Tagebucheintrag vom 7. Dezember 1941 entsprechend damit, „dass der Russe sehr viel Härteres gewohnt ist als der Deutsche“.<sup>45</sup>

Mit einer solchen Sicht korrespondierte auch das durch stereotype „Völkercharakteristiken“ geprägte Russlandbild der meisten Wehrmachtssoldaten. Mit kolonialem Blick wurde „der Russe“ a priori als primitiv, schmutzig, verschlagen, kulturlos und „asiatisch“ wahrgenommen. In Feldpostbriefen wird immer wieder „Dreck“ als das zentrale kulturelle Defizit „im Osten“ bezeichnet. Die persönliche Begegnung mit sowjetischer Bevölkerung und Soldaten konnte derartige Negativklischees nur zum Teil relativieren, denn zu nachhaltig hatte die NS-Propaganda die Deutungsmuster vieler Deutscher geprägt. Mit derart konditioniertem Blick fanden Vorurteile auch in der persönlichen Erfahrung vielfach ihre Bestätigung.<sup>46</sup>

Das gilt um so mehr für die traumatische kollektive Erfahrung des sowjetischen Einmarsches nach Deutschland 1944/45. Die zahlreichen Übergriffe sowjetischer Militärangehöriger schienen die zuvor systematisch geschürte Angst vor „den Russen“, die brennend, mordend und nicht zuletzt vergewaltigend über das Land herfallen würden, um schließlich weite Teile der Bevölkerung „nach Sibirien“ zu verschleppen, zu rechtfertigen. Dabei wurde nicht zuletzt eigene Verantwortung für die von Deutschen in der Sowjetunion begangenen Verbrechen verdrängt und in einem kollektiven Abwehrvorgang auf „die Russen“ projiziert.<sup>47</sup>

Die individuelle Erfahrung erwies sich dagegen zum Teil als ausgesprochen zwiespältig. Den plündernden und vergewaltigenden Marodeuren standen Soldaten und Offiziere gegenüber, die Schutz gewährten, freundlich zu Kindern waren und zum Teil mit Deutschen ihr

---

44 Vgl. Wolfram Wette, Das Russlandbild in der NS-Propaganda. Ein Problemaufriss, in: Volkmann (Hg.), Das Russlandbild im Dritten Reich S. 55–78, S. 62 und Jürgen Förster, Zum Russlandbild des Militärs 1941–1945, in: Volkmann (Hg.), Das Russlandbild im Dritten Reich, S. 141–163, S. 154.

45 Wette, Das Russlandbild in der NS-Propaganda, S. 66.

46 Ebd., S. 75. Thilo Stenzel, Das Russlandbild des „kleinen Mannes“. Gesellschaftliche Prägung und Fremdwahrnehmung in Feldpostbriefen aus dem Ostfeldzug (1941–1944/45), München 1998, S. 65 und 68.

47 Wette, Das Russlandbild in der NS-Propaganda, S. 78. Vgl. auch: Erich Kuby, Die Russen in Berlin 1945, München u.a. 1965, S. 325f.

Brot teilten.<sup>48</sup> In dem die frühe Nachkriegszeit kennzeichnenden Klima der Gewalt und der Willkür des Siegers, der nach eigenem Ermessen requirierte und einquartierte, blieb jedoch für viele Deutsche die Erfahrung ihrer Ohnmacht und Rechtlosigkeit prägend.

Während die Übergriffe sowjetischer Soldaten in der SBZ/DDR entweder öffentlich beschwiegen oder im offiziellen Sprachgebrauch „Männern in russischer Uniform“ zugeschrieben wurden, wurde die Sowjetunion als „Pionier des Menschheitsfortschritts“ und die sowjetischen Soldaten als „großherzige Sowjetmenschen“ verklärt, die von Anfang an auf der Seite der Werktätigen der SBZ gestanden hätten.<sup>49</sup> Folgerichtig musste die Freundschaft zur Sowjetunion auch die „Herzessache aller Deutschen“ sein.<sup>50</sup>

Dieser Lesart schlossen sich vor allem jene Teile der Bevölkerung an, die den Einmarsch der Roten Armee als Befreiung empfunden hatten bzw. fürderhin eng mit der Politik der SED zum Aufbau eines sozialistischen deutschen Staates verbunden waren. Prägend für ihr Bild von der Sowjetunion ebenso wie von den sowjetischen Streitkräften waren primär die ideologisch überhöhte Darstellung abstrakter „Sowjetmenschen“, zum Teil aber auch die Begegnung mit sowjetischen Offizieren und Funktionären bei Festveranstaltungen und „Manifestationen“ offiziellen Charakters. Die zum Teil erbärmlichen Lebensbedingungen sowjetischer Soldaten und die aus der sowjetischen Truppenpräsenz resultierenden Probleme wurden von dieser Bevölkerungsgruppe entweder nicht wahrgenommen oder bagatellisiert.

In weiten Teilen der Bevölkerung stieß das überhöhte Selbstbild der Roten Armee, welches bis zum Ende der DDR auch die Propaganda der SED und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft prägte, jedoch auf Ablehnung oder zumindest massive Vorbehalte, was angesichts der oben geschilderten Umstände nicht verwunderlich ist. Daran vermochte auch die Sympathie für Gorbatschows Glasnost und Perestroika ab Mitte der achtziger Jahre kaum etwas zu ändern. Während das SED-Regime vor dem Hintergrund der Reformbestrebungen im sowjetischen „Bruderland“ ohnehin bereits vor immer größeren Argumentationsproblemen stand, wurden nun auch die Missstände an den sowjetischen Standorten in der DDR zunehmend öffentlich thematisiert.

Das Sowjetunionbild der DDR-Gesellschaft erweist sich somit als äußerst ambivalent. Neben dem offiziellen Sowjetunionbild wirkten unterschwellig tradierte Ressentiments weiter, die im deutsch-sowjetischen Garnisonsalltag als Stereotypen reproduziert wurden. Das Spektrum der Erlebnisse stellt sich dabei sehr differenziert dar. Positiv wurden von den befragten Zeitzeugen vor allem die Herzlichkeit und die sprichwörtliche russische Gastfreundschaft bei Reisen in die Sowjetunion oder Treffen mit Angehörigen des Patenrumpenteils bewertet, wie sie der ehemalige Berufsoffizier Christoph Maiwald schildert:

„Der sowjetische Mensch ist ein unheimlich gastfreundlicher Bürger. Und wer dahin geht und anerkannt war und sich offen und ehrlich also diesen Menschen gegenüber gestellt hat, der hat eine *Gastfreundschaft* und eine *Herzlichkeit* erfahren, die ist einmalig gewesen. (...) Ich habe dort einfache Veranstaltungen erlebt, die über drei Tage gingen. Die wollten uns gar nicht wieder weg lassen, ja? Da wurde der Wartburch

48 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 92. Vgl. Interview mit Sören Schweneke\*, S. 23f. (Bei mit \* gekennzeichneten Namen handelt es sich um Pseudonyme.)

49 Vgl. Auf Gefechtsposten, S. 32 und 61.

50 So Wilhelm Pieck 1952 in der gleichnamigen Schrift. Vgl. SAPMO-BArch, NY4036/459, Bl. 60.

anjehoben, mit meinem Kommandeur und unseren Frauen, damit die Räder nicht fassen konnten, ja? Damit wa nich vom Hof fahren konnten. Es war schon manchmal wirklich für *uns* nich nachvollziehbar. Und nu kennt man ja auch keine, ich sach mal, in diesen Beziehungen gibt es keine Zeitprobleme, bei den Kameraden da. Sie ham immer Zeit. Und wir waren immer unter Zeitdruck.“<sup>51</sup>

Zeigen sich an diesem positiven Beispiel bereits deutliche Mentalitätsunterschiede, die durchaus auch „befremden“ konnten, so war der größere Teil der offiziellen und inoffiziellen deutsch-sowjetischen Begegnungen an den Standorten eindeutig mit Fremdheitserfahrungen verbunden, welche die Reproduktion von Negativstereotypen förderten. Das betraf in erster Linie den praktizierten Umgang mit personellen und materiellen Ressourcen sowie die Einhaltung gemeinsamer Absprachen. Pfarrer Wilfried Flach verweist in diesem Zusammenhang auf eine „allgemeine Schlampigkeit“ im Hinblick auf die Verkehrstüchtigkeit von Kraftfahrzeugen, den Umgang mit Waffen und Munition sowie die Einhaltung von Umwelt- und Brandschutzbestimmungen.<sup>52</sup> Dazu kamen die zum Teil als erbärmlich empfundenen Lebensbedingungen der sowjetischen Wehrpflichtigen und ihre nicht selten brutale Behandlung durch die Vorgesetzten.<sup>53</sup>

Dem Klischee der „schlampigen Russen“ schienen auch die nur mäßig gepflegten, wenn nicht verwahrlosten Wohnhäuser zu entsprechen, in denen sowjetische Berufssoldaten mit ihren Familien untergebracht waren. Damit wurde nicht nur die propagierte Vorbildlichkeit der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte in Frage gestellt. Für die DDR-Behörden ergab sich daraus außerdem das Problem, dass sich DDR-Bürger immer wieder über ihre sowjetischen Nachbarn beschwerten und dies mit der Ankündigung verbanden, bei Ausbleiben nachhaltiger Verbesserungen nicht zur Wahl zu gehen oder gar einen Ausreiseantrag zu stellen.<sup>54</sup>

Die allgemein restriktive Informationspolitik hinsichtlich „besonderer Vorkommnisse“ und anderer Probleme im Zusammenhang mit der sowjetischen Truppenpräsenz förderte außerdem im Verein mit tradierten Stereotypen die Entstehung von sich hartnäckig haltenden Gerüchten. Als beispielhaft können dafür die Gerüchte nach der Explosion eines sowjetischen Munitionslagers im Kreis Gransee 1977 gelten, in deren Folge mehrere hundert Artilleriegeschosse im Kreisgebiet eingeschlagen waren. Über die Stimmung der ansässigen Bevölkerung heißt es in einem Fernschreiben des MfS:

„geruechte gibt es vereinzelt in der form, dass gesagt wird in dannenwalde ist das russenlager in die luft geflogen und der anliegende ort total zerstoert sei. an einen blitzschlag, der die raketen ausgeloeset hat wird nicht geglaubt, sondern ist der auffassung, dass die freunde unvorsichtig waren und haben mit feuer gespielt (gekokelt).“<sup>55</sup>

Die angesichts der Abhängigkeit des SED-Regimes von sowjetischer Unterstützung sowie der frühzeitigen Übernahme eines überhöhten Sowjetunionbildes nachvollziehbare Tabuisierung von Problemen und Negativerfahrungen mit den sowjetischen Streitkräften stellte die DDR-Behörden somit immer wieder vor erhebliche Argumentationsschwierigkeiten gegen-

51 Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 7f. Kursiv gesetzte Worte oder Wortteile markieren in dieser und den im Folgenden wiedergegebenen Interviewpassagen eine besondere Betonung durch den Sprecher.

52 Interview mit Wilfried Flach, S. 30ff.

53 Vgl. Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 44. Interview mit Joachim Buhlmann, S. 30.

54 Vgl. BLHA, Rep. 401 R.d.B. Potsdam Nr. 25067, Schreiben des Stellv. Vors. für Inneres des Kreises Rathenow vom 17.7.1989.

55 BStU, AGM 1695, Bl. 10. Alle sprachlichen Fehler des Originals wurden im Zitat übernommen.

über der eigenen Bevölkerung. Das erschwerte darüber hinaus auch die Auseinandersetzung mit den immer weiter reproduzierten Negativstereotypen, die häufig die Alltagswahrnehmung der deutschen Bevölkerung im Umkreis sowjetischer Garnisonen und Truppenübungsplätze prägten.

So berichtet der in der Nachbarschaft des sowjetischen Truppenübungsplatzes Heidehof im Raum Jüterbog lebende Zeitzeuge Hans Bernicke, dass bei Diebstählen oder Einbrüchen im Dorf immer zuerst „die Russen“ als Täter verdächtigt wurden. Der ebenfalls am Heidehof lebende Volker Faun berichtet sogar noch für die späten siebziger und frühen achtziger Jahre, dass den Mädchen des Dorfes Stülpe mit Erreichen der Pubertät von ihren Eltern ohne nähere Begründung verboten wurde, in den Wald zu gehen, während sowjetischen Soldaten, die nachts im Dorf an Türen oder Fenster klopfen, um Lebensmittel zu erbitten oder Tauschgeschäfte zu machen, grundsätzlich niemand die Tür öffnete.<sup>56</sup>

Die genannten Negativstereotypen konnten auch unmittelbar politischen oder gar rassistischen Charakter annehmen. So kam es in den vier Jahrzehnten DDR-Geschichte immer wieder zur Schändung sowjetischer Friedhöfe und Ehrenmale sowie zu offen antisowjetischen bzw. antirussischen Äußerungen. So wurden beispielsweise 1977 zwei Lehrlinge in der Krypta des Treptower Ehrenmals von einer Streife der Volkspolizei (VP) gestellt, als sie „provokatorisch urinierten“ und eine mit „Amis bleiben hier, Russen go home! Russenzigaretten stinken“ beschriftete Zigarettenschachtel deponierten.<sup>57</sup>

Insbesondere an den sowjetischen Standorten gingen derartigen Äußerungen meist Konflikte oder Negativerlebnisse mit sowjetischen Soldaten oder Zivilisten voraus. So skandierte eine Gruppe deutscher Jugendlicher nach einer Schlägerei mit sowjetischen Jugendlichen in einer Neuruppiner Diskothek 1987 „Russen raus“, während am Schaukasten der Gemeinde Wünsdorf, in der das Oberkommando der GSSD untergebracht war, 1984 ein Flugblatt auftauchte, dessen Inhalt durchaus als nazistisch gelten kann:

„20.10.1984 Raus ihr alten Russenschweine. Ihr bewohnt unnütz Wohnraum in Wünsdorf. Ihr habt uns alles genommen und besitzt noch diese Frechheit, Euch weiter zu vermehren. Hitler hätte Euch, und nicht die Juden vernichten sollen. Alle [sic!] wer Euch liebt, den hasse ich. Ob Ost, West, Süden und Norden. Ihr seid und bleibt Vergewaltigungsschweine. Ich hasse alle Russen.“<sup>58</sup>

Eine gegenüber „den Russen“ verächtliche Haltung nahmen nicht zuletzt in den sowjetischen Kasernen tätige deutsche Handwerker ein, welche die Lebensbedingungen der sowjetischen Soldaten und deren zum Teil sehr eigenwillige Improvisationen bei der Ausführung von Bauten in Truppeneigenleistung aus eigener Anschauung kannten. Der Zeitzeuge Bert Nansen kam, nachdem er ein halbes Jahr lang Glaserarbeiten in sowjetischen Kasernen ausgeführt hatte, zu der drastischen Schlussfolgerung: „Also es jeht nich. Mögen ja alle nett sein, du kannst mit denen jut feiern, und det haut allet hin, aber bloß arbeiten darfst mit denen nich. Und ooch *bloß* keen Material in de Hände jeben.“<sup>59</sup>

In einem anderen Fall vertraten Bauarbeiter, die 1968 in einer Kaserne in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) die Toiletten erneuern sollten, da in mehreren Unterkunftsblocken kein

56 Interview mit Hans Bernicke\*, S. 77. Interview mit Volker Faun\*, S. 10ff.

57 BStU, HA IX 15548.

58 BStU, HA IX 34, Bl. 2f. und HA IX 15553, Info 1646/84.

59 Interview mit Bert Nansen\*, S. 65.

WC benutzbar war, die Auffassung, „dass es ja doch keinen Zweck hat, in diesen Kasernen solche Anlagen zu installieren, da sie in kurzer Zeit sowieso wieder kaputt gemacht werden.“<sup>60</sup>

Die genannten Beispiele verdeutlichen die tiefe Zwiespältigkeit des in der DDR-Gesellschaft herrschenden Bildes von der Sowjetunion und den sowjetischen Streitkräften. Das überhöhte Propagandabild des idealisierten „Sowjetmenschen“ und der „unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft“ stand unvermittelt neben dem tradierten Negativstereotyp vom „unzivilisierten Russen“. Dabei sind jedoch die Erlebniswelten zu differenzieren. Gerade in den Teilen der Bevölkerung, die in unmittelbarer Nähe sowjetischer Kasernen lebten und deren Erfahrungen mit den sowjetischen Streitkräften über offizielle Anlässe hinausgingen, wurden tradierte Negativstereotypen reproduziert. Fremdheit erwies sich hier als ein Beziehungsverhältnis, das sich durch Nähe eher noch intensivierte. Der offiziellen Freundschaftspropaganda stand man hier folglich deutlich kritischer gegenüber als an Orten, wo lediglich die imaginierte Freundschaft zu abstrakten „Sowjetmenschen“ in Ritualen und Feiertagsreden gepflegt wurde.

### 3. Die Rolle der GSSD in der Geschichte der DDR

#### 3.1 Ein ambivalentes Verhältnis im Wandel

Nicht weniger zwiespältig als das Sowjetunionbild der ostdeutschen Gesellschaft war ihr Verhältnis zu den in der SBZ/DDR stationierten sowjetischen Streitkräften. Die deutsch-sowjetische Beziehungsgeschichte in der DDR kannte einige über Jahrzehnte hinweg praktisch unveränderte Konstanten – die spezifische Rechtsstellung der GSSD als „Staat im Staat“, ihre weitgehende Separierung von der deutschen Bevölkerung oder die negativen Begleiterscheinungen von Truppenpräsenz und Übungstätigkeit –, während andere ihrer Aspekte zum Teil erheblichen Wandlungen unterworfen waren. Das betraf etwa die Wahrnehmung und die propagandistische Darstellung der sowjetischen Truppen, ihre Garantiefunktion für den Erhalt von DDR und SED-Regime, Form und Gegenstand offizieller und informeller Austauschbeziehungen sowie nicht zuletzt den Umgang mit den aus der Truppenpräsenz resultierenden Missständen durch Staat und Gesellschaft.

Die Rote Armee wurde in den ersten Nachkriegsjahren von der Masse der deutschen Bevölkerung primär als Sieger- und Besatzungsmacht wahrgenommen. Erst mit dem Heraufziehen des Kalten Krieges bemühten sich SED und SMAD verstärkt um die Gewinnung der „hearts and minds“, indem sie die deutsch-sowjetische Freundschaft erfanden sowie das Bild des sowjetischen Befreiers und bald darauf der sowjetischen Freunde und Brüder propagierten. Obschon diesem überhöhten Propagandabild weiterhin zum Teil massive Ressentiments gegenüberstanden, stieß das positiv gewendete Bild des Sowjetsoldaten als abstrakter Gestalt zumindest bei den in der DDR sozialisierten Generationen auf verbreitete

---

60 BStU, Chemnitz AKG 478 Bd 1, Bl. 5.



Akzeptanz. Der real existierende Sowjetsoldat, wie ihn die autochthone Bevölkerung der sowjetischen Standorte erlebte, wurde hingegen im Zuge der allmählichen Steigerung des Lebensstandards der DDR-Bevölkerung von einer Respekt einflößenden zur bemitleideten und nicht selten auch verächtlich betrachteten Gestalt.

Unmittelbar mit der politischen Großwetterlage und der Entwicklung der sowjetischen Deutschlandpolitik war die Funktion der GSSD verbunden. Von einer reinen Besatzungsmacht, welche die nachhaltige Zerschlagung des Nationalsozialismus und die Entnahme der Reparationen gewährleisten sollte, wurde sie gemeinsam mit der SMAD zu einer Art Mentor des implantierten SED-Regimes, dessen Machterhalt neben der Sicherung des westlichen strategischen Vorfeldes bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre eine ihrer wesentlichen Aufgaben bildete. Im Zuge der auf Reformen im sowjetischen Machtbereich und internationale Entspannung zielenden Politik Michael Gorbatschows wurde diese Aufgabe schließlich soweit relativiert, dass die sowjetischen Truppen in der DDR während der Wende 1989 als Akteur praktisch nicht in Erscheinung traten.

Etwas komplexer gestaltete sich demgegenüber die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Austauschbeziehungen. Nachdem zunächst Anlagen, Industriewaren, Fachleute und Wissenschaftler gleichsam zu Reparationszwecken in die UdSSR verbracht wurden, setzte seit Ende der vierziger Jahre der Transfer sowjetischer Technologie in die DDR ein, der einer Konsolidierung des Landes dienen sollte. Bereits zuvor hatte die Propagierung sowjetischer Wissenschaft und Kultur begonnen. Wurde daran bis zum Ende der DDR in zunehmend formalisierter Form festgehalten, so kehrte sich dieses Verhältnis auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet mit wachsender Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und steigendem Lebensstandard der Bevölkerung seit den späten fünfziger Jahren abermals um. Die DDR lieferte hochwertige Industriewaren in die Sowjetunion und galt sowjetischen Berufssoldaten und ihren Familien schon bald als – wenn auch relativ bescheidenes – Konsumparadies. Diese Entwicklung spiegelte sich nicht zuletzt auf dem Gebiet des Schwarzhandels. Hatte der Eintauch von Lebensmitteln bei sowjetischen Soldaten in den vierziger Jahren ebenso wie der bis Ende der sechziger Jahre verbreitete illegale Bezug von Kohle aus sowjetischen Armeebeständen noch essentielle Bedeutung für die Bevölkerung im Umkreis sowjetischer Garnisonen gehabt, so hatte der in der Folgezeit zunehmende Tausch von Benzin und Ausrüstungsgegenständen für die deutschen Geschäftspartner eine deutlich geringere Relevanz. Mithin ging auch das Interesse an den von sowjetischen Soldaten angebotenen Waren deutlich zurück.

Trotz langer Phasen der Kontinuität im Umgang mit den aus der Truppenpräsenz resultierenden Problemlagen ist auch hier der Wandel nicht zu verkennen. Nachdem deutsche Bevölkerung und Selbstverwaltungsorgane in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Willkür und den Übergriffen der Besatzungsmacht tendenziell ohnmächtig ausgeliefert waren, wurde nach Gründung der DDR und spätestens seit deren formaler Souveränität 1955 seitens der Sicherheits- und Justizorgane der DDR stärker auf die Umsetzung bestehender deutsch-sowjetischer Vereinbarungen zu Stationierung und Rechtshilfe gedrungen. Aufgrund des auch weiterhin stark ausgeprägten Eigenlebens und der nur sehr eingeschränkten Kooperationswilligkeit der GSSD in Stationierungs- und Rechtsfragen wurden diese Bemühungen jedoch alsbald wieder zurückgefahren. Unter der Maßgabe, den Schein der propagierten brüderlichen Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Streitkräften zu wahren, verzichteten

die DDR-Behörden bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre immer wieder auf die Wahrnehmung formal zugestander Rechte. Eine Änderung dieser Praxis ergab sich dann vor allem aus der Distanzierung der Staats- und Parteiführung vom Gorbatschowschen Reformkurs sowie dem wachsenden Unmut der Bevölkerung gegenüber den aus der sowjetischen Truppenpräsenz resultierenden Belastungen, welcher schließlich sogar in offenen Protest umschlug.

Stellt sich die Grundkonstellation der Abhängigkeit der DDR von der UdSSR als über vier Jahrzehnte wirksame Kontinuität dar, so war das Verhältnis von GSSD und DDR-Gesellschaft deshalb keineswegs statisch. Die Verlaufskurven der sozioökonomischen und politischen Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft wirkten sich stattdessen zumindest mittelbar auch auf das deutsch-sowjetische Verhältnis an den Standorten der GSSD aus.

### 3.2 Propagandistischer Anspruch

Den ambivalenten, zum Teil aber auch eindeutig negativen Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung mit den sowjetischen Streitkräften stand ein ideologisch überhöhtes Bild von der Sowjetunion und ihren Streitkräften, wie es in der sowjetischen und ebenso in der SED-Propaganda gezeichnet wurde, unvermittelt gegenüber. Angesichts der eklatanten Abhängigkeit des SED-Regimes von sowjetischer Unterstützung bildete die Schaffung von Akzeptanz für dieses Propagandabild jedoch eine wesentliche Voraussetzung für die Herrschaftslegitimation der SED. Dies gelang zumindest insofern, als dass im Rahmen der „Konsensdiktatur“ (Martin Sabrow) durch kontinuierliche Wiederholung und gleichsam genormte Rituale im Festtagskalender der DDR bei weiten Teilen der DDR-Bevölkerung Wahrnehmungsmuster implantiert werden konnten, die dazu führten, dass Topoi wie „deutsch-sowjetische Freundschaft“ oder „Sozialismus“ über weite Strecken der DDR-Geschichte als selbstverständlich, wenn nicht alternativlos akzeptiert wurden. Das Erfinden von Traditionen und deren Pflege in Ritualen dienten somit nicht zuletzt der Normenproduktion bzw. -reproduktion.<sup>61</sup>

Das bedeutete freilich nicht, dass das überhöhte Propagandabild vorbehaltlos übernommen worden wäre. Vielmehr wiesen die offiziellen Deutungsangebote gegenüber den Wahrnehmungen und Interpretationen in der Gesellschaft beträchtliche Diskrepanzen auf.<sup>62</sup> Propaganda und offizielles Geschichtsbild wurden vor dem Hintergrund individueller oder kollektiver Erinnerung und Erfahrung zum Teil höchst „eigen-sinnig“ interpretiert. Angesichts der strikten Trennung von öffentlicher und privater Rede im Kontext des probaten „Als-ob-Verhaltens“ (Maria-Elisabeth Müller) – einer Sozialpraxis des Verweigerns durch Ritualisierung und nur formale Mitwirkung<sup>63</sup> – ließ sich das Ausmaß von „eigen-sinnigen“, wenn nicht abweichenden Meinungen jedoch weder von der SED-Führung, noch innerhalb der Bevölkerung selbst adäquat einschätzen.

61 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001, S. 97; Eric Hobsbawm, *Das Erfinden von Traditionen*, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), *Kultur und Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung*, Stuttgart 1998, S. 97–118, S. 98.

62 Vgl. Lüdtkke, *Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis*, S. 17.

63 Maria-Elisabeth Müller, *Zwischen Ritual und Alltag. Der Traum von einer sozialistischen Persönlichkeit*, Frankfurt/M. u.a. 1997, S. 54.

Hier wirkte das aus der Meinungsforschung bekannte Phänomen der „Schweigespirale“. Unter den Bedingungen der SED-Diktatur suggerierten Propaganda und öffentlich inszenierte Akklamationsrituale allgemeine Zustimmung „des Volkes“ zur Politik der Staats- und Parteiführung. Das zeigte insofern Wirkung, als dass nicht unbeträchtliche Teile der Bevölkerung, die nicht oder nur mit großen Vorbehalten zustimmten, ihren Dissens in der Regel nicht artikulierten, sondern ihre Meinung für sich behielten und schwiegen.

Insbesondere an den sowjetischen Standorten, wo die Bevölkerung auf verschiedenste Art mit sowjetischen Soldaten in Kontakt kam, kann davon ausgegangen werden, dass die Kluft zwischen propagandistischem Anspruch und erfahrener Wirklichkeit zum Teil sehr drastisch wahrgenommen wurde. Die edlen „Sowjetmenschen“ und „Menschheitspioniere“ der Propaganda stellten sich im Garnisonsalltag als Menschen mit Schwächen und Fehlern heraus. Dabei wurden vor allem die sowjetischen Wehrpflichtigen weniger als Heroen, denn – im Wissen um ihre kargen Lebensbedingungen und ihre rücksichtslose Behandlung durch die Vorgesetzten aller Grade – als bemitleidenswerte „Muschkoten“ angesehen.<sup>64</sup>

Während die offizielle Terminologie von den „sowjetischen Freunden“, der „ruhreichen Sowjetarmee“, „sowjetischen Spezialisten“ oder „sowjetischen Neuerermethoden“ durch den Volksmund vielfach mit einem ironischen Unterton versehen wurde, blieb offener Widerspruch gegen das überhöhte Propagandabild – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer diffusen staatlichen Sanktionsdrohung – von den fünfziger bis zur Mitte der achtziger Jahre relativ selten.

Im Folgenden soll die Entwicklung der Propagierung von deutsch-sowjetischer Freundschaft und Vorbildrolle der Sowjetunion mit den Reaktionen der Bevölkerung kontrastiert werden. Dabei können grob vier Phasen unterschieden werden. In der ersten Phase von 1945 bis 1948 wurde die deutsch-sowjetische Freundschaft erfunden, um primär das prekäre Image der Besatzungsmacht in der Bevölkerung der SBZ zu verbessern. Die zweite Phase von 1949 bis 1967 ist durch die absolute Überhöhung der Sowjetunion und die praktisch bedingungslose Orientierung an ihrem Vorbild gekennzeichnet. Am Ende dieser Phase stehen die aufwendigen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ (GSOR) einerseits, die außen- und vor allem wirtschaftspolitischen Profilierungsversuche der DDR-Staats- und Parteiführung unter Walter Ulbricht sowie die Abschaffung des „Tages der Befreiung“ als staatlichem Feiertag andererseits. Die dritte, bis etwa 1985 reichende Phase ist geprägt durch die weitgehende Ritualisierung und Formalisierung der Freundschaftspropaganda. Die letzte, bis zum Ende der DDR reichende Phase ist schließlich durch den immer tiefer werdenden Zwiespalt des SED-Regimes gegenüber der Sowjetunion charakterisiert. Während die zuvor tradierten Propagandatopoi weiterhin routiniert abgespult wurden, manifestierte sich gleichzeitig etwa in Kurt Hagers *Tapetenallegorie* (1987) oder der Streichung des *Sputnik* von der Postzeitungsliste (1988) die zunehmende Distanzierung von der politischen Entwicklung in der Sowjetunion. Diese fiel um so härter aus, je mehr DDR-Bürger mit vermeintlich oder tatsächlich regimekritischer Einstellung sich für Gorbatschows Glasnost und Perestroika begeisterten.

---

64 Vgl. Annette Leo, *Farbe und Jahre*, in: Buttlar/Endlich/Leo, *Fürstenberg-Drögen*, S. 212–214, S. 213.

a) 1945–1948: Die Erfindung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft

Von einem positiven Image der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte konnte 1945 noch keine Rede sein. Zu tief war das verächtlich rassistische Russlandbild der Nazizeit verwurzelt, und trotz der zum Teil sehr engagierten Bemühungen sowjetischer Stadtkommandanten, den Nachkriegsalltag und die Versorgung der Bevölkerung zu organisieren, schienen die Negativverfahren mit marodierenden und vergewaltigenden Rotarmisten tradierte Vorurteile zu bestätigen. Manifestierte sich in diesen Übergriffen der Hass auf „die Deutschen“ und der verständliche Wunsch nach Vergeltung für die von Deutschen in der Sowjetunion begangenen Kriegsverbrechen, so stellte das Verhalten ihrer Soldaten für die Führung der sowjetischen Besatzungstruppen frühzeitig ein Problem dar, wurden dadurch doch nicht nur das Ansehen, sondern auch die Disziplin der Roten Armee in Frage gestellt.<sup>65</sup>

In Reaktion darauf wurden zum einen die sowjetischen Truppen bis 1947 nahezu vollständig in ehemaligen Wehrmachtskasernen und ghettoartigen Militärstädtchen von der deutschen Bevölkerung separiert. Zum anderen wurde dem sowjetischen Negativimage mit massiver Propaganda entgegengetreten. Dabei bediente man sich verschiedener Techniken. Zunächst einmal wurden Berichte über Exzesse sowjetischer Soldaten als „leeres Gerede“ oder Verleumdung abgetan. Soweit es überhaupt derartige Übergriffe gegeben hätte, seien dafür Banden „in russischer [sic!] Uniform“ verantwortlich, deren Mitglieder Deutsche, Deserteure oder ehemalige Angehörige der Wlassow-Armee seien. Mit Beginn des Kalten Krieges häuften sich schließlich 1947/48 Berichte in der *Täglichen Rundschau*, welche die Disziplinprobleme der Sowjetarmee auf das Verhalten der GIs in den Westzonen projizierten, indem sie letztere als Marodeure und Rohlinge charakterisierten.<sup>66</sup>

Parallel dazu wurde ein idealisiertes Bild des sowjetischen Soldaten gezeichnet, der „zu edel und gut für derart blinde Rachegefühle“ sei und vielmehr durch „kompromißlose Befolgung aller Gesetze und Vorschriften, eiserne Disziplin“ und „untadelige Korrektheit“ gekennzeichnet sei.<sup>67</sup>

In der rückschauenden Selbstdarstellung der sowjetischen Truppen in der SBZ/DDR wird dieses Positivbild noch weiter gesteigert. Die Sowjetsoldaten sind darin nicht nur Garanten einer „gerechten Ordnung“ in der SBZ, sondern vor allem Helden, die den deutschen Frauen und Kindern helfen, indem sie bei Kriegsende Verschüttete bergen und Essen verteilen. „Die Sowjetmenschchen sind großherzig. Ihr Großmut erklärt sich daraus, dass sie zwischen den faschistischen Okkupanten und dem deutschen Volk niemals ein Gleichheitszeichen gesetzt haben.“ Gleichzeitig zeigten sie der deutschen Bevölkerung die „Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus“ und „das humanistische Wesen der sowjetischen Gesellschaftsordnung“. Die SMAD habe sich „von Anfang an auf die Seite der Werktätigen Deutschlands [gestellt] und [...] als Klassenbruder“ gehandelt, indem sie Hilfe bei der Instandsetzung der Infrastruktur und der Wiederaufnahme der Produktion geleistet habe.<sup>68</sup>

65 Vgl. Vortrag des Chefs der Politischen Verwaltung der 2. Belorussischen Front GL Okorkow vom 6.2.1945, in: Elke Scherstjanoi, Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen, München 2004, S. 60.

66 Vgl. Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 125f. BStU, AS 400/66, Bezirkspolizeipräsident Besenbach, Merseburg am 3. Juni 1946, Bl. 240.

67 Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 124.

68 Zitiert aus: Auf Gefechtsposten, S. 10, 32, 61f.

Im Widerspruch zum sowjetischen Hilfs- und Überlegenheitstopos stand freilich neben der Art des „Erwerbes“ von Uhren und Fahrrädern durch Rotarmisten bei Kriegsende auch die über Jahre praktizierte Demontage von Infrastruktur- und Industrieanlagen in der SBZ. Die Bevölkerung reagierte darauf mit bitterem Spott und der Ablehnung der Besatzungsmacht.<sup>69</sup>

Vor allem letzteres verdeutlicht ein Bericht des Landesverbandes der Freien Deutschen Jugend (FDJ) Brandenburg zum Stimmungsbild an Brandenburger Schulen 1947, wo konstatiert werden musste: „Unter den Schülern herrscht eine große Antipathie gegen die Russen [sic!], einige FDJ-Mitglieder wurden angegriffen, weil sie die Besatzungsmacht rechtfertigen.“<sup>70</sup>

Primär um dieser verbreiteten Ablehnung entgegenzuwirken, wurde im Juni 1947 von SED und SMAD die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ gegründet, welche 1949 in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (GDSF) umbenannt wurde. Aufgabe der Gesellschaft sollte es offiziell sein, „die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten, jede Art von Feindschaft und Hetze zu bekämpfen und dadurch die Freundschaft des deutschen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion zu festigen und zu vertiefen.“<sup>71</sup>

Faktisch ging es dabei um die Gewinnung der „hearts and minds“ zunächst der akademisch gebildeten und mit der Umgründung zur Massenorganisation schließlich der gesamten Bevölkerung in der SBZ. Zunächst weitgehend durch die SMAD finanziert, wurde dazu ein ungebrochen positives Bild vom Sozialismus in der Sowjetunion und den Erfolgen der sowjetischen Wissenschaft und Kultur gezeichnet.

Angesichts der weiterhin dominierenden Ablehnung der Besatzungsmacht entschloss sich die SED-Führung jedoch Ende 1948, die öffentliche Tabuisierung der Negativerfahrungen mit „den Russen“ aufzugeben und diese offensiv zu thematisieren. Dazu verfasste Rudolf Herrstadt, der Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland*, den am 18. November 1948 veröffentlichten Artikel „Über die Russen und über uns“, der zum Ausgangspunkt einer bis 1989 einzigartigen Diskussion wurde. Im Dezember 1948 und im Januar 1949 stellten sich SED-Funktionäre und Vertreter der SMAD bei öffentlichen Veranstaltungen in Berlin und später auch in der Provinz den kritischen Fragen der Bevölkerung. Das Themenspektrum reichte von den erlebten Übergriffen der Besatzungsmacht über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und die Rolle der Speziallager bis hin zum befremdlichen Personenkult und den als wenig vorbildhaft wahrgenommenen Lebensbedingungen in der Sowjetunion. Die Reaktionen der anwesenden Vertreter von SED und SMAD sind insofern interessant, als sie die Übergriffe sowjetischer Soldaten diesmal nicht pauschal als antisowjetische Verleumdungen abtaten oder „Männern in russischer Uniform“ anlasteten, sondern sie durch spezifische Kontextualisierung zu erklären, aber auch zu bagatellisieren, wenn nicht gar zu rechtfertigen suchten. So wurde auf die Verrohung des Menschen im

---

69 Vgl. das bei Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 215 zitierte Spottlied „Willkommen Befreier!“ aus dem Jahr 1947. Zu Rotarmisten, „die gefährlich schlingern ihre offenbar erst kürzlich erworbenen Fahrräder der Marken Diamant und Wanderer ausprobierten“ vgl. Stefan Heym, *Schwarzenberg*. Roman, Frankfurt/M. 1987, S. 96.

70 BLHA, Rep. 332 SED-Land 936, Bl. 255.

71 Zitiert nach: Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 485.

Kriege, das Versagen des deutschen Volkes im „Klassenkampf“ gegen das NS-Regime und nicht zuletzt die deutschen Verbrechen in der Sowjetunion sowie ähnliche Übergriffe west-alliierten Soldaten verwiesen. Das vermeintliche Angebot einer offenen Diskussion über die Dissonanzen im deutsch-sowjetischen Verhältnis entpuppte sich somit rasch als Mogelpackung. Stattdessen wurde die Diskussion „Über die Russen und über uns“ zur Geburtsstunde einer keinen Widerspruch duldenden Freundschaftsrhetorik, die für die nächsten vierzig Jahre prägend wurde. Die Freundschaft zur Sowjetunion wurde zur *conditio sine qua non* im „Kampf um den Frieden“ erklärt, während jegliche Kritik an der Sowjetunion mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung, wenn nicht gar mit antisowjetischer Hetze gleichgesetzt wurde.<sup>72</sup>

#### b) 1949–1967: Höhepunkte der Freundschaftspropaganda

War die SED bei der Propagierung des sowjetischen Vorbildes bis zur Gründung der DDR noch relativ zurückhaltend gewesen, so gab es danach kein Halten mehr. Im November 1949 wurde erstmalig ein „Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ durchgeführt, und die führenden Funktionäre überboten sich wechselseitig in ihren Bekenntnissen zur DSF und ihren Elogen auf Stalin. So feierte Otto Grotewohl die Sowjetunion als „größte demokratische Friedensmacht der Welt“ und „ihren großen Führer Stalin“ als „besten Freund des deutschen Volkes“, um in seiner Rede zum 35. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ 1952 die Vorbildrolle der UdSSR in dem vielzitierten Satz zusammenzufassen: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen.“<sup>73</sup>

Wilhelm Pieck stellte daran anknüpfend 1952 in seinem Plädoyer für die Freundschaft zur Sowjetunion fest: „Verfechter des Friedens“ seien gleichzeitig immer auch „aufrichtige Freunde der Sowjetunion“, während „Kriegstreiber und Kriegsgewinnler“ hingegen „ihre erbittertsten Feinde“ seien. Daraus zog er die Schlussfolgerung: „Wer gegen die Sowjetunion hetzt, hetzt zum Krieg“, was einem Totschlagargument gegenüber jeglicher Kritik an der Sowjetunion oder ihren Streitkräften gleichkam. Schließlich argumentierte Pieck mit dem nationalen Eigeninteresse der Deutschen, sei doch die „Freundschaft zur Sowjetunion, zum Sowjetvolk Voraussetzung für Wiedergeburt und Existenz der deutschen Nation“. Die nationalen Lebensinteressen geböten somit die „aufrichtige und herzliche Freundschaft zur Sowjetunion“, weshalb die DSF zur „Herzessache aller Deutschen“ werden müsse.<sup>74</sup>

Die überhöhten Darstellungen der Sowjetunion durch führende SED-Funktionäre wurden nur noch von den Oden überboten, die Dichter wie Johannes R. Becher und Max Zimmering verfassten. Beredtes Zeugnis davon gibt Zimmerings Gedicht „Dank Dir, Du Sowjetmensch!“ aus dem Jahr 1953, das mit den Zeilen endet:

---

72 Der Artikel von Herrnstadt und die auch als Broschüre veröffentlichten Protokolle der beiden Versammlungen in Berlin sowie die Berichte aus der Provinz sind enthalten in: SAPMO-BArch, DY 32/10085.

73 Zitate aus: SAPMO-BArch, NY4090/138, Nachlass Otto Grotewohl, Bl. 5. NY4090/162, Bl. 168. Artikel für die *Tägliche Rundschau* vom 7.11.1951. NY4090/172, Rede vom 7.11.1952: „Die Sowjetunion unser Vorbild und Freund“, Bl. 60.

74 SAPMO-BArch, NY4036/459, Nachlass Wilhelm Pieck, Rede: „Herzessache aller Deutschen. Über die Bedeutung des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1952“, Bl. 63.

„O' Sowjetmensch, der du uns einst befreit  
und lehrtest, neu das Leben zu beginnen,  
um tausendfach das Leben zu gewinnen,  
Dank dir, du Held der großen Menschlichkeit.“<sup>75</sup>

Der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft oblag es, das idealisierte Bild der Sowjetunion zu vermitteln, die „von den Kriegshetzern und ihren Agenten verbreiteten antisowjetischen Lügenmärchen“ „ständig zu zerschlagen“ sowie alle Mitglieder methodisch zu „bewußten Freunden der Sowjetunion“ zu erziehen.<sup>76</sup> Dazu sollte sie eine breit angelegte Propaganda- und Kulturarbeit entfalten, was neben dem alljährlichen Monat der DSF auch monatliche Schulungsveranstaltungen für die Mitglieder umfasste. Die dort behandelten Themen waren zum Beispiel „Das Geheimnis der Kraft des Sowjetmenschen“, „Gesundheitswesen, Erholung und Freizeitgestaltung in der Sowjetunion“, „Die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für den Frieden der Welt“ oder „Das Leben Stalins – ein Kampf für den Frieden“.<sup>77</sup>

Problematisch für den Erfolg der Freundschaftspropaganda war jedoch die zurückhaltende, wenn nicht ablehnende Haltung von Bevölkerung wie Mitgliedern gerade gegenüber den als politisch-ideologisch wertvoll erachteten Veranstaltungen, während sich kulturelle Darbietungen deutlich größerer Beliebtheit erfreuten. Hinzu kam die nicht selten unbefriedigende Qualität der Veranstaltungen, wie der Bericht Friedrich Eberts über eine Festsitzung des Kreisverbandes des Eisenhüttenkombinats Ost zum 35. Jahrestag der Oktoberrevolution 1952 verdeutlicht. Neben dem um eine halbe Stunde verspäteten Beginn der Veranstaltung, der mangelnden Präsenz des verantwortlichen Kreisvorstandes und schlecht rezitierten Gedichten fiel dem Präsidenten der GDSF vor allem die „schreckliche Blechmusik einer Schalmeyen-Kapelle“ negativ auf.<sup>78</sup>

Somit ist es nicht verwunderlich, dass die Ziele der GDSF-Arbeit nur sehr eingeschränkt erreicht werden konnten. In der Bevölkerung war die Auffassung weit verbreitet, die Freundschaft zur Sowjetunion „muß eben sein, weil sie angeordnet ist.“<sup>79</sup> Damit ging die frühzeitig erfolgende Formalisierung der DSF-Veranstaltungen nach zentral vorgegebenen Plänen, die keinen Raum für Spontaneität ließen,<sup>80</sup> und die Orientierung an primär quantita-

---

75 Max Zimmering, *Im herben Morgenwind. Ausgewählte Gedichte aus fünfundzwanzig Jahren*, Berlin 1958. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang noch Max Zimmerings *An Stalin* sowie Johannes R. Bechers *Sterne, unendliches Glühen*.

76 SAPMO-BArch, DY32/4926, Büro des Sekretärs der GDSF 1950–1951. Hauptaufgaben der GDSF 1950, unpag.

77 Ebd., Rahmenarbeitsplan für das II. Halbjahr 1950, S. 11.

78 SAPMO-BArch, DY 32/10805, Mitteilung Ebert an Grünberg vom 7.11.1952, unpag.

79 Vgl. SAPMO-BArch, DY32/10757, Bericht des Vorsitzenden der GDSF-Betriebsgruppe des VEB Abus in Dessau vom Februar 1952, unpag.

80 In einem Plan der ZK-Abteilung Kultur vom August 1953 für die Verbesserung der Zusammenarbeit der GDSF mit den sowjetischen Truppen in der DDR wurden zwar die „spontanen herzlichen Freundschaftskundgebungen“ der letzten Wochen – nach dem 17. Juni 1953 – positiv hervorgehoben, gleichzeitig wurde jedoch, „um zu verhindern, daß die große Aktivität in den Grundeinheiten in Spontaneität und Desorganisation ausartet“ festgelegt, dass fürderhin jegliche gemeinsamen Veranstaltungen mit den Freunden von der Sowjetarmee über die GDSF zu organisieren seien, wobei der Bezirkssekretär der

tiven Kriterien – wie der Zahl der neugeworbenen Mitglieder, der durchgeführten Veranstaltungen oder der anlässlich von Jahrestagen abgegebenen Selbstverpflichtungen – einher.

Prägend wurden somit bis ins Detail choreografierte Inszenierungen und großangelegte Kampagnen. 1964 wandte sich etwa der Leiter der ZK-Abteilung Sicherheitsfragen Walter Borning in Vorbereitung einer Filmreportage des Deutschen Fernsehfunks (DFV) „aus dem Leben“ der GSSD fernschriftlich an die SED-Kreisleitung Jessen. Er bat sie, zu veranlassen, dass die Einwohner des Dorfes Seyda sich anlässlich einer sowjetischen Truppenübung möglichst zahlreich zu einem „improvisierten meeting“ mit den sowjetischen Soldaten einfinden: „diese filmeinstellung bildet den abschluss der reportage und hat den zweck, das herzliche verhaeltnis zwischen der bevoelkerung, der sowjetischen armee und der nationalen volksarmee auszudruecken.“<sup>81</sup>

Bereits ab 1963 wurden größere bi- oder gar multinationale Truppenübungen in der DDR regelmäßig zum Anlass genommen, um im Rahmen sogenannter „Freundschaftsmärsche“ „einzigartige sozialistische Volksfeste“ und „rührende Verbrüderungsszenen“ zu inszenieren, die die enge Verbundenheit von Volk und (verbündeten) Streitkräften dokumentieren sollten.<sup>82</sup>

Die wohl größte Propagandakampagne in der gesamten DDR-Geschichte wurde anlässlich des 50. Jahrestages der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ 1967 organisiert. In Vorbereitung des Jahrestages wurden in Schulen, Betrieben und Behörden zahlreiche Veranstaltungen von Freundschaftstreffen über Diskussionsforen bis hin zu Vortrags- und Filmveranstaltungen durchgeführt.<sup>83</sup> Die Propagierung der DSF war dabei keineswegs Selbstzweck, sondern noch stärker als zuvor Mittel zur Massenmobilisierung und Herrschaftssicherung des SED-Regimes. Die Entwicklung der Sowjetunion wurde als Beweis gewertet, „dass Arbeiter und Bauern, ohne Junker, Kapitalisten und Faschisten besser leben als in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“<sup>84</sup> und die DDR folglich auf dem richtigen Weg sei.

Von den „Werkträgern und Bürgern“ wurde daher erwartet, dass sie sich „noch bewusster zu ihrem sozialistischen Friedensstaat und damit zur Vertiefung des Freundschaftsbündnisses mit der Sowjetunion bekennen.“ Dieses Bekenntnis sollte seinen Ausdruck finden im Beitritt zu SED oder GDSF, freiwillig längerem Militärdienst sowie dem „Kampf“ um den Titel „Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“. Gleichzeitig wurde der Jahrestag zum Anlass für Verpflichtungen zur Steigerung der Produktion und vorfristigen Planerfüllung genommen. Obschon die Kampagne insgesamt als sehr erfolgreich eingeschätzt wurde, musste doch festgestellt werden, dass die tatsächlichen Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit nur schwer zu erfassen seien, da es „keine konkrete differenzierte Übersicht über das Denken und Fühlen der Menschen“ und noch „vorhandene Vorbehalte“ gebe. Lediglich bei einzelnen Bürgern werde deutlich, „dass sie auf Grund ihrer persönli-

---

GDSF für die Organisation der Veranstaltung „die persönliche Verantwortung trägt.“, SAPMO-BArch, DY30/TV2/906/16, Bl. 163f.

81 SAPMO-BArch, DY30/IVA2/12/63, Borning an SED-KL Jessen am 27.1.1964, unpag.

82 SAPMO-BArch, DY30/IVA2/12/65, ZK-Abteilung „S“ Öffentlichkeitsarbeit zu Manövern 1963–1970.

83 Vgl. BLHA, Rep. 401 Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5765 Information über den Stand des Beschlusses vom 31.08.1967 zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der GSOR vom 8.11.1967, Bl. 37–48.

84 KA-PM, 20.04/3, Rechenschaftsbericht des Rates der Gemeinde Michendorf vom 26.2.1968, unpag.



chen Erlebnisse in den letzten Kriegstagen noch nicht bereit sind, sich zur Freundschaft zur Sowjetunion zu bekennen.“<sup>85</sup>

Das war Anfang der fünfziger Jahre noch deutlich anders, als selbst Funktionäre der GDSF noch „falsche Auffassungen“ vertraten, indem sie mit Verweis auf die noch nicht überwundene „Antisowjethetze“ vorschlugen, „für die Sowjetarmee Puffs in der Nähe ihrer Unterkünfte einzurichten“, während aus der Arbeiterschaft Stimmen laut wurden, die sich gegen die verordnete DSF wandten, indem sie „eigen-sinnig“ darauf beharrten, sich ihre Freunde selbst aussuchen zu wollen<sup>86</sup> oder wie die folgende Stimme aus dem „Tagebau Tatkraft“ im Kreis Senftenberg schlicht die propagierte Vorbildrolle der UdSSR in Frage stellten:

„Warum wird die SU [Sowjetunion, CTM] so hervorgehoben und der Deutsche ist ein ‚Nichts‘. Überall heißt es, wir sollen von Russland lernen, sie hätten die besten Dreher, die beste Kultur, die besten Bauten, die besten Techniker. Dabei kannten die ‚Russen‘ nicht einmal Toiletten, die waren ja ganz unkultiviert!!! Von den Deutschen haben sie erst einmal Anstand und Kultur gelernt.“<sup>87</sup>

Die Arbeit der GDSF und die Praxis der Beziehungen zur GSSD traf jedoch auch bei den gegenüber der Sowjetunion positiv eingestellten DDR-Bürgern auf Kritik, wie die Resonanz auf eine Flugblattaktion der GDSF 1956 zeigte. Darin wurde moniert, dass außerhalb des „Monats der DSF“ nur die Beiträge kassiert würden, die Arbeit insbesondere auf dem Lande „immer formaler und wenig intensiv“ sei und die Mitglieder mit Versammlungen und Vorträgen „übersättigt“ würden. Stattdessen wurde der Wunsch nach engeren persönlichen, also auch privaten Kontakten zu sowjetischen Bürgern laut, was mit der Frage verbunden wurde:

„Warum sind die Wohnviertel sowjetischer Staatsbürger und die Unterkünfte der sowjetischen Soldaten in Deutschland so sehr abgeschlossen? Soll damit eine Verbindung mit deutschen Bürgern möglichst vermieden werden oder sind andere Gründe dafür maßgebend?“<sup>88</sup>

Die Intensivierung persönlicher Kontakte wurde zu diesem Zeitpunkt auch im Zentralvorstand der GDSF für wünschenswert befunden. Gedacht wurde dabei an gegenseitige Einladungen zu Weihnachts- bzw. Neujahrsfeiern im Familienkreis und die Teilnahme sowjetischer Freunde an „Konversationszirkeln der russischen Sprache“. Wohl nicht zuletzt aufgrund der sowjetischen Zurückhaltung derartigen Ansinnen gegenüber blieben die diesbezüglichen Vorschläge der „Freunde Elias und Matwejew“ vom Zentralvorstand der GDSF jedoch weitgehend folgenlos.<sup>89</sup>

---

85 BLHA, Rep. 401, Rat des Bezirkes Potsdam Nr. 5758, Zitate auf Bl. 28 und 30.

86 SAPMO-BArch, DY32/10757, Bericht über die Arbeit der GDSF in den Betrieben vom Februar 1952, S. 2.

87 SAPMO-BArch, DY 32/11345. Vgl. Wolfram Eggeling/Anneli Hartmann, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung, Berlin 1993, S. 43f.

88 SAPMO-BArch, DY32/4990, Zentralvorstand der GDSF. Sekretariat für Agitation und Propaganda 1956, S. 25, 27, 53 und 62.

89 SAPMO-BArch, DY32/6841, Zentralvorstand der GDSF. Zusammenarbeit mit sowjetischen Streitkräften in der DDR 1955–57, unpag.

### c) 1968–1985: Fortschreitende Ritualisierung der DSF-Arbeit

Die Ritualisierung und Normierung der DSF-Veranstaltungen wurde nach den Feiern zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution noch weiter gesteigert. Der Zentralvorstand der GDSF gab dazu unter anderem spezielles „Programm-Material und Vorschläge für Feierstundengestaltung“ heraus.<sup>90</sup> Da unkontrollierbare kontinuierliche persönliche Kontakte oder gar private Freundschaften insbesondere der sowjetischen Militärführung suspekt waren, stellte sich die Arbeit der GDSF primär als imaginierte Freundschaft zu abstrakten „Sowjetmenschen“ dar, die sich vor allem auf die Propaganda zu den Jahrestagen der Befreiung und der Oktoberrevolution sowie die Monate der DSF konzentrierte. Offiziell gewünschte persönliche Kontakte beschränkten sich auf die wenigen Freundschaftstreffen sowie den gegenseitigen Austausch von Delegationen zu Feiertagen, wie der Zeitzeuge Bernd Nansen aus Jüterbog berichtet:

„Der DSF bestand eigentlich nur in den Prassniks, also auf Deutsch, Saufereien mit den Funktionären des DSF zu irgendwelchen Jahrestagen. Oder wenn mal der Rat des Kreises sein Betriebsvergütungen hatte, denn wurden eben ooch 'n paar Russen einladen [...]“<sup>91</sup>

Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Roten Armee am 23. Februar 1968 kam noch die „Woche der Waffenbrüderschaft“ zwischen dem 23. Februar und dem 1. März, dem „Tag der Nationalen Volksarmee“, hinzu. Neben der Vertiefung von DSF und „Waffenbrüderschaft“ sollten dabei vor allem die wehrpolitische Einstellung der Bevölkerung gefestigt und ein Beitrag zur militärischen Nachwuchsgewinnung geleistet werden.<sup>92</sup> Dazu wurden militärpolitische Foren, Filmvorführungen und zum Teil auch Besuche von DSF- und Schülergruppen in sowjetischen Kasernen durchgeführt. Seit Anfang der achtziger Jahre wurde außerdem alljährlich die von der Pionierzeitung *Trommel* initiierte Wandzeitungsaktion „Wir danken Dir, Soldat!“ durchgeführt, bei der Jung- und Thälmannpioniere deutsch- bzw. russischsprachige Wandzeitungen für Soldaten von NVA und GSSD anfertigen sollten, die dann feierlich in einer detailliert geplanten Inszenierung übergeben wurden.<sup>93</sup>

Für manche Veranstaltungen – wie die „Rechenschaftslegung der Bezirkspionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘ vor ehemaligen Angehörigen der SMAD und Genossen der Bezirksleitung der SED Potsdam und der Bezirksleitung der FDJ Potsdam“ am 13. März 1977 – wurden regelrechte Drehbücher (in diesem Fall 15 Seiten lang) erarbeitet, in denen der genaue Wortlaut für Begrüßungs- und Melderituale nebst des als Tagungslosung fungierenden Schüttelreimes „Genossen aus dem Sowjetland – wir festigen das Freundschaftsband“ festgehalten wurden. Doch auch betont heitere, jugendgemäße Elemente durften nicht fehlen. Der „Singeklub der Freundschaftsratsvorsitzenden“ sollte dazu um 11.17 Uhr das Lied

---

90 Vgl. Gerda Pilar, *Gemeinsamkeit ist unsere Kraft. Zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee. Programm-Material und Vorschläge für Feierstundengestaltung*, hg. vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Abteilung Kultur, Berlin 1975.

91 Interview mit Bert Nansen\*, S. 6.

92 SAPMO-BArch, DY30/2289, Büro Honecker, Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam vom 25.2.1982, Bl. 29.

93 SAPMO-BArch, DY32/2544, ZV der GDSF, Abt. Agitation und Propaganda. Bericht der Bezirksvorstandes Potsdam bzw. Berlin zur Woche der Waffenbrüderschaft 1987.

„Pionier zu sein fetzt ein [sic!]“ vortragen. Dem folgten auswendig gelernte Bekenntnisse zu DDR und DSF, die mit den Selbstverpflichtungen verbunden wurden, gut zu lernen, Altpapier zu sammeln, gute Internationalisten zu werden und Freundschaft mit den Leninpionieren zu halten. Die *Märkische Volksstimme* berichtete am Tag darauf von einer besonders „herzlichen Begegnung“.<sup>94</sup>

Die ritualisierte Praxis der DSF mündete zum Teil auch in heute absurd anmutende Erscheinungen. So wurde es den Leitern der Jagdgesellschaften im Kreis Luckenwalde 1972 zur Aufgabe gemacht, die DSF-Mitgliedsbücher ihrer Waidgenossen, die in der Regel zugleich Genossen waren, regelmäßig zu kontrollieren und in den Versammlungen der Jagdgesellschaften neben solch „aktuellen politischen Themen“ wie der „historische[n] Mission der Arbeiterklasse“ und den Beschlüssen des VIII. Parteitages auch mehr über die Sowjetunion zu informieren. Auch manche Beschlüsse von Gemeindevertretungen entbehrten nicht einer gewissen Komik, wenn zum Beispiel die örtliche Volksvertretung von Jänickendorf, Kreis Luckenwalde 1978 in Bezug auf die weitere Entwicklung der örtlichen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) beschloss: „Der Schweinestall I wird zum Jugendobjekt erklärt und kämpft um den Titel „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“.“<sup>95</sup>

#### d) 1985–1989/90: DSF-Routine und vorsichtige Distanzierung vom sowjetischen Vorbild

Auch nach der Wahl Michael Gorbatschows zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) am 11. März 1985 und der Verkündung von Glasnost und Perestroika im Oktober gleichen Jahres wurde die ritualisierte Beschwörung der „unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft“ zu den üblichen Jahrestagen bis zum Ende der DDR ungebrochen fortgesetzt. Einen letzten Höhepunkt bildete dabei der 70. Jahrestag der Sowjetarmee 1988. Wie der Bezirksvorstand der GDSF Potsdam berichtete, konnten die Aktivitäten zum Jahrestag und zur zeitgleich stattfindenden „Woche der Waffenbrüderschaft“ „erfolgreich abgeschlossen“ werden. Gemäß der üblichen „Tonnenideologie“ wurden die Erfolge bei der „Vertiefung der DSF“ und der „weiteren Ausprägung der Wehrmotivation“ in der Bevölkerung durch eindrucksvolle Zahlen belegt. Verwiesen wurde dabei auf über 300 propagandistische Veranstaltungen mit 25.000 Teilnehmern, über 50.000 Teilnehmer bei den überall im Bezirk stattfindenden Kranzniederlegungen, 5.600 Wandzeitungen im Rahmen der Aktion „Wir danken Dir, Soldat“ sowie die rege Beteiligung am „Freundschaftsauftrag“ „Soldatensouvenir 70 – gewidmet meinem engsten Freund und Kampfgefährten“, bei dem Schüler kleine Geschenke für sowjetische Soldaten basteln sollten.<sup>96</sup>

Zuweilen schienen jedoch selbst DSF-Funktionäre Zweifel am tatsächlichen Wert ihrer quantitativ immer weiter gesteigerten Erfolge zu bekommen. So kam etwa der Bezirksvorstand Potsdam in Auswertung der Woche der Waffenbrüderschaft 1986 zu folgender Einschätzung:

---

94 BLHA, Rep. 530 SED-Bezirksleitung Potsdam 6529, „Drehbuch (Regieplan) Rechenschaftslegung der Bezirkspionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘ vor ehemaligen Angehörigen der SMAD und Genossen der Bezirksleitung der SED Potsdam und der Bezirksleitung der FDJ Potsdam“.

95 KA-TF, Jänickendorf XI 3603, Protokolle der örtlichen Volksvertretung 1978–1982, unpag.

96 SAPMO-BArch, DY32/3018, GDSF Abteilung Agitation und Propaganda. Bericht der Bezirksorganisation Potsdam, S. 1ff.

„Obwohl es begrüßenswert ist, daß sich auch zunehmend FDJler der 9. und 10. Klassen an der Aktion beteiligen, mußte festgestellt werden, daß besonders in den oberen Klassen die Tendenz zur Routine vorherrscht und zu wenig persönliche Bekenntnisse zu Grundfragen der Erhaltung des Friedens und zum militärischen Schutz des Sozialismus dokumentiert wurden.“<sup>97</sup>

Angesichts gleichsam genormter Bekenntnisse war dies freilich ebenso wenig verwunderlich wie die Anfang 1989 von einer Arbeitsgruppe des Zentralvorstandes der GDSF in der Kreisorganisation Karl-Marx-Stadt/Land festgestellten Mängel in der DSF-Arbeit. Moniert wurde dabei vor allem, dass in der Arbeit der Grundeinheiten keine Ideen erkennbar seien, die über Standardaufgaben – wie den jährlichen Wissenswettbewerb, die Finanzierung von Speisen und Getränken für Betriebsfeiern und vielleicht noch den Besuch sowjetischer Armeeingehöriger – hinausreichten. In den Betrieben „kämpften“ zu wenig Kollektive um den Titel „Kollektiv DSF“ und schlimmer noch: „Die DSF-Arbeit erschöpft sich häufig in der Kassierung!“<sup>98</sup>

Es kann somit konstatiert werden, dass es der offiziellen Propaganda zwar gelungen war, durch gleichsam gebetsmühlenartige Wiederholung der immer gleichen Losungen und Argumente, gepaart mit der Stigmatisierung offen geäußerter abweichender Meinungen als „antisowjetisch“ oder überhaupt „feindlich“, bei einem großen Teil der Bevölkerung die selbstverständliche Akzeptanz von „deutsch-sowjetischer Freundschaft“ und Idealisierung des sowjetischen Vorbildes erreicht zu haben. Zu einer „Herzessache“ ist die DSF hingegen nur für die wenigsten DDR-Bürger geworden. Dafür waren neben der Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte vor allem die frühzeitige Verkrustung der Strukturen und Rituale der GDSF sowie die Reserviertheit der sowjetischen Offiziellen gegenüber persönlichen oder gar spontanen und unkontrollierbaren Beziehungen verantwortlich.

Die herrschaftslegitimierende und -stabilisierende Funktion der Freundschaftspropaganda für das SED-Regime wurde angesichts der Reformversuche in der Sowjetunion ab Mitte der achtziger Jahre jedoch zunehmend in Frage gestellt. Die Haltung zum sowjetischen Vorbild wandelte sich nun sowohl bei der SED-Führung als auch bei Teilen der Bevölkerung. Während die SED-Führung einerseits an der ritualisierten Propaganda und damit auch der Vorbildrolle der UdSSR festhielt, distanzierte sie sich zunehmend von der politischen Entwicklung in der Sowjetunion. Deutlichen Ausdruck fand diese Distanzierung im *Stern*-Interview Kurt Hagers vom Frühjahr 1987. Nach den Konsequenzen befragt, die die DDR-Führung aus den Reformbestrebungen in der Sowjetunion ziehen werde, antwortete er mit der Gegenfrage: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“

Vor allem Teile der intellektuellen und urbanen Bevölkerung deuteten nun aber „einsinnig“ die jahrzehntelange Propagierung von DSF und Vorbildlichkeit der Sowjetunion um. Wie die SED-Bezirksleitung Potsdam 1987 an Erich Honecker berichtete, gab es „teils unerschwellige Diskussionen und teils offene Äußerungen, daß sich die SED und die DDR an

---

97 SAPMO-BArch, DY32/2543, ZV der GDSF Abteilung Agitation und Propaganda. Bericht BV Potsdam über die Durchführung der „Woche der Waffenbrüderschaft“ 1986, S. 3.

98 SAPMO-BArch, DY32/6365, Information über den Einsatz einer Arbeitsgruppe der Abt. Organisation des ZV der GDSF in KO Karl-Marx-Stadt/Land 21.-24.2.1989, S. 3, unpag.

Gorbatschows innenpolitischem Kurs der Offenheit und Demokratisierung – so wie einige Schwesterparteien und Bruderländer – ebenfalls ein Beispiel nehmen sollten.“ Vor allem von älteren Genossen wurde hingegen berichtet, dass sie – zu Recht, wie sich zwei Jahre später herausstellen sollte – um die Existenz der DDR fürchteten.<sup>99</sup> Die Sympathien für Gorbatschow konnten sogar so weit gehen, dass auch die sowjetischen Truppen selbst als eine Art Hoffnungsträger gesehen wurden, wie ein Beispiel aus Schwerin zeigt. Hier wurde 1988 ein zur Erinnerung an den Sieg der Roten Armee umfunktionierter T-34 von Oppositionellen mit der Losung „Befreit uns noch mal“ versehen. Erscheint dies angesichts der mannigfachen Probleme mit den sowjetischen Truppen in der DDR zumindest doppeldeutig, so macht die Aufschrift „Perestroik[a]“ deutlich, von wem man hier befreit werden wollte.<sup>100</sup> Die eigene Freundschaftspropaganda hatte sich gegen das SED-Regime gewendet.

### 3.3 „Graue Wirklichkeit“

#### a) Besatzungsmacht, „großer Bruder“ und Garant des SED-Regimes

Die DDR war ganz wesentlich ein Geschöpf der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik während des Kalten Krieges und gleichzeitig deren Manövriermasse. Politische Interessen der SED als „Staatspartei“ der DDR wurden nur insofern berücksichtigt, als sie mit eigenen außenpolitischen Konzepten in Einklang standen. Gleichzeitig wurden jedoch auch politische Optionen entwickelt und zum Teil auch verfolgt, die die Herrschaft der SED, ja die Existenz der DDR in Frage stellten. Letzteres wird vor allem anhand der auf eine Neutralisierung eines vereinten Deutschlands zielenden Initiativen der Sowjetunion in den frühen fünfziger Jahren, aber auch beim Sturz des SED-Regimes deutlich.

Die Kehrseite der 1945 übernommenen sowjetischen Schirmherrschaft über KPD bzw. SED bestand in deren weitgehender ideeller und materieller Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht, was letztere zum Anlass für nicht selten kleinliche Kontrolle und Bevormundung nahm. Das brachte der SED den Ruf einer komplett sowjetisch gesteuerten „Russenpartei“ ein,<sup>101</sup> der auch nach der formalen Souveränität der DDR fortwirkte. Der Betonung der „vollständigen“ Souveränität der DDR durch führende Funktionäre der SED wie Otto Grotewohl standen dabei Statements anderer Funktionäre wie Paul Verner oder Erich Mielke gegenüber, die feststellten: „nur im festen Bruderbund mit der Sowjetunion konnte die DDR werden, was sie ist.“ bzw. noch deutlicher wurden: „Ohne Sowjetunion gab und gibt es keine DDR.“<sup>102</sup>

---

99 SAPMO-BArch, DY30/2291, Büro Honecker Berichte der SED-Bezirksleitung Potsdam 1987, Bl. 16.

100 BStU, BVfS Schwerin AKG 13b, Bl. 18.

101 Vgl. Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 333.

102 SAPMO-BArch, NY4090/216, Nachlass Otto Grotewohl. Erklärung zum ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, Bl. 123. SAPMO-BArch, NY4281/97 Nachlass Paul Verner, Artikel für Zeitschrift „Politischeskje Samoobrasowanje“, 11.07.1975, Bl. 83. Erich Mielke zitiert nach:

<http://www.pds-bad-doberan.de/klartext/092004/sepokt.htm>.

Offiziell wurde freilich die Souveränität des ostdeutschen Staates hervorgehoben, mitunter sogar mit „dialektischer“ Begründung: „Nur dank dem engen Bündnis mit der Sowjetunion sind die Staaten des Warschauer Vertrages wirklich unabhängig und souverän.“<sup>103</sup>

Faktisch stellte die Praxis der sowjetischen Truppenpräsenz in der DDR deren Souveränität jedoch massiv in Frage. Mit ihrer weitgehend eigenständigen Infrastruktur bildete die GSSD praktisch einen Staat im Staate und unterstand auf dem Territorium ihrer Kasernen und Truppentübungsplätze de facto ausschließlich sowjetischem Recht. Die DDR hatte bei der Festlegung von Stationierungsstärke und Standortverteilung praktisch kein Mitspracherecht, während es dem Oberkommando der GSSD freistand, in nicht näher definierten Notstandssituationen Maßnahmen nach eigenem Ermessen zu treffen, wobei die DDR-Regierung lediglich zu konsultieren war.<sup>104</sup>

Das blieb auch der DDR-Bevölkerung nicht verborgen. Die sowjetischen Truppen wurden dabei bestenfalls als „Schutzmacht“<sup>105</sup> – einem Terminus, der mit den Begriffen Schutzgebiet oder Protektorat eng verknüpft ist und auf eine eingeschränkte Souveränität hindeutet –, eher aber als Repräsentanten des „großen Bruders“ mit potentiell auch disziplinierender Funktion oder gar als Besatzungsmacht wahrgenommen. Für den Jänickendorfer Pfarrer Wilfried Flach war dabei klar, dass bereits Fragen wie die Erweiterung des örtlichen sowjetischen Truppentübungsplatzes letztlich „in Moskau“ entschieden wurden. Der DDR wurde in diesem Zusammenhang nicht nur fehlende Souveränität attestiert, sondern ihren Behörden gleichzeitig Unfähigkeit oder gar fehlender Mut zur Durchsetzung berechtigter Bevölkerungsinteressen gegenüber den sowjetischen Truppen vorgeworfen. Dieser Umstand stellte die Vertreter des Partei- und Staatsapparates insbesondere nach „besonderen Vorkommnissen“ vor erhebliche Herausforderungen in ihrer Überzeugungsarbeit beim erzürnten Bürger. In der betroffenen Bevölkerung machte dann der halb resignierte, halb ironische Satz „Wir sind ja nur Kleinrussland“ die Runde, oder es wurden Witze gemacht wie der folgende: „Warum sind wir nicht 'ne Sowjetrepublik? – Weil zwischen uns und der Sowjetunion Polen liegt.“<sup>106</sup>

Die Wahrnehmung einer eingeschränkten Souveränität der DDR wirft die Frage nach dem formalen und faktischen Status der sowjetischen Truppen in der SBZ/DDR sowie dessen Wandel zwischen 1945 und 1990 auf. Diese Frage, die ein lohnendes Thema für eine größere rechtsgeschichtliche Arbeit darstellen würde, kann hier jedoch nur cursorisch und insoweit behandelt werden, wie sie die Handlungsspielräume der DDR-Behörden und ihr Zusammenwirken mit der GSSD betrifft.

Völkerrechtlich legitimiert wurde die Anwesenheit sowjetischer Truppen durch die Beschlüsse der alliierten Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam, die Festlegungen der im Dezember 1943 gegründeten European Advisory Commission sowie die Artikel 53 und

103 Raimund Kokott, *Waffenbrüderschaft. Anforderungen an die Waffenbrüderschaftserziehung – Waffenbrüderschaftsbeziehungen zwischen der NVA und der GSSD*, Berlin 1978, S. 16.

104 Fricke, *Okkupanten oder Waffenbrüder?*, S. 271.

105 Vgl. Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 9.

106 Interview mit Wilfried Flach, S. 27ff. Andere Witze bezogen sich auf die Quasi-Weisungsgebundenheit der DDR-Staats- und Parteiführung gegenüber dem Kreml: „Erich Honecker kommt aus Moskau zurück. Noch auf dem Rollfeld in Schönefeld beginnt er herumzukriechen und Steinchen aufzusammeln. Endlich kommt ein Anruf aus Moskau: Schickt uns den Erich noch mal zurück, wir haben ihm aus Versehen das Lunochod-Programm [unbemanntes sowj. Mondmobil, CTM] eingegeben!“

107 („Feindstaatenklauseln“) der Satzung der Vereinten Nationen. Demgegenüber ist die Gültigkeit des Besatzungsrechts gemäß der IV. Haager Konvention von 1907 bis heute umstritten, da zwar Russland, nicht aber die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung unterzeichnet hatte. Nachdem im Vertrag über die Beziehungen zwischen DDR und UdSSR vom 20. September 1955 formal die Souveränität der DDR festgeschrieben worden war, wurde die Präsenz sowjetischer Truppen durch bilaterale Vereinbarungen legitimiert.<sup>107</sup> Noch am gleichen Tag wurde ein Protokoll über die „zeitweilige“ Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR unterzeichnet. Darin verpflichtete sich die DDR zur unentgeltlichen Bereitstellung von Grundstücken und Einrichtungen sowie zur Gewährung von Vorzugskonditionen bei der Belieferung der GSSD mit Leistungen und Erzeugnissen. Die Stationierungskosten sollten gemeinsam getragen werden. Diesbezüglich ist zu berücksichtigen, dass speziell für die GSSD Sonderkoeffizienten für Transferrubelgeschäfte festgelegt wurden, wonach ein Rubel nicht wie nach RGW-Standard 4,67 Mark, sondern 7,50 Mark entsprach.<sup>108</sup> Die Lastenverteilung verlagerte sich dadurch deutlich zuungunsten der DDR.<sup>109</sup> Den Angehörigen der GSSD war weiterhin die zollfreie Ein- und Ausfuhr persönlichen Eigentums gestattet, was in der Folge für den privaten Transfer von Konsumgütern in die UdSSR bedeutsam werden sollte. Das Oberkommando der GSSD verpflichtete sich im Artikel 9, die Einhaltung der DDR-Gesetze zu gewährleisten und sollte Maßnahmen ergreifen, „um Militärpersonal und Angestellte der sowjetischen Truppen, sowie Angehörige ihrer Familien zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen, falls sie die erwähnten Gesetze und Verordnungen verletzen.“<sup>110</sup>

Wahrscheinlich auf Initiative der DDR-Regierung wurde der Status der GSSD mit dem Stationierungsabkommen vom 12. März 1957 und dessen Folgedokumenten – zu Rechtshilfe, Schadensersatz, Inanspruchnahme von Leistungen und Liegenschaften etc. – präzisiert. Artikel 5 legte dabei fest, dass sowjetische Militär- und Zivilpersonen für auf dem Territorium der DDR begangene Straftaten grundsätzlich nach DDR-Recht zu belangen waren. Davon sollte laut Artikel 6 lediglich bei Straftaten abgesehen werden, die sich ausschließlich gegen sowjetische Staatsangehörige bzw. Einrichtungen richteten oder im Rahmen dienstlicher Obliegenheiten begangen wurden. Im Leitartikel des *Neuen Deutschlands* vom 14. März 1957 wurde das Abkommen als „ein notwendiges Instrument des Friedens“ gefeiert. „Jeder einzelne Absatz des Vertrages zeugt von den Leninschen Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung vor der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.“ Gemäß dem vom Kalten Krieg geprägten Freund-Feind-Schema wurde dabei nicht vergessen, auf den „grundsätzliche[n] Unterschied [...] zwischen der in West-

---

107 Vgl. Foitzik, SMAD, S. 31.

108 Die exakte Bezeichnung der in der SBZ bzw. DDR nach der Währungsreform von 1948 gültigen Währung lautete Deutsche Mark der Deutschen Notenbank. Zeitgenössisch wurde die Abkürzung DM (Deutsche Mark) benutzt. Um Verwechslungen mit der Währung der Westzonen bzw. der Bundesrepublik zu vermeiden, wird hier und im Folgenden die ostdeutsche DM mit „Mark“ bezeichnet.

109 Vgl. SAPMO-BArch, DY30/2510, Büro Honecker mit Verweis auf Politbürobeschluss vom 30.9.1980 über Maßnahmen zur Wahrung der ökonomischen Interessen der DDR auf dem Gebiet der GSSD, Bl. 59f. RGW = Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

110 BA-MA, DVW1/44217, Rechtsabteilung des MfNV, Protokoll über die Bedingungen der Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vom 20.9.1955.

deutschland herrschenden Besatzerwillkür und der freundschaftlichen Zusammenarbeit sozialistischer Staaten“ zu verweisen:

„Man vergleiche diese Bestimmungen mit den entsprechenden Regelungen des von der Bonner Regierung mit den Westmächten abgeschlossenen sogenannten Truppenvertrages. Da ist nicht nur von keinerlei Rechtssouveränität der Bundesrepublik gegenüber den Besatzungstruppen die Rede, da werden diese sogar noch zur Festnahme und Durchsuchung von Bundesbürgern ermächtigt. Allein der Bundespräsident und die Mitglieder der westdeutschen Parlamente werden durch Absatz 8, Artikel 7, des Truppenvertrages von der Besatzerwillkür ausgenommen.“<sup>111</sup>

Faktisch jedoch schränkte das Stationierungsabkommen zugleich die Souveränität der DDR ein, da es der sowjetischen Seite den Einsatz der GSSD zur Abwehr nicht näher benannter Bedrohungen – worunter auch nicht erwünschte politische Entwicklungen verstanden werden konnten – freistellte. Die sowjetische Seite war lediglich zu „entsprechenden Konsultationen“ der DDR-Regierung verpflichtet.<sup>112</sup>

Für die alltäglichen Beziehungen weit schwerwiegender war jedoch die deutliche Diskrepanz zwischen dem Wortlaut der getroffenen Vereinbarungen und der alltäglichen Praxis. Besonders deutlich wird dies bei der Umsetzung des Rechtshilfeabkommens vom 2. August 1957, welches für Verstöße gegen Gesetze der DDR grundsätzlich die Zuständigkeit von Gerichten der DDR sowie den Vollzug von Untersuchungshaft und Strafvollzug durch Organe der DDR vorsah (Artikel 17). Für die Militärstaatsanwaltschaft waren im Vorfeld bereits detaillierte Richtlinien für die Durchführung von Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Sowjetarmee entwickelt worden.<sup>113</sup> Am 23. Juni 1958 folgte die Dienstanweisung 19/58 des Ministers des Innern zur Durchführung des Rechtshilfeabkommens, die ebenfalls auf die Führung der Ermittlungs- und Strafverfahren durch Justizorgane der DDR orientierte. Darin war auch die Beweisaufnahme durch Volkspolizei und Staatsanwaltschaft in sowjetischen Kasernen vorgesehen.

Die Praxis gestaltete sich aus verschiedenen Gründen jedoch vollkommen anders. In einem Memorandum vom 15. Februar 1988 musste der Leiter der für die GSSD zuständigen Unterabteilung III der Militärstaatsanwaltschaft der DDR, Oberstleutnant Pils, konstatieren, dass die Prinzipien des Stationierungs- und Rechtshilfeabkommens „niemals verwirklicht“ worden seien. „Bis zum heutigen Tag ist kein einziger Fall bekannt geworden, bei dem ein Angehöriger der GSSD von einem Organ der DDR strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden wäre.“ Stattdessen wurde die Rechtsprechung in allen strafrechtlich relevanten Fällen nach Einleitung des Ermittlungsverfahrens an die sowjetische Seite übergeben.<sup>114</sup>

Für diesen Umstand sind vor allem drei Gründe zu nennen: Erstens sollte verhindert werden, dass „der Gegner“ die zu erwartende hohe Zahl von Verfahren der DDR-Justiz gegen

111 BA-MA, VA-01/3866, MfNV, Bl. 193.

112 Arlt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), S. 605.

113 Vgl. BA-MA, DVW1/53115, Rechtshilfeabkommen zwischen den Regierungen von DDR und UdSSR vom 2.8.1957, Bl. 1–10. Entwurf vom 30.7.1957 zur Richtlinie für die Bearbeitung von strafbaren Handlungen, die von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium der DDR begangen wurden, Bl. 29–41.

114 Zitat bei Volker Koop, Zwischen Recht und Willkür. Die Rote Armee in Deutschland, Bonn 1996, S. 36.



sowjetische Militärangehörige für Propagandazwecke missbraucht.<sup>115</sup> Zweitens wäre die auf die Bedürfnisse der Nationalen Volksarmee zugeschnittene Militärjustiz der DDR mit der Zuständigkeit für Verstöße von Angehörigen der mehr als doppelt so starken GSSD schlicht überfordert gewesen.<sup>116</sup> Der dritte und entscheidende Grund besteht jedoch in der mangelnden Kooperationswilligkeit sowjetischer Kommandeure, die Ermittlungen in sowjetischen Objekten verhinderten, Verdächtige nicht auslieferten bzw. in die UdSSR zurückversetzten, Beweismittel nicht anerkannten oder auch nur die Möglichkeit einer sowjetischen Täterschaft schlichtweg leugneten. Trotz der deutlichen Kritik an dieser Praxis, wie sie insbesondere in den achtziger Jahren von hohen Funktionären (wie dem Minister für Staatssicherheit Erich Mielke) immer wieder geäußert und mit der Forderung verbunden wurde, von Seiten der Sowjets den Bestimmungen des Rechtshilfeabkommens Folge zu leisten,<sup>117</sup> konnten bis 1990 keine nachhaltigen Veränderungen erreicht werden.

Die GSSD führte auch weiterhin in vielfacher Hinsicht ein Eigenleben. Bilaterale Abkommen sowie Gesetze und Verordnungen der DDR waren entweder nicht bekannt oder wurden bewusst ignoriert, was immer wieder zu „besonderen Vorkommnissen“ führte. So kam es am 10. Juli 1978, 12.00 Uhr am Elbkilometer 121 zwischen Mühlberg und Riesa zur Kollision eines Schwimmpanzers der GSSD mit einem Schubverband des VEB Binnenreederei, weil durch den sowjetischen Truppenteil weder die DDR-Behörden über die geplante Übung informiert, noch die Übersetzstelle gekennzeichnet und gesichert worden waren.<sup>118</sup> In einem anderen Fall brachte 1986

„ein als Regulierungsposten eingesetzter Angehöriger der GSSD (Name und Garnison nicht bekannt) an einem unbeschränkten Bahnübergang, zwischen den Bahnhöfen Treuenbritzen [sic!] und Buchholz, Kreis Jüterbog, Bezirk Potsdam, rechtswidrig einen Güterzug zum Halten, um einer Panzerkolonne der GSSD das Überqueren des Übergangs ohne Aufenthalt zu ermöglichen. Nur besonderen Umständen – der Triebfahrzeugführer brachte den Güterzug ca. 5 Meter vor der bereits den Gleiskörper überquerenden Kolonne zum Halt – ist es zu verdanken, daß es nicht zu folgenschweren Auswirkungen kam. Bei dem Güterzug handelte es sich um einen im Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) eingesetzten mit Vergaserkraftstoff gefüllten Kesselwagenzug.“<sup>119</sup>

Lassen sich die beiden ersten Fälle noch auf die Unbedarftheit der beteiligten sowjetischen Militärangehörigen zurückführen, so kann das dritte Beispiel durchaus als Indiz für pure Ignoranz gegenüber Leib und Leben von DDR-Bürgern angesehen werden. Am 11. Juli 1981 schlugen in der Gemeinde Felgentreu in unmittelbarer Nähe des örtlichen Kindergartens 18 vom sowjetischen Truppenübungsplatz Jüterbog abgeschossene 76mm Splittersprenggranaten ein, wobei nur der Umstand, dass die Granaten aufgrund von Überlagerung

---

115 Vgl. BA-MA, DVW1/53115, Anhang zum Rechtshilfeabkommen 1957, Bl. 70.

116 Vgl. BStU, HA IX 13367, Stellungnahme der HA IX zum Entwurf der Anweisung 13/68 des Generalstaatsanwaltes vom 16.12.1968, Bl. 38.

117 Vgl. BStU, HA VII 1334, Konzeption für ein Gespräch des Genossen Minister Mielke mit dem Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Genossen Armeegeneral Saizew – Persönlich! Streng geheim!, Berlin Oktober 1984, Bl. 34.

118 BStU, ZAIG 2829, Information über vermeidbare Beeinträchtigungen der Schifffahrt auf der Elbe durch Militärtechnik der GSSD vom 17.7.1978, Bl. 1. VEB = Volkseigener Betrieb.

119 BStU, ZAIG 5315, Bl. 97.

nicht detonierten, eine Katastrophe verhinderte. Obwohl die „staatlichen Schutz- und Sicherheitsorgane“ die sowjetische Kommandantur sofort informierten, kam es weder zur Einstellung, noch zur Korrektur des Übungsschießens. Im Gegenteil, „trotz viermaliger Warnung zum Schießabbruch“ wurde die Übung am 13. Juli fortgesetzt, was bei der Bevölkerung Sorge und Empörung auslöste und die „lagebedingte ideologische Arbeit“ der SED-Kreisleitung erforderlich machte.<sup>120</sup>

Das letztgenannte Beispiel verweist nicht zuletzt auf die Probleme im Zusammenwirken von DDR- und sowjetischen Militärbehörden. Wie anlässlich der interministeriellen Überprüfung der Umsetzung des Stationierungsabkommens und seiner Folgevereinbarungen 1987/88 festgestellt wurde, gab

„es auf den verschiedenen Gebieten und Ebenen eine Vielzahl zentraler und örtlicher Entscheidungen und Vereinbarungen sowie die Inanspruchnahme von Gewohnheitsrechten, die sich örtlich und personell bedingt oft unterscheiden bzw. sogar widersprechen. Die beiderseitigen Kontakt- und Gesprächspartner sind nicht exakt festgelegt und oft dem Zufall überlassen. Die sowjetischen Partner wechseln ständig.“<sup>121</sup>

Gerade bei „besonderen Vorkommnissen“ ging der Abstimmung des gemeinsamen Handelns daher zunächst meist die Suche nach den gerade zuständigen Entscheidungsträgern der GSSD voraus, was zum Beispiel bei Fahndungen nach sowjetischen Deserteuren zu gefährlichen Missverständnissen führen konnte. Mehrfach eröffneten sowjetische Fahndungskräfte irrtümlich das Feuer auf zum gleichen Zweck eingesetzte Angehörige der Volkspolizei.

Am 30. Juli 1973, um 23.50 Uhr, wurde beispielsweise im Kreis Oschatz ein per Moped auf dem Weg zu einem Kontrollpunkt der Deutschen Volkspolizei (DVP) befindlicher Abschnittsbevollmächtigter durch sowjetische Posten schwer verletzt. Sowohl der sowjetische Versuch, das Moped zu stoppen – also die angemaßte „Durchführung polizeilicher Maßnahmen“ –, als auch der unangemessene Schusswaffeneinsatz wurden als „grober Verstoß gegen die befohlenen, gemeinsam festgelegten und abgestimmten Verhaltensregeln“ gewertet.<sup>122</sup> Aus derartigen sowjetischen Überreaktionen konnten auch regelrechte Feuergefechte entstehen:

„Einsatzkräfte der Deutschen Volkspolizei stellten am 28.07.1987, gegen 21.40 Uhr einen einzelnen Angehörigen der Sowjetarmee unmittelbar an einem abgestellten Einsatzfahrzeug der VP im Bereich des Schkeuditzer Kreuzes fest. Bei Annäherung eines VP-Angehörigen eröffnete der Angehörige der Sowjetarmee sofort aus seiner Maschinenpistole das Feuer. Der VP-Angehörige gab daraufhin zwei Feuerstöße ab und zog sich zurück. Unmittelbar darauf wurde das Feuer durch in diesem Bereich handelnde Kräfte der Sowjetarmee in Richtung des Einsatzfahrzeuges der DVP geführt. Nachdem die Einsatzkräfte der DVP erkannt hatten, daß es sich bei dem Schusswechsel um Sicherungskräfte der Sowjetarmee handelte, zogen sie sich gedeckt aus dem Handlungsraum zurück.“

---

120 SAPMO-BArch, DY30/2288, Büro Honecker, Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam vom 24.7.1981.

121 BStU, Abt. X 919, Gedanken zum Stationierungsabkommen vom 31.10.1987.

122 BStU, ZAIG 2215, Information über ein Vorkommnis im Rahmen der ausgelösten Fahndung nach einem Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte in der DDR am 30.7.1973, Bl. 2–7.

Nichtsdestotrotz setzten die sowjetischen Einsatzkräfte die Feuerführung bis 23.10 Uhr fort, wobei ein sowjetischer Leutnant verletzt wurde. Die Autobahn musste vorübergehend gesperrt und der Verkehr umgeleitet werden, bis sich nach Absuche des Handlungsraumes um 2.30 Uhr herausgestellt hatte, dass sich der Gesuchte dort gar nicht aufhielt.<sup>123</sup>

Während in der Instruktion der Volkspolizei zum Schusswaffengebrauch bei der Festnahme bewaffneter Armeeangehöriger von 1988 zunächst auf die „psychologische Einwirkung“ durch „Nebel- und Spezialmittel“ sowie den Einsatz von Platzpatronen durch Schützenpanzerwagen gesetzt wurde, wobei der Einsatz der Schusswaffe das „äußerste Mittel“ darstellte, stand man in der Sowjetarmee dem frühzeitigen Schusswaffengebrauch weit weniger zurückhaltend gegenüber.<sup>124</sup>

Für DDR-Bürger konnte dieser Umstand vor allem im Verbund mit unklaren und nicht ausreichend markierten Sperrgebieten der GSSD zur Gefahr werden. Mehrfach nahmen sowjetische Wachposten auch Pilzsammler oder Liebespaare, die sich eindeutig außerhalb des Sperrgebietes bewegten, unter Feuer. Das war nicht nur auf individuelles Fehlverhalten der Posten, sondern auch darauf zurückzuführen, dass seitens der GSSD nicht selten außerhalb der Objektumzäunung widerrechtlich nicht gekennzeichnete Sperrzonen festgelegt wurden.

Gegen den Bürger O. K. wurde, nachdem ein sowjetischer Posten am 31. März 1962 dessen Freundin beim Befahren einer öffentlichen Straße in unmittelbarer Nähe eines sowjetischen Objektes in Nohra erschossen hatte, durch das MfS sogar ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Spionage und der fahrlässigen Tötung eingeleitet. Erst nach beinahe drei Wochen wurde er schließlich am 19. April wegen erwiesener Unschuld aus der Untersuchungshaft entlassen.<sup>125</sup>

Stellten sich DDR-Staatsorgane in diesem Fall praktisch vorbehaltlos auf die Seite der GSSD, so unternahmen insbesondere die Vertreter der Militärstaatsanwaltschaft bei ähnlich gelagerten Fällen in den späten siebziger und achtziger Jahren zumindest den Versuch, eine Änderung der Postenanweisungen sowie die Festlegung und Kennzeichnung der Sperrgebiete entsprechend der bilateralen Vereinbarungen durchzusetzen. Trotz diesbezüglicher Zusagen des Oberkommandos der GSSD kam es jedoch zu keinen grundsätzlichen Änderungen.<sup>126</sup>

Wie sich 1987 bei der Überprüfung der Umsetzung der Sperrgebietsverordnung vom 26. Juli 1979 durch die interministerielle Arbeitsgruppe Sperrgebiete herausstellte, verfügten die DDR-Behörden nicht einmal über eine vollständige Übersicht der sowjetischen Sperrgebiete auf ihrem Territorium. Dazu kamen illegale Erweiterungen bestehender Sperrgebiete wie 1988 in Altes Lager, Kreis Jüterbog. Hier wurden in der Nacht vom 2. zum 3. Februar 1988 die Grenzen des Schießplatzes Jüterbog um 200 Meter vorverlegt und mit Schildern „Halt! Hier wird geschossen! Befahren und Betreten verboten!“ gekennzeichnet, wodurch eine Ackernutzfläche der LPG Niedergörsdorf, der Sportplatz der SG Altes Lager, Kinderkrippe

---

123 SAPMO-BArch, DY30/2509, Büro Honecker, Informationen des Mdl 1987, Bl. 12–17, Zitat auf Bl. 15.

124 BStU, HA VII 397, Zur Ordnung für den Gebrauch der Schusswaffe bei der Festnahme bewaffneter Militärangehöriger 1988, Bl. 74–76.

125 BStU, ZAIG 577, E. I. über ein besonderes Vorkommnis am Objekt der Sowjetarmee bei Nora/Erfurt am 31.3.1962, Bl. 1–7.

126 Vgl. BStU, HA IX 12953, Bl. 1–10.

und Kindergarten, drei Einfamilienhäuser am Sportplatz, die Gaststätte „Volkshaus“, der Friedhof sowie der Wasserturm Altes Lager zum Bestandteil des Schießplatzes erklärt wurden.

„Diese ungerechtfertigte Erweiterung des Schießplatzes durch Angehörige der GSSD löste bei den Bürgern von Altes Lager Unverständnis und Ärger aus. Als Gegenreaktion auf diese Schießplatzenerweiterung entfernten unbekannte Bürger aus Altes Lager bis zum 24.02.1988 von den 16 aufgestellten Schildern 10 Schilder in den durch sie bewohnten bzw. öffentlich genutzten Bereichen der Ortschaft. Zu direkten feindlich-negativen Aktionen durch die Bürger von Altes Lager gegenüber Angehörigen der GSSD kam es jedoch nicht.“

Indes blieben die Aufforderungen des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Kreises für Inneres an die sowjetische Kommandantur zur Wiederherstellung „des gesetzmäßigen Zustandes“ folgenlos. Auch nach gemeinsamer Ortsbesichtigung und der Zusage des Kommandanten, den alten Zustand wieder herzustellen, machte die sowjetische Seite keine Anstalten, die verbliebenen Schilder zu entfernen.<sup>127</sup>

Immer wieder erwies sich die Position der DDR-Behörden als zu schwach, um die Einhaltung des DDR-Rechts sowie die Umsetzung bilateraler Vereinbarungen seitens der GSSD tatsächlich durchzusetzen zu können. Angesichts des in den achtziger Jahren zunehmend auch offen geäußerten Unmuts der von „besonderen Vorkommnissen“ und Straftaten im Zusammenhang mit der GSSD betroffenen Bürger befanden sie sich daher in einer prekären Situation. Das wird insbesondere im Zuge der Überprüfung des Stationierungsabkommens und seiner praktischen Umsetzung Ende der achtziger Jahre deutlich. Ging es einerseits um einen deutlichen, für den Bürger spürbaren Wandel zum Positiven an den Standorten, sollte gleichzeitig „keine Diskreditierung der GSSD“ zugelassen werden, was den staatlichen Organen eine „hohe Verantwortung“ auferlege und viel „Fingerspitzengefühl“ gegenüber den sowjetischen „Freunden“ erforderlich mache.<sup>128</sup> Diese Aufgabe wurde noch zusätzlich kompliziert durch den Umstand, dass die an der Überprüfung ebenfalls beteiligten Vertreter der GSSD ihrerseits versuchten, die von bestehenden Abkommen abweichende Praxis nun vertraglich zu fixieren, was einem Verzicht der DDR auf bereits zugestandene Souveränitätsrechte gleichgekommen wäre.<sup>129</sup>

Auch wenn dieses Ansinnen abgewendet werden konnte, blieb den DDR-Behörden als Druckmittel gegenüber den sowjetischen Streitkräften letztlich nur der Verweis auf die Folgen immer neuer Vorkommnisse und Straftaten für das Image der Sowjetarmee und die deutsch-sowjetische Freundschaft. So verwies der stellvertretende Minister für Staatssicherheit Generalleutnant Gerhard Neiber „darauf, daß derartige Vorkommnisse durch die Medien der BRD aufgegriffen, zur zügellosen Hetze gegen die UdSSR genutzt und Wirkungen

---

127 BStU, HA VII 354/1, Bl. 24.

128 BStU, Abt. X 919, Notiz zur interministeriellen Beratung beim MfNV am 13.6.1988, Bl. 23 und 28.

129 Vgl. BStU, HA IX 3885, Vorschläge zur Vervollkommnung der Gesetzgebung für Regelung der sowj. Stationierung und gegenseitigen Rechtshilfe von GM der Justiz A. Perepeliza an MOSTA GM Girke vom 22.8.1989, Bl. 3–11. Die Jurisdiktion sollte danach nur in Ausnahmefällen bei DDR-Gerichten liegen, während gleichzeitig die Rechte sowjetischer Ermittlungsorgane erweitert werden sollten, was z.B. auch die eigenständige Befragung deutscher Zeugen beinhaltet hätte.

negativer Art bei betroffenen DDR-Bürgern erzielt werden“,<sup>130</sup> während Minister Erich Mielke seit Anfang der achtziger Jahre regelmäßig ausführliche Berichte über Straftaten und durch Angehörige der GSSD verursachte „besondere Vorkommnisse“ an den Oberkommandierenden der GSSD schickte. Nachhaltige Wirkungen konnten damit jedoch nicht erzielt werden, wie die folgende Aktennotiz deutlich macht:

„Am 16.8.1984 rief Armeegeneral Saizew den Genossen Minister an und teilte mit, daß er energische Maßnahmen eingeleitet habe, um Straftaten von GSSD-Personen zurückzudrängen. Welche Maßnahmen eingeleitet wurden, teilte Armeegeneral Saizew nicht mit. Kurze Zeit später entschuldigte sich Genosse Saizew beim Genossen Minister für ein erneutes schweres Vorkommnis, das von der GSSD verursacht worden war.“<sup>131</sup>

Der Kreislauf von monierten Vorkommnissen, den sowjetischen Versprechungen, „energi-sche Maßnahmen“ zu ergreifen, und der frustrierenden Feststellung, dass die Probleme an den Standorten praktisch unverändert fortbestanden, setzte sich bis zum Ende des SED-Regimes ungebrochen fort. Die GSSD als Repräsentantin des „großen Bruders“ Sowjetunion führte weiterhin ein Eigenleben. Trotz der propagierten deutsch-sowjetischen Freundschaft und formaler Souveränität der DDR wirkte dabei das Selbstverständnis als Sieger- und Besatzungsmacht fort. Die DDR-Behörden wurden daher letztlich nicht als gleichrangige Partner, sondern eher als Bittsteller betrachtet, deren Anliegen man, je nach Neigung, entsprechen konnte oder nicht.

#### b) Kultur- und Technologietransfer

Der Kultur- und Technologietransfer von der Sowjetunion in die SBZ/DDR bildete einen elementaren Bestandteil der sowjetischen Selbstdarstellung ebenso wie der Freundschaftspropaganda der SED. Wie auch bei den anderen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, stellte insbesondere der Kulturtransfer ein gleichsam erzieherisches Mittel im Rahmen der *Reeducation* dar, das zugleich Ausdruck des sowjetischen bzw. westlichen Überlegenheitsanspruchs war.

Ziel des sowjetischen Kulturtransfers war es zunächst, das in der deutschen Bevölkerung verbreitete Negativbild vom „halbbarbarischen Rußland“ zu überwinden, indem die kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen der Sowjetunion propagiert wurden. Spätestens mit Gründung der DDR wurden die sowjetischen Erfahrungen und Konzepte auf den Gebieten Kultur, Wissenschaft, Technik sowie nicht zuletzt Politik und Ideologie zum Maß aller Dinge erklärt und Wilhelm Pieck gab die Parole aus: „Lernt vom Sowjetvolk, lernt vom großen Stalin, wie man den Sozialismus aufbaut.“<sup>132</sup> Der Transfer wurde somit zum Ausdruck der hegemonialen Stellung der Sowjetunion im entstehenden Ostblock.

Je nach sozialer Zugehörigkeit und politischer Einstellung wurde die sowjetische Kulturmission höchst unterschiedlich bewertet. Während die alten, akademisch gebildeten Eli-

---

130 BArch, DO 1 0.2.1. Nr. 52460, MdI Abteilung Polizeiangelegenheiten, Vermerk 1. St. SC Mdi GM Grüning über eine Sitzung der AG Sperrgebiete vom 19.8.1987, S. 3.

131 BStU, HA IX 9676, Bl. 86.

132 Vgl. Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 383. Zitat in: SAPMO-BArch, NY4036/459, Nachlass Wilhelm Pieck, Broschüre „Herzenssache aller Deutschen“, Rede vom 26.9.1952, S. 10.

ten der „Sowjetwissenschaft- und Sowjetkultur“ eher kritisch bis ablehnend gegenüberstanden, wurden diese – auch bedingt durch ihre propagandistische Überhöhung – von SED-Funktionären sowie den vorrangig aus proletarischen und bäuerlichen Milieus rekrutierten neuen Eliten nicht selten begeistert aufgenommen. Das hing nicht zuletzt mit den zumindest in den fünfziger Jahren noch eklatanten Know-how-Defiziten dieser beiden Gruppen zusammen, die erhebliche sowjetische Transfer- und Beratungsleistungen – nicht zuletzt durch die SMAD und die Besatzungstruppen – erforderlich machten.

Während diese Leistungen in der Propaganda immer wieder hervorgehoben wurden, blieb der schon 1945/46 in umgekehrter Richtung einsetzende Wissenschafts- und Technologietransfer von der SBZ in die UdSSR weitgehend tabuisiert. Wissenschaftler und Techniker wurden nebst Forschungs- und Fertigungsanlagen in die UdSSR verbracht und konnten zum Teil erst Ende der fünfziger Jahre wieder in die DDR zurückkehren.<sup>133</sup>

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick der Transferprozesse auf politisch-kulturellem, technologischem und militärischem Gebiet gegeben werden. Prägenden Einfluss auf Alltag und Mentalitäten der DDR-Gesellschaft hatte der vor allem in die Verantwortung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft fallende Kulturtransfer. Dabei wurde nicht nur „hohe (sowjetische) Kunst für jedermann“ propagiert, sondern auch die Festtags- und Feiernkultur ebenso wie der Habitus der Staats- und Parteifunktionäre „sowjetisiert“. Während die GDSF Auftritte sowjetischer Ensembles und den Austausch von Referenten zu wissenschaftlichen und politisch-ideologischen Themen zentral plante,<sup>134</sup> fanden an den Standorten der GSSD zu den üblichen Anlässen Freundschaftstreffen statt, bei denen z.B. sowjetische Militärkapellen spielten und Volkstänze aufgeführt wurden. Dabei lernten die beteiligten DDR-Bürger auch die sowjetische Feiernkultur, den „Prasdnik“, mit Essen, Trinksprüchen und reichlich Wodka kennen,<sup>135</sup> während die ostdeutschen Kinder mit *Burratino*, *Hase und Wolf* sowie sowjetischen Märchenfilmen wie *Abenteuer im Zauberwald* (1964) oder *Das bucklige Pferdchen* (1975) bereits seit dem Kindergartenalter vertraut waren. Dazu trugen auch die ab Ende der siebziger Jahre zweimal wöchentlich ausgestrahlten Sendungen „Für Freunde der russischen Sprache“ im zweiten Programm des DDR-Fernsehens bei. Darin wurden jeweils für zwei bis drei Stunden Spielfilme, Dokumentationen sowie Kinderfilme in russischer Sprache mit deutschen Untertiteln gesendet. Ergebnis einer Transferleistung waren auch die am sowjetischen Vorbild orientierten Rituale der Pionierorganisation, welche die Kinder der DDR von der ersten bis zur siebten Klasse begleiteten.

Die Vermittlung der Sowjetkultur ging dennoch mit deutlichen Friktionen einher. Die Begeisterung für das Erlernen der russischen Sprache hielt sich in engen Grenzen. Auch die Resonanz auf sowjetische Bücher – die von Otto Grotewohl als „starke Waffe im Kampf gegen die Schund- und Gangsterliteratur“ der „amerikanischen Kulturbarbaren“ gepriesen worden waren – fiel schwächer aus als gewünscht. Regelrecht enttäuscht äußerte sich 1953 die „Freundin Spitzer“ aus Auerbach über den mangelnden Anklang sowjetischer Filme

---

133 Vgl. Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 242–269.

134 Allein für 1964 vereinbarte die GDSF mit der GSSD 18.000 gemeinsame Veranstaltungen. SAPMO-BArch, DY32/582, ZV der GDSF. Abt. Internationale Verbindungen, Aktennotiz zur Besprechung mit Generaloberst Wasjagin, Chef der Politischen Verwaltung der GSSD, am 2.12.1964.

135 Vgl. Interview mit Bert Nansen\*, S. 25 und Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 15.

beim Kinopublikum, die, obschon sie „Offenbarungen“ seien, häufig vor leeren Reihen aufgeführt würden.<sup>136</sup>

Das änderte sich erst seit der „Tauwetter“-Periode, als jenseits der Propaganda in Film und Literatur zuweilen auch kritische Töne angeschlagen wurden. Die Bücher von Jewgeni Jewtuschenko und Tschingis Aitmatow wurden sogar zu so genannter „Bückware“, während Werke von Alexander Solschenyzyin lediglich über private Kanäle – aus dem Westen – in die DDR gelangten. Soweit es sich nicht um staatstragendes Kulturgut handelte, das ohnehin häufig bereits Teil schulischer Lehrpläne oder Inhalt kostenloser Vorführungen für Schüler, Studenten und Militärangehörige war, blieb das Interesse der SED-Kulturpolitiker an einer weiten Verbreitung sowjetischer Kultur in der Bevölkerung eher gering. Das wurde insbesondere im Herbst 1988 deutlich, als – zeitgleich zur Streichung des *Sputnik* von der Postzeitungsliste – mehrere sowjetische Filme, die zuvor auf dem XVII. Festival des sowjetischen Films in der DDR gelaufen waren, aus dem Kinoprogramm entfernt wurden.<sup>137</sup>

Wohl am nachhaltigsten wurde aber die politische Kultur der DDR durch das sowjetische Vorbild geprägt. Parteitags- und Feiertagsrituale, Losungen, Funktionsbezeichnungen mit zum Teil exorbitanten Genitivhäufungen, der „allgemeinkonkrete“ Duktus der Funktionärsprache, ja sogar Habitus und Erscheinungsbild der Funktionäre wiesen deutliche Ähnlichkeiten auf. Da konnte es auch zu Verwechslungen kommen, wie 1973 in Motzen, Kreis Königswusterhausen, wo fünf alkoholisierte deutsche Jugendliche, darunter auch der Sohn eines Oberstleutnants der Grenztruppen, zwei Zivilbeschäftigte der GSSD für Angehörige des MfS hielten und tödlich angriffen.<sup>138</sup>

Auch die Entwicklung der DDR-Wirtschaft als Planwirtschaft war wesentlich durch das sowjetische Modell geprägt. Das betraf nicht nur strukturelle Aspekte wie die Einbindung der DDR in die „sozialistische ökonomische Integration“ im Rahmen des RGW oder die Einführung von Arbeitsbrigaden und „sozialistischem Wettbewerb“ sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft, sondern auch die Übernahme eines primär quantitativ orientierten ökonomischen Denkens, der „Tonnenideologie“,<sup>139</sup> und sowjetischer Arbeitsmethoden. Vor allem letztere galten insbesondere in den fünfziger Jahren als Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung der DDR.<sup>140</sup> Flächendeckend wurden die Vorzüge sowjetischer Wissenschaft, Technik und „Neuerer Methoden“ propagiert.

---

136 SAPMO-BArch, NY4090/172, Nachlass Otto Grotewohl, Rede zum fünfjährigen Bestehen des Verlages der GDSF „Kultur und Fortschritt“, November 1952, Bl. 5. SAPMO-BArch, DY32/10577, Büro des Sekretärs, 2. Tagung des ZV der GDSF am 05.08.1953 – Diskussionsbeiträge, S. 3 (unpag.).

137 Dabei handelte es sich um: *Die Kommissarin*, *Thema*, *Der kalte Sommer des Jahres 53*, *Spiele für Schulkinder* sowie *Und morgen war Krieg*. Tengis Abuladses Film *Die Reue* von 1984 – eine filmische Abrechnung mit dem Stalinismus – war sogar bis Ende 1989 verboten, nichtsdestotrotz aber vielen DDR-Bürgern aus dem Westfernsehen bekannt.

138 BStU, ZAIG 2185, Information über einen tödlichen Angriff auf zwei sowjetische Staatsbürger in Motzen, Kreis Königswusterhausen, Bezirk Potsdam am 20.5.1973. Gegen die Täter wurden Ermittlungsverfahren mit Haft wegen Rowdytum (§ 215) und Terror (§102 StGB) eingeleitet.

139 Vgl. Harm G. Schröter, Zur Übertragbarkeit sozialhistorischer Konzepte in die Wirtschaftsgeschichte. Amerikanisierung und Sowjetisierung in deutschen Betrieben 1945–1975, in: Jaraus/Siegrist (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, S. 147–165, S. 163.

140 Vgl. Otto Grotewohls Rede beim III. Deutschen Bauerntag 1951 in Leipzig. SAPMO-BArch, NY4090/163, Nachlass Grotewohl, Bl. 105.

Die praktischen Ergebnisse jedoch konnten oft nicht überzeugen, wie sich vor allem in der Landwirtschaft zeigte. Übermäßig schwere sowjetische Traktoren verdichteten den Boden, die kurzzeitige Einführung des „Rinderoffenstalls“ ab 1957 führte in den Wintermonaten zu erhöhten Viehverlusten und die agrarbiologischen Ideen von Mitschurin und Lyssenko<sup>141</sup> konnten sich in der Praxis nicht durchsetzen. Daran vermochten auch Kampagnen wie die „Mitschurin-Bewegung“ oder die „Tage des sowjetischen Neuerers“ nichts zu ändern.

Wie im Protokoll der Landesleitung der SED Brandenburg 1951 festgestellt werden musste, war die Arbeit der existierenden „Mitschurin-Zirkel“ „größtenteils unsystematisch und planlos“, was selbst im zuständigen Ministerium nicht besser war: „Unsere Genossen im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft bildeten einen Mitschurin-Zirkel, der aber bald wieder einschlieft.“<sup>142</sup>

Überdies kamen den Werktätigen der DDR manche sowjetische „Neuerermethoden“, wie die Kowaljow-Methode, wonach jeder Arbeiter für die Pflege und Reinigung seiner Maschine selbst verantwortlich war, altbekannt vor.<sup>143</sup> Die zum Teil enthusiastische Propaganda für sowjetische „Neuerermethoden“ wurde daher nicht selten Gegenstand des Spotts, wie folgende Kurzbeschreibung der zur Erhöhung der Sicherheit am Arbeitsplatz propagierten Bassow-(Bass-uff)-Methode im sächsischen Volksmund verdeutlicht: „Zwee arbeiten und vier bassen uff.“

Auch die in die DDR gelieferten Errungenschaften sowjetischer Technik wurden zum Teil mit spöttischen Spitznamen belegt. So wurden der PKW Saporoshez 968 und die als Baureihe 120 bei der Deutschen Reichsbahn eingeführte Diesellok wegen ihrer hohen Geräuschemissionen als „T-34 Sport“ bzw. als „Taigatrommel“ bezeichnet.

Den Bereich des mit Abstand intensivsten Technologie- und Kulturtransfers bildeten jedoch die Beziehungen der NVA und ihrer Vorläufer zu den sowjetischen Streitkräften, wobei letztere umfangreiche Ausbildungs- und Beraterfunktionen wahrnahmen. Auch nach Abschluss des Aufbaus der NVA wurden, basierend auf zentralen Vereinbarungen, wechselseitige Vorträge, Lehrvorführungen, „Erfahrungsaustausche“ sowie Gastauftritte von Musik- und Tanzensembles organisiert,<sup>144</sup> worauf im Abschnitt 4. noch näher einzugehen sein wird. Die in der Ausstattung der NVA weitgehend prägende sowjetische Militärtechnik wurde, anders als beim Technologietransfer im zivilen Bereich, in der Regel als funktional, zuverlässig und robust geschätzt, obschon sie andererseits zum Teil als klobig und technisch nicht besonders raffiniert angesehen wurde. Spätestens seit Anfang der achtziger Jahre, als im Zuge des „Zweiten Kalten Krieges“ die Vorsprünge der NATO-Streitkräfte im Bereich der Elektronik und Computertechnik immer offenkundiger wurden, tauchten jedoch zunehmend Zweifel an der Modernität der in der NVA verfügbaren sowjetischen Waffensysteme auf.<sup>145</sup>

---

141 Iwan Wladimirowitsch Mitschurin (1855–1935), russischer Botaniker und Pflanzenzüchter, Trofim Denissowitsch Lyssenko (1898–1976), Schüler und Propagandist der Lehren Mitschurins.

142 BLHA, Rep. 332 SED Land Nr. 44. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 16.6.1951, Bl. 34.

143 Vgl. SAPMO-BArch, DY32/10757, Büro des Sekretärs, Betriebsgruppen der GDSF 1948–1950, Bericht über Arbeit der GDSF in den Betrieben von Freund Trautvetter (1. Vors. der Betriebsgruppe Abus Dessau), Februar 1952, S. 7 (unpag.).

144 Vgl. BA-MA, VA-P-05/674, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit sozialistischen Bruderarmeen 1963–1967.

145 BA-MA, AZN VA-01-P-2982, PHV Soziologische Analyse. Soziologische Untersuchungen 1981–83. Ergebnisse einer Untersuchung zu aktuellen politischen und militärischen Problemen, Oktober 1982,



Die Geschichte des Kultur- und Technologietransfers von der UdSSR in die SBZ/DDR konnte hier nur cursorisch und nur insoweit behandelt werden, als sie die Sicht der DDR-Bevölkerung auf die Sowjetunion und die sowjetischen Streitkräfte beeinflusste. Diese Geschichte stellt sich als äußerst zwiespältig dar, denn wie schon im Bereich der Freundschaftspropaganda stand auch hier die propagandistische Überhöhung einerseits der praktischen Begrenztheit des Transfers und der häufig „eigen-sinnigen“ Übernahme des sowjetischen Modells andererseits weitgehend unvermittelt gegenüber.

### c) Das Leben in der GSSD

Die sowjetischen Streitkräfte bildeten in der DDR einen Staat im Staat. Ihre Objekte waren dem Zugriff der DDR-Behörden entzogen und hatten faktisch den Charakter exterritorialer Gebiete, in denen – wenn auch nicht formal – ausschließlich sowjetisches Recht galt. Das Leben der sowjetischen Soldaten und Zivilbeschäftigten sowie ihrer Familienangehörigen spielte sich dank einer umfangreichen Infrastruktur weitgehend separat von der DDR-Gesellschaft ab. Die sowjetischen Kasernen und Militärstädtchen verfügten über eigene Kindergärten, Schulen, Geschäfte, Kinos, Sportanlagen und Theater, ja sogar über eigene landwirtschaftliche Betriebe.

Das offizielle Selbstbild der GSSD war vor allem durch die Tradition als Sieger und Befreier vom Faschismus geprägt, der „solche hohen moralischen und kämpferischen Eigenschaften wie grenzenlose Treue zur Heimat, zur Kommunistischen Partei und zum Volk sowie militärische Pflicht, Mut, Heldentum, ständige Bereitschaft, für den Triumph der kommunistischen Ideen furchtlos zu kämpfen, sozialistische[n] Internationalismus und tiefe[n] Haß auf die Imperialisten“ verkörpern sollte. Die Mission der sowjetischen Truppen in der DDR als „Vorhut der Sowjetarmee“ sollte darin bestehen, die „Interessen der Sowjetunion und [...] die friedliche Arbeit der Völker der sozialistischen Gemeinschaft“ zu schützen.<sup>146</sup>

Verstand sich die Sowjetarmee als „Kampfgemeinschaft vieler Nationalitäten“ und „Armee des proletarischen Internationalismus“, so sollten die Angehörigen der GSSD nicht nur „zu Internationalisten“, sondern auch „zur unzerstörbaren Freundschaft mit den Werktätigen der DDR“ erzogen werden, wofür in den Truppenteilen spezielle „Räte zur Festigung der sowjetisch-deutschen Freundschaft“ gebildet wurden. Diese sollten in Zusammenarbeit mit der Zeitung der GSSD *Sowjetskaja Armija* und dem Rundfunksender *Wolga* auch über das Leben in der DDR informieren, und zu diesem Zweck wurden jährliche Preisausschreiben zum Thema „Kennen Sie die DDR?“ durchgeführt.<sup>147</sup>

---

Bl. 209. Vgl. Christian Th. Müller, Die Nationale Volksarmee im Spiegel der soziologischen Analysen der Politischen Hauptverwaltung. Dokumente zur militärsoziologischen Forschung in der DDR, in: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Jahresschriften. 10 Jahre vereintes Deutschland – 10 Jahre Armee der Einheit, Strausberg 2000, S. 79–133, S. 91.

146 Auf Gefechtsposten, S. 11f.

147 Vgl. Ebd., S. 231. SAPMO-BArch, DY32/4921, GDSF Plan der Maßnahmen des ZV der GDSF zur Zusammenarbeit mit der PV der GSSD für das Jahr 1985, S. 15. BA-MA, VA-P-01/2193, PHV Sonderinformation 2/65 vom 15.3.1965 über: Die politisch-ideologische Arbeit in der Nationalen Volksarmee in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus, Bl. 106.

Prägend für die Sicht auf die DDR war dabei einerseits das verklärte Selbstbild als Befreier und Pionier des Menschheitsfortschritts, das vom Gefühl eigener Überlegenheit und der Überzeugung durchdrungen war, dass die DDR-Gesellschaft der Sowjetarmee für die Leistungen der Väter und Großväter stets Dank schulde. Andererseits galt die DDR aufgrund ihres relativ hohen Lebensstandards und des im Vergleich zur Sowjetunion deutlich reichhaltigeren Konsumgüterangebots vielen GSSD-Angehörigen geradezu als „Traumland“.<sup>148</sup>

Die Lebenswelten der etwa 350.000 Armeeeingehörigen sowie der etwa 200.000 Familienangehörigen und Zivilbeschäftigten konnten sich dabei sehr stark voneinander unterscheiden. Für Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte war der Dienst in der DDR aus mehreren Gründen attraktiv. Offiziere der GSSD hatten deutlich höhere Karrierechancen, und die Führungskräfte der GSSD stiegen nach ihrer Rückkehr in die Heimat sehr häufig in militärische Spitzenpositionen der Sowjetunion oder des Warschauer Vertrages auf. Neben den beruflichen gab es jedoch auch handfeste materielle Vorteile. Jeder Angehörige der GSSD erhielt neben den üblichen Dienstbezügen in Rubel gleichsam ein zweites Gehalt in Mark der DDR. Das Gehalt eines Leutnants in Höhe von 240 Rubel wurde so beispielsweise um 900 bis 1.000 Mark pro Monat aufgebessert. Aufgrund der niedrigen Kosten für Unterkunft und Verpflegung, die zum großen Teil durch die Streitkräfte gestellt wurden, konnten so während des drei- bis fünfjährigen Aufenthalts in der DDR relativ große Summen angespart oder für den Erwerb hochwertiger Konsumgüter verwendet werden.<sup>149</sup>

In der Regel lebten Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte mit ihren Familienangehörigen in separaten Militärstädtchen in unmittelbarer Nähe der Kasernen. Gemessen am Lebensstandard der DDR-Bevölkerung gestaltete sich die Unterbringung jedoch sehr beengt und karg. Zumeist waren die Wohnungen nach dem Vorbild der Kommunalka gleich mit mehreren Familien belegt, die Küche und Bad gemeinsam benutzten. Aufgrund knapper Investitionsmittel und mangelhafter Pflege waren die sowjetisch genutzten Wohngebäude häufig in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. In den seltenen Fällen, in denen DDR-Bürger mit sowjetischen Familien unter einem Dach wohnten, bildete dieser Umstand – vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen von den Regeln des Zusammenlebens mehrerer Mietparteien – immer wieder Anlass für Konflikte und entsprechende Eingaben an die staatlichen Organe der DDR.<sup>150</sup> Das betraf auch bestimmte Formen der Freizeitgestaltung, wie sich der Zeitzeuge Christoph Maiwald aus Neufahrland bei Potsdam erinnert:

„Die Freunde leben ja sehr naturnah, und die Jacht iss ja für sie eine Art Volkssport, der in Russland nicht besonders genehmigungspflichtig iss. Also, wer 'ne Waffe hat, kann auch schießen, und dann gibt's keine Schonzeiten und es gibt keine Einschränkungen, die können ja, also ich sag mal, mit der Panzergranate auf'n Spatz schießen,

148 Vgl. Interview mit dem ehemaligen sowjetischen Berufsoffizier Sergej Jakowlew\*, S. 2.

149 Vgl. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 3 und 7. Nach Aussage von Jakowlew verblieben Offiziere, die ihre Familie mit in die DDR gebracht hatten, fünf Jahre, während Offiziere ohne Familie ebenso wie die Zivilbeschäftigten zumeist drei Jahre in der DDR blieben. Für die Zivilbeschäftigten bestand dabei die Möglichkeit einer Verlängerung ihres Aufenthaltes um weitere drei Jahre.

150 Vgl. die Eingabe von P. S. aus Meiningen, Strasse der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft vom 25.10.1988, SAPMO-BArch, DY30/1258, Bl. 212–214.

ich überzieh das jetzt mal.<sup>151</sup> So, dann sind se hier hoch, hier oben unseren kleinen Wald, jo, mal paar gingen angeln, die brachten dann Fisch mit, die andern ham hier oben ausjeräumt, hier gab's ja keine Maus mehr, die lebte, ja? Also hier war kein Reh, kein Wildschwein. Das, was jetzt hier iss, ja, dass die Füchse hier bei uns auf'm Balkon übernachten und Wildschweine hier zu Hunderten sich herumdrücken, das gab's nich. Wurde abjeknallt, das war das Zusätzliche für den Kochtopf. Dann gingen se hier in 'n Wald, ham Feuerchen jemacht, ham ihren Fisch da jeräuchert oder jegrillt, und das Fleisch auch, und dann gingen se nach Hause, wenn se bissel ange-tüddelt waren, und das Feuer brannte. Und dann war natürlich hier oben *jedes* Wochenende eine Schonung in Flammen. Und die deutsche Feuerwehr musste dann hin und musste löschen.“<sup>152</sup>

Der fahrlässige Umgang mit Feuer und die verbreitete Nichtbeachtung der in der DDR geltenden Regelungen für Jagd und Fischfang wurde in den achtziger Jahren schließlich auch vom Oberkommando der GSSD als Problem wahrgenommen, wie aus Befehlen der Armeegeneräle Pjotr Luschew zur Verstärkung des Brandschutzes in Wäldern von 1986 und Michail Saizew zur „Durchführung des Jagd- und Angelsports in den Militärjagdkollektiven“ von 1983 hervorgeht. Saizew verwies sogar explizit darauf, „daß jede Art von Jagdfrevel eine negative Einstellung der DDR-Bürger hervorruft und die Autorität der Militärangehörigen der Gruppe und unseres Staates insgesamt untergräbt.“<sup>153</sup> Nachhaltige Veränderungen konnten dadurch jedoch nicht erreicht werden.

Ergaben sich daraus für Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte der GSSD deutliche Freiräume, so unterlagen ihre Bewegungsfreiheit innerhalb der DDR und insbesondere nichtinstitutionelle Kontakte zur DDR-Bevölkerung deutlichen Restriktionen. Verstöße, etwa in Gestalt nicht genehmigter Reisen nach Berlin oder der Pflege privater Beziehungen zu DDR-Bürgern, wurden häufig mit der Rückversetzung in die UdSSR geahndet.<sup>154</sup>

Längerfristige persönliche bzw. private Kontakte zu DDR-Bürgern waren daher die Ausnahme und konnten nur „konspirativ“ erfolgen.<sup>155</sup> Schon aus diesem Grund waren Liebesbeziehungen zwischen deutschen Frauen und sowjetischen Offizieren stark problembehaftet. Obschon ein Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR Offizieren und länger dienenden Unteroffizieren bereits am 24. Oktober 1953 die Eheschließung mit Ausländerinnen grundsätzlich gestattet hatte,<sup>156</sup> mussten heiratswillige Paare bis zur Eheschließung einen langwierigen Weg durch das Labyrinth der sowjetischen Bürokratie zurücklegen. Die damit in der Regel einhergehende räumliche Trennung des Paares durch Rückversetzung des betroffenen

---

151 Neben dem Gebrauch automatischer Schützenwaffen wurden vom MfS mehrfach Fälle dokumentiert, in denen Schützenpanzer und selbst Hubschrauber für Jagdzwecke verwendet wurden. Vgl. BStU, HA VII 395, Bl. 22 und BStU, HA IX 9836, Bl. 75.

152 Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 32f.

153 BStU, HA VII 355/5, Anweisung des OB der GSSD AG P. Luschew vom 14.3.1986 über die Maßnahmen zur Verstärkung des Brandschutzes in den Wäldern, die den Truppenteilen der GSSD übergeben wurden, Bl. 115. BStU, Sekr. Neiber 505, Befehl Nr. 32 des OB der GSSD vom 30.4.1983: Verordnung über die Durchführung des Jagd- und Angelsports in den Militärjagdkollektiven der Truppen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland auf dem Territorium der DDR, Bl. 78.

154 Vgl. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 9f.

155 Vgl. Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 22f.

156 Vgl. SAPMO-BArch, DY30/3691, Schreiben des Stabschefs der GSSD Generalleutnant Turassow an Walter Ulbricht vom 27.11.1953, Bl. 2.

den Soldaten in die UdSSR stellte die Beziehung noch zusätzlich auf die Probe. Ein besonderes Problem stellte schließlich die Wahl des gemeinsamen Wohnortes dar. Hatte sich das Paar entschlossen, in der DDR zu leben, setzte dies in der Regel die Entlassung aus dem Militärdienst voraus, die für Offiziere vor Ablauf ihrer fünfundzwanzigjährigen Verpflichtung nur schwer zu erreichen war.<sup>157</sup>

Angesichts weitgehender Kontaktbeschränkungen lebten die sowjetischen Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten mit ihren Familien in einem weitgehend sowjetisch geprägten Mikrokosmos – gewissermaßen einer kleinen Sowjetunion in der DDR. Obschon die Bestrebungen, sich mit der deutschen Kultur und insbesondere der deutschen Sprache näher zu beschäftigen, sehr begrenzt blieben, wusste der Großteil von ihnen das Leben und nicht zuletzt den Lebensstandard in der DDR zu schätzen. Das zeigte sich deutlich am Ende der achtziger Jahre, als der Abzug von Teilen der GSSD in die UdSSR vorbereitet wurde. Wie ein Bericht des MfS über ein Freundschaftstreffen von Lehrern aus dem Kreis Bernau mit sowjetischen Offizieren des Flugplatzes Werneuchen am 7. Juni 1989 belegt, standen die Offiziere und ihre Familien einer Verlegung in die UdSSR großenteils ablehnend gegenüber. Dazu wurden folgende Begründungen kolportiert. Man habe vom Sozialismus à la Sowjetunion „die Nase voll“. „Man wolle nicht weg, weil dort im Osten nichts los sei. Hier aber in der DDR, könne man leben, hier habe man schon Sozialismus“, was sich primär auf den Lebensstandard in der DDR bezog, wie der anschließende Satz verdeutlicht, denn: „Ihre Frauen würden erst recht nicht weg wollen, da man in der DDR gut einkaufen könne, es schöne Wohnungen, Kindereinrichtungen, Bekleidung sowie Wohnungseinrichtungen u.a. gebe.“<sup>158</sup>

Für die Wehrpflichtigen gestaltete sich der Aufenthalt in der DDR demgegenüber weit weniger attraktiv. Ihr zweijähriger, bis 1968 sogar dreijähriger Wehrdienst fern der Heimat war durch erhebliche Härten gekennzeichnet. Die gesamte Dienstzeit über blieben die zum Teil bereits mit siebzehneinhalb Jahren einberufenen Wehrpflichtigen einer strikten Reglementierung und Separierung von der DDR-Gesellschaft ohne jedes Mitspracherecht oder persönliche Freiheiten unterworfen. Das verdeutlicht ein Blick auf die Lebensbedingungen in den Kasernen und die Praxis der Gewährung von Urlaub und Ausgang. Die wehrpflichtigen Soldaten und Sergeanten waren in der Regel kompanieweise in einem Schlafsaal ohne jede Form von Privatsphäre untergebracht. Der persönliche Bereich des einzelnen Soldaten beschränkte sich auf sein Bett und einen kleinen Nachttisch, während die wenige persönliche Habe zentral in einer an den Schlafsaal grenzenden Kammer, der *капёрка*, unter Verschluss lag. Etwas besser gestellt waren Sergeanten in höherer Dienststellung oder mit längerer Dienstzeit, die seit den siebziger Jahren zum Teil separate Zimmer in der Kaserne bewohnten.<sup>159</sup>

Möglichkeiten, die Kaserne zu verlassen, ergaben sich in der Regel nur bei dienstlichen Anlässen wie Arbeitseinsätzen oder der Ausbildung auf einem Truppentrübungsplatz. Ausgang blieb hingegen eine seltene Ausnahme und galt als besondere Auszeichnung, die während der gesamten Dienstzeit lediglich ein- oder zweimal gewährt wurde. Dabei war die gruppenweise Durchführung unter Aufsicht eines Offiziers obligatorisch. Unter diesen Um-

---

157 Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 40.

158 BStU, Sekr. Neiber 75, Information zur Haltung von Offizieren der Sowjetarmee zu aktuell politischen Problemen vom 22.6.1989, Bl. 18.

159 Vgl. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 17f. Interview mit Aram Perstyan\*, S. 4.

ständen hatten die einfachen Soldaten praktisch keine Möglichkeit, sich jenseits des im Politunterricht (Полит занятие) vermittelten Propagandabildes von der DDR und der Rolle der GSSD in ihr auch persönlich mit dem Leben in der DDR vertraut zu machen.<sup>160</sup>

Nicht weniger beschränkt waren die Möglichkeiten zur Kontaktpflege mit den in der UdSSR verbliebenen Freunden und Verwandten, die letztlich nur auf dem Postweg erfolgen konnte. Denn Urlaub blieb für die Soldaten der GSSD ein Fremdwort. Wie allen anderen Wehrpflichtigen der Sowjetarmee standen zwar auch ihnen während ihrer gesamten Dienstzeit 10 Tage Urlaub plus Zeit für die An- und Abreise zu, faktisch konnte davon aber nur ein Bruchteil der Soldaten tatsächlich Gebrauch machen. Das hing nicht nur mit dem logistischen Aufwand des Urlaubersports, der stets von einem oder mehreren Offizieren begleitet werden musste,<sup>161</sup> sondern auch mit der Dienstauffassung der zuständigen Kommandeure zusammen. Prinzipiell war der Soldat der GSSD immer im Dienst und hatte jederzeit bereit zu sein, an exponierter Stelle zum Schutz der UdSSR und der sozialistischen Staatengemeinschaft jeden Befehl widerspruchsfrei auszuführen. Freizeit oder gar ganze arbeitsfreie Tage waren dabei nicht vorgesehen. Der Sonntag war lediglich ausbildungsfrei und wurde zur Durchführung von Reinigungs-, Bau- und Wartungsarbeiten genutzt.<sup>162</sup>

Anders als die Offiziere zogen die Wehrpflichtigen auch kaum materielle Vorteile aus ihrer Stationierung in der DDR. Zwar erhielten sie neben dem üblichen Wehrgeld in Rubel, der in der UdSSR angespart wurde, ebenfalls ein zweites Gehalt in Mark der DDR. Dieses fiel aber im Vergleich zu den Bezügen der Berufssoldaten deutlich bescheidener aus. Je nach Dienstgrad, Qualifikation und Dienststellung erhielt ein Wehrpflichtiger zwischen drei bis maximal 21 Rubel sowie 15 bis 50 M pro Monat. Das reichte gerade, um sich ab und an im Magazin, zusätzlich zur eintönigen und nicht selten auch kargen Truppenverpflegung, solch einfache Genüsse wie Weißbrot und Marmelade oder ein paar Süßigkeiten zu verschaffen.<sup>163</sup>

Zum Teil muss regelrechter Hunger geherrscht haben, was sich aus immer wiederkehrenden Meldungen über Mundraub und Felddiebstähle folgern lässt. So zeigte der Bauer E. S. aus Felgentreu, Kreis Luckenwalde, am 3. August 1984 an, dass in den vorangegangenen Wochen beinahe täglich Soldaten der GSSD seinen Acker aufgesucht hatten, um sich dort Kartoffeln zu holen, weshalb er befürchte, wie bereits im Vorjahr, mit Heranrücken der Erntezeit selbst keine Kartoffeln mehr vorzufinden. Daraufhin wurde der Acker des Geschädigten in die

„op.[erative, CTM] Tätigkeit mit einbezogen und so konnten am [...] 06.08.1984 gegen 16.30 Uhr zwei Soldaten der GSSD gestellt werden, als diese Kartoffeln ausgruben. [...]. Beide Soldaten hatten in ihren Hosentaschen ca. 10 Kartoffeln. ODH [Operativer Diensthabender, CTM] Gen.[osse, CTM] Bohn wurde darauf verständigt. Maßnahmen wurden nicht eingeleitet.“<sup>164</sup>

160 Vgl. Kurt Arlt, „... stets wachsam sein in fremdem Land!“, S. 210f.

161 Vgl. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 30.

162 Interview mit Aram Perstyan\*, S. 3.

163 Zur Bezahlung vgl. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 5. Interview mit Aram Perstyan\*, S. 3. Zum Einkauf im Magazin vgl. Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 48.

164 BLHA, Rep. 472 15.2 PKA Luckenwalde Nr. 113, Rapport 69/84.

Das Vorgehen gegen Felddiebstähle war dabei keineswegs ungefährlich, wie einige Jäger der Jagdgesellschaft Jänickendorf, ebenfalls Kreis Luckenwalde, 1987 erfahren mussten. Nachdem sie mehrere sowjetische Soldaten beim Stehlen von Maiskolben ertappt und sie aufgefordert hatten, sich auszuweisen und das Feld zu verlassen, gaben letztere mehrere Schüsse aus ihren mitgeführten Maschinenpistolen über die Köpfe der Jäger hinweg ab und flüchteten.<sup>165</sup>

Die nicht selten unverhältnismäßige Gewaltbereitschaft sowjetischer Soldaten bei an sich geringfügigen Straftaten wie Mundraub steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Angst vor Bestrafung durch die eigenen Vorgesetzten und einem verbreiteten Klima der Willkür und Gewalt in sowjetischen Kasernen.<sup>166</sup> Konstitutiv dafür waren einerseits das Verhältnis zwischen Unterstellten und Vorgesetzten aller Grade sowie andererseits die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Diensthalbjahren und Ethnien. Kennzeichnend war auch hier die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis.

Dem offiziellen Selbstbild von kameradschaftlichen Beziehungen zwischen den Soldaten sowie fürsorglichen und väterlichen Offizieren standen zahlreiche Erfahrungen der Rechtlosigkeit und Willkür gegenüber. Diese reichten von verbalen Demütigungen und Schikanen bei der Ausbildung über das rechtswidrige Vorenthalten von Teilen der Lebensmittelration durch Vorgesetzte bis hin zum Schlagen von Unterstellten bei Fehlern, Unbotmäßigkeiten oder gar Straftaten.<sup>167</sup> Letzteres konnte von verschiedenen deutschen Zeitzeugen auch im öffentlichen Raum beobachtet werden. So berichtet der Zeitzeuge Hans Bernicke aus Markendorf von der Bestrafung eines sowjetischen SPW-Fahrers durch seinen Vorgesetzten nach einem Verkehrsunfall Ende der siebziger Jahre:

„Da lässt er den aussteigen, den Kraftfahrer, antreten, und vor versammelter Mannschaft mitte Faust ins Jesicht jeschlagen. Ohne mitte Wimper zu zucken hat der seine Dresche jekricht, der Kraftfahrer, dann konnt' er wieder einsteigen, sind se wieder weiterjefahren. Für mich iss det so entwürdjend erstmal, wenn een Erwachsener 'n anderen Erwachsenen vor versammelter Mannschaft schlägt, als Strafe.“<sup>168</sup>

Die Strafpraxis in der Sowjetarmee wurde dabei auch von den deutschen „Waffenbrüdern“ als befremdlich empfunden, wie die Aussage des ehemaligen Berufsoffiziers Christoph Maiwald verdeutlicht:

„Das, was ich nie verstanden hab, das waren ihre Erziehungsmethoden in den Kasernen und so weiter. Die waren ja *superbrutal*. Ich habe Zwischenfälle jesehen, wo se Soldaten zujerrichtet haben, *verhauen* haben nach Strich und Faden, verkloppt haben, ja? Unmenschlich. Das iss *auch* Russland. Ich sage das mal so, ja? Die sind zu sich selbst wie die Tiere.“<sup>169</sup>

Die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Unterstellten variierten dabei zwar – ähnlich wie auch in der NVA – je nach Technisierungsgrad der Einheit und intellektuellem Niveau

---

165 BStU, BVfS Pdm. AKG 945, Bl. 165f.

166 Vgl. Aleksej Levinson, Ästhetik der Gewalt. Armee und Gesellschaft in der UdSSR/Russland während des letzten Jahrzehnts, in: Berliner Debatte Initial 8 (1997), H. 6. Militarisierte Sozialismus, S. 81–88.

167 Vgl. Interview mit Aram Perstyan\*, S. 2f.

168 Interview mit Hans Bernicke\*, S. 26 SPW = Schützenpanzerwagen.

169 Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 44.

des Personalbestandes.<sup>170</sup> Doch auch davon unabhängig waren die Wehrpflichtigen einem zumindest theoretisch umfassenden Netz der Reglementierung, Überwachung und politisch-ideologischen Indoktrination bei weitgehender Separierung von der Außenwelt unterworfen. Die Kasernen der GSSD lassen sich daher mit Erving Goffman als „totale Institutionen“ begreifen. Darunter versteht er ganz allgemein „Wohn- und Arbeitsstätten einer Vielzahl ähnlich gestellter Individuen [...], die für längere Zeit von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten sind und miteinander ein abgeschlossenes formal reglementiertes Leben führen.“<sup>171</sup>

Die Stärke der Ausführungen Goffmans besteht dabei in der Beschreibung der Mechanismen der Anstaltskultur; er beleuchtet hier primär Zwang und Unterwerfung, aber auch Strategien zum Unterlaufen des formalen Regelwerkes in Gestalt der „sekundären Anpassung“. Während in modernen Gesellschaften üblicherweise die Lebensbereiche Arbeit, Freizeit und Schlafen räumlich voneinander getrennt sind, finden in einer „totalen Institution“ alle Angelegenheiten des Alltags an ein und derselben Stelle unter der gleichen Autorität statt. Der Tagesablauf ist exakt geplant, wobei die Tätigkeiten durch ein System expliziter formaler Regeln vorgeschrieben sind und von einer großen Gruppe von Schicksalsgenossen gemeinsam ausgeführt werden. Unabhängig von der praktischen Notwendigkeit erfolgt dabei die „Handhabung einer Reihe von menschlichen Bedürfnissen durch die bürokratische Organisation ganzer Gruppen von Menschen“. Dem Anspruch nach werden dabei alle Handlungen der Insassen durch das Personal, den „Stab“ der Institution, überwacht.<sup>172</sup> Faktisches Ziel ist es dabei, eine möglichst totale Kontrolle über die Insassen zu erlangen und deren „Selbst“ mit Hilfe von Initiations- und Übergangsritualen sowie der Vermittlung von Deprivationserfahrungen umzuformen. Es geht also um die „anstaltsmäßige Reorganisation der Person“ (Ulrich Bröckling),<sup>173</sup> die in unserem Fall gleichsam zu einer „sowjetischen Soldatenpersönlichkeit“ gemacht werden sollte.

Neben dieser intendierten „primären Anpassung“ an die Institution ist jedoch auch die „sekundäre Anpassung“ zu berücksichtigen, die den Alltag und die Beziehungen der kasernierten Militärangehörigen in hohem Maße prägte. Dabei handelt es sich um das „Unterleben“ der Institution, das zwar in gewisser Weise zu ihrer Stabilität beitrug, weshalb die dazugehörigen Praktiken in gewissem Maße durch die Vorgesetzten toleriert oder gar legitimiert wurden. Dennoch handelte es sich zugleich um eine wider das System gerichtete Gegenkultur, die durch informale Schichtung und die Ablehnung des „Personals“ – also der Berufssoldaten – gekennzeichnet war sowie über Codes und Mittel zur informalen Kontrolle der Mitinsassen verfügte.

Ihren im wahrsten Sinne des Wortes handgreiflichsten Ausdruck fand die sowjetische Soldatensubkultur in der „Dedowtschina“ (Дедовщина) – wörtlich übersetzt das „Regime der Opas“ –, der für die Sowjetarmee (und auch noch heute für die russische Armee) typischen informalen Hierarchie der Tageszahl. Sind informale Hierarchien so alt wie die ste-

---

170 Vgl. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 27–29. Christian Th. Müller, „Tausend Tage bei der Asche“. Unteroffiziere in der NVA. Untersuchungen zu Alltag und Binnenstruktur einer „sozialistischen“ Armee, Berlin 2003, S. 294.

171 Goffman, *Asyle*, S. 11.

172 Ebd., S. 17f. und 20.

173 Ulrich Bröckling, *Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion*, München 1997, S. 24.

henden Heere und wurden sie schon frühzeitig als System der „Selbsterziehung“ genutzt, so ist ihre strikte Verregelung ein Phänomen kaserniert untergebrachter Wehrpflichtarmeen mit relativ kurzer Dienstzeit und regelmäßigem Einberufungszyklus. Die Dedowtschina stellt dabei jedoch selbst im Vergleich zur „EK-Bewegung“ der NVA eine extreme Form der informalen Hierarchisierung dar.<sup>174</sup>

Die Soldaten insbesondere des ersten Diensthalbjahres wurden von denen der höheren Diensthalbjahre nicht selten wie Sklaven behandelt. Ausbeutung und Schikanen bis hin zur physischen Gewaltanwendung waren weit verbreitet. Obschon es angesichts der tendenziell umfassenden Reglementierung und Überwachung der sowjetischen Wehrpflichtigen paradox anmutet, bestätigt das Beispiel der Dedowtschina die These von Erving Goffman, dass „Anstalten, die das Mitglied zwingen, ‚drinnen zu leben‘, wahrscheinlich ein reicheres Unterleben aufweisen, denn je mehr Zeit durch die Organisation verplant werden muß, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, sie erfolgreich zu programmieren.“<sup>175</sup>

Das Eingeschlossensein auf engem Raum und die äußerst geringen Möglichkeiten, Ausgang oder Urlaub zu erhalten, gepaart mit den als spartanisch, wenn nicht als schlecht zu bezeichnenden Lebensbedingungen in den sowjetischen Kasernen begünstigten das Bestreben, sich im Zuge „sekundärer Anpassung“ kleine Freiräume und Vorteile, etwa bei der Verteilung von Reinigungs- und Wartungsarbeiten oder dem Zugang zu knappen Ressourcen zu verschaffen. Die Dedowtschina wurde vor allem nach Dienst, in Abwesenheit der Berufssoldaten, wirksam. Befand sich die über die Tageszahl organisierte und durch den halbjährlichen Einberufungszyklus geprägte informale Hierarchie der Soldaten während des Dienstes noch in Konkurrenz zur formalen Hierarchie der Dienstgrade, von der sie mehr oder weniger verdrängt wurde, so dominierte sie nun.

Den verschiedenen Diensthalbjahren der Wehrpflichtigen war dabei eine je nach Standort und Waffengattung teilweise variierende Bezeichnung zugeordnet. Im Folgenden können daher nur die gängigsten genannt werden. Die Soldaten des ersten Diensthalbjahres wurden als *зелёные* oder *глобус* – also die Grünen bzw. Globusse – bezeichnet. Letzteres bezog sich auf den für Neueinberufene obligatorischen extremen Kurzhaarschnitt. Der Übergang in die nächsthöheren Diensthalbjahre wurde mit festgelegten Ritualen begangen. So standen am Beginn des zweiten Diensthalbjahres rituelle Schläge mit einer Suppenkelle, weshalb die Wehrpflichtigen des zweiten Diensthalbjahres auch als *черпак* – Suppenkelle – bezeichnet wurden. Mit Eintritt in das dritte Diensthalbjahr avancierten die Wehrpflichtigen zum *старик* – der Alte –, um im vierten und letzten Diensthalbjahr schließlich als *дед* – Opa – die Spitzenposition in der informalen Hierarchie zu erreichen.<sup>176</sup>

Damit standen sie an der Spitze einer Hackordnung, in der Unbotmäßigkeiten oder gar Widerstand der Soldaten des ersten und zweiten Diensthalbjahres mit psychischem Druck oder physischer Gewalt gebrochen wurden. Dabei wurden „die Opas“ von ihren Vorgesetzten durch Duldung oder Wegschauen unterstützt und nicht zuletzt zur Disziplinierung der jungen Soldaten ausgenutzt, wie 1990 – allerdings ohne die offiziell nicht existente Dedowt-

---

174 „EK-Bewegung“ bezeichnet die NVA-spezifische Ausprägung einer in vielen Wehrpflichtarmeen ausgebildeten Soldatensubkultur, die ihren Ausdruck in einer informalen Hierarchie der Tageszahl fand, an deren Spitze die „Entlassungskandidaten“ (EK) standen.

175 Goffman, *Asyle*, S. 197.

176 Interview mit Aram Perstyan\*, S. 1.



schina beim Namen zu nennen – sogar in einer Vorschrift für die Erziehungsarbeit der Kommandeure in der Westgruppe beklagt wurde.<sup>177</sup>

Das spannungsreiche Verhältnis zwischen den Diensthalbjahren wurde überlagert durch die aus der heterogenen ethnischen Zusammensetzung der Einheiten herrührenden Probleme. Stellte sich die Sowjetarmee offiziell als eine „Kampfgemeinschaft vieler Nationalitäten“ dar, die „die Ideologie der Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen den Völkern zum Ausdruck“ bringe,<sup>178</sup> so wurden die verschiedenen Nationalitäten in der Praxis sehr unterschiedlich behandelt. Führungs- und Spezialistenfunktionen wurden überproportional mit Russen besetzt, während die mittelasiatischen und kaukasischen Wehrpflichtigen in den weniger qualifizierten Verwendungen überrepräsentiert waren. Mit nicht selten unzureichenden Russischkenntnissen waren sie den Härten und Ungerechtigkeiten des Dienstes in der Sowjetarmee noch stärker ausgeliefert als die Wehrpflichtigen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion. Zum Teil verstanden sie daher auch die Befehle ihrer Vorgesetzten nicht, was zum Beispiel eine der wesentlichen Ursachen des Zuganglücks bei Forst Zinna am 19. Januar 1988 war.<sup>179</sup>

So waren die Einheiten der GSSD gleich von mehreren Konfliktlinien durchzogen. Während die Mehrheit der Wehrpflichtigen sich der Reglementierung und Repression von Vorgesetzten bzw. höheren Diensthalbjahren schweigend unterordnete, trieb der damit verbundene psychische Druck einen Teil von ihnen zu Verzweiflungstaten. Sie versuchten sich durch Fahnenflucht der für sie unerträglichen Situation zu entziehen. Andere begingen Selbstmord, und einige gingen gewaltsam gegen Vorgesetzte oder andere Wehrpflichtige vor. Während die verfügbaren Angaben zum Ausmaß der Suizide und sonstigen Todesfälle in der GSSD in der Regel auf unseriösen Schätzungen ohne Quellenbelege beruhen,<sup>180</sup> kann der Umfang der Desertionen anhand der bei MdI und MfS geführten Statistiken über Fahndungen nach sowjetischen Militärangehörigen relativ präzise beziffert werden. Danach begingen in den achtziger Jahren jährlich zwischen 300 und 500 sowjetische Soldaten Fahnenflucht oder unerlaubte Entfernung von der Truppe.<sup>181</sup> Dazu kommt eine unbekannte Zahl von Fällen, in denen seitens der GSSD kein Fahndungsersuchen an die DDR-Behörden gerichtet worden ist. Das Klima der Willkür und Gewalt in sowjetischen Kasernen begünstigte somit abweichendes Verhalten.

---

177 Штаб Западной Группы Войск. Советскому Войну-социальную и правовую защиту. Методическое пособие в помощь командиру в работе по укреплению воинской дисциплины, правопорядка, социальной и правовой защищенности военнослужащих 1990 [= Stab der Westgruppe der Truppen. Zum sowjetischen Militärsozial- und Rechtsschutz. Methodische Hilfe für den Kommandeur für die Arbeit zur Stärkung der militärischen Disziplin, Rechtsordnung sowie der sozialen und rechtlichen Absicherung der Wehrdienstleistenden 1990], S. 15.

178 Auf Gefechtsposten, S. 224.

179 Kurt Arlt, „... stets wachsam sein in fremdem Land!“, S. 211. Zum Zuganglück bei Forst Zinna vgl. BStU, Sekr. Neiber 505, Bl. 164f. Hier war ein kasachischer Panzerfahrerschüler bei einer nächtlichen Übungsfahrt auf die Gleise geraten, weil er die Orientierung auf der Panzerfahrerschulstrecke verloren und die Anweisungen des Fahrlehrers zu Kurskorrektur und Stoppen des Panzers nicht verstanden hatte.

180 Kowalczyk/Wolle, Roter Stern über Deutschland, S. 137 gehen von jährlich 3.000 bis 4.000 Toten aus, von denen ein Viertel Selbstmord begangen habe.

181 BStU, BVfS Pdm Abt. VII 805, Bl. 24. Für 1986 werden 456, für 1987 468 und für 1988 318 Fahndungen genannt, der Anteil der bewaffneten Deserteure lag in den genannten Jahren bei 10 bis 16.

In ganz anderer Form trifft letzteres auch auf die Praxis der sogenannten Regiments- oder Nebenwirtschaften zu. Die Nebenwirtschaft (подсобное хозяйство) diente der mehr oder weniger improvisierten Überwindung von Engpässen in der Lebensmittelversorgung sowie der Instandhaltung oder Erstellung von Bauten in Truppeneigenleistung. So war es üblich, dass in größeren sowjetischen Objekten Hühnerställe oder Schweinemastanlagen für den Eigenbedarf betrieben wurden. Damit waren zum Teil erhebliche Umweltbelastungen verbunden, da die anfallende Gülle zu einer Überlastung der Kläranlagen führte oder gar ungeklärt in Gewässer eingeleitet wurde.<sup>182</sup>

Da die von DDR-Seite geplanten Kapazitäten für die Instandhaltung der sowjetischen Kasernen- und Wohnobjekte nicht ausreichten, musste auch hier zur Selbsthilfe gegriffen werden. Eine fachgerechte Sanierung war damit freilich nicht gewährleistet. Stattdessen zählte – wie es in militärischen Organisationen weit verbreitet ist – vor allem der schöne Schein, wie die Aussage des als Handwerker in einer sowjetischen Kaserne in Jüterbog tätigen Bert Nansen verdeutlicht. Bröckelnde Fassaden wurden danach einfach

„mit Kalk weiß jepinselt, und man hat sogar, hab ich auch selber jesehen, Wasserhähne einfach ins Dübelloch jeschlagen, inne Wand, so dass überall die Waschräume tipptopp [aus]sahen, da war überhaupt keen Wasser hinter, keene Leitung, nichts. Also wirklich, das Loch inne Wand und den Hahn dann reinjeschlagen, ja? Also Potemkinsche Dörfer waren mächtig anjesagt.“<sup>183</sup>

Die Regimentswirtschaft war dabei vor allem ein Resultat sozialistischer Mangelwirtschaft. Fehlende Mittel für kleinere Investitionen wurden durch das Sammeln von Schrott erwirtschaftet, der nicht selten über deutsche Mittelsmänner an den VEB Sekundärrohstoffeffassung (SERO) verkauft wurde, während der Einsatz sowjetischer Soldaten als Erntehelfer durch die LPG häufig mit Naturalien vergütet wurde. Nach 1990 wurden überdies Kasernenmauern als Werbeflächen vermietet, womit 1991 170.000 DM erwirtschaftet werden konnten.<sup>184</sup>

Die Arbeitseinsätze sowjetischer Soldaten in Industriebetrieben und vor allem in der Landwirtschaft sind dabei als äußerst ambivalent zu bewerten. Wurden gerade die Ernteeinsätze medienwirksam als uneigennützig „sozialistische Hilfe“ der sowjetischen „Freunde“ gefeiert, so bewegten sich die diesbezüglichen Vereinbarungen zwischen LPG-Vorsitzenden und sowjetischen Kommandeuren nicht selten am Rande der Legalität, da sie mit finanziellen Manipulationen und Verstößen gegen Planaufgaben verbunden waren oder gar für „spekulante [sic!] Geschäfte“ und die persönliche Bereicherung genutzt wurden.<sup>185</sup> Lokale

182 KA-TF, Jüterbog VI 5914, R.d.K. Information über getroffene Maßnahmen im Raum Forst Zinna vom 22.2.1989.

183 Interview mit Bert Nansen\*, S. 14. Zu den Engpässen bei Baukapazitäten vgl. SAPMO-BArch, DY30/2227, Bericht der SED-BL Frankfurt/Oder an Erich Honecker, Bl. 249f.

184 Vgl. Interview mit Armeegeneral Matwej Burlakow 1992 in: Siegfried Fischer, Zerfall einer Militärmacht. Das Ende der Sowjetarmee in Dokumenten, Quellen und Kommentaren, Bremen 1992, S. 55. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 10f.

185 Vgl. die finanziellen Manipulationen einer Aufkäuferin des VEB (K) Obst, Gemüse, Speisekartoffeln Brandenburg und eines Vertreters der Garnison Kirchmöser der GSSD mit einem Gesamtschaden von ca. 92.000 M 1987/88, BStU, HA VII 1814, BVfS Potsdam Information über die Vorkommnisentwicklung und andere ausgewählte Lageerscheinungen im Bezirk Potsdam, die im Zusammenhang mit Angehörigen der GSSD stehen vom 30.4.1988, Bl. 72, sowie die Bearbeitung von Privatland durch sowjetische Soldaten in Groß Kreuz 1986, BStU, AKG Potsdam 196 Abt. IX, Bl. 41f.

deutsch-sowjetische Symbiosen als eine „eigen-sinnige“ Form praktizierter deutsch-sowjetischer Freundschaft waren somit zum Teil durch den fließenden Übergang in Schattenwirtschaft und Kriminalität gekennzeichnet.

Kriminalität und deviantes Verhalten von Angehörigen der GSSD wurden einerseits durch die geschilderten Lebensbedingungen in den Kasernen und Militärstädtchen, zum anderen durch deren faktisch exterritorialen Status begünstigt. Das Spektrum der außerhalb sowjetischer Objekte begangenen Straftaten reichte dabei von Schwarzhandelsgeschäften und Eigentumsdelikten über „Rowdytum“ und Verkehrsdelikte bis hin zu schweren Gewaltverbrechen. Art und Häufigkeit waren wesentlich abhängig von den Handlungsspielräumen und Gelegenheitsstrukturen, woraus sich eine Differenzierung nach Tat- und Tätergruppen ableiten lässt.

So blieben Wirtschafts- und Eigentumsdelikte in größerem Maßstab fast ausschließlich Offizieren vorbehalten, die dazu häufig ihre Dienststellung missbrauchten, während die Gruppe der Fähnriche und länger dienenden Unteroffiziere, die sich außerhalb der Kaserne frei bewegen konnten, überproportional mit Einbrüchen, Kfz-Diebstählen und – meist unter Alkoholeinfluss – durch „Rowdytum“ auffiel. Die in den Kasernen eingeschlossenen Wehrpflichtigen hatten dazu nur dann Gelegenheit, wenn sie ohne Vorgesetzte als Kraftfahrer unterwegs waren oder sich zum Beispiel beim Aufenthalt auf Truppenübungsplätzen deren Kontrolle vorübergehend entziehen konnten. Dann versuchten sie Benzin, Ausrüstungsgegenstände oder Munition gegen Geld oder Alkohol einzutauschen oder Nahrungs- und Genussmittel zu stehlen. Die Begegnung mit Fahnenflüchtigen erwies sich dagegen für DDR-Bürger als deutlich gefährlicher, glaubten diese doch häufig, nichts mehr zu verlieren zu haben, woraus sich eine erhebliche Gewaltbereitschaft ergab, die auch bis zu Tötungsdelikten reichen konnte.<sup>186</sup>

Blieben Tötungsdelikte trotz spektakulärer Fälle, die in der Bevölkerung für Unruhe und Gerüchte über Tathergang, Motive und die zu erwartende drakonische Bestrafung sorgten, Ausnahmeerscheinungen, so gehörte der Schwarzhandel zwischen sowjetischen Soldaten und DDR-Bevölkerung, ebenso wie mit anderen Migranten, zum Alltag an den Standorten und den Anliegergemeinden der Truppenübungsplätze. Am frühen Morgen oder abends nach Einbruch der Dämmerung kamen sowjetische Soldaten in die Dörfer und versuchten Bekleidung und Ausrüstung, Benzin und nicht selten auch Munition gegen Geld oder Alkohol einzutauschen. Zum Teil versuchten sie auch, mangels Bargeld in Gaststätten mit Munition zu bezahlen.<sup>187</sup>

Schwarzhandelsgeschäfte in größerem Maßstab blieben jedoch in der Regel Berufssoldaten vorbehalten, welche deutsche Interessenten zum Teil tonnen- bzw. fassweise mit

---

186 Vgl. den Mord an der Rentnerin E. S., die am 2.11.1988 von einem sowjetischen Deserteur, den sie bei einem Einbruch gestellt hatte, erstochen worden war. BStU, HA VII 354/10, Information Nr. 308/88 Tötungsverbrechen durch einen Angehörigen der GSSD in Malterhausen, Kreis Jüterbog, Bezirk Potsdam, Bl. 13–20. In einem anderen Fall 1986 in Naumburg tötete ein Deserteur ein Ehepaar, um sich deren PKW „Dacia“ für die Flucht in die UdSSR zu verschaffen. BStU, HA IX 12955, Bl. I. Beide Male wurde der Täter nur Stunden später festgenommen.

187 Vgl. BStU, HA 3733, Bl. 8.

Kohle oder billigem Benzin versorgten.<sup>188</sup> Da die Motive der daran beteiligten GSSD-Angehörigen vor allem in persönlicher Bereicherung zu sehen waren, konnten manche Geschäfte auch absurde Züge annehmen. Das war z.B. der Fall, als sowjetische Offiziere im Sommer 1985 35 fabrikneue Panzerketten mit einem Neuanschaffungspreis von 456.000 Mark zum Schrottpreis von 6.330 Mark an den VEB Metallaufbereitung Eberswalde, Außenstelle Finowfurt, verkauften. Nachdem leitende Mitarbeiter des VEB Metallaufbereitung stutzig geworden waren und die Polizei informiert hatten, musste das Geschäft annulliert werden.<sup>189</sup>

Bei den genannten Beispielen handelt es sich freilich nur um solche Fälle, die der Polizei und der Staatssicherheit bekannt geworden sind. Das Ausmaß des nicht aktenkundig gewordenen Schwarzhandels dürfte deutlich größer gewesen sein. Das betrifft auch den Handel zwischen vietnamesischen Vertragsarbeitern und GSSD-Angehörigen, über den in den Akten von Polizei und MfS fast ausschließlich dann berichtet wird, wenn es in diesem Zusammenhang zu Raub- und Körperverletzungsdelikten gekommen war, die von vietnamesischen Bürgern angezeigt wurden.<sup>190</sup>

Neben dem eigentlichen Schwarzhandel sind schließlich noch die „Devisen-“, d.h. Währungsvergehen vornehmlich sowjetischer „Offiziere mittlerer und höherer Grade“ zu nennen. Mittels gefälschter Berechtigungsscheine der sowjetischen Zollbehörden wurden Rubelbeträge in DDR-Mark umgetauscht, um in der DDR Konsumgüter und Gebrauchtwagen zu erwerben, die unter Ausnutzung des Umstandes, dass das Privateigentum von Angehörigen der GSSD von der Zollkontrolle ausgenommen war, zollfrei in die UdSSR ausgeführt wurden. Eine etwa dreißigköpfige „Bande von Devisenverbrechern“ tauschte zum Teil mit Hilfe deutscher Komplizen, wie dem Taxifahrer W., allein in den Jahren 1972–1975 an Wechselstellen der Staatsbank im Berliner Raum 7,5 Millionen Rubel um. Die so genannten „Rubelfreunde“ arbeiteten dabei nicht nur mit gefälschten Urkunden, sondern versuchten außerdem, das Schalterpersonal zu bestechen. Dieses arbeitete wiederum mit dem MfS zusammen, dass den Operativen Vorgang (OV) „Devisen I“ im Frühjahr 1976 abschloss, nachdem das KGB Ermittlungsverfahren mit Haft gegen 20 beteiligte Offiziere eingeleitet hatte. Die „Wechselstelle Flughafen Schönefeld“ erhielt daraufhin eine Kollektivprämie von 3.500 Mark.

In der Folge sind Währungsvergehen dieser Größenordnung bis zum Ende der DDR nicht mehr aktenkundig geworden. Jedoch deutet manches darauf hin, dass sich lediglich Ort und Umfang des Rubelumtausches veränderten. So wurde bereits im ersten Quartal 1976 konstatiert, dass sich der Rubelumtausch im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in vier Bezirken

---

188 Vgl. BLHA, Rep. 471/15.2 BDVP Potsdam Nr. 511, Chef BDVP an 1. Sekr. SED-BL G. Jahn vom 2.5.1985, unpag., wonach ein Fähnrich der GSSD beim Verkauf von zehn Fässern Vergaserkraftstoff an DDR-Bürger in Grüna bei Jüterbog gestellt wurde.

189 BSTU, ZAIG 3477, Information über den Verkauf von fabrikneuen Panzerketten durch Angehörige der GSSD an den VEB Metallaufbereitung Eberswalde, Außenstelle Finowfurt – 19.8.1985, Bl. 1.

190 Vgl. BSTU, HA IX 3733, Bl. 54. So wurde 1989 ein vietnamesischer Bürger unter dem Vorwand, ihm Uniformblusen verkaufen zu wollen, von einem Fähnrich in eine sowjetische Unterkunft in Jüterbog gelockt, wo er geschlagen und seines mitgeführten Bargeldes in Höhe von 2.000 Mark beraubt wurde.

um 700 Prozent gesteigert habe, was auf ein Ausweichen auf andere Wechselstellen hindeutet.<sup>191</sup>

Die für den Alltag an den Standorten typische Deliktgruppe sind hingegen Diebstähle „sozialistischen“ oder privaten Eigentums. Erstere fanden zum Teil auf Befehl von Vorgesetzten statt. So befahl ein Major der Garnison Bernau am 9. Dezember 1986 sechs unterstellten Soldaten, „die Umzäunung des Betriebes [VEB Metallaufbereitung Eberswalde, Betriebsteil Fürstenwalde, CTM] zu übersteigen und nach etwas „Brauchbarem“ zu suchen.“ Die Soldaten wurden am 10. Dezember 1986 um 3.00 Uhr von Angehörigen der Deutschen Volkspolizei beim Diebstahl von „24 ausgesonderten Autobatterien im Wert von ca. 1 000 Mark“ gestellt und vorläufig festgenommen.<sup>192</sup> In einem anderen Fall wurden in der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1982 in den Gemeinden Bardenitz und Pechüle, Kreis Jüterbog von unbekanntem sowjetischen Militärangehörigen „neun gefüllte, zur Abholung bereitgestellte Mülltonnen“ entwendet.<sup>193</sup>

Individuell begangene Diebstähle zielten hingegen zumeist auf die Beschaffung von Lebens- und Genussmitteln. Lebensmittelgeschäfte, Gaststätten und Kioske in Nähe sowjetischer Truppenübungsplätze und Garnisonen wurden zum Teil in kurzen Abständen immer wieder aufgebrochen, um Tabak, Süßigkeiten und vor allem Alkohol zu entwenden. Letzterer wurde nicht selten unmittelbar nach der Tat konsumiert, was die Festnahme der Täter in einigen Fällen deutlich erleichterte. So wurde ein sowjetischer Soldat nach Einbruch in die Konsumverkaufsstelle in Malterhausen, Ortsteil Lindow, Kreis Jüterbog und Entwendung von Genussmitteln im Wert von ca. 800 Mark „durch LPG-Mitglieder volltrunken aufgefunden und durch den ABV und dem [sic!] MSTA der SAR dem VPKA als Tatverdächtiger zugeführt.“<sup>194</sup>

Alkohol war vor allem für die Wehrpflichtigen ein begehrtes Gut, das sie kurzzeitig den oft frustrierenden Kasernenalltag vergessen ließ. Da ihnen jeglicher Alkoholkonsum in der Kaserne bei Strafe untersagt war und ihnen auch die finanziellen Mittel fehlten, ihn legal zu erwerben, nutzte mancher Soldat jede der seltenen Gelegenheiten, um Alkohol einzutauschen oder zu entwenden.

Das konnte auch lebensbedrohliche Konsequenzen haben, wenn wie Silvester 1969 in Borstel bei Stendal Methanol getrunken wurde. Hier hatten sechzehn sowjetische Soldaten, von denen zwei verstarben, den Inhalt eines mit der Aufschrift „Gift B1“ gekennzeichneten Kanisters, der bei einem Aufenthalt des Jagdfliegergeschwaders 2 der NVA auf dem Flugplatz Borstel verloren gegangen war, für Äthanol gehalten und sich schwere Vergiftungen zugezogen. Im Zuge der Ermittlungen wurde weiterhin festgestellt,

„dass es während der Anwesenheit des Jagdgeschwaders 2 der NVA/Luft auf dem Flugplatz Borstel zu Tauschgeschäften zwischen Angehörigen der NVA/Luft und der sowjetischen Streitkräfte kam, in deren Folge eine Anzahl sowjetischer Soldaten wegen Volltrunkenheit disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden mußten. Von

191 Vgl. BStU, AS 175/77, Bd. 1, Bl. 16, 20, 53, 125–128. KGB = Комитет государственной безопасности = Komitee für Staatssicherheit der UdSSR.

192 BStU, HA IX 8626, Bl. 7.

193 BLHA, Rep. 472/15.2. VPKA Jüterbog 12, Rapport 121/82 unpag.

194 BLHA, Rep. 471/15.2. BDVP Potsdam Nr. 769, Stab/Abt. Information Kerblockartei – Polizeiliche Lage mit Schlüssel 1983, Bl. 84. ABV = Abschnittsbevollmächtigter der Volkspolizei. MSTA = Militärstaatsanwalt, SAR = Sowjetarmee, VPKA = Volkspolizeikreisamt.

NVA-Angehörigen war u.a. Alkohol, der zum Spülen von Sauerstoffgeräten verwendet wird, an sowjetische Soldaten ausgehändigt worden.“<sup>195</sup>

In anderen Fällen konsumierten sowjetische Wachposten bzw. Zugbegleitkommandos Alkohol, den sie sich unter Ausnutzung der durch ihren Einsatz gegebenen Freiräume verschafft hatten. Während angetrunkene Zugbegleitkommandos in mehreren Fällen wahllos Schüsse aus dem fahrenden Zug oder auf im Gleisbett liegende Blechbüchsen abgaben,<sup>196</sup> konnte es auch vorkommen, dass sich betrunkene Wachposten in der Nacht wechselseitig beschossen, wie zum Jahreswechsel 1981/82 in Dubrow, Kreis Eisenhüttenstadt.

In der Annahme, dass es sich um Angriffe von außen auf die Postenbereiche handele, forderte der „Verbindungsoffizier der sowjetischen Operativgruppe Frankfurt/Oder“ daraufhin die Amtshilfe des MfS an. Letzteres machte sich unverzüglich daran, die Spuren am Ereignisort zu sichern. Dabei wurden in den Postenbereichen neben „27 Patronenhülsen MPi – K – Kal. 7,62“ auch „4 leere 0,7-Liter-Flaschen Wodka, 1 leere Weinflasche und 5 leere Bierflaschen à 0,33 l ‚Hell‘ Herstellungsdatum 08.12.1981 festgestellt und gesichert“, woraus die Schlussfolgerung gezogen wurde, dass die Schüsse innerhalb des Objektes abgegeben wurden und kein Angriff auf die Posten vorgelegen habe.<sup>197</sup>

War der Alkoholmissbrauch durch Angehörige der GSSD zweifelsohne ein immer wieder dokumentiertes Phänomen, das „besondere Vorkommnisse“ sowie Körperverletzungs- und Vandalismusedelikte begünstigte, so kann daraus keineswegs geschlussfolgert werden, dass während der achtziger Jahre 20 oder gar 30 Prozent der in der DDR stationierten sowjetischen Soldaten „alkoholabhängig“ gewesen seien, wie es teilweise ohne jeden Quellenbeleg kolportiert wird.<sup>198</sup> Das ist ebenso unseriös wie die pauschale Kriminalisierung der GSSD durch Rupert Scholz, der sie gleichsam als Vorform der „Russen-Mafia“, also als kriminelle Organisation darstellt.<sup>199</sup> Tatsächlich gibt es keine Belege dafür, dass die Delinquenz der sowjetischen Militärangehörigen in der DDR proportional signifikant höher war als die der gleichaltrigen männlichen DDR-Bevölkerung. Das schließt freilich nicht aus, dass die an größeren sowjetischen Standorten begangenen Straftaten überwiegend von Angehörigen der GSSD begangen wurden, was insbesondere dann nicht verwunderlich ist, wenn ganze Divisionen in kleinen Dörfern wie Vogelsang oder Krampnitz disloziert waren.

Entscheidend für das Bild der sowjetischen Streitkräfte in der deutschen Bevölkerung war jedoch die Wahrnehmung devianten bzw. delinquenten Verhaltens und dessen Kolportage in Form von Gerüchten. Dazu gaben vor allem die Geschichten über sowjetische Deserteure Anlass, die auch ohne offizielle Berichterstattung zumindest in der Nähe der sowjetischen Standorte bekannt waren und als Gerüchte nicht selten eine zusätzliche Dramatisierung erfuhren.

---

195 BStU, ZAIG 1784, Information über ein Vorkommnis in einer Einheit der Gruppe der zeitweilig in der DDR stationierten Streitkräfte der Sowjetarmee, Standort Borstel, Krs. Stendal, Bezirk Magdeburg am 31.12.1969 vom 7.1.1970, Bl. 2f.

196 Vgl. die Vorkommnisse 1986 an der Blockstelle Nord des Bahnhofs Stendal und 1981 im Bahnhof Doberlug-Kirchhain, BStU, ZAIG 5315, Bl. 155 bzw. BStU, HA IX 9836, Bl. 196.

197 BStU, HA IX 1428, Bericht der Untersuchungsabteilung der BVfS Frankfurt/Oder zu Ermittlungen in einem Objekt der GSSD – Übungsgelände Dubrow, Kreis Eisenhüttenstadt – am 2.1. und 3.1.1982 durch die SK der Abteilung IX, Bl. 38f. MPi = Maschinenpistole.

198 So wiedergegeben bei: Frank, Die Westgruppe der Truppen (WGT), S. 341.

199 Vgl. Vorwort von Prof. Dr. Rupert Scholz zu Koop, Zwischen Recht und Willkür, S. 9f.

Der brutale Umgang mit den eigenen Soldaten und der extensive Gewalteinsatz bei der Überwältigung Widerstand leistender Deserteure führten in der Bevölkerung zu der verbreiteten Auffassung, dass Deserteure grundsätzlich zum Tode verurteilt würden.<sup>200</sup> Damit ließ sich auch die hohe Bereitschaft entlaufener Soldaten erklären, Gewalt gegen andere und gegen sich selbst auszuüben. Aufsehen erregten daher weniger der Tatbestand von Fahnenflucht oder unerlaubter Entfernung von der Truppe als vielmehr die Begleitumstände der Flucht und der Fahndung durch Sowjetarmee und Volkspolizei.

So kam es immer wieder vor, dass sowjetische Soldaten, die bei Einbrüchen zur Beschaffung von Zivilkleidung oder Lebensmitteln gestellt wurden, die Hausbewohner tätlich angriffen, schwer verletzten oder gar töteten. In anderen Fällen begingen sie, in die Enge getrieben, Selbstmord. Derartige Verzweiflungstaten konnten der deutschen Bevölkerung kaum verborgen bleiben, vor allem wenn sie sich im öffentlichen Raum ereigneten. So erschoss sich 1985 ein sowjetischer Soldat auf dem Potsdamer Hauptbahnhof unmittelbar vor der Kontrolle durch die Transportpolizei mit seiner MPI. In einem anderen Fall sprengte sich 1980 ein vom Verkaufspersonal beim Diebstahl von Süßwaren in einer Kaufhalle in Berlin-Pankow gestellter Deserteur mit einer Handgranate in die Luft, wobei er und ein Mitarbeiter der Kaufhalle getötet wurden sowie eine Verkäuferin leicht verletzt wurde.<sup>201</sup> Die deutsche Bevölkerung reagierte auf derartige Vorfälle mit einer Mischung aus Angst und Mitleid.

Die Chancen sowjetischer Deserteure für eine erfolgreiche Flucht waren äußerst gering. Ohne Zivilkleidung, Sprach- und Ortskenntnisse wurden die meisten von ihnen bereits Stunden nach Verlassen der Einheit von sowjetischen Suchkräften oder der Volkspolizei festgenommen. Während die Masse von ihnen versuchte, in die Heimat zu gelangen und spätestens an der polnischen Grenze oder der Ostseeküste gestellt wurde, blieben die Versuche, nach Westberlin oder in die Bundesrepublik zu flüchten, bis 1990 absolute Ausnahmen. In Unkenntnis des Grenzregimes waren diese Versuche fast ausnahmslos zum Scheitern verurteilt. Das war selbst bei Zuhilfenahme schwerer Technik der Fall.

So wurde 1985 ein Soldat der Garnison Hagenow, der den Hänseleien und fortlaufenden Schikanen in seiner Einheit entfliehen wollte, mit einem voll aufmunitionierten SPW fahnenflüchtig und bewegte sich in Richtung der Grenzübergangsstelle Horst. Nachdem er Art und Umfang der Grenzsicherungsanlagen erkannt hatte und Angehörige der Grenztruppen das Feuer auf den SPW eröffnet hatten, wendete er und entschloss sich zur Aufgabe.<sup>202</sup>

Mehrfach wurden auch DDR-Bürger und selbst Volkspolizisten als Geiseln genommen. In den meisten Fällen konnten die Geiselnahmen unblutig beendet werden. Zum Teil kam es jedoch, wie 1962 in Hillersleben, zu Feuertreffen mit Toten und Verletzten. Hier hatte

---

200 Vgl. Interview mit Wilfried Flach, S. 14. Zum tatsächlichen Strafmaß vgl. Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 20f., der – in Abhängigkeit von Motiv und Tathergang – von einem Strafmaß von zwei Jahren Strafbataillon bis zu fünf Jahren Haft ausgeht. Bei zusätzlichen Straftaten konnte das Strafmaß jedoch deutlich darüber liegen und – etwa bei Tötungsdelikten – bis hin zur Todesstrafe reichen. In manchen Fällen allerdings wurden Soldaten, die sich unerlaubt von der Truppe entfernt hatten, offiziell gar nicht bestraft, weil die Meldung derartiger Vorkommnisse für die betroffenen Einheiten und Kommandeure Minuspunkte im sozialistischen Wettbewerb nach sich zog.

201 Vgl. BStU, BVfS Pdm AKG 945, Bl. 75. BStU, HA IX 12955, Bl. 132. BStU, HA IX 4254, Bl. 21–23.

202 BStU, HA IX 12955, Bericht zu einem Vorkommnis mit einem Angehörigen der GSSD an der Staatsgrenze West vom 12.11.1985, Bl 97–102.

ein Deserteur mehrere Traktoristen einer LPG als Geiseln genommen und Wodka verlangt. In der Folge kam es zum Schusswechsel mit sowjetischen Fahndungskräften, bei dem der Deserteur getötet und drei weitere Soldaten verletzt wurden.<sup>203</sup>

Obschon die letztgenannten Begebenheiten mit sowjetischen Deserteuren Extremfälle darstellen, die keineswegs den Alltag an den Standorten prägten, bleibt resümierend festzuhalten, dass die Lebensbedingungen der sowjetischen Soldaten, Zivilbeschäftigten und ihrer Familienangehörigen wesentlichen Einfluss auf die Art der Beziehungen zur DDR-Gesellschaft sowie das Auftreten von GSSD-Angehörigen außerhalb der Kasernen und damit auch die sozialen Praktiken der Interessendurchsetzung und Konfliktaustragung hatten. Wie im folgenden Abschnitt zu zeigen sein wird, prägte das Leben in der GSSD auch nachhaltig das Leben mit der GSSD.

#### d) Das Leben mit der GSSD

Das Spektrum der Beziehungen und Kontakte zwischen DDR-Gesellschaft und sowjetischen Streitkräften in der DDR erweist sich bei näherer Betrachtung als deutlich breiter, als es die weitgehend von den Autochthonen separierte Existenz der sowjetischen Soldaten auf den ersten Blick vermuten ließe. Obschon man die GSSD durchaus als eine Art „Parallelgesellschaft“ interpretieren kann, gab es eine ganze Reihe offizieller, halboffizieller und privater Berührungspunkte. Diese reichten von Veranstaltungen mit propagandistischem Charakter über die institutionelle Zusammenarbeit mit DDR-Staatsorganen und Arbeitsbeziehungen von Betrieben der Industrie und Landwirtschaft bis hin zu Alltagskontakten als Nachbarn oder Interaktionspartner bei Tauschgeschäften. Die Art und Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen an den Standorten wurde dabei nicht zuletzt durch die Lebensbedingungen in den Kasernen und Militärstädtchen der GSSD geprägt.

Der Austausch von Delegationen zu Feiertagen und die Veranstaltung von Freundschaftstreffen bildeten dabei einen bevorzugten Gegenstand der Berichterstattung in den Medien der DDR sowie den zahlreichen periodisch abzufassenden Rechenschaftsberichten von Partei- und Massenorganisationen, Schulen, Betrieben und Truppenteilen der NVA. Auf der Ebene der SED-Bezirksleitungen lesen sich derartige Berichte zum Beispiel so:

„Die Veranstaltungen zum 62. Jahrestag der Sowjetarmee gestalteten sich in den Garnisonsstädten zu Höhepunkten der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, fester Klassen-solidarität und Waffenbrüderschaft und wurden von vielen Werktätigen und Kollektiven genutzt, um den sowjetischen Genossen Dank für den Schutz des Sozialismus und die Sicherung des Friedens zu sagen.“

In den Augen der berichtenden SED-Funktionäre gestalteten sich auch die Veranstaltungen zum Tag der Befreiung und des Sieges regelmäßig zu „eindrucksvollen Manifestationen der unzerstörbaren deutsch-sowjetischen Kampfgemeinschaft.“<sup>204</sup>

Jenseits der auch medial inszenierten „Manifestationen“ veranstaltete die jeweilige SED-Bezirksleitung – im folgenden Beispiel die Bezirksleitung Potsdam am 5. Dezember 1981 – zusammen mit der Bezirkseinsatzleitung freilich auch ihre eigenen Freundschaftstreffen mit

---

203 Vgl. BStU, ZAIG 580.

204 SAPMO-BArch, DY30/2288, Büro Honecker, Berichte der SED-Bezirksleitung Potsdam vom 22.2.1980 bzw. 20.5.1980, Bl. 15 und 55.



den Kommandeuren und Politstellvertretern der im Bezirk stationierten Verbände und Spezialeinheiten der GSSD. Der Ablauf derartiger Treffen gestaltete sich immer nach einem ähnlichen Schema. Am Anfang standen eine „politische Information“ und der Austausch von Grußworten. Dem schloss sich eine Besichtigung ausgewählter Truppen, Einrichtungen und Ausbildungselemente an, um schließlich nach den obligatorischen kulturellen Darbietungen zur „stimmungsvolle[n] Geselligkeit“ überzugehen, was bis zur 1985 von Michail S. Gorbatschow initiierten Anti-Alkohol-Kampagne in der Sowjetunion nicht selten in alkoholische Exzesse mündete. In Auswertung dieser Maßnahmen wurde dann überschwänglich konstatiert: „Wir sind in unserem Bezirk als deutsch-sowjetische Soldatenfamilie noch enger zusammengewachsen.“<sup>205</sup>

Auf lokaler Ebene bestanden Kontakte der SED-Kreisleitungen und der Räte der Kreise und Gemeinden zu den sowjetischen Kommandeuren und Politstellvertretern der im Kreis stationierten Garnisonen, die sich vor allem auf den Austausch von Glückwunschscheiben und wechselseitigen Besuchen zu Feiertagen erstreckten. Zum Teil ergaben sich daraus auch persönliche Freundschaften. Interessanterweise erleichterten derartige Kontakte jedoch nicht die Lösung der aus der Präsenz und Übungstätigkeit sowjetischer Truppen resultierenden Probleme. Letztere wurden in erster Linie durch die regional zuständigen sowjetischen Kommandanturen bearbeitet, die ihrerseits an den genannten Treffen nicht beteiligt waren.

Auch die autochthone Bevölkerung hatte jenseits groß angelegter „Manifestationen“, wie sie zu runden Jahrestagen von Befreiung und Oktoberrevolution oder der öffentlichkeitswirksamen Verabschiedung sowjetischer Truppen inszeniert wurden, Gelegenheit, bei offiziellen Anlässen mit Angehörigen der örtlichen sowjetischen Garnison zusammenzutreffen. Das konnten gemeinsame Feierstunden mit sowjetischen Delegationen ebenso sein wie örtliche Volksfeste, an denen sowjetische Militärangehörige zum Teil mit ihren Familien teilnahmen.

Der größte Teil der offiziellen Veranstaltungen mit Beteiligung „einfacher DDR-Bürger“ fand im Rahmen der sogenannten Patenschaftsarbeit von Schulen, Betrieben und Einheiten der bewaffneten Organe der DDR statt. Dabei wurden Freundschaftstreffen und „Erfahrungsaustausche“ ebenso wie gemeinsame Feiern und Exkursionen durchgeführt, die dann als Belege für aktive „gesellschaftliche Arbeit“ und lebhaftige Tätigkeit der jeweiligen GDSF-Gruppen in Berichten und Brigadebüchern dokumentiert wurden. Die Potsdamer Russisch-Schule veranstaltete zum Beispiel regelmäßige Treffen mit der sowjetischen Garnisonsschule zu Fest- und Feiertagen. Dann wurden Jolkafest und Fasching gemeinsam gefeiert oder sportliche Wettkämpfe ausgetragen. Dazu kamen „Russischolympiaden“ und „Kosmonautenfeste“ im örtlichen Haus der DSF.<sup>206</sup>

Intensität und Kontinuität der Kontakte hingen dabei nicht zuletzt vom persönlichen Engagement der Akteure beider Seiten ab. Nicht selten standen sowjetische Kommandeure und Leiter einer Intensivierung der Patenschaften desinteressiert gegenüber. Die Beziehungen beschränkten sich dann auf den Austausch von Glückwunsch- und Grußbotschaften zu Feier- und Jahrestagen sowie den allenfalls sporadischen Austausch von Delegationen, die dann

---

205 SAPMO-BArch, DY30/2288, Büro Honecker, Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam vom 22.12.1981, Bl. 288.

206 Vgl. den Bericht der ehemaligen Schuldirektorin in: Frank Gaudlitz/Thomas Kumlehn, Die Russen gehen. Der Abzug einer Armee, Berlin 1993, S. 47.

zum Beispiel das Traditionszimmer eines sowjetischen Truppenteils besuchten. Vielfach brachen die Beziehungen auch mit dem Wechsel der örtlichen Kommandeure und Politstellvertreter ab und mussten dann mühsam wiederbelebt werden.

Für deutsche Schüler, die im Rahmen von Schulpatenschaften sowjetische Kasernen besuchten, stellten sich die gemeinsamen Veranstaltungen mit „den sowjetischen Freunden“ selbst bei kontinuierlichen Beziehungen zwischen Schule und sowjetischer Einheit als Eintagsfliegen dar, die zwar als interessante Abwechslung wahrgenommen wurden, aber weder zu einer nachhaltigen Verbesserung der Einstellung zur GSSD führten, noch den Eifer zum Erlernen der russischen Sprache zu steigern vermochten.<sup>207</sup> Dazu boten derartige Treffen zu wenig Gelegenheit für persönliche Kontakte und deren kontinuierliche Pflege. Überdies machte sich auch hier das Phänomen der Ritualisierung bemerkbar, nachdem sich weniger ritualisierte Begegnungsformen als tendenziell konflikträchtig erwiesen hatten.

So berichten die Zeitzeugen Sören Schweneke aus Fahrland und Hans Bernicke aus Markendorf für die fünfziger und sechziger Jahre von der sowjetischen Beteiligung an den damals noch alljährlich veranstalteten Dorffesten.

„Denn ham die Russen sich anboten, wir kommen und spielen mit unserer Kapelle zum Tanz. Na, det ham die denn jemacht. Und da ham die Russen, die Soldaten [...], die rausdurften, die ham denn ooch mit deutsche Frauen jetantz, war natürlich ärgerlich für die deutschen Männer, das ihre Frau mit'n Russen jetantz hatte, det hat den meisten nich jefallen.“<sup>208</sup>

Dieses Nicht-Gefallen konnte auch in handfeste Auseinandersetzungen münden. Selbst Fußballspiele zwischen Auswahlmannschaften der örtlichen LPG bzw. Maschinen-Traktoren-Station (MTS) und der sowjetischen Pateneinheit bargen ungeahnte Konfliktpotentiale, wie Hans Bernicke berichtet:

„Und ick muss sagen, nach meinen Erlebnissen, wat se nich konnten, war verlieren. Denn wurde det zuletzt immer so jedreht, [zu]letzt war et Elfmeterschießen, und wenn se da ooch nich vorneweg waren, denn jing det... Hätte überhaupt keen Ende jefunden, da ham wer jesacht, ‚lass se een Tor mehr, und denn iss Ruhe, denn iss Schluss für heute‘. Also, verlieren konnten se sehr schlecht.“ Denn: „Der Siejer muss Siejer bleiben.“<sup>209</sup>

Doch selbst bei stärker ritualisierten Freundschaftstreffen waren Missklänge nicht ausgeschlossen. Ursächlich dafür konnten – ohne jede böse Absicht – zum Beispiel die sowjetischen Gepflogenheiten im Umgang mit Waffen und Munition sein. So führte 1968 ein sowjetischer Oberleutnant, der zusammen mit zwei weiteren Offizieren zu einem von der FDJ in Ober-Cunnersdorf, Kreis Löbau, Bezirk Dresden, veranstalteten „Baudenabend“ eingeladen worden war, den anwesenden FDJlern in angetrunkenem Zustand seine Pistole vor, wobei sich ein Schuss löste und einen Jugendlichen verletzte. Der Offizier ergriff daraufhin die

---

207 Vgl. den Bericht von Volker Faun aus Stülpe über den Besuch seiner Schulklasse bei der 65. Kfz-Brigade in Kummersdorf und seine ablehnende Haltung zum Erlernen der russischen Sprache. Interview mit Volker Faun\*, S. 31f.

208 Interview mit Sören Schweneke\*, S. 28f.

209 Interview mit Hans Bernicke\*, S. 37.

Flucht und wurde zur Fahndung ausgeschrieben, während Polizei, SED und Nationale Front sofort „die notwendige Argumentation“ festlegten, wie dieser Vorfall zu bewerten sei.<sup>210</sup>

In anderen Fällen verschenkten sowjetische Soldaten auf dem Weg in die ČSSR „beim Austausch von Abzeichen und Geschenken mit Jugendlichen in den durchfahrenen Gebieten auch Munition“, was seitens der Polizei und der Volksbildungsorgane sofort hektische Bemühungen auslöste, die verteilte Pistolen- und MPi-Munition wieder einzuziehen.<sup>211</sup>

Waren also selbst offizielle Begegnungen mit propagandistischem Anspruch in Einzelfällen nicht davor gefeit, Irritationen oder gar Verstimmungen auszulösen, so gehörten diese bei der institutionellen Zusammenarbeit von DDR-Organen und Vertretern der GSSD an den Standorten aufgrund unterschiedlicher Prioritäten, Dienstgepflogenheiten und Rechtsauffassungen gewissermaßen zum Alltag.

Die Intensität der Zusammenarbeit und dabei auftretende Probleme wiesen dabei je nach Institution deutliche Unterschiede auf. So arbeiteten die bewaffneten Organe der DDR, die unter den Vorzeichen der „Waffenbrüderschaft“ zu besonders vertrauensvollen Beziehungen angehalten waren, deutlich enger mit Dienststellen der GSSD zusammen, als dies etwa bei den Verwaltungen der Kreise und Kommunen der Fall war. Das hing freilich auch damit zusammen, dass das Procedere der Zusammenarbeit von Militär und Polizei mit der GSSD schon frühzeitig in bilateralen Absprachen und Ordnungen geregelt worden war, während zum Beispiel den Kommunen formal keine eigenständigen Kompetenzen für die Zusammenarbeit mit Einheiten der GSSD zugestanden wurden. Für Staatssicherheit und Polizei bildete hingegen die Zusammenarbeit mit sowjetischen Dienststellen einen expliziten Teil ihres Aufgabenspektrums.

Das Ministerium für Staatssicherheit übernahm beispielsweise gemäß Dienstanweisung 3/63 des MfS Aufgaben bei der Sicherung sowjetischer Militärobjekte gegen Spionage und Sabotage, indem der Anwohnerbereich mit ehrenamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt wurde, die zum einen die Objekt-Umwelt-Beziehungen überwachen und zum anderen „im Rahmen der Gegenbeobachtung bei militärischen Bewegungen und an Objekten“ potentielle Agenten feststellen sollten.<sup>212</sup> Das schloss auch die Filtrierung deutscher Zivilbeschäftigter in sowjetischen Kasernen sowie der in sowjetischen Objekten tätigen Mitarbeiter des VEB Spezialbau Potsdam mit ein.<sup>213</sup>

Handelte es sich dabei um eine Art Dienstleistung, die das MfS für die „sowjetischen Freunde“ erbrachte, so war die Volkspolizei zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch auf die direkte Kooperation mit Dienststellen der GSSD angewiesen, was sich deutlich komplizierter

---

210 BStU, ZAIG 1447, Information über fahrlässigen Schusswaffengebrauch durch einen Angehörigen der sowjetischen Armee vom 5.8.1968.

211 BStU, ZAIG 1494, E. I. über Schäden im Zusammenhang mit sowjetischen Truppenbewegungen vom 9. 5.1968, Bl. 2.

212 BStU, JHS MF VVVS 757/77, Fachschulabschlussarbeit: Der Einsatz von ehrenamtlichen FIM-Systemen zur Gewährleistung einer wirksamen politisch-operativen Außensicherung von Teilbereichen der im militärischen Schwerpunktbereich Müllrose ausgewählten militärischen Objekte der Sowjetarmee und die dabei zu beachtenden Probleme, Oltm. Jäschke, Klaus-Dieter, KD Eisenhüttenstadt, 20.11.1978, Bl. 10.

213 BStU, Sekr. Mittig 183, HA XVIII Leiter GM Klein, 16.6.1987, Bl. 3f.

gestaltete.<sup>214</sup> Das wird vor allem anhand der Fahndungen nach flüchtigen Sowjetsoldaten deutlich. Die örtlichen Polizeidienststellen wurden über Fahnenfluchten bis zum Ende der achtziger Jahre nicht selten erst mit stunden- oder gar tagelanger Verzögerung informiert, was die dann eingeleiteten Fahndungen erschwerte und die Gefahr von Straftaten gegen DDR-Bürger deutlich erhöhte.<sup>215</sup> Weit frustrierender als diese Versäumnisse war für Volkspolizisten und Militärstaatsanwälte aber die oft mangelnde Kooperationsbereitschaft sowjetischer Kommandeure bei der Aufklärung von Straftaten mit sowjetischen Soldaten als mutmaßlichen Tätern. Über die bloße Zurückweisung der vorgelegten Indizien hinaus versuchten einige Kommandeure auch, Zeugen oder Opfer durch die Zahlung von „Schweiggeld“ von Anzeigen abzuhalten oder zu einer Rücknahme ihrer Aussagen bei der Polizei zu bewegen.<sup>216</sup>

Als geradezu konfliktträchtig ist die Zusammenarbeit der sowjetischen Militärjagdkollektive mit den Vertretern der deutschen Jagdbehörden bzw. Jagdkollektive zu bewerten. Obschon auch die Jagdkollektive – wie oben dargestellt – vom Geist der deutsch-sowjetischen Freundschaft durchdrungen sein sollten, entwickelten sich die zufälligen Begegnungen deutscher und sowjetischer Jäger häufig konfrontativ, wenn letztere ihre Jagd nicht ordnungsgemäß beim deutschen Jagdleiter angemeldet hatten, erlegtes Wild nicht ablieferten sowie außerhalb ihrer zugewiesenen Jagdgebiete, in der Schonzeit oder mit un-waidmännischen Mitteln wie automatischen Waffen oder Scheinwerfern auf die Jagd gingen. Geltendes Jagdrecht wurde dabei nicht selten bewusst ignoriert, weshalb auch Platzverweise durch Polizei und Jagdbehörde keine Änderung des genannten Verhaltens bewirken konnten.<sup>217</sup> Vielmehr mündeten die Versuche, unrechtmäßig erlegtes Wild zu beschlagnahmen oder Wilderer zu entwaffnen, häufig in handgreifliche Auseinandersetzungen, bei denen es im Extremfall auch Tote und Verletzte geben konnte. Die Jagdpraxis der „Freunde“ sorgte daher bei Jägern und Bevölkerung immer wieder für Empörung. Zum Teil lehnten deutsche Jagdleiter es auch ab, weiterhin die sowjetischen Militärjagdgebiete zu bewirtschaften, da sie eine geregelte Zusammenarbeit mit den sowjetischen Militärjagdkol-

- 
- 214 So gehört es bereits zu den frühen Erfahrungen der Volkspolizei, dass sowjetische Militärangehörige als retardierendes Moment wirksam wurden – etwa indem sowjetische Militärlastwagen „Hamsterer“ mitnahmen und so der Polizeikontrolle entzogen. BLHA, Rep. 203, Landesbehörde der VP Brandenburg. Schreiben an die Transportabteilung der SMA Oberstleutnant Jermakow vom 23.3.1948, Bl. 137a.
- 215 BLHA, Rep. 471/15.2 BDVP Potsdam Nr. 449, Stab/Abt. Information Sachstandsbericht über Eilfahndungen nach flüchtigen unbewaffneten GSSD-Angehörigen 1988, Bl. 1f. Darin werden überwiegend Meldezeiten von bis zu 24 Stunden berichtet.
- 216 BStU, HA VII 691, Einzelinformationen und Einschätzungen aus den Bezirken 1984, Bl. 13f. Laut einer Meldung der BVFS Neubrandenburg boten sowjetische Offiziere im Raum Neustrelitz zunehmend Geld an, um Anzeigen zu verhindern. Die Beträge reichten von 1.000 Mark für Körperverletzung bis zu 10.000 Mark bei Vergewaltigungen, was in der Bevölkerung „zunehmend kritische und ablehnende Diskussionen“ zum Auftreten der sowjetischen Armeeangehörigen ausgelöst habe. Der Unmut reiche mitunter soweit, dass man „teilweise nicht mehr von ‚Freunden‘ [sprach], sondern [...] Schimpfwörter oder die Bezeichnung Russen [verwendete].“
- 217 BLHA, Rep. 801, Rat des Bezirkes Cottbus, Nr. 25740, Bericht des ABV von Neuendorf/See, Kreis Lübben vom 3.11.1966, unpag.

lektiven und die Erfüllung der Planaufgaben für die zugewiesenen Jagdgebiete unter diesen Bedingungen für unmöglich hielten.<sup>218</sup>

Für die kommunalen Verwaltungen bestand vor allem das Problem, dass es auf Gemeindeebene keine Vereinbarungen und kein festgelegtes Procedere für die Zusammenarbeit gab. Wie Christoph Maiwald, von 1986 bis 1990 Bürgermeister von Neufahrland bei Potsdam, berichtet, wurden derartige Absprachen erst ab Kreisebene aufwärts getroffen.<sup>219</sup> Im Falle von Gefährdungen oder Schäden, die im Zuge sowjetischer Übungen oder Truppenbewegungen entstanden, verfügten die Bürgermeister der Anliegergemeinden von Truppenübungsplätzen und sowjetischen Objekten daher weder über kompetente Ansprechpartner auf der sowjetischen Seite, noch über eigenständige Kompetenzen. So blieb nur der zeitaufwändige Weg über den Rat des Kreises, der sich an die zuständige sowjetische Kommandantur wandte, welche ihrerseits mit den vor Ort befindlichen Einheiten Kontakt aufnahm, um künftig Schäden und Gefährdungen zu vermeiden – oder auch nicht. Die Instandhaltung der örtlichen Straßen konnte unter diesen Bedingungen zu einer frustrierenden Sisyphusarbeit werden, wie Christoph Maiwald berichtet:

„Ich habe hier Vorfälle erlebt, die waren doll, sag ich Ihnen, ja? Wir hatten ja hier in Nedlitz, in Krampnitz, in Elstal, um hier mal die Hauptstandorte zu nennen, hatten wir ja fast drei Divisionen liegen, und die beweachten sich, wie sie wollten. Wir krichten keine Vorinformationen und konnten dadurch auch nicht vorbeugen. [...] Zu bestimmten Anlässen waren also Übungen mit Verladungen von Truppen. Das heißt, sie waren also dann an den Bahnhof Satzkorn oder Wildpark jebunden. Und da hier ja hauptsächlich Kettentechnik war [...] Ja, und wenn die Dinger losfuhren, dann war's zu spät. Dann hab ich hier gerade – die Hauptstraße wurde gerade von dem Seddiner Straßenbaubataillon neu asphaltiert, der Asphalt dampfte noch, da standen die da. Ich dachte, ich krieg 'n Herzschlach. Und da konnt' man sich auch mit denen überhaupt nicht verständigen, er hatte Prikass, er muss hier durch, er muss bis dann und dann auf'm Bahnhof sein, das war einfach nich abjestimmt.“<sup>220</sup>

Somit kam es immer wieder zu gravierenden Straßenschäden, die aufgrund ihrer praktischen Unabwendbarkeit bei der Masse der ortsansässigen Bevölkerung Resignation auslösten. Nur in einzelnen Fällen versuchten Anwohner Straßen zu blockieren, um Kolonnen sowjetischer Kettenfahrzeuge zur Benutzung der vorgesehenen Kettenmarschwege zu veranlassen. Christoph Maiwald konstatiert diesbezüglich:

„Die Leute, die da lebten, die hörten das nicht mehr. Die ham sich damit abgefunden jehabt. Ich krichte auch keine Beschwerden, weil auch jeder wusste, man greift ins Leere. Es war kein Anlaufpunkt, wo man diese Sorgen loswerden konnte, und irgendwo hatte man *nur* immer den Jedanken, also die Straße muss mal wieder jemacht werden, es iss jetzt so schlimm, dass wir hier bloß noch von Loch zu Loch fahren. Und dann hat man das im Kreis und im Bezirk oben jemeldet, und da wurden

---

218 BLHA, Rep. 801, Rat des Bezirkes Cottbus, Nr. 25740, Schreiben der Jagdbehörde des Kreises Hoyerswerda vom 26.10.1965 an den Rat des Bezirkes Cottbus, unpag. Zu tätlichen Auseinandersetzungen vgl. BStU, HA IX 1619, Sowjetischer Fähnrich als mutmaßlicher Wilderer 1984 von Förster erschossen, ZAIG 1987, Wilderer schießen auf Förster Altengrabow 1971.

219 Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 25.

220 Ebd., S. 26.

wir wieder nicht informiert. Eines Tages hier stand 'n Straßenbaubataillon da und hat wieder mal 'ne neue Decke jeleecht. Also in *meiner* Zeit sind *dreimal* hier die Bundesstraßen gemacht worden.“<sup>221</sup>

Auch Schadensbesichtigungen mit sowjetischen Offizieren brachten im Endeffekt keinerlei Fortschritte, dominierte doch bei diesen die Tendenz, sich auf tatsächliche oder vermeintliche Befehle zu berufen oder gar auf die historische Verantwortung der Deutschen für die Präsenz der sowjetischen Truppen in der DDR und die sich daraus ergebenden Vorrechte für die sowjetische Siegermacht zu verweisen.<sup>222</sup> Vielfach entsandten sowjetische Kommandeure nach entstandenen Schäden aber auch Reparaturtrupps, die häufig ohne geeignetes Werkzeug und Material zerfahrene Gartenzäune oder Bürgersteige notdürftig wieder instand setzten, was den Unmut der betroffenen Bevölkerung etwas besänftigte. In anderen Fällen halfen sowjetische Soldaten bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen und Waldbränden, wofür ihnen dann öffentlichkeitswirksam gedankt wurde.<sup>223</sup>

Hinsichtlich der Waldbrandbekämpfung hatte die sowjetische Hilfe jedoch einen bitteren Beigeschmack, da die Waldbrände auf sowjetischen Standorten und Truppentübungsplätzen bzw. in deren unmittelbarer Nähe häufig durch Schießübungen, ungelöschte Lagerfeuer oder Funkenflug aus Militärtechnik ausgelöst worden waren. Überdies gestaltete sich die Zusammenarbeit nicht immer optimal. Zum Teil wurden Feuerwehrleute nicht zum Brandherd gelassen oder sogar durch fortdauernde Manöverhandlungen gefährdet, während sich die Motivation der sowjetischen Löschkräfte sehr differenziert gestaltete.<sup>224</sup>

Im Vergleich mit der nicht selten durch Friktionen und Interessenkonflikte gekennzeichneten institutionellen Zusammenarbeit stellten sich die zum beiderseitigen Vorteil an den Standorten eingegangenen Arbeitsverhältnisse deutlich positiver dar. Vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit galt eine Beschäftigung bei der Besatzungsmacht als attraktiv, sicherte sie doch häufig den Bezug zusätzlicher Lebensmittel über die kargen Kartenzuteilungen hinaus. In erster Linie Frauen verdingten sich als Reinigungs- und Küchenpersonal oder arbeiteten als Hilfskräfte in der Lagerwirtschaft.<sup>225</sup> Im Zuge der zunehmenden Abschottung der sowjetischen Truppen ab 1946 und mit Nachzug der Offiziersfamilien wurde jedoch der Anteil deutscher Arbeitskräfte in sowjetischen Kasernen drastisch reduziert. Fürderhin wurden deutsche Zivilbeschäftigte nur noch in sehr geringer Zahl in den Berei-

221 Ebd., S. 30.

222 Vgl. Interview mit Hannelore und Kurt Ischebeck\*, S. 7.

223 Vgl. die Dankesrede von Otto Grotewohl anlässlich der Auszeichnung von 29 sowjetischen Helfern bei der Bekämpfung der Flutkatastrophe vom Juli 1954, die er als „Helden der Sowjetarmee“ und deren Hilfe er als „wahren Freundschaftsbeweis“ feierte. SAPMO-BArch, NY4090/198, Rede Grotewohls am 28.1.1955, Bl. 15 und 18.

224 Interview mit Hans Bernicke\*, S. 58f. Bernicke von der Freiwilligen Feuerwehr Markendorf berichtet von einer Brandwache auf dem TÜP Heidehof in den sechziger Jahren, während der sowjetische Panzer- und Mot. Schützeneinheiten in unmittelbarer Nähe ein Gefechtsschießen veranstalteten, so dass die Feuerwehrleute für mehrere Stunden in alten Schützengraben Zuflucht suchen mussten. Während er die zu Löscheinsätzen ad hoc herangezogenen Sowjetsoldaten als wenig motiviert in Erinnerung hat, hebt er die Professionalität und Einsatzbereitschaft der sowjetischen Flughafenfeuerwehr aus Altes Lager positiv hervor.

225 Vgl. Interview mit Sören Schwenecke\*, S. 47, dessen Frau drei Jahre für die Sowjetarmee tätig war, und Interview mit Hannelore und Karl Ischebeck\*, S. 2. Hannelore Ischebeck arbeitete vier Jahre lang im sowjetischen Pionierpark in Fürstenwalde als Putzfrau, Küchenhilfe und Lagerarbeiterin.

chen Heizung, Wasser- und Stromversorgung eingesetzt. Dazu kamen zeitweilig in sowjetischen Kasernen tätige Handwerker, die Bau- und Rekonstruktionsarbeiten ausführten.

Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre kam es regelmäßig zu Arbeitseinsätzen sowjetischer Soldaten in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben der DDR, die im Rahmen der „sozialistischen Hilfe“ erfolgten. Sehr verbreitet waren zum Beispiel Ernteeinsätze, mit denen sowjetische Soldaten ebenso wie NVA-Soldaten und Studenten die in der Erntezeit auftretenden personellen Engpässe überbrücken halfen. Als Gegenleistung gab es nach Aussage von Sergej Jakowlew lediglich „gutes Essen“ und „Souvenirs“. <sup>226</sup> Zum Teil wurden den betreffenden Truppenteilen „in Anerkennung ihrer herausragenden Leistungen beim Schutz und der Verteidigung der DDR, des selbstlosen Einsatzes bei der Bekämpfung von Katastrophen und bei der ständigen Unterstützung zur Behebung ökonomischer Schwerpunkte (Getreide- und Hackfruchternte)“ Prämien gezahlt. <sup>227</sup>

Aus den dabei geknüpften Kontakten ergaben sich jedoch bald quasi vertraglich geregelte Arbeitsbeziehungen zum beiderseitigen Vorteil. Die sowjetischen Einheiten vor Ort stellten billige Arbeitskräfte für die körperlich anstrengenden und wenig qualifizierten Tätigkeiten, für die nicht genug deutsches Personal verfügbar war. Die LPG vergütete die Arbeitseinsätze mit Naturalien oder Pauschalbeträgen, die der jeweiligen Regimentswirtschaft zu Gute kamen, in dem sie den Speisezettel der Truppe bereicherten oder die finanziellen Mittel für kleinere Investitionen sicherten. Der einzelne Soldat profitierte davon – abgesehen von der Verpflegung in der Betriebskantine – nicht.

Das verhielt sich bei den sowjetischen Familienangehörigen – vor allem den Ehefrauen der Berufssoldaten – ganz anders. Mit Ausnahme der im Militärhandel bzw. dem Bildungs- oder Gesundheitswesen tätigen Frauen hatten sie praktisch keine Erwerbsmöglichkeiten innerhalb der sowjetischen Kasernen und Militärstädtchen und waren auf die Rolle als Hausfrau und Mutter beschränkt. Von den zum Beispiel in Krampnitz lebenden sowjetischen Frauen wurde daher die Möglichkeit, in der LPG des benachbarten Neufährland als Tagelöhner zu arbeiten, freudig wahrgenommen. Auf diese Weise konnten sie nicht nur ihre Haushaltskasse aufbessern, sondern sich auch günstig Naturalien verschaffen. Der auf der LPG tätige Zeitzeuge Karl Ischebeck berichtet, dass die Frauen dann am Ende eines Arbeitstages, „alle mit zwei Taschen, so viel wie sie tragen konnten, voll Äpfeln, Rosenkohl, gesammelten Rosenkohl, der sonst zerfahren worden wäre“ nach Krampnitz zurückkehrten. <sup>228</sup>

Sowohl für die deutschen Betriebe, als auch für die sowjetische Seite stellte diese Form der lokalen Symbiose ein echtes Erfolgsmodell dar, weshalb Missklänge und Konflikte in diesem Bereich praktisch nicht auftraten. Faktisch bewegten die daran beteiligten Betriebe sich jedoch damit am Rande der Schattenwirtschaft. Die Strafverfolgungsbehörden griffen allerdings nur in den im vorangegangenen Abschnitt geschilderten Fällen offensichtlicher persönlicher Bereicherung ein.

---

226 Interview mit Sergej Jakowlew\*, S. 10f.

227 BLHA, Rep. 801 Rat des Bezirkes Cottbus Nr. 2303, Bl. 10. Im angeführten Beispiel würdigte der Rat des Bezirkes Cottbus 1965 den Einsatz von über 4.000 Soldaten bei der Ernte und von 1.200 Soldaten bei der Waldbrandbekämpfung mit einer Prämie von 30.000 M.

228 Interview mit Hannelore und Karl Ischebeck\*, S. 37.

Anders verhielt es sich hingegen auf dem Sektor des „deutsch-sowjetischen Handels“ innerhalb der DDR. Nach Georg Simmel gestalten sich die Beziehungen zwischen Fremden und Autochthonen traditionell als Handelsbeziehungen, sind erstere doch von der primären Produktion praktisch ausgeschlossen, so dass der Handel „das indizierte Gebiet für den Fremden“ wird, der „als Supernumerarius in einen Kreis eindringt, in dem eigentlich die wirtschaftlichen Positionen schon besetzt sind.“<sup>229</sup> Der lokale deutsch-sowjetische Handel war für beide Seiten durchaus attraktiv. Trotz der daraus resultierenden symbiotischen Beziehungen kann jedoch nicht von einer „Erfolgsstory“ die Rede sein. Viel zu oft sorgten „eigen-sinnige“ Konsumbedürfnisse und die Konkurrenz um knappe Güter für Konflikte, während deren Austragung ebenso wie die Palette der gehandelten Waren die staatlichen Organe der DDR auf den Plan rief. Die trianguläre Beziehungsstruktur zwischen Staat, autochthoner Bevölkerung und Fremden wies daher gerade in diesem Bereich eine hohe Dynamik auf.

Sowohl das Verkaufspersonal als auch staatliche Organe gerieten dabei nicht selten in eine unbequeme Mittlerposition, wie ein Beispiel aus Riesa zeigt. Hier führte der Verkauf von „Salamander“-Kinderschuhen am 18. März 1986 zur Konfrontation. Der Verkauf begann vormittags um 9 Uhr, wobei die Verkäuferinnen angewiesen waren, keine derartigen Schuhe an sowjetische Bürgerinnen abzugeben. Letztere weigerten sich jedoch, das Geschäft zu verlassen, nachdem ihr Kaufwunsch abgelehnt worden war. Ab 10 Uhr wurde daraufhin lediglich ein Paar Schuhe pro Kundin abgegeben, was dazu führte, dass einige sowjetische Frauen das Verkaufspersonal als „Faschisten“ beschimpften, während andere Frauen sich mehrfach anstellten, um mehrere Paare zu erwerben. Im Ergebnis kam es zu mannigfachen Verstimmungen. Die deutsche Bevölkerung kritisierte sowohl das sowjetische Kaufverhalten als auch den Umstand, dass überhaupt Schuhe an die sowjetischen Frauen – die doch alles in ihren eigenen Läden bekommen würden – verkauft wurden, während die sowjetischen Frauen das Verhalten der Verkäuferinnen kritisierten und sich der Kommandant von Riesa beim Rat des Kreises beschwerte. Dieser einigte sich schließlich mit der Kommandantur, dass die sowjetischen Frauen fürderhin nicht mehr auf Vorrat, sondern nur nach ihrem „tatsächlichen Bedarf“ einkaufen sollten. Gleichzeitig bat der Rat des Kreises, bei der künftigen Planung der Warenallokation auch den sowjetischen Bedarf zu berücksichtigen.<sup>230</sup>

In anderen Fällen konnten ähnliche Situationen sogar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen sowjetischen und deutschen Frauen eskalieren, wie es 1986/87 gleich mehrfach in Neuruppin geschah. Auslöser dafür waren entweder Versuche sowjetischer Frauen, vorzugsweise bedient zu werden bzw. Kleidungsstücke in größerer Zahl zu kaufen, oder Versuche der Verkäuferinnen, berufstätige DDR-Bürgerinnen bevorzugt an den Ladentisch zu bitten oder die Verkaufsmenge pro Person zu limitieren. Während die deutschen Teilnehmerinnen bei dieser Gelegenheit wieder als „Faschisten“ tituiert wurden, trugen die in der Folge vom MfS verzeichneten Meinungsäußerungen der deutschen Bevölkerung zum Teil fremdenfeindliche Züge.<sup>231</sup>

229 Simmel, Exkurs über den Fremden, S. 766.

230 BStU, HA II 23615, Information über Reaktion der Bevölkerung von Riesa zur Versorgung mit Kinderbekleidung und Schuhen, sowie in diesem Zusammenhang aufgetretene Missstimmungen zum Kaufverhalten von Frauen der Angehörigen der GSSD vom 7.4.1986, Bl. 4–7.

231 BStU, BVfS Pdm. KD Neuruppin 143, Bl. 6f. und 59.



So gibt der Bericht des IMS „Filter“ unter Bezug auf die obengenannten und weitere Vorkommnisse mit sowjetischen Zivilpersonen und Soldaten über die Stimmung der Belegschaft des VEB Fertighausbau Neuruppin folgende Meinungen wieder:

„Die Russen fressen sich bei uns fett, wir müssen sie versorgen und das was sie benötigen mitproduzieren.“ „Es wird Zeit, daß die Russen endlich aus der DDR verschwinden, damit wir in Ruhe leben können.“ „Selbst die Russenweiber benehmen sich in der Stadt wie die Schweine, kaufen uns alles weg, egal ob sie es brauchen oder nicht, haben viel Zeit und lungern nur vor den Geschäften rum um rechtzeitig da zu sein, wenn Ware kommt.“

Bezeichnend für die Stimmung der örtlichen Bevölkerung ist dabei die Bemerkung, dass der IM die zitierten Äußerungen keinen bestimmten Personen zuordnen könne, „da es sich hierbei um fast schon allgemeine Diskussionen handelt, und sich viele Kollegen in dieser oder ähnlicher Art geäußert haben.“<sup>232</sup> Für die Partei- und Staatsorgane waren dabei nicht nur die ablehnende Haltung beachtlicher Bevölkerungsteile gegenüber der sowjetischen Präsenz, sondern wahrscheinlich noch mehr die infolge „besonderer Vorkommnisse“ kursierenden Gerüchte bedenklich, strafte sie doch die offizielle Freundschaftspropaganda Lügen und boten „dem Klassengegner“ Ansatzpunkte zur „ideologischen Diversion“.

Wie die beim MfS gesammelten Zeitungsausschnitte belegen, machte dieser in Gestalt westlicher Medien davon auch nach Kräften Gebrauch, ohne es allerdings mit der Wahrheit immer allzu genau zu nehmen. So berichtete die *Bild*-Zeitung am 7. Januar 1988 unter der Überschrift „DDR'-Frauen schlugen Russen-Frauen“:

„Mehr als 100 russische Frauen marschierten in die Innenstadt von Neustrelitz im ‚DDR'-Bezirk Neu-Brandenburg. Es war kurz vor Weihnachten – und die Sowjet-Damen kauften wie im Rausch, räumten die Läden leer; Geschenke für die Lieben daheim, fast alles, was angeboten wurde. Da fielen ‚DDR'-Hausfrauen, für die fast nichts mehr übrig blieb, über sie her, prügelten auf sie ein.“

Laut *Bild* zog dies einen „Großeinsatz der VoPo“ nach sich. Allerdings ergaben Nachfragen des MfS, dass in Neustrelitz niemand – weder bei der Polizei, noch bei der Stadtverwaltung – von dem geschilderten Vorfall wusste.<sup>233</sup>

Weniger dramatisch stellte sich der Besuch von DDR-Bürgern im sogenannten „Russens-Magazin“ dar. Die Geschäfte der sowjetischen Garnison boten eine willkommene Bereicherung des Warenangebotes, nicht nur um russische Spezialitäten, sondern auch um rare Erzeugnisse wie beispielsweise Südfrüchte und Radeberger Pilsener. Problematisch gestaltete sich jedoch zuweilen der Zugang für die autochthone Bevölkerung, der je nach Haltung der örtlichen Kommandeure gewährt oder verweigert werden konnte.<sup>234</sup> Formal war für den Zugang zum „Magasin“ und damit das Betreten der Kaserne in der Regel ein Passierschein erforderlich. In der Praxis durften DDR-Bürger jedoch meist auch ohne „Propusk“ passieren

---

232 Ebd., Bl. 10. IMS = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, der mit der Sicherung eines gesellschaftlichen Bereiches oder Objektes beauftragt ist.

233 BStU, Sekr. Neiber 310, Bl. 7 und 14.

234 Vgl. das Beispiel aus Fürstenberg-Drögen bei Britta Pawelke, Das Gelände war der reinste Abenteuer-spielplatz, in: Buttlar/Endlich/Leo, Fürstenberg-Drögen, S. 197–199, S. 198.

oder nutzten wie bei der Kaserne in Krampnitz gar Löcher in der Objektumzäunung, um zum „Magasin“ zu gelangen.<sup>235</sup>

Ebenfalls eine willkommene Bereicherung des Konsumangebotes stellte der z.B. in der Vorweihnachtszeit stattfindende ambulante Verkauf von Südfrüchten in den umliegenden Dörfern sowjetischer Garnisonen dar.<sup>236</sup> Anders als der Besuch im „Magasin“ war diese Praxis jedoch den DDR-Behörden ein Dorn im Auge, weshalb insbesondere Ende der achtziger Jahre durch die staatliche Verwaltung auf eine Unterbindung jeglichen ambulanten Handels durch die GSSD gedrängt wurde.<sup>237</sup>

Der Grund dafür war zum einen, dass sowjetische Einrichtungen in der DDR zu Großhandelspreisen beliefert wurden und durch den Weiterverkauf an die DDR-Bevölkerung praktisch auf Kosten der DDR-Wirtschaft Gewinne erzielten. Zum anderen mündete diese Form der Handelsbeziehungen in eine Grauzone, die es den DDR-Staatsorganen praktisch unmöglich machte, sicher zwischen dem sowjetischerseits gebilligten Verkauf über den eigenen Bedarf hinausgehender Warenbestände und der Veruntreuung von Armeeeigentum zu unterscheiden.

Letzteres hatte seit den fünfziger Jahren Tradition. Laut Zeitzeugenberichten war es Gang und Gäbe, dass die deutsche Bevölkerung im Umkreis sowjetischer Garnisonen zur Aufbesserung der insbesondere in den fünfziger und sechziger Jahren noch knappen Kohlezuteilungen auf Lieferungen durch Angehörige der Sowjetarmee zurückgriff.<sup>238</sup> Mit Besserung der Versorgungslage und zunehmender Motorisierung der DDR-Bevölkerung wurde der Kohlehandel mehr und mehr durch den Benzinhandel ersetzt. Dieser war bei dem hohen Benzinpreis von 1,65 Mark pro Liter für die Deutschen durchaus attraktiv, während er andererseits die knappen Barmittel der sowjetischen Militärangehörigen aufbesserte. Somit kann auch in diesem Fall durchaus von einer symbiotischen Beziehung gesprochen werden. Der Umfang des Benzinhandels reichte dabei vom kanisterweisen Verkauf durch einzelne sowjetische Soldaten bis hin zu organisierten „Großlieferungen“ von mehreren 200-Liter-Fässern per LKW. Der Zeitzeuge Bert Nansen aus Jüterbog berichtet über den Ablauf derartiger Transaktionen sowie die zuweilen auftretenden Mängel der gelieferten Ware:

„Ja, und der Russe iss dann jedenfalls, wenn man was bestellt hat, andern Abend denn wiederjekommt und hat jesacht, hier sind deine zwee Fass Benzin, Liter fuffzich Pffennje, waren ebend soundsoviel Mark. Ich weiß noch, dass wir zwee Fass Benzin hatten, bei meiner ersten Frau auf'm Neumarkt, also Dorfstraße, wo denn oben bisschen Benzin schwamm, und unten drunter war Wasser, und det Schlimme iss, die Fässer waren früher grüne Ölfarbe drin jewesen, du konntest mit dem Benzin wunderschön 'n Pinsel reinijen, und das war's dann. Also betrogen haben se ooch natürlich, wenn se konnten.“<sup>239</sup>

---

235 Interview mit Sören Schwenecke\*, S. 49.

236 Interview mit Wilfried Flach, S. 20.

237 Vgl. die Weisung des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam Herbert Tzschoppe über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen staatlichen Organen und den auf ihrem Territorium stationierten sowjetischen Streitkräften vom 5.1.1989, BStU, BVfS Potsdam AKG 727, Bl. 8.

238 Interview mit Sören Schwenecke\*, S. 74f.

239 Interview mit Bert Nansen\*, S. 38.

In anderen Fällen wurde Diesel- statt Vergaserkraftstoff oder beides gemischt geliefert, was zu beträchtlichen Problemen in der Kfz-Nutzung führen konnte, wie Volker Faun aus Stülpe berichtet:

„Mein Vater hatte 'n Moskwitsch, und hab dann nach der Wende ooch mir mal so'n Fass besorgt, und da war dann leider aber die Hälfte Diesel drin, [lacht] und hab mir da die Kopfdichtung durchgejagt, und seitdem ha' ick ooch nie wieder wat jekooft von' Russen [lacht].“<sup>240</sup>

Zum Teil gab es offensichtlich aber auch erfolgreiche und kontinuierliche Geschäftsbeziehungen, die sogar in persönliche Freundschaften münden konnten. So berichtet die Kreisdienststelle des MfS Osterburg 1988, dass zwischen März und August 1986 [sic!] auf dem Grundstück eines DDR-Bürgers regelmäßig jeden Sonnabend ein sowjetischer LKW vier bis fünf 200-Liter-Fässer ablad, die unmittelbar darauf von anderen Bürgern abgeholt würden. Am jeweils folgenden Tag würden, so der Bericht weiter, die leeren Fässer wieder abgeholt. Weiterhin seien mehrfach gemeinsame Grillabende mit „sowjetischen Personen“ sowie die Verschiebung von mehreren Tonnen Bauholz beobachtet worden.<sup>241</sup> Über die Einleitung weiterer Maßnahmen ist in diesem Fall nichts bekannt.

In anderen Fällen wurden jedoch – wahrscheinlich im Rahmen der Rechtshilfe für sowjetische Strafverfolgungsorgane – Ermittlungs- und Strafverfahren eingeleitet. So wurden 1985 in der Garnison Weimar ein Fähnrich und ein Oberleutnant, die insgesamt 89.500 Liter Vergaser- und 14.800 Liter Dieselmotorkraftstoff an DDR-Bürger verkauft hatten, wegen Kraftstoffdiebstahls in Untersuchungshaft genommen. Bei der Suche nach den Aufkäufern stieß das MfS auf Vertreter des Kfz-Handwerks, die seit 1979/80 Kraftstoff als Gegenleistung für Reparaturen an sowjetischen Fahrzeugen entgegengenommen hatten und sich, nachdem diese Praxis durch die Betriebsleitung unterbunden worden war, auf den zum Teil im Wald erfolgenden Auf- und Weiterverkauf sowjetischen Kraftstoffes verlegt hatten. Gegen die Beteiligten wurden Geld- und Bewährungsstrafen wegen Hehlerei verhängt.<sup>242</sup>

In der Regel blieb der lokale Schwarzhandel jedoch weit unterhalb dieser Größenordnung. Einfache Wehrpflichtige versuchten bei sich bietender Gelegenheit Teile der Bekleidung und Ausrüstung zu verkaufen oder gegen Alkohol einzutauschen. Die DDR-Behörden interessierten sich dafür meist nur, wenn Munition, Imitationsmittel oder gar Waffen zum Tausch angeboten wurden, wie etwa 1983 in Halle. Hier tauschten deutsche „Schüler ca. 15 Fotos bzw. Bilder von Frauen aus der Zeitschrift ‚Magazin‘, wobei es sich unter anderem um Aktfotos handelte“, gegen gegurtete MG-Munition sowie Taschenmesser gegen MPi-Munition ein.<sup>243</sup>

In Standorten mit hoher sowjetischer Truppenpräsenz gab es regelrechte Preislisten, wie ein Beispiel aus Jüterbog belegt. Hier wurden im Zusammenhang mit dem an einen Jugendlichen gerichteten Verkaufsangebot einer Pistole für 250 Mark auch die Preise für „diverse Gegenstände aus Armeebeständen“ bekannt: Handleuchtzeichen für 1,50 Mark pro Stück,

240 Interview mit Volker Faun\*, S. 36.

241 BStU, BV Magdeburg AKG 85, Information der KD Osterburg vom 6.6.1988 über ein Vorkommnis mit Angehörigen der GSSD (FS des VPKA Nr. 05 vom 1.6.1988), Bl. 414.

242 BStU, HA IX 34, Bl. 34. Die Schwarzhandelspreise beliefen sich dabei auf 1 Mark pro Liter VK und 0,5–0,9 Mark pro Liter DK. Der ermittelte Gesamtschaden belief sich auf 135.180 Mark.

243 BStU, BV Halle Abt IX. 223, Zusammenfassender Bericht über die Weitergabe von patronierter Munition durch sowjetische Militärangehörige an Schüler der 3. POS Halle Silberhöhe, 10.3.1983, Bl. 3.

Panzeruhren für 30 Mark, Panzer-Uniformjacken (25 Mark pro Stück), Militärstiefel (25 Mark pro Stück), Voltmeter/Amperemeter (150 Mark bis 300 Mark pro Stück).<sup>244</sup> Jenseits der Befürchtung, dass Waffen und Munition in die Hände staatsfeindlicher Kräfte gelangen könnten, erwies sich die Beunruhigung der Sicherheitsorgane der DDR angesichts des großzügigen Umgangs mit Kriegsgerät in der Sowjetarmee als mehr als berechtigt, stellten doch gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen Besitz von und Umgang mit Munition und Sprengmitteln eine eklatante Gefahr für den Käufer sowie dritte Personen dar. So erwarben 1988 Wismarer Schüler für 5 Mark pro Stück Handgranaten und zündeten sie auf dem örtlichen Truppenübungsplatz. Während dieses „Experiment“ ohne Verletzungen abging, zogen sich zwei Jänickendorfer Bürger 1988 bei der Erprobung von Feuerwerkskörpern, die sie kurz zuvor im Dorfkrug von sowjetischen Soldaten erworben hatten, schwere Augen- und Gesichtsverletzungen zu.<sup>245</sup>

Die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen bewegten sich somit zwischen zum Teil handgreiflicher Konsumkonkurrenz und Symbiosen zum wechselseitigen Vorteil, wobei freilich auch bei letzteren Missstimmungen nicht ausblieben. Die DDR-Staatsorgane sahen sich in jedem Fall herausgefordert, verfügten jedoch nur über sehr begrenzte Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen. Entweder fehlten aufgrund der Mangelwirtschaft die notwendigen Ressourcen zur Befriedigung der deutschen und sowjetischen Konsumbedürfnisse, oder aber im anderen Fall die Handhabe gegenüber der GSSD, den Schwarzhandel zu unterbinden.

Der lokale Handel bildete jedoch nur einen Aspekt der deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsbeziehungen an den Standorten. Prägend für die alltägliche Wahrnehmung der fremden Truppen und ihrer Angehörigen war vielmehr der Sichtkontakt im öffentlichen Raum. Gerade in kleineren Städten mit sowjetischen Garnisonen prägten sowjetische Uniformen und Militärfahrzeuge das Straßenbild. Bei Teilen der Bevölkerung gehörte dieser Anblick beinahe schon zum Heimatgefühl, wie Markus Ebert aus Stülpe am Beispiel seiner Rückkehr aus dem Urlaub verdeutlicht. Die Begegnung mit den ersten sowjetischen Militärkolonnen im Raum Beelitz habe bei ihm den Gedanken ausgelöst: „Jetzt sind wir gleich wieder zu Hause.“<sup>246</sup>

Auf dem Weg zur Arbeit in öffentlichen Verkehrsmitteln ergaben sich dann bereits etwas nähere Eindrücke von den sowjetischen Fremden, wie sie die beim Rat des Kreises Potsdam Land beschäftigte Hannelore Ischebeck schildert.

„Na ja, und dann, die schönsten Erlebnisse waren, wenn wir morgens zum Rat des Kreises zur Tagung fahren oder so, und die Towarisch-Frauen dann im Bus saßen, und auch die Männer, und denn der Knoblauch, du konntest nich atmen im Bus [lacht], weil sie ja sehr Knoblauch gegessen haben, ja. Aber das waren ja eben Kleinigkeiten, aber sonst waren sie immer höflich, und sind aufgestanden, wenn wir Frauen eingestiegen sind in den Bus. Die Offiziere sind aufgestanden, ham uns den Platz angeboten und so. Also ich muss ehrlich sagen, wir haben gute Verhältnisse gehabt.“<sup>247</sup>

244 BStU, BVfS Potsdam VII 1119, Bl. 4.

245 BStU, HA IX 9865, Bl. 10. BVfS Pdm AKG 945, Bl. 194.

246 Interview mit Markus Ebert\*, S. 8f.

247 Interview mit Hannelore und Karl Ischebeck\*, S. 9.

Selbst ohne Uniformen unterschieden sich die Angehörigen der GSSD scheinbar deutlich von der autochthonen Bevölkerung. Neben dem beinahe schon klischeehaften Knoblauchgeruch galten für sowjetische Offiziersfrauen vor allem farbenfrohes Make-up, blond oder rot gefärbte Haare, der ausgiebige Gebrauch penetranten Maiglöckchenparfüms sowie die Bekleidung mit in der DDR nicht erhältlichen Pelzen als typische Erkennungszeichen. Waren ein oder mehrere dieser Merkmale gegeben, so galt der Satz von Karl Valentin: „Dem Einheimischen sind eigentlich die fremdesten Fremden nicht fremd“, denn er erkennt „am ersten Blick, dass es sich um einen Fremden handelt.“<sup>248</sup>

In unmittelbarer Nachbarschaft zu sowjetischen Kasernen oder Wohngebieten konnte diese pauschalisierende Wahrnehmung jedoch bei näherer Bekanntschaft mit einzelnen Sowjetbürgern einer differenzierteren Sicht weichen. Genau wie im Zusammenleben mit deutschen Nachbarn konnten sich die Beziehungen dabei freundlich-kooperativ bis spannungsgeladen-konfrontativ entwickeln. Christoph Maiwald berichtet aus Potsdam-Nedlitz:

„Meine Kinder sind in den Kasernen rein und raus marschiert, da gibt's 'ne Feldbäckerei, da brachte mein Sohn sein Kommissbrot mit nach Hause, die sind in dem Magazin einkaufen jegangen, ganz normal, die kamen in unseren Laden. Wir haben da eigentlich keine Probleme als Nachbarn jehabt. Da gab's keinen Zaun zwischen unserer Siedlung und der Kaserne, war offen.“<sup>249</sup>

Ganz anders bewertete die Lehrerin und Genossin P. S. das Zusammenleben deutscher und sowjetischer Familien in einem Haus der Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in Meiningen. 1988 beklagte sie sich in einer Eingabe an das Zentralkomitee (ZK) der SED bitter über die herrschenden Zustände und die Tatenlosigkeit der örtlichen Staatsorgane. Im Einzelnen bemängelte sie die nächtliche Lärmbelästigung durch feiernde oder hämmernde sowjetische Bewohner des Wohnblocks, die Entfernung von Glühbirnen und Sicherungen – letzteres führte mehrfach zum unintendierten Abtauen ihres Kühlschranks –, die Beschädigung ihres privaten PKW durch sowjetische Kinder sowie Fälle von Vandalismus im Treppenhaus, wo Glasflaschen zerschlagen, Feuer auf dem Treppenabsatz entzündet sowie ihr Kinderwagen zerstört wurden. Während der zuständige ABV vorgab, hier nichts tun zu können, bekannte der stellvertretende Bürgermeister für Inneres, Genosse Feuereisen, für die Beschwerden der Genossin S. kein Verständnis zu haben, da er persönlich nur gute Erfahrungen mit der GSSD gemacht habe. Auch nach mehrfachen Aussprachen mit Vertretern vom Rat der Stadt und der GSSD konnte keine grundsätzliche Lösung gefunden werden, die über die partielle Rekonstruktion des Wohnblocks hinausging. Stattdessen wurde der Beschwerdeführenden P. S. attestiert, „daß bei ihr nicht immer das Verständnis für die Fragen des Zusammenlebens mit Familien von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte vorhanden ist.“<sup>250</sup>

Wurde damit jenseits des Postulats der deutsch-sowjetischen Freundschaft implizit auf ein zu tolerierendes „Anderssein“ der real existierenden „Sowjetmenschen“ verwiesen, so zeigte sich darin gleichzeitig die Scheu der DDR-Behörden – anders als gegenüber DDR-Bürgern mit abweichendem Verhalten oder alternativen Lebensstilen – die sonst für ver-

---

248 „Die Fremden“ auf LP „Karl Valentin“, LITERA 1988 (Übernahme von Teldec).

249 Interview mit Christoph Maiwald, S. 40.

250 SAPMO-BArch, DY30/1258, Eingabe von P. S. vom 25.10.1988 an die ZK-Abteilung „S“, Bl. 212–214. Zitat aus dem Protokoll einer Aussprache mit P. S. vom 28.4.1989, Bl. 224.

bindlich angesehenen Normen des Zusammenlebens auch gegenüber den Angehörigen der GSSD durchzusetzen.

Aufgrund der Aktenlage und der vorliegenden Zeitzeugenberichte kann davon ausgegangen werden, dass sich in den Augen weiter Teile der autochthonen Bevölkerung aus der Nachbarschaft einer sowjetischen Kaserne Probleme ergaben. Wurden die nächtlichen Besuche sowjetischer Soldaten, die Ausrüstungsgegenstände und dergleichen eintauschen wollten, lediglich als lästig empfunden, so stellten Diebstähle ein immer wiederkehrendes Ärgernis dar. Der Diebstahl von Obst und Gemüse aus Plantagen und Kleingärten war dabei besonders verbreitet und blieb für die Täter in der Regel ohne Konsequenzen. Anzeigen verliefen im Sande, und sobald die Täter gestellt wurden, bedrohten sie die Gartenbesitzer oder anwesende Zeugen mit Gewaltanwendung.<sup>251</sup> Daraus erklärt sich auch die Angst der Krankenschwester C. K., die 1987 auf dem Rückweg von der Spätschicht Zeugin wurde, wie sowjetische Militärangehörige aus einer Treuenbrietzener Gärtnerei Baumaterial entwendeten:

„Als ich an der Gärtnerei Schuhmacher war, fiel mir ein Licht auf dem Heckenweg auf, das von einem LKW herrührte. Ferner habe ich Stimmen vernommen, in denen ich eindeutig sowjetische [sic!] Laute erkannte. Ich bin mir dessen ganz sicher, da ich diese Sprache wiederholt vernommen habe. Ich habe mich nicht weiter an das Fahrzeug herangetraut, da ich Angst hatte. Meine Angst ist auf einen Vorfall mit sowjetischen Militärangehörigen zurückzuführen, bei einem Unfall, wo ich beinahe Schläge abbekommen hätte. Seit dieser Zeit bin ich sehr ängstlich. Auf Grund meiner Angst habe ich auch nicht weiter hingesehen, um was für ein Fahrzeug es sich gehandelt hat.“<sup>252</sup>

Verschiedentlich führten die Straftaten sowjetischer Militärangehöriger im Umfeld von Kasernen und Truppenübungsplätzen zu der Forderung nach Aufstellung eines „Selbstschutzes der Bürger unter Einbeziehung der Kommissionen für Ordnung und Sicherheit der Nationalen Front, der Freiwilligen Feuerwehr und Freiwilligen Helfer der DVP.“<sup>253</sup> Derartige Formationen waren bereits in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre zur Abwehr der in Brandenburg agierenden kriminellen Banden gebildet worden, zu denen nicht zuletzt die viel zitierten „Männer in russischer Uniform“ gehörten. In erster Linie sollten damit Großviehdiebstähle verhindert werden.<sup>254</sup> Gleichzeitig diente der „Selbstschutz“ der Beruhigung der noch lange nach Kriegsende den sowjetischen Soldaten ängstlich gegenüberstehenden

---

251 Vgl. Interview mit Sören Schwenecke\*, S. 65f. BStU, HA VII 346 Rapporte August 1986, Bl. 80 dokumentiert eine Reihe von Fällen, in den sowjetische Militärangehörige zum Teil in großem Stil Obst und Gemüse entwendeten.

252 BLHA, Rep. 472/15.2b VPKA Jüterbog Nr. 50, Vernehmungsprotokoll der Krankenschwester C. K. als Zeugin vom 21.4.1987, unpag. Interessant an dieser Aussage ist die Erwähnung „sowjetischer“ – und nicht russischer – Laute, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die öffentliche Tabuisierung der pejorativ konnotierten Bezeichnung „Russen“ für sowjetische Staatsangehörige zurückzuführen ist.

253 Diese Forderung ist unter anderem für Altes Lager 1982 und Stülpe 1985 dokumentiert. BStU, BVfS Potsdam AKG 946, Bl. 46 (Zitat dort). BVfS Pdm AKG 945, Bl. 70.

254 BLHA, Rep. 250 LRA Osthavelland Nr. 304, Errichtung eines „freiwilligen Selbstschutzes zum Schutz der Feldmark und der Ortschaften“ in den Gemeinden 1949–1950. Erste Erwähnung fand der „Selbstschutz“ für 1947 in: BLHA, Rep. 203 LBDVP Nr. 96, Schutzpolizei Geschäftsstelle Monatsbericht März 1947 vom 5.4.1947, Bl. 24.

Landbevölkerung.<sup>255</sup> Deren Ausrüstung mit Taschenlampen und Signalpfeifen knüpfte dabei unmittelbar an bewährte Techniken der Marodeursabwehr an, die darauf abzielten, mit dem durch Pfeifen, Rasseln und Topfdeckelschlagen erzeugten Lärm die Dorfbevölkerung zu alarmieren und die Aufmerksamkeit auf tatsächliche oder auch nur vermeintliche Straftäter zu richten, was diese sehr oft in die Flucht zu schlagen vermochte.<sup>256</sup>

Doch auch bei nicht unmittelbarer Nachbarschaft zu den sowjetischen Kasernen ergab sich aus der sowjetischen Präsenz für die im Umkreis der Garnisonen lebende Bevölkerung eine Reihe von Belastungen und Problemen, auf die sehr unterschiedlich reagiert wurde, wie zum Beispiel der Umgang mit den permanent auftretenden Straßenschäden durch sowjetische Militärtechnik verdeutlicht. War zähneknirschende Resignation wahrscheinlich die häufigste Reaktion der DDR-Bürger, konnte es zuweilen auch zu heftigen Unmutsäußerungen von Bürgern und Lokalpolitikern kommen, wie das Protokoll einer Gemeindevertreter-sitzung in der von sowjetischen Truppenbewegungen massiv betroffenen Gemeinde Satz-korn zeigt:

„Gemeindevertreter Bottke kritisierte die Straßenverhältnisse in der Gemeinde, mit den Worten: wie kann es möglich sein, so schleppend zu bauen, man sieht keine Vortschritte [sic!] und inzwischen werden andere Wege die in mühsamer [sic!] NAW Arbeit hergestellt wurden durch Kettenfahrzeuge wieder zunichte gefahren. Unsere Einwohner sind mit solchen Maßnahmen nicht einverstanden.“<sup>257</sup>

In anderen Fällen wurde über den bloß verbalen Protest deutlich hinausgegangen. Im Kreis Hoyerswerda bekundeten Bürger verschiedener Gemeinden 1970 angesichts der durch sowjetische Panzereinheiten verursachten Straßenschäden ihre Absicht, in Zukunft nicht mehr an NAW-Einsätzen teilnehmen zu wollen. Ähnlich wie bei den Ankündigungen der Bürger, nicht an den „Volkswahlen“ teilzunehmen oder aus der GDSF auszutreten, wurde damit der von der SED propagierte Konsens zwischen Partei und Volk und damit letztlich die Herrschaftslegitimation der SED in Frage gestellt. Derartige Absichtserklärungen konnten daher durchaus einen Hebel darstellen, um die Partei- und Staatsorgane zu intensiveren Bemühungen um die Behebung von Missständen zu veranlassen. Gerade gegenüber der GSSD taten sich diese jedoch bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre sehr schwer, die berechtigten Interessen der Bürger zu vertreten. Folglich griffen DDR-Bürger mitunter zur Selbsthilfe. Das konnte zum Beispiel so aussehen:

„In der Gemeinde Drehna/Krs. Hoyerswerda kam es in den Abendstunden des 7.6.1970 bei der Durchfahrt einer sowjetischen Panzerkolonne zu folgendem Vor-kommnis: Beim Befahren der asphaltierten Dorfstraße, die in Eigenleistungen der Bürger anlässlich des 20. Jahrestages des DDR gebaut wurde, wurde eine sowjeti-sche Panzereinheit von Einwohnern angehalten, um zu erreichen, daß die neben dem Ort verlaufende Panzerstraße benutzt wird. Unter den ca. 20 Einwohnern, die ca. 30 Minuten mit dem Kommandeur der Einheit diskutierten, befanden sich die Bürger-meisterin sowie der Vorsitzende des Ortsausschusses der Nationalen Front. Da es je-doch zu keiner Verständigung kam, gab der sowjetische Kommandeur die Weisung,

255 Interview mit Sören Schwenecke\*, S. 89–91.

256 Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 140f. Interview mit Hans Bernicke\*, S. 18 und 21.

257 KA-PM, 20.04-5, Rat des Kreises Potsdam, Gemeindevertretung Satz-korn. Protokoll aus der öffentli-chen Gemeindevertreter-sitzung vom 20.1.1966, S. 3. NAW = Nationales Aufbauwerk.

einen Warnschuß abzugeben. Daraufhin verließen die Dorfbewohner die Straße und die Einheit durchfuhr den Ort. Dabei wurden ca. 800 m Schwarzdecke beschädigt bzw. zerstört.<sup>258</sup>

Bei späteren Straßenblockaden gelang es Bürgern hingegen manchmal, die sowjetischen Einheiten zur Benutzung der festgelegten Kettenmarschwege zu veranlassen. Bemerkenswert am oben geschilderten Ereignis ist der Umstand des Zusammenwirkens lokaler Staats- und Parteifunktionäre mit der Dorfbevölkerung bei Handlungen des zivilen Ungehorsams. Ärger und Frustration erreichten offensichtlich auch bei Funktionären zuweilen ein Maß, das sie zu „eigen-sinnigen“ Handlungen veranlasste. Diese konnten bis zu Sabotage und „öffentlicher Herabwürdigung“ reichen. So zerhackte der Bürgermeister und gleichzeitige Ortsparteisekretär der Gemeinde Schweinrich im Kreis Wittstock am 8. Mai 1977 aus Verärgerung über die von sowjetischen Kettenfahrzeugen fortwährend verursachten Straßenschäden in der Gemeinde und die Untätigkeit der „zuständigen Stellen“ zur Verhinderung weiterer Schäden ein Nachrichtenkel der GSSD. Dasselbst legte er ein selbstgefertigtes Flugblatt ab mit dem Text: „Panzer – CA – zerstören unsere Straßen und unsere Heimat. Wir werden uns wehren. – Ein Menschenrecht – Amis go home. Iwan domoi.“<sup>259</sup>

Als kaum weniger belastend wurde der zum Teil äußerst intensive sowjetische Flugbetrieb empfunden. Diesbezügliche Eingaben wurden von den DDR-Behörden in der Regel mit dem Verweis abgetan, der Flugbetrieb sei zur Erhaltung des Friedens notwendig, so dass über Eingaben keine Verbesserung der Situation erreicht werden konnte. Neben der vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu beobachtenden Rückgabe der Wahlbenachrichtigungen mit dem Hinweis, nicht wählen zu wollen, solange der monierte Missstand fortbesteht, kam es deshalb auch zu einzelnen Fällen regelrechter Erpressung. So ging am 24. Dezember 1980 um 14.30 Uhr beim Rat des Kreises Weimar ein anonymer Drohanruf ein, in dem eine männliche Person ankündigte: „Wir sind eine Aktionsgemeinschaft, haben gestörtes Fernsehprogramm. Wenn sich bis heute nach 15.00 Uhr noch ein Hubschrauber in der Luft befindet, wird ein sowj. Offizier getötet – gilt bis 05.01.81.“<sup>260</sup> Ob der Forderung des Anrufers entsprochen wurde, ist nicht bekannt.

Deutlich weniger anonym als Fluglärm und Straßenschäden war die zumindest als lästig, wenn nicht bedrohlich empfundene Präsenz alkoholisierter Sowjetsoldaten, die zum Teil in persönliche Konfrontationen münden konnte.

Wie sich diese Präsenz zum Beispiel in Spreenhagen, Kreis Fürstenwalde, gestaltete, beschrieb das SED-Mitglied D. S. 1980 in einem Brief an die sowjetische Botschaft, der zeitgleich als Eingabe an die ZK-Abteilung Sicherheitsfragen und den Staatsrat geschickt wurde. Nachdem der Briefschreiber eingangs erläutert hatte, er wolle „Ordnung und Sicherheit“ wiederherstellen und Schaden von der deutsch-sowjetischen Freundschaft abwenden, die für ihn eine „Herzessache“ sei, verwies er zunächst auf den von sowjetischen Soldaten betrie-

---

258 BStU, ZAIG 1784, Information über aufgetretene Schäden bei Truppenbewegungen der Sowjetarmee in den Kreisen Forst, Spremberg, Hoyerswerda, Guben und Cottbus am 9./10.6.1970, Bl. 6.

259 BStU, HA IX 1619, Bl. 97. Das MfS leitete daraufhin gegen den Bürgermeister ein Ermittlungsverfahren ohne Haft gemäß § 220(1) („Öffentliche Herabwürdigung“) und § 204(1) StGB („Nachrichtenverkehrsstörungen“) ein. CA = Советская Армия = Sowjetarmee.

260 BStU, HA XXII Nr. 96, Bl 379.



benen Schwarzhandel mit Ausrüstungsgegenständen und Einbruchsdiebstähle, um sich schließlich der Problematik des Alkoholkonsums und seiner Auswirkungen zuzuwenden:

„Es ist zum Alltag geworden, daß sowjetische Armeeeingeborene große Mengen Alkohol im Konsum kaufen. Dagegen wäre nichts zu sagen, ebensowenig wenn sie in der Gaststätte trinken und auch noch Flaschen mitnehmen. Was aber die Bürger weniger verstehen, ist die Tatsache, daß sich diese Genossen dann im angetrunkenen oder volltrunkenen Zustand in den Ortschaften aufhalten und ausschlafen. Und das macht tatsächlich ein schlechtes Bild und schadet dem Ansehen der Sowjetarmee.“

S. regte daher an, „den sowjetischen Genossen die politisch-ideologische Wirkung ihres Verhaltens“ vor Augen zu führen und erklärte sich „zu einer Aussprache mit sowjetischen Offizieren in der Parteigruppe“ bereit. In der Folge kam es tatsächlich zu einem Gespräch mit Vertretern des Oberkommandos der GSSD. Diese argumentierten gemeinsam mit Vertretern der SED-Bezirksleitung entsprechend dem offiziellen Selbstbild der Sowjetarmee und veranlassten S. zu der Erklärung, dass er in seinem Schreiben lediglich „ungeprüfte Gerüchte“ wiedergegeben habe.<sup>261</sup>

Andere durch Volkspolizei und Staatssicherheit dokumentierte Beispiele verdeutlichen jedoch, dass es sich keineswegs bloß um Gerüchte oder gar pure Verleumdungen der Sowjetarmee handelte. Immer wieder kam es vor, dass – nicht selten bereits alkoholisierte – sowjetische Soldaten in Gaststätten oder auch bei geschlossenen Gesellschaften Alkohol forderten und gewalttätig reagierten, wenn ihnen dieser verweigert wurde. In der Konsum-Gaststätte in Demen verlieh ein bereits stark angetrunkenener Sergeant am 28. November 1965 mit Schüssen in den Fußboden seiner Forderung Nachdruck, während ein Soldat in gleichem Zustand mit einem Messer in Tische und Polsterstühle stach. Die etwa zehn anwesenden Gäste waren über dieses Verhalten empört, setzten sich zur Wehr und nahmen die Soldaten bis zum Eintreffen von Polizei und sowjetischer Militärstreife vorläufig fest.<sup>262</sup> Handgreifliche Auseinandersetzungen bedurften jedoch nicht immer der Beteiligung sowjetischer Militärangehöriger. In mehreren Fällen – zum Beispiel 1975 in Stendal und Berlin-Karlshorst – kam es zu Schlägereien zwischen Gruppen deutscher und sowjetischer Jugendlicher.<sup>263</sup>

Die mit der sowjetischen Präsenz verbundenen Probleme und Konflikte führten jedoch nicht zu einer pauschalen Ablehnung der sowjetischen Soldaten. Insbesondere den Wehrpflichtigen, um deren harte Lebensbedingungen und schlechte Behandlung man zumindest gerüchteweise wusste, wurde Mitleid entgegengebracht. In einigen Fällen waren damit auch „eigen-sinnige“ Handlungsweisen verknüpft. So solidarisierten sich 1978 in einer Gaststätte

261 SAPMO-BArch, DY30 IV B 2/12/331, Eingaben von D. S. vom 10.2.1980, Bl. 311–313. Schreiben des Stabschefs der GSSD GO Grinkewitsch vom 17.3.1980, Bl. 315.

262 BStU, ZAIG 1152, E. I. über ein besonderes Vorkommnis mit Angehörigen der Sowjetarmee in Demen/Schwerin am 28.11.1965, Bl. 8f. Zu ähnlicher Selbsthilfe griffen am 17.11.1987 auch vier Bürger in Trebbin. Als ein sowjetischer Soldat einen Bürger in dessen Wohnung mit der MPi bedrohte, um Alkohol und Zigaretten zu erpressen, kamen Nachbarn zur Hilfe, schlugen den Soldaten mit einer Flasche nieder und nahmen ihn bis zum Eintreffen der Polizei vorläufig fest. BLHA, Rep. 471/15.2 Nr. 480, BDVP Potsdam Sachstandsbericht zur Schusswaffenanwendung in Trebbin vom 19.11.1987.

263 BStU, HA IX 15546 MF, Information Nr. 1335/75 über Schlägereien zwischen deutschen und sowjetischen Jugendlichen am 27. und 29.9.1975 vor dem Haus der Offiziere in Stendal, Bl. 12–18. HA IX/2, Bericht vom 22.10.1975 über Auseinandersetzungen im Karlshorster Letni-Park, Bl. 25. In der Folge wurden zwei deutsche Jugendliche, die gerufen hatten: „Schlagt den Russen tot!“, festgenommen und Ermittlungsverfahren wegen Staatsverleumdung und versuchten Rowdytums eingeleitet.

in Neuen DDR-Bürger mit zwei Soldaten, welche dort unerlaubterweise Alkohol kaufen wollten und deshalb von einer sowjetischen Streife festgenommen werden sollten. Es kam zu einer Schlägerei mit der Streife, in deren Verlauf die beiden Soldaten entkommen konnten.<sup>264</sup>

In einem anderen Fall richtete sich die Anteilnahme der Bevölkerung implizit gegen „staatliche Maßnahmen“. Nachdem am 5. Mai 1981 ein sowjetischer Deserteur bei einem Schusswechsel mit der Volkspolizei in der Eichsfeld-Gemeinde Effelder getötet worden war, stellte am 7. Mai ein laut MfS „geistesgestörter Einwohner“ ein Holzkreuz am Ort des Geschehens auf, das kurze Zeit später durch den Bürgermeister entfernt wurde. In den darauffolgenden Tagen suchten

„ca. 500 vorwiegend konfessionell (katholisch) gebundene Kinder, Jugendliche und Jungerwachsene den Ereignisort auf, wobei zum Teil Gebete gesprochen und Blumen abgelegt wurden. Feindlich-negative Aktivitäten und Handlungen wurden in diesem Zusammenhang nicht festgestellt. Vordergründig wurde das aufsuchen [sic!] des Ereignisortes u.a. damit begründet, daß ,hier ein Mensch gestorben ist und da vor Gott alle gleich sind, ehren wir ihn.“

SED-Kreis- und Bezirksleitung zeigten sich dennoch beunruhigt und leiteten im Zusammenwirken mit Ortsparteiorganisation und Rat der Gemeinde ein „entsprechendes politisch-ideologisches Vorgehen“ ein, um „Gerüchte und Diskussionen“ „zurückzudrängen“. Gegen einen 46-jährigen Bürger wurde überdies ein Ermittlungsverfahren „wegen Herabwürdigung der Maßnahmen der Deutschen Volkspolizei zur Ergreifung des Flüchtigen“ eingeleitet.<sup>265</sup>

Die möglichen Akteurskonstellationen vor Ort weisen somit eine größere Bandbreite und nicht selten auch Dynamik auf, als gemeinhin angenommen wird. Ein Beispiel von besonderer Ambivalenz stellt dabei die Geschichte der Familie B. aus Fürstenberg-Drögen dar, deren 17 und 19 Jahre alten Söhne 1987 unter nie vollständig geklärten Umständen von einem sowjetischen Posten erschossen worden waren. Die Familie hatte zuvor enge Kontakte zur sowjetischen Garnison unterhalten. Während die Eltern regelmäßig im „Magasin“ einkauften, spielten die Brüder mit den Kindern der sowjetischen Offiziere oder sammelten Schrott auf dem Militärgelände. Die Stiefmutter der beiden war sowjetische Staatsbürgerin und zeitweilig sogar als Zivilbeschäftigte im sowjetischen Objekt tätig. Der Vater wurde zwischen 1976 und 1986 von der Kreisdienststelle der Staatssicherheit Gransee als IMS zur Außensicherung des Objektes der GSSD geführt. Dann wurde seine Akte wegen „unzureichender Zusammenarbeit“ archiviert.

Am Nachmittag des 11. Juni 1987 begaben sich die Brüder, wie bereits mehrfach zuvor, zum sowjetischen Objekt in Fürstenberg-Drögen, um dort Schrott zu sammeln, den sie danach veräußern wollten. Dabei wurden sie von einem sowjetischen Wachposten gestellt und durch Schüsse tödlich verletzt. In diesem Punkt stimmen sämtliche Berichte überein; die Rekonstruktion des genauen Hergangs der Ereignisse und ihre Bewertung stellen sich dagegen deutlich komplizierter dar.

Der Posten, ein 19-jähriger Soldat aus Moldawien, gab an, er habe gegen 17.44 Uhr eine unbekannte männliche Person bemerkt, welche die Umzäunung zum sowjetischen Technik-

---

264 BStU, HA IX 15549 MF.

265 BStU, ZAIG 3122, Information über Vorkommnisse in Effelder, Kreis Worbis, Bezirk Erfurt, im Zusammenhang mit der tödlichen Verletzung eines Angehörigen der GSSD, Bl. 2–4.

park überstiegen hatte. Nachdem er die Person aufgefordert hatte, stehen zu bleiben, ergriff diese die Flucht. Der Posten nahm die Verfolgung über den Objektzaun hinaus auf und stellte nach Abgabe eines Warnschusses die Person, die zuvor noch einen Hammer nach ihm geworfen hatte, ohne jedoch zu treffen. Nun wurde der Posten von einer zweiten Person aus einem Gebüsch heraus angegriffen und zu Boden gerissen, wobei die zweite Person nach der MPI des Postens griff. Dieser fühlte sich bedroht und gab aus sitzender Position einen Feuerstoß auf die zwei Meter vor ihm stehende Person ab, die im Oberschenkelbereich getroffen zusammenbrach. Die erste Person, die sich inzwischen zehn Meter entfernt hatte, drehte sich nun um und hob den linken Arm. Der Posten fühlte sich dadurch erneut bedroht und gab einen weiteren Feuerstoß ab, worauf auch die erste Person zusammenbrach.<sup>266</sup>

Die politische Führung der DDR wurde in Gestalt von Egon Krenz von den Ereignissen am Vormittag des 12. Juni durch den Oberkommandierenden der GSSD Armeegeneral Belikow informiert, wobei dieser den ungefähren Tathergang schilderte und sein tiefes Bedauern äußerte. Gleichzeitig verwies er jedoch darauf, dass einer der Brüder bereits im Vorjahr bei Diebstahlshandlungen im sowjetischen Technikpark erappt worden sei. Weiterhin teilte er mit, „er habe seinen 1. Stellvertreter an den Ort des Geschehens befohlen, der in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft und den deutschen Genossen eine gründliche Untersuchung veranlasst.“

Krenz bemerkte zum Abschluss des Telefonats, „daß Genosse Erich Mielke bereits die Erarbeitung einer objektiven Darstellung veranlaßt habe“ und äußerte die Ansicht: „Der Ausgang des Falles, bei dem zwei Jugendliche getötet wurden, ist schwer mit der Einhaltung von Dienstvorschriften zu erklären“, was man durchaus als implizite Missbilligung der sowjetischen Wachdienstpraxis verstehen kann. Darauf deutet auch der Nachsatz der vorliegenden Mitteilung an Erich Honecker hin, in dem Krenz vorschlägt, nach Vorlage des MfS-Untersuchungsberichtes eine Aussprache mit dem Oberkommando der GSSD mit dem Ziel zu führen, „daß vorhandene Dienstvorschriften, die ein solches Verhalten des Postens rechtfertigen, überarbeitet werden, damit das Verhalten der Posten der Tatsache angeglichen wird, daß sie sich in Freundesland befinden.“ Nach außen hin orientierte Krenz jedoch primär darauf, „den politischen Schaden zu begrenzen und Wiederholungen solcher Vorkommnisse auszuschließen.“<sup>267</sup>

Das Primat der politischen Schadensbegrenzung prägte – wie bei fast allen ähnlich gelagerten Vorkommnissen – dann auch wesentlich die Informationspolitik und das Verhalten der staatlichen Organe der DDR und insbesondere des MfS gegenüber den Angehörigen der beiden getöteten Brüder. Die Texte von Grabinschrift und Todesanzeige wurden zensiert und für die Bestattungsfeier strenge Auflagen erteilt, die darauf abzielten, alles zu vermeiden, was breitere Bevölkerungskreise über die Todesumstände der Brüder in Kenntnis setzen könnte.

Gleichzeitig wurde jedoch eine eingehende Untersuchung des Hergangs der Ereignisse vorgenommen. Deren Ergebnisse stellen sich etwas komplex dar. So bestätigten die durch

---

266 BStU, BVfS Potsdam AKG 855, Information zum Stand der Untersuchungen zur Anwendung der Schusswaffe durch den Angehörigen der GSSD [Name geschwärzt] in unmittelbarer Nähe des Objektes der GSSD Fürstenberg/OT Drögen am 11.6.1987, Bl. 157f.

267 SAPMO-BArch, DY30/IV2/2.039, Mitteilung von Egon Krenz an Erich Honecker vom 12.6.1987, S. 1f.

das MfS gesicherten Spuren im Wesentlichen die Aussagen des Postens. Im Widerspruch dazu stand jedoch der Umstand, dass der durch den zweiten Feuerstoß getötete der Brüder (oben „erste Person“ genannt) Schussverletzungen im Rücken aufwies, die nicht auf eine Notwehrsituation des Postens schließen lassen. Gegen den Posten wurde daraufhin am 12. Juni 1987 ein Ermittlungsverfahren „wegen Verletzung der Wachvorschrift mit schädigenden Folgen gemäß Artikel 255 Buchstabe d StGB der RSFSR eingeleitet“ und ein Rechtshilfeersuchen an die Militärstaatsanwaltschaft der DDR gestellt.<sup>268</sup> Über die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens ist laut Akten des MfS nichts bekannt. Neben der wahrscheinlichen Überschreitung der Notwehr durch den Posten ist schließlich noch die umständliche Alarmierung der „Schnellen Medizinischen Hilfe“ zu erwähnen, die erst 50 Minuten nach den Schüssen am Ort des Geschehens eintraf. Der diensthabende Arzt konnte zu diesem Zeitpunkt nur noch den Tod der beiden Brüder feststellen, die zwischenzeitlich verblutet waren. Unverzögliche Erste Hilfe durch sowjetische Militärangehörige hätte zumindest bei einem der Brüder lebensrettend wirken können.<sup>269</sup>

Neben dem genauen Hergang überprüfte das MfS auch die Festlegung der Sperrgebiete vor Ort und zog Erkundigungen zum Leumund der Familie B. ein. Dabei stellte sich im Zuge der Vernehmung des für den Staatlichen Forstbetrieb Fürstenberg zuständigen Direktors heraus, dass die formal noch immer gültige Standortkarte aus den fünfziger Jahren längst mehrfach überholt sei und dass Änderungen der Sperrgebietsfestlegung in der Regel mit mündlichen Vereinbarungen vorgenommen wurden, die allenfalls mit einer Aktennotiz fixiert, oder – wie 1986 geschehen – von sowjetischer Seite ohne Absprache vorgenommen wurden. Diese Praxis wurde durch den Staatlichen Forstbetrieb toleriert und nur sukzessive in den Forstkarten nachgewiesen.<sup>270</sup> Die Untersuchungen zum Leumund von Familie B. und ihren Söhnen ergaben, dass es im Zuge der engen Kontakte zum sowjetischen Objekt bereits im Vorfeld zu „Diebstahlshandlungen“ der Brüder und auch zu tätlichen Auseinandersetzungen mit sowjetischen Soldaten gekommen war.<sup>271</sup>

Die tragischen Ereignisse des 11. Juni 1987 in Fürstenberg-Drögen stellen sich somit als das Ergebnis des komplexen Zusammenwirkens verschiedener Faktoren dar, die eine einseitige Schuldzuweisung an die GSSD, den Posten oder die getöteten Brüder nicht zulassen. Stattdessen ist vom Fehlverhalten aller Beteiligten auszugehen. Eine wesentliche Ursache ist jedoch in der Diskrepanz zwischen formal rigiden Wachvorschriften und ihrer deutlich freizügigeren Umsetzung zu sehen. Erleichterte letztere z.B. den Besuch des „Magasins“ oder das gemeinsame Spiel deutscher und sowjetischer Kinder auf dem Kasernengelände, so erhöhte sich gleichzeitig die Gefahr von Differenzen in der Situationsdeutung bei den Beteiligten, die zu tödlichen Missverständnissen führen konnten.

Zum Leben der DDR-Bevölkerung mit den sowjetischen Streitkräften gehörten schließlich auch private Freundschaften und sexuelle Beziehungen. Erstere ergaben sich meist aus Arbeits-, Patenschafts- oder Handelsbeziehungen. Die Lehrerin Heidrun Ullerich aus Neu-

---

268 BStU, BVfS Potsdam AKG 855, Bl. 160. RSFSR = Russische Sozialistische Föderierte Sowjetrepublik.

269 Von der Kaserne aus wurde zunächst die sowjetische Kommandantur informiert, die im VPKA Gransee anrief, von wo aus dann die „Schnelle Medizinische Hilfe“ alarmiert wurde. Währenddessen verbluteten die Brüder an ihren Schlagaderverletzungen an Hals bzw. Oberschenkel. Ebd., Bl. 158.

270 BStU, HA IX 11543, Vernehmungsprotokoll vom 10.7.1987, Bl. 36–39.

271 BStU, BVfS Potsdam VII 1119, Bl. 107. BVfS Pdm. AKG 855, Bl. 152–155.

fahrländ berichtet beispielsweise von „Männerfreundschaften“ zwischen Offizieren der Krampnitzer Garnison und Beschäftigten der örtlichen LPG, die in gemeinsamen Feiern und dem Besuch der Kasernensauna ihren Ausdruck fanden. Gleichzeitig wurde die Pflege individueller Freundschaften nicht selten durch Restriktionen erschwert. So berichtet die gleiche Zeitzeugin, dass eine mit ihr befreundete sowjetische Lehrerin sich für ihre privaten Kontakte zu DDR-Bürgern beim „Kommandanten“ rechtfertigen musste und schließlich dazu überging, Privatbesuche bei Freunden als Teil der Patenschaftsbeziehungen zur Fahrländer Schule zu legitimieren.<sup>272</sup> Bei Militärangehörigen wurden private Kontakte zu Deutschen nicht selten durch die Versetzung an einen anderen Standort unterbunden.

Das war nicht zuletzt auch bei Liebesbeziehungen zu deutschen Frauen der Fall. Sexuelle Beziehungen zwischen autochthoner weiblicher Bevölkerung und den Angehörigen fremder Streitkräfte bilden traditionell eines der sensibelsten Felder in den Beziehungen von fremdem Militär und eigener Gesellschaft. Die sexuelle Vereinnahmung und insbesondere die Vergewaltigung von Frauen durch Sieger und Eroberer symbolisiert dabei seit dem Altertum die Unterwerfung und Demütigung der Besiegten. Im Zuge der Nationalstaatsbildung und der Verbreitung völkischer Ideologeme wurde diese Symbolik noch dahingehend erweitert, dass sexuelle Kontakte zwischen Autochthonen – insbesondere, wenn es sich um Frauen handelte – und Fremden allgemein als Verletzung bzw. Penetration des „Volkskörpers“ interpretiert wurden. Unterschwellig wirkte diese Deutung noch lange nach Ende des Zweiten Weltkrieges fort und prägte z.B. die Reaktionen der deutschen (männlichen) Bevölkerung auf Annäherungsversuche sowjetischer Militärangehöriger bei DDR-Bürgerinnen. Dazu trugen nicht zuletzt die im kollektiven Gedächtnis fortwirkenden traumatischen Erfahrungen des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit bei, als zehntausende Frauen von sowjetischen Soldaten vergewaltigt wurden.

Außerdem gingen in dieser Zeit viele Frauen Beziehungen mit Rotarmisten ein, die Schutz vor Vergewaltigung und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln gewährten. Bei diesen Beziehungen handelte es sich zum Teil um Liebesbeziehungen, zum Teil aber auch wie bei Versetzungen der beteiligten Soldaten mit anschließender neuer Beziehung deutlich wurde, um eine Überlebensstrategie, die man durchaus als Form der Prostitution deuten kann. Auch über die Sicherung des eigenen Überlebens hinaus prostituierten sich manche DDR-Bürgerinnen bis in die späten fünfziger Jahre mit sowjetischen Soldaten. Schwerpunkte bildeten vor allem größere sowjetische Garnisonen in der DDR. So berichtet das Volkspolizeikreisamt Jüterbog im Sommer 1954 über „das Überhandnehmen des Zustroms von HWG Personen aus den Städten Wittenberg und Bitterfeld [...]“. Diese Personen suchen die Bekanntschaft mit Angehörigen der sowj. Besatzungsmacht und werden dann straffällig indem sie die Freundschaft zu gewerbsmäßiger Unzucht mißbrauchen.“<sup>273</sup> Anlaufpunkte waren dabei vor allem die Bahnhofsgaststätte der Mitropa in Jüterbog und Gaststätten der HO. Dementsprechend „wurde mit dem Hauptgeschäftsleiter der HO-Gaststättenbetriebe

---

272 Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 22 und 60.

273 BLHA, Rep. 472 15 VPKA Jüterbog 217, Abt. Kriminalpolizei Berichte 1952–60, Quartalsbericht für das II. Quartal 1954 an BDVP, Bl. 125.

Rücksprache genommen, um HWG-Personen von unseren volkseigenen Gaststätten fernzuhalten.“<sup>274</sup>

Inwieweit diese Bestrebungen erfolgreich waren, geht aus den Akten nicht hervor. Seit Ende der fünfziger Jahre gibt es jedoch in den eingesehenen Polizeiakten keine Hinweise mehr darauf, dass sich DDR-Bürgerinnen mit sowjetischen Militärangehörigen prostituierten. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verkehrten sich schließlich die Vorzeichen. Nun ging die Volkspolizei Hinweisen nach,

„daß es Frauen und Mädchen sowjetischer Militärangehöriger geben soll, die sich in den Wohnunterkünften des VEB Autobahnkombinates in Altes Lager zur Prostitution anbieten. ([...] Lage der Wohnsiedlung ermöglicht ungehinderten Zutritt) Es soll ein Preis von 150,- Mark für die Gewährung des Geschlechtsverkehrs von den sowjetischen Mädchen und Frauen gefordert werden.“<sup>275</sup>

Auch wenn diese Hinweise nach Überprüfung nicht bestätigt werden konnten, unterstreicht der Wandel der geschilderten Konstellation im Vergleich zu den fünfziger Jahren nicht zuletzt die Umkehrung des deutsch-sowjetischen Wohlstandsgefälles. Das wird mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juli 1990 noch deutlicher, als weibliche Familienangehörige und Zivilbeschäftigte der Westgruppe nun auch erwiesenermaßen der Prostitution nachgingen, um an den Segnungen der westlichen Konsumgesellschaft besser partizipieren zu können.

Mit Ausnahme der zweiten Hälfte der vierziger Jahre blieb die Prostitution ostdeutscher Frauen mit den fremden Soldaten eine Randerscheinung. Eine zahlenmäßig randständige Bedeutung hatten auch die binationalen Ehen zwischen sowjetischen Militärangehörigen und ostdeutschen Frauen. Die in den ersten Nachkriegsjahren verbreitete Praxis, dass in Deutschland stationierte sowjetische Offiziere mit ihren deutschen „Besatzungsfrauen“ zusammenlebten, sorgte unter den Vorzeichen des heraufziehenden Kalten Krieges bei der sowjetischen Militärführung für Beunruhigung und war im Verein mit den Disziplinproblemen der sowjetischen Besatzungstruppen einer der Gründe für die Separierung des sowjetischen Militärs von der deutschen Bevölkerung ab 1946/47. Im Januar 1948 wurden inoffizielle Kontakte zu Ausländern sogar förmlich verboten. Offiziere mit Beziehungen zu deutschen Frauen wurden aufgrund dieses Verbots meist strafversetzt.<sup>276</sup> Binationale Ehen mit Besatzungssoldaten standen daher unter keinem guten Stern.

Daran änderte auch der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 24. Oktober 1953 nicht viel, wonach es nun Offizieren und länger dienenden Unteroffizieren der Sowjetarmee grundsätzlich gestattet wurde, „Ehen mit Bürgerinnen derjenigen Länder einzugehen, in denen diese Truppenteile stationiert sind“,<sup>277</sup> denn daraus ergab sich keinerlei Rechtsanspruch. Anträge auf Eheschließung waren bei der „vorgesetzten Dienststelle“ einzureichen und wurden „individuell je nach den gegebenen Verhältnissen entschieden.“ Erst

---

274 BLHA, Rep. 472 15 VPKA Jüterbog 217, Abt. Kriminalpolizei Berichte 1952–60, Bericht für III. Quartal 1954, Bl. 128. HWG = Häufig wechselnder Geschlechtsverkehr. HO = Handelsorganisation.

275 BLHA, Rep. 471/15.2 VPKA Jüterbog 49, Hauptmann der K Buhle an MStA Garnison Jüterbog Hptm. Wezjuch und Kdt. Osl. Antonow am 20.3.1986.

276 Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 112ff.

277 SAPMO-BArch, DY30/3691, Stabschef der GSBT GL Tarassow an Walter Ulbricht vom 27.11.1953, Bl. 2.

bei Vorlage einer schriftlichen Genehmigung war dann eine Eheschließung bei einem Standesamt der DDR oder in der Konsularabteilung der sowjetischen Botschaft möglich.<sup>278</sup>

War somit die Genehmigung zur Eheschließung bereits der Willkür der jeweiligen Vorgesetzten unterworfen, so gestaltete sich die Beantragung der Übersiedlung aus der Sowjetunion in die DDR noch deutlich komplizierter und zeitaufwändiger.<sup>279</sup> Zum Teil wurde die Bearbeitung der Anträge durch die örtlichen Milizorgane auch monatelang bewusst verzögert und den Antragstellern vorgeworfen, sie empfänden „keine Liebe zum Vaterland“ oder begingen „Vaterlandsverrat“.<sup>280</sup> Wenn dann die Hürden des Genehmigungsverfahrens überwunden waren und das deutsch-sowjetische Paar gemeinsam in der DDR lebte, wurden schließlich nicht selten die kulturellen Unterschiede, wie sie sich in divergenten Vorstellungen von Geschlechterrollen und Alltagsgestaltung manifestierten, zum Problem.<sup>281</sup>

Für die Masse der einheimischen Bevölkerung in den Garnisonsstädten blieb der romantische und sexuelle Aspekt der deutsch-sowjetischen Beziehungen jedoch eher von randständiger Bedeutung und kam vor allem in Gestalt zweier Phänomene zum Tragen. Beim ersten, relativ häufig anzutreffenden Phänomen handelt es sich um verbale und physische Auseinandersetzungen zwischen männlichen deutschen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen mit sowjetischen Militärangehörigen, die sich, meist anlässlich von Tanzveranstaltungen, aus der Konkurrenz um die Gunst der anwesenden weiblichen DDR-Bürger ergaben. Den Anlass für deutsch-sowjetische Schlägereien boten in der Regel Versuche sowjetischer Soldaten, mit den anwesenden Frauen in Kontakt zu treten. So reichte es am 24. April 1980 bereits aus, dass ein sowjetischer Militärangehöriger in der Berliner Gaststätte „Rosenthaler Platz“ der Freundin eines Deutschen „zugeblinzelt“ hatte.<sup>282</sup> In Haldensleben führten am 21. Februar 1985 die während einer Discoveranstaltung von alkoholisierten Sowjetsoldaten in Zivil unternommenen Annäherungsversuche bei weiblichen DDR-Bürgern zu einem Streit und anschließender tätlicher Auseinandersetzung mit der autochthonen männlichen Bevölkerung. Während die staatlichen Organe der DDR daraufhin eine negative Beeinflussung des Verhältnisses zwischen Bevölkerung und GSSD befürchteten, verhängte die sowjetische Kommandantur ein „Gaststättenverbot“ für sowjetische Militärangehörige, um derartige Vorfälle künftig zu verhindern.<sup>283</sup>

Daneben gibt es freilich auch Beispiele dafür, dass von deutschen Jugendlichen belästigte Mädchen bei sowjetischen Offizieren, mit denen sie zuvor bereits getanzt hatten, um Schutz baten. Das führte 1972 in Königsbrück dazu, dass sich die Aggressionen der anwesenden männlichen Jugendlichen gegen die sowjetischen Militärangehörigen richteten und es zu

---

278 PAAA, A 132, Aktenvermerk über die Besprechung mit dem Leiter der Konsularabteilung der Botschaft der UdSSR, Herrn Wsirjakin, am 13.1.1956.

279 Das Verfahren ist beschrieben in: PAAA, A 001171, Konsularabteilung der Botschaft in Moskau: Einschätzung der Entwicklung der Übersiedlung aus der UdSSR nach der DDR und nach Westdeutschland vom 21.11.1966, Bl. 16–20.

280 Ebd., Bl. 19.

281 Vgl. die Interviews mit Heidrun Ullerich\*, S. 61–64 und Bert Nansen\*, S. 44f.

282 BStU, HA IX 15551.

283 BStU, BVFS Magdeburg Abt. VII 1641, Bl. 1.

einer Schlägerei kam, die von der sowjetischen Standortstreife erst durch Abgabe eines Warnschusses beendet werden konnte.<sup>284</sup>

Im Unterschied zu den zumeist auch noch unter beiderseitigem Alkoholeinfluss stattfindenden deutsch-sowjetischen Tanzbodenschlägereien, die zwar auf tiefer liegende Animositäten hindeuteten, aber nur vergleichsweise geringen Einfluss auf die Einstellung der lokalen Bevölkerung zur GSSD hatten, wirkte sich das zweite Phänomen – die von sowjetischen Soldaten begangenen Sexualstraftaten – darauf deutlich nachhaltiger aus.

Gerüchte über Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten versetzten die Bevölkerung im Umkreis der betreffenden Garnisonen in Angst und trugen zur Reproduktion überkommener Negativstereotypen bei. Für Empörung sorgte dabei vor allem das Bekanntwerden der immer wieder vorkommenden Versuche sowjetischer Kommandeure, die Ermittlungen durch die Versetzung mutmaßlicher Täter und die Beeinflussung von Zeugen und Opfern mit Drohungen und der Zahlung von Schweigegeld zu behindern.<sup>285</sup> Damit fügten sie dem Image der GSSD in der DDR-Bevölkerung weit größeren Schaden zu als die individuellen Straftäter, konnte ein derartiges Verhalten doch als Ausdruck von „Besatzermentalität“ gewertet werden.

Das Vorgehen einzelner delinquenter Sowjetsoldaten nahm demgegenüber zum Teil auch ausgesprochen abstruse Züge an, wie das Beispiel des Überfalls zweier sowjetischer Soldaten auf den Bürger G. E. am 12. Juli 1987 während einer Radtour in Langenstein zeigt:

„Auf einem Waldweg wurde er von 2 Personen angehalten. Eine der Personen setzte ihm ein Seitengewehr an den Hals und verlangte in gebrochenem Deutsch ‚Frauen‘. Um sich zu befreien, trat der Geschädigte mit dem Fuß nach der Person, die ihn mit dem Seitengewehr bedrohte. Die zweite Person schlug in diesem Moment mit dem Gewehrkolben einer MPi-Kalaschnikow E. ins Gesicht.“

G. E. erlitt dadurch eine Nasenbeinfraktur und ein Schädelhirntrauma.<sup>286</sup> Ob die Täter jemals ermittelt werden konnten und welche Vorstellungen sie davon hatten, woher die von ihnen verlangten „Frauen“ so plötzlich kommen sollten, ist nicht bekannt.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass sich die „graue Wirklichkeit“ des Zusammen- bzw. Nebeneinanderlebens von DDR-Bevölkerung und sowjetischen Streitkräften deutlich komplexer darstellte als es eine dichotome Gegenüberstellung des offiziellen Freundschaftstopos mit der Charakterisierung der GSSD und ihrer Angehörigen als Besatzungsmacht oder „Besatzer“ suggeriert. Die in Festtagsreden und Propaganda aufgestellte Behauptung überaus enger persönlicher Beziehungen zwischen sowjetischen Streitkräften und

284 BStU, ZAIG 2057, Information über ein Vorkommnis zwischen jugendlichen DDR-Bürgern und Angehörigen der Sowjetarmee am 23.7.1972 in Königsbrück, Kreis Kamenz, Bezirk Dresden vom 28.7.1972, Bl. 1–6. Gegen sieben der deutschen Beteiligten wurden daraufhin wegen Rowdytums (§215) Ermittlungsverfahren mit Haft eingeleitet.

285 Vgl. Das Auftreten des Kommandeurs der 25. PD, der anlässlich der Untersuchung der Vergewaltigung der 16-jährigen Schülerin M. B. in Prenzlau das Ersuchen der Ermittler um Unterstützung bei der Aufklärung „belächelte“ und diesen gegenüber sogar fragte, „wie viel der Schaden kostet.“ BStU, HA VII 354/17, Bl. 85f. Für die Zahlung von Schweigegeld und Nötigung zur Rücknahme der Anzeige vgl. BStU, HA VII 354/9, Bl. 116–120.

286 BStU, HA VII 353, Information Nr. 195/87 Verdacht des Rowdytums in Tateinheit mit Körperverletzung durch Angehörige der GSSD im Kreis Halberstadt, Bl. 26.



deutscher Bevölkerung, welche die sowjetischen Soldaten angeblich „wie eigene Söhne“ ansah und behandelte,<sup>287</sup> hält dabei einer empirischen Überprüfung ebenso wenig stand wie die These, dass die sowjetischen Soldaten von der Masse der Bevölkerung als „Besatzer“ abgelehnt worden seien und es abgesehen von offiziellen Begegnungen praktisch keine persönlichen Kontakte gegeben habe.

Betrachtet man die Grautöne jenseits solch holzschnittartiger Schwarz-Weiß-Malerei, werden stattdessen der Facettenreichtum und die Dynamik der möglichen Akteurskonstellationen deutlich, die pauschalisierende Thesen zum Verhältnis von DDR-Gesellschaft und sowjetischen Streitkräften fragwürdig erscheinen lassen. Auch unter den Bedingungen der SED-Diktatur war das Kräftefeld zwischen den Großakteuren Staat, Bevölkerung und sowjetischen Streitkräften keineswegs statisch. Gerade in den alltäglichen Problemen und Konflikten an den sowjetischen Standorten stellte sich auch die Herrschaftsausübung der SED als eine soziale Praxis dar, in der immer wieder die wechselseitige Abhängigkeit von Herrschern und Beherrschten zum Ausdruck kamen. Die Grenzen der Souveränität des SED-Regimes wurden nicht zuletzt anhand seiner oftmals nur schwachen Verhandlungsposition gegenüber der GSSD deutlich. Der zumindest symbolische Ausgleich zwischen nicht selten divergierenden Interessen der Akteure wurde damit immer wieder zur essentiellen Herausforderung für die Partei- und Staatsorgane. Wollte man den offiziell propagierten Konsens zwischen Partei und Volk nicht in Frage stellen, so mussten neben bloße Kommando- auch Aushandlungsstrukturen treten, welche die Grenzen des Zumutbaren immer wieder neu absteckten. Wechselnde Konfliktlagen bedingten dabei nicht nur erneute Aushandlungsprozesse, sondern auch wechselnde Bündnisse innerhalb der triangulären Beziehungsstruktur der Akteure.

Für das Verhältnis von Bevölkerung und sowjetischen Streitkräften war dabei typisch, dass sich Fremdheit immer wieder als ein Beziehungsverhältnis erwies, das sich durch Nähe noch intensiverte. Gerade an den sowjetischen Standorten wurden so tradierte Ressentiments reproduziert. Das betraf nicht nur die Negativstereotypen in der deutschen Bevölkerung, sondern auch den insbesondere in Konfliktsituationen anzutreffenden Rekurs sowjetischer Bürger auf das Deutschenbild aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Der Zeitzeuge Bert Nansen berichtet von abendlichen Sichtkontakten mit sowjetischen Soldaten, die mit ihren LKWs durch Jüterbog fuhren: „du bist natürlich *prinzipiell* mit Faschist und so weiter von den LKWs aus betitelt worden als Fußjäger, das war völlig normal, bis Anfang der neunziger Jahre iss det so jejangen, also da konntste druff warten.“<sup>288</sup>

Die Teile der DDR-Bevölkerung, welche die UdSSR und ihre militärische Präsenz in der DDR ablehnten, äußerten ihre diesbezügliche Meinung hingegen nur relativ selten in der Öffentlichkeit, drohten ihnen doch strafrechtliche Konsequenzen wegen „Beleidigung wegen der Zugehörigkeit zu einer anderen Nation oder Rasse“ (§ 140 StGB) und „öffentlicher Herabwürdigung“ (§ 220 StGB). So wurden seitens des MfS zwischen dem 1. Januar 1976 und dem 15. Oktober 1977 Untersuchungen wegen antisowjetischer Äußerungen oder Handlungen lediglich gegen 71 Personen geführt. Davon hatten sich 51 Personen „feindlich-

---

287 Kokott, *Waffenbrüderschaft*, S. 28 und 30.

288 Interview mit Bert Nansen\*, S. 17f.

negativ gegen die Sowjetunion geäußert“, 13 Personen hatten „sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe in der DDR geschändet“.<sup>289</sup>

„Feindlich-negative Äußerungen“ konnten zum Beispiel so aussehen, dass zwei DDR-Bürger an die Mauer einer sowjetischen Kaserne in Frankfurt/Oder mit Alkydharzfarbe über eine Länge von 13 Metern „Russen raus, RDF, Ihr Bolschewistenschweine“ schrieben.<sup>290</sup> In Bernburg wurde 1977 von unbekanntem Tätern auf einem Propagandaplakat die offizielle Losung „Unser Gruß der KPdSU zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. 60 1917 – 1977“ um die Parole „Russen RAUS“ [sic!] ergänzt.<sup>291</sup> Die Sicherheitsorgane des SED-Regimes reagierten auf derartige Vorkommnisse vor allem deshalb sehr empfindlich, weil sich bei näherer Untersuchung immer wieder herausgestellt hatte, dass sich die „feindlich-negativen“ Äußerungen nicht ausschließlich gegen die Sowjetunion, „sondern stets gleichzeitig gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, gegen Parteiführung und Regierung, gegen die führende Rolle der SED, gegen Grenzsicherungsmaßnahmen“ richteten, was in einigen Fällen noch mit einer „Verherrlichung des Faschismus“ einherging.<sup>292</sup>

Aufgrund der zum Teil massiven Sanktionen blieben die als antisowjetisch eingestuften Äußerungen und Handlungen ebenso wie Proteste gegen Begleiterscheinungen der sowjetischen Truppenpräsenz bis zur Implosion des SED-Regimes lediglich Einzelfälle. Mit der „Wende“ änderte sich dies grundlegend. An den Standorten, so in Jüterbog, kam es nun zu massiven Protesten gegen Fluglärm, Umweltverschmutzung und Gefährdungen durch den militärischen Übungsbetrieb. Darin mischten sich frühzeitig auch fremdenfeindliche und rechtsradikale Untertöne. Zwar waren diese kaum repräsentativ für die Stimmung der Bevölkerung an den sowjetischen Standorten und schon gar nicht für diejenige der DDR-Bevölkerung insgesamt, doch wurde eine Fortdauer der sowjetischen Militärpräsenz im vereinten Deutschland mehrheitlich abgelehnt und für eine möglichst rasche Rückführung der Truppen in die UdSSR bzw. ihre Nachfolgestaaten plädiert.

Bei einer repräsentativen Befragung der ostdeutschen Bevölkerung über 16 Jahre im Oktober 1990 votierten lediglich 6 Prozent der Befragten für einen eventuellen Verbleib der Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, während 71 Prozent damit einverstanden waren, dass die Bundesrepublik 13 Milliarden DM an die Sowjetunion zahlt, um einen möglichst raschen Truppenabzug zu ermöglichen.<sup>293</sup>

Etwas weniger eindeutig fiel eine 1994 kurz nach Abzug der letzten russischen Truppen durchgeführte Umfrage in der ostdeutschen Bevölkerung aus. Auf die Frage: „Wie haben Sie diese Truppen bislang empfunden, wie haben sie die gesehen, eher als Freunde und

---

289 BStU, HA IX 240, Wesentliche Feststellungen aus der Untersuchungstätigkeit zu Angriffen gegen die UdSSR und ihre Bürger vom 31.10.1977, Bl. 3.

290 BStU, HA IX 1619, Bl. 148.

291 BStU, BV Halle Abt. IX 60, Bl. 4.

292 Ebd., Bl. 4.

293 Allensbacher Archiv IfD-Umfrage 9005/I, Oktober 1990, Tabelle 2. Der relativ rasche Truppenabzug war auch das politische Ziel der Bundesregierung und der ersten frei gewählten DDR-Regierung. Der damalige DDR-Außenminister Markus Meckel schilderte im Nachhinein den vollständigen Abzug der Sowjetarmee als „ein wesentliches Lebensziel“ – „Nichts hatte ich mir in meinem ganzen Leben sehnlicher gewünscht [...] als dass sie endlich weg sind.“ Vgl. seinen Bericht in: Hans Ehlert (Hg.), *Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzugenerichte und Dokumente*, Berlin 2002, S. 132.

Verbündete oder eher als Besatzungsmacht?“ wählten 32 Prozent die Antwort „Eher als Freunde und Verbündete“, während 42 Prozent angaben, die sowjetischen Truppen „Eher als Besatzungsmacht“ wahrgenommen zu haben. Mit 26 Prozent blieb über ein Viertel der Befragten zwischen den beiden erstgenannten Antworten „unentschieden“.<sup>294</sup>

Dieses Ergebnis deutet zum einen – wie der hohe Anteil der „Unentschiedenen“ zeigt – auf die zutiefst ambivalente Wahrnehmung der sowjetischen Streitkräfte in der DDR hin. Zum anderen wird darin aber auch deutlich, dass die Freundschaftspropaganda, wenn überhaupt, nur bei einer Minderheit der DDR-Bevölkerung nachhaltige Wirkungen im intendierten Sinne gezeitigt hat. Der Abzug der nunmehr russischen Truppen aus Deutschland als Ende einer fast fünfzigjährigen Epoche wurde zwar von manchen mit einer gewissen Wehmut verfolgt, gerade in den bis dato als Garnisonen genutzten Städten und Gemeinden wurde das Ende der Militärpräsenz jedoch vor allem mit Freude und Erleichterung aufgenommen. Das dominierende Gefühl der Freude schloss jedoch auch in dieser Situation nicht das gleichzeitige Mitgefühl mit den einer ungewissen und ungesicherten Zukunft entgegensehenden Soldaten aus.

## 4. Deutsch-sowjetische Beziehungen und die Wahrnehmung der GSSD in unterschiedlichen Erlebniswelten

Die Beziehungen zwischen sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft wiesen je nach Handlungskontext und -ort zum Teil beträchtliche Varianzen auf. Nachdem im vorangegangenen Abschnitt der propagandistische Anspruch deutsch-sowjetischer Beziehungen mit den mehr oder weniger alltäglichen Erfahrungen, Beziehungen und Konflikten kontrastiert worden ist, gilt es nun, anhand von drei sowjetischen Garnisonen im damaligen Bezirk Potsdam die Gemeinsamkeiten und Unterschiede des deutsch-sowjetischen Alltags in unterschiedlichen Erlebniswelten zu betrachten. Dazu wurden das Dorf Krampnitz, die Kreisstadt Jüterbog sowie die Großstadt Potsdam ausgewählt. Als Sonderfall werden schließlich Theorie und Praxis der „Waffenbrüderschaft“ zwischen Sowjetarmee und Nationaler Volksarmee untersucht.

### 4.1 Dorf: Krampnitz

Das Dorf Krampnitz, wenige Kilometer östlich von Potsdam gelegen, entstand Ende des 17. Jahrhunderts als Vorwerk der kurfürstlichen Güter Nedlitz und Fahrland. Zwischen den Gemeinden Fahrland, Neufahrland und Groß Glienicke situiert, gehörte Krampnitz bis zur Eingemeindung in den Stadtkreis Potsdam 2003 mit Ausnahme kurzer Intermezzi zur Gemeinde Fahrland.

Seine Geschichte als Militärstandort beginnt mit der Verlegung der Kavallerieschule des deutschen Heeres von Hannover nach Krampnitz im Jahr 1937. Im Zuge von Aufrüstung

---

294 Allensbacher Archiv IfD-Umfrage 6001, August/September 1994, Tabelle 1.

und Modernisierung der Wehrmacht entstand hier auf einem Areal von 780.000 m<sup>2</sup> die Wafenschule der neuzeitlichen Kavallerieverbände, in der zunehmend motorisierte und mechanisierte Aufklärungs- und Infanterieverwendungen ausgebildet wurden. 1941 erfolgte die Umbenennung in „Schule für schnelle Truppen“ und 1943 schließlich in „Panzertruppenschule II“.<sup>295</sup>

Mit dem Einmarsch der Roten Armee in Krampnitz am 27. April 1945 wurde das Dorf zu einer sowjetischen Garnison. Die ehemalige Panzertruppenschule wurde bis Anfang der achtziger Jahre von der 10. Panzerdivision und anschließend bis zu ihrem Abzug im November 1991 von der 35. Mot. Schützendivision der GSSD genutzt. Abgesehen von den sowjetischen Truppen in Potsdam, Dallgow-Döberitz und Elstal waren damit allein im Gebiet zwischen den Ortschaften Fahrland, Neufahrland und Groß Glienicke permanent etwa zehntausend sowjetische Soldaten, Zivilbeschäftigte und Familienangehörige präsent. 46 Jahre lang bildete ihre Anwesenheit einen entscheidenden Faktor für die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung in Krampnitz und den umliegenden Ortschaften.

Zu den intensivsten Erfahrungen und engsten Beziehungen kam es in den ersten Jahren der sowjetischen Besetzung unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Einzug der Roten Armee stellte sich dabei noch eher unspektakulär dar, wie der Zeitzeuge Sören Schweneke aus Fahrland erzählt:

SCHWENEKE: Die Rote Armee, ja, da haben viele jedacht, oh Gott, wie kommen die denn hier an? Der erste Russe, den ick jesehen hab, der kam mit Pferd jeritten, hier, durch de [Priester]straße. Hat ihm ja keener wat jetan, also begrüßt wurd' er ooch mit Blumen, von einijen Frauen. Ja. Und da ham wa jesacht, mein Gott, wie können die denn [mit] so'ne Kriegsmaschinerie Deutschland so besiegen, ja? Aber denn, paar Tage später, denn sind die mit de großen Stutebacker<sup>296</sup> jekomm hier, [...] CTM [unterbricht]: Hm, mit den LKWs.

SCHWENEKE: [...] Ja, und mit die Panzer, und der erste Panzer, der denn hier durchjefahren iss, der iss denn gleich bis beim Pastor jefahren, und denn umjedreht, rückwärts, und gleich durch'n Zaun im Jarten rein. Und da ham se ihre Kommandatur aufjebaut.<sup>297</sup>

In der folgenden Zeit sah sich die Dorfbevölkerung der Willkür der Sieger ausgeliefert.

„Plünderungen waren janz doll, die ersten Tage. Die ersten Tage haben meine Eltern, wir ham ja hier drinnen jewohnt, und die ersten zwee, drei Nächte oder de ganze Woche kamen die Russen, mit'n Jewehrkolben jegen die Tür jedonnert, und denn mussten wa uffmachen, denn kamen se rein, ham alles rausjeräumt, Schränke, alles raus, hinjeschmissen, wat se nu jesucht ham, weeiß man ja nich. Und wir sind jetürmt noch in Jarten, die ganze Familie, wir ham da unter Johannisbeersträucher jelegen.“<sup>298</sup>

Unter den Frauen sei es üblich gewesen, sich nachts außerhalb der Wohnhäuser, z.B. in Scheunen zu verstecken, um sich so den Übergriffen von Marodeuren zu entziehen.

295 Heinrich Walle, Krampnitz. Von der Kavallerieschule zur Panzertruppenschule II 1937–1945, in: Bernhard R. Kroener (Hg.), Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte, Frankfurt/M. u.a. 1993, S. 465–474, S. 468–470.

296 Gemeint sind die zwischen 1943 und 1945 von den USA im Rahmen des Lend-and-Lease-Acts an die Sowjetunion gelieferten LKW „Studebaker US6“.

297 Interview mit Sören Schweneke\*, S. 16f.

298 Ebd., S. 20.

Schlecht erging es vor allem den im Dorf lebenden NSDAP-Mitgliedern, die bis auf Schwenekes Vater, welcher als ehemaliger Ortsbauernführer vom Ortskommandanten mit der Koordination der landwirtschaftlichen Produktion beauftragt wurde, in sowjetische Speziallager verbracht wurden, wo sie bis auf einen – der bald nach seiner Haftentlassung an Tuberkulose starb – auf Nimmerwiedersehen verschwanden.<sup>299</sup> Den wirksamsten Schutz vor Übergriffen durch marodierende Soldaten stellte die Einquartierung sowjetischer Offiziere in den Bauernhäusern dar. Sören Schweneke bewertet das Verhältnis zwischen den einquartierten Offizieren und seiner Familie mit den Worten: „Wir sind dann mit die jut ausjekommen, ei'nglich, kann man nich meckern. Wie die Offiziere da waren, war alles in Ordnung.“ Freilich gab es auch im Zusammenleben mit den einquartierten Offizieren Situationen, in denen die Dorfbewohner mit der Willkür des Siegers konfrontiert werden konnten. Das war beispielsweise der Fall, wenn die Offiziere feierten und größere Mengen Alkohols zu sich genommen hatten. Nicht selten hantierten sie dann mit ihren Pistolen oder schossen in die Luft, woraus die Dorfbewohner die Schlussfolgerung zogen:

„da durfte man denn nich hinjehen. [...] Et iss ja so, wenn die jemanden erschossen hätten, wären se nich bestraft worden. Und der Held der Sowjetunion, der konnte ja machen, was er wollte. Der konnt' die Frauen suchen, der konnt' een umlegen, der war außen vor, det war der.“<sup>300</sup>

Ein Bericht der SED-Kreisleitung Potsdam Stadt vom Juli 1946 bestätigt diese Darstellung und erwähnt „sehr schlimme Verhältnisse“ in Fahrland:

„Häufige Schießereien auf den Straßen, Einbrüche in die Häuser, Belästigungen der Zivil-Bevölkerung, die schon soweit geführt haben, daß sich die Frauen nicht mehr ohne Männerbegleitung zur Arbeit auf die Felder getrauen.“<sup>301</sup>

Die sowjetische Präsenz wirkte sich aber auch unmittelbar auf die landwirtschaftlichen Betriebe aus. Nach Aussage Sören Schwenekes wurden den Bauern bei Kriegsende zuerst die ihnen verbliebenen gesunden Pferde und ein Teil des in den Ställen befindlichen Schlachtviehs weggenommen. Gleichzeitig drängte der Ortskommandant aber zur Sicherung der Lebensmittelversorgung auf eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion. Unter diesen Umständen musste für die Feldarbeit häufig auf Ochsen gespanne zurückgegriffen werden, während der Pferdebestand erst allmählich wieder aus verletzten und kranken Militärpferden ergänzt werden konnte, die jedoch zunächst gesund gepflegt werden mussten.<sup>302</sup>

Die Bemühungen der Landbevölkerung zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung wurden jedoch immer wieder behindert. Im bereits zitierten Bericht der SED-Kreisleitung wird erwähnt, dass sowjetische Soldaten zum Teil 70 bis 80 Prozent der Obsternte entwendet – wodurch viele Bäume auch dauerhaft beschädigt wurden – und „große Teile der Aussaat durch Unachtsamkeit und Rücksichtslosigkeit vernichtet“ hätten.<sup>303</sup> Unter der Bevölkerung herrsche daher eine „deprimierte Stimmung“ und ablehnende Haltung gegenüber der

---

299 Ebd., S. 17f.

300 Ebd., S. 24f.

301 BStU, AS400/66, Bericht der SED-Kreisleitung Potsdam Stadt vom 9.7.1946, Bl. 263.

302 Ebd., S. 22f.

303 BStU, AS400/66, Bericht der SED-Kreisleitung Potsdam Stadt vom 9.7.1946, Bl. 259.

Roten Armee, was die lokalen SED-Funktionäre in Vorbereitung der bevorstehenden Kommunalwahlen mit großer Sorge betrachteten.<sup>304</sup>

Auch wenn die „schlimmen Verhältnisse“ im Umland der Garnison Krampnitz seit Ende der vierziger Jahre deutlich gemildert werden konnten, wurden Bevölkerung und Landwirtschaft der umliegenden Dörfer durch die sowjetische Präsenz immer wieder in Mitleidenschaft gezogen. Am deutlichsten wird dies anhand der Flur- und Straßenschäden, die im Zusammenhang mit der Verlegung von Truppen zum Verladebahnhof Satzkorn oder auf den Truppentübungsplatz Döberitz entstanden. Manche Bauern konnten nicht einmal mehr ihre Äcker erreichen, „weil die Weje dermaßen kaputt jefahren waren, [mit] tiefe Löcher von den Panzern.“<sup>305</sup>

Bis zur vollständigen Kollektivierung der Landwirtschaft in Fahrland gerieten dadurch immer wieder Bauern in wirtschaftliche Schwierigkeiten, da trotz der Schäden die staatlich festgelegten Pflichtablieferungen nicht reduziert wurden. Zwischen 1955 und 1957 entspann sich daher ein reger Briefwechsel zwischen dem Fahrländer Bürgermeister Willi Pitzer, dem Rat des Kreises, der Kreisstaatsanwaltschaft, dem Ministerpräsidenten sowie der sowjetischen Bezirkskommandantur in Potsdam, der jedoch keine befriedigende Lösung für die Bauern zur Folge hatte. Im Gegenteil, die Situation spitzte sich eher noch zu. So steigerte sich der Umfang der durch Kettenfahrzeuge verwüsteten Nutzflächen von 14 Hektar 1955 auf 25 Hektar 1956.<sup>306</sup>

Rücksprachen mit der sowjetischen Kommandantur und dem Krampnitzer Divisionskommandeur brachten ebenfalls keine befriedigenden Lösungen. Die Verantwortung für die entstandenen Schäden wurde zurückgewiesen oder anderen sowjetischen Truppenteilen zugeschoben, und sobald die als Panzermarschstraße verwendeten Feldwege durch übermäßigen Gebrauch und feuchte Witterung unpassierbar geworden waren, fuhr man wieder durch die Ortschaften bzw. über die Felder.

Auch das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung. Angesichts der fortbestehenden Belastungen, ausbleibender Entschädigung und obendrein nicht reduzierter Abgabeverpflichtungen seien die „Geschädigte[n] vollkommen verzweifelt“, berichtete der Leiter der Abteilung Innere Angelegenheiten des Kreises Potsdam Land bereits am 13. April 1956 an die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Potsdam. Zuvor hatte der Staatsanwalt des Kreises bereits auf „den schweren politischen Schaden“ hingewiesen, der aus den ungelösten Problemen der Fahrländer Bauern zu erwachsen drohe.<sup>307</sup>

Die staatlichen Organe der DDR standen somit wieder einmal vor dem Problem, die berechtigten Interessen der Bürger gegenüber der GSSD nicht durchsetzen zu können. Folglich blieb neben einer partiellen Reduzierung des Ablieferungssolls für einzelne Bauern lediglich die „politisch-erzieherische“ Argumentation gegenüber den Betroffenen. Das bekam auch Bürgermeister Pitzer zu spüren, der nach neuerlichen Flurschäden im Mai 1957 die sowjeti-

---

304 Ebd., Bl. 268.

305 Interview mit Sören Schweneke\*, S. 25.

306 KA-PM, 20.04/263, Rat des Kreises Potsdam Abteilung Inneres, Schreiben des Fahrländer Bürgermeisters Pitzer an den Rat des Kreises vom 21.11.1955. Bericht des Bürgermeisters an Otto Grotewohl vom 29.11.1956.

307 KA-PM, 20.04/263, Rat des Kreises Potsdam Abteilung Inneres, Schreiben vom 13.4.1956 an BVfS Genossen Schulze, Brief des Staatsanwalts Albrecht an den Leiter der Abteilung Inneres vom 16.3.1956.

sche Bezirkskommandantur in Potsdam um die Begleichung der verursachten Schäden sowie die Instandsetzung der Panzermarschstraße zum Truppenübungsplatz gebeten hatte, um künftige Schäden möglichst gering zu halten.<sup>308</sup>

Der Bezirkskommandant Oberst Aktschurin verlieh daraufhin gegenüber dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rutschke seinem „Befremden über den Ton des Bürgermeisters“ Ausdruck. Rutschke seinerseits schlussfolgerte daraus, dass letzterer „noch kein richtiges Verhältnis zur Sowjetunion“ habe und wies den Vorsitzenden des Rates des Kreises Herbert Tzschoppe an, mit Pitzer „eine ernsthafte, aber auch politisch-erzieherische Aussprache“ zu führen. Gleichzeitig legte er fest, dass Verhandlungen „mit den sowjetischen Freunden“ über Fragen der Schadensregulierung und Schadensverhütung fürderhin nur noch vom Rat des Kreises geführt werden dürften.<sup>309</sup> Die Handlungsspielräume der kommunalen Verwaltungen gegenüber der GSSD wurden damit beträchtlich und dauerhaft eingeschränkt, ohne dass man einer grundsätzlichen Verbesserung der Situation vor Ort näher gekommen wäre. Stattdessen bestand das Problem der Flur- und Straßenschäden bis zum Ende der DDR fort. Im Jahresbericht der LPG Neufahrland 1982 wird dementsprechend erwähnt, dass allein 60 Hektar Ackerland brachlägen, weil sie entweder durch sowjetische Militärtechnik „völlig zerfahren“ worden oder aufgrund der Unpassierbarkeit der Wege für die Erntemaschinen der LPG nicht erreichbar seien.<sup>310</sup>

Für die Fahrländer Bauern hatte die sowjetische Präsenz jedoch nicht nur Nachteile. Bis in die sechziger Jahre nutzten einige Bauern nicht als Sperrgebiet ausgeschilderte Teile des Truppenübungsplatzes illegal als Acker- oder Weidefläche, was von der GSSD toleriert wurde. Für die Bauern, die Flächen im Umfang von einem halben Morgen bis zu maximal zehn Hektar auf diese Weise bewirtschafteten, ergab sich der Vorteil, dass die auf diesem „Schwarzland“ erzielten Erträge nicht unter das staatliche Ablieferungssoll fielen. Diese Praxis versprach einerseits große ökonomische Vorteile, andererseits arbeiteten die Bauern auf eigenes Risiko und konnten im Falle von Flurschäden auf keinerlei Entschädigung hoffen.

Dem Volkspolizeikreisamt und dem Rat des Kreises waren diese Praxis und die diesbezügliche Toleranz der sowjetischen Seite ein Dorn im Auge, handelte es sich doch um eine rechtliche Grauzone, in der die Bauern, womöglich zu Lasten ihrer staatlichen Ablieferungsverpflichtungen, versuchten, persönliche ökonomische Vorteile zu erlangen. Ab 1957 wurde daher versucht, den Zugang zum Truppenübungsplatz und die Bewirtschaftung von „Schwarzland“ zu verhindern, was jedoch bis zum Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft keine nachhaltigen Erfolge zeitigte.<sup>311</sup>

Nun stellte jedoch das mitunter „eigen-sinnige“ Verhalten der Dorfbevölkerung nicht nur die Autorität der staatlichen Organe, sondern auch der LPG in Frage, da viele Bürger der umliegenden Dörfer, um durch Löcher in der Umzäunung zum „Magasin“ der sowjetischen

---

308 KA-PM, 20.04/263, Rat des Kreises Potsdam Abteilung Inneres, Schreiben von Bürgermeister Pitzer an die sowjetische Kommandantur vom 3.5.1957.

309 KA-PM, 20.04/263, Rat des Kreises Potsdam Abteilung Inneres, Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam H. Rutschke an den Vorsitzenden des Kreises Potsdam Land vom 16.05.1957.

310 KA-PM, 51.35/48, Rat der Gemeinde Neufahrland, Plan der LPG für 1982 und Bericht, S. 4.

311 KA-PM, 20.04/265, Rat des Kreises Potsdam Land, Abteilung Inneres. Schreiben des VPKA Potsdam an den Vorsitzenden des Rates des Kreises vom 17.7.1957 sowie die Aktennotizen vom 6.11.1957 und vom 8.11.1957. Interview mit Sören Schweneke\*, S. 45f.

Kaserne zu gelangen, eine Ackerfläche der LPG Neufahrland passierten. Glaubt man dem bereits zitierten Bericht der LPG aus dem Jahr 1982, so hatte dieser Trampelpfad über die Jahre schließlich die Ausmaße einer „Autostraße“ angenommen, was mit der Klage verbunden wurde, dass hier „sinnlos das dringend benötigte Getreide von den Bürgern vernichtet“ würde.<sup>312</sup> Diese Praxis hatte jedoch nicht nur ökonomische Bedeutung für die LPG, sondern konstituierte gleichzeitig ein wesentliches Element der deutsch-sowjetischen Beziehungen vor Ort.

Das Spektrum der Begegnungen von Dorfbewohnern mit sowjetischen Soldaten und ihren Familienangehörigen reichte auch im Raum Krampnitz von stark ritualisierten bis zu spontanen privaten Anlässen. So war es üblich, Vertreter der sowjetischen Garnison zu Feierlichkeiten anlässlich der Jahrestage der Befreiung, der Oktoberrevolution oder der Gründung der DDR einzuladen. In den fünfziger Jahren entsandte die Garnison ihre Kapelle, um bei Dorffesten zum Tanz aufzuspielen oder die musikalische Umrahmung offizieller Feierstunden zu übernehmen. Im Gegenzug besuchten Delegationen der Gemeindevertretungen, Betriebe und Schulen die sowjetische Kaserne, um z.B. Feierlichkeiten zum Jahrestag der Sowjetarmee beizuwohnen oder das Traditionszimmer des Verbandes zu besichtigen, während die Fahrländer Schule eine langjährige Patenschaft mit der sowjetischen Schule in Krampnitz pflegte.

Jenseits offizieller Feierstunden und Freundschaftstreffen dienten vor allem die Dorfgaststätten als Orte der deutsch-sowjetischen Begegnung. Dabei ist vor allem das Neufahrländer „Parkrestaurant“ zu nennen, das 1985 im Rahmen des Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ zum „kulturellen Zentrum“ des Ortes ausgebaut werden sollte.<sup>313</sup> Wie die ehemalige Lehrerin Heidrun Ullerich berichtet, gehörte es zum Alltag,

„dass, wenn man ins Parkrestaurant kam, denn saß die ganze Bretterbude, dieser kleine Kiosk da vorne, die saßen voller russischer Offiziere und [die] haben da ein Bier getrunken und auch mal einen Wodka. Die haben keinem was getan. Und ja, mit der Zeit haben sich die Leute gekannt, haben sich dazu gesetzt oder umgekehrt.“<sup>314</sup>

Über die Bildung von Ad-hoc-Zechgemeinschaften konnten hier unter Umständen auch erste Kontakte für ökonomische Beziehungen geknüpft werden, denn über den Besuch im „Magasin“ hinaus, wo sich die Bevölkerung mit Südfrüchten, Exportbier und anderen gefragten Gütern versorgte, gab es auch in der Umgebung von Krampnitz immer wieder Schwarzhandelsgeschäfte mit Kohle, Benzin und Baumaterialien.<sup>315</sup>

Spezifischer Natur waren die Beziehungen der Neufahrländer LPG zur sowjetischen Garnison. Neben dem auch andernorts verbreiteten Einsatz sowjetischer Soldaten als Erntehelfer wurden hier für die personalaufwendige Obst- und Gemüseernte die Frauen von sowjetischen Berufssoldaten, die sonst während ihres Aufenthaltes in der DDR keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen konnten, als Tagelöhner angeworben.

„Da gab's sojenannte Vorarbeiter, und die ham [aus] ihren Wohnblocks dann die Damen [runtergebracht], die Geld haben wollten, so, und denn war das so'ne Brigade,

312 KA-PM, 51.35/48, Rat der Gemeinde Neufahrland, Plan der LPG für 1982 und Bericht, S. 4.

313 KA-PM, 51.35/50, Rat der Gemeinde Neufahrland, Beschlüsse der Gemeindevertretung 1984/85, unpag.

314 Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 11.

315 Vgl. Interview mit Sören Schweneke\*, S. 74 und Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 47.



die hat eben Kohl jeerntet oder Gurken jepflückt oder Tomaten jeputzt oder weiß ich was. Ja, und die wurden morgens dann jeholt oder kamen mit einem Fahrzeuch, und abends wieder zurück jebracht, gab Geld uff de Hand, det war natürlich, ich sag mal, für die ganz toll, war jeduldet, war aber nich erwünscht – von den Russen.“<sup>316</sup>

Ein besonderes Charakteristikum der Situation am Standort bildete die Unterbringung der amerikanischen Militärverbindungsmission (MVM) in Neufahrland, so dass hier beide großen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges präsent waren. Das führte zum Teil auch zu Kontakten mit sowjetischen Soldaten und der einheimischen Bevölkerung. So gehörten nach Aussage von Jörg Aschenbrenner sehr gut Russisch sprechende Angehörige der US-Militärverbindungsmission auch zu den Kunden des sowjetischen „Magasins“ in der Potsdamer Hegelallee, während die in der Nähe der Militärmission wohnende Zeitzeugin Heidrun Ullerich berichtet, dass sie und andere Anwohner mehrfach zu Silvester mit den Amerikanern und den sie überwachenden Volkspolizisten auf das neue Jahr angestoßen hätten.<sup>317</sup>

Trotz der genannten Beziehungsfelder werden die Beziehungen zur GSSD bzw. zu sowjetischen Soldaten und ihren Angehörigen von den befragten Zeitzeugen als eher locker und die Truppen als im Alltag wenig präsent erinnert. Etwas anders verhielt es sich jedoch mit den Begleiterscheinungen, die aus der Stationierung sowjetischer Verbände in Krampnitz und Potsdam resultierten. Obschon Heidrun Ullerich betont, „nichts Negatives mit der Sowjetmacht“ erlebt zu haben, weiß sie von der Lärmbelastung sowie der Verschmutzung bzw. Beschädigung der Durchgangsstraßen im Zuge sowjetischer Truppenbewegungen zu berichten.

„Wenn die Panzer dann kurz vor der Brücke, da so vom Bornstedter Feld her kamen die [sic!]. Wir haben es bloß immer an dem Dreck gesehen, bei Morast und so, dann war die ganze Straße voller Schlamm. Denn kamen die, sind über die beiden Brücken gedonnert und nach Satzkorn gefahren, [...] Jedenfalls, das war erstens Mal ein fürchterlicher Krach, weil die kamen – ja wann? Also der Krach war immer morgens und abends, manchmal inner Nacht, na ja, und dann sind wir bald aus dem Bett gefallen, die Gläser im Schrank haben geklirrt [lacht], [...]“<sup>318</sup>

Für die Gemeinden Neufahrland und Fahrland wurde dabei jedoch vor allem die Instandhaltung der Ortsdurchfahrten zu einem bis zum Abzug der sowjetischen Truppen letztlich ungelösten Dauerproblem. Die Bürgermeister verfügten, wie bereits angedeutet, gegenüber der GSSD über keinerlei Kompetenzen und fanden sich immer wieder in der Rolle eines Bittstellers wieder, der auf die Unterstützung des Rates des Kreises und die Einsicht der sowjetischen Seite angewiesen war.<sup>319</sup>

Als dauerhaftes Problem stellte sich auch die Gewässerverschmutzung durch die sowjetische Kaserne dar. Kläranlage und Ölabscheider stammten noch aus den dreißiger Jahren und waren danach praktisch nicht modernisiert und mit nur mäßigem Eifer gewartet worden. So kam es immer wieder zur Einleitung ungeklärter Fäkalien sowie von Treib- und Schmier-

316 Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 37f.

317 Interview mit Jörg Aschenbrenner\*, S. 29f. Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 40. Heidrun Ullerich wurde in ihrer Eigenschaft als Ortschronistin sogar vom Leiter der MVM eingeladen, um ihm über die Geschichte ihres Dienstgebäudes zu berichten.

318 Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 8.

319 Vgl. die Interviews mit den Neufahrländer Bürgermeistern Hannelore Ischebeck\*, S. 4–7 und Christoph Maiwald\*, S. 25f.

stoffen in den Fahrländer See bzw. in den Krampnitzsee. Bereits 1955 erfolgende Interventionen der Fahrländer Gemeindevertretung bezüglich Anschluss der Kaserne an die Kanalisation blieben bis zur Wende folgenlos.<sup>320</sup> Mitunter wurde der Krampnitzsee sogar als „Panzerwaschanlage“ zweckentfremdet, was gemeinsam mit den Einleitungen der unzureichenden bzw. defekten Kläranlagen Fischsterben auslöste.<sup>321</sup> Nachdem Eingaben vor 1989 kaum Veränderungen gebracht hatten, griff nicht zuletzt auf Initiative des am Fahrländer See lebenden Malers Joachim Buhlmann nach der Wende die Presse die Umweltprobleme am Standort Krampnitz auf: „Na, und denn wurde da 'ne ganze Menge jebaut und das abgestellt.“<sup>322</sup> Jenseits der seltenen offiziellen Freundschaftstreffen, der alltäglichen Sicht- und temporären (Schwarz-) Handelskontakte, die die Beziehungen der meisten Dorfbewohner zur sowjetischen Garnison kennzeichneten, pflegte Joachim Buhlmann ganz eigene oder besser „eigen-sinnige“ Kontakte mit Offizieren der Garnison, die schließlich sogar bis hinauf zur Staats- und Parteiführung der DDR für Aufregung sorgten. Buhlmann, ein laut MfS-Bericht „bis Ende der 70er Jahre anerkannte[r] und erfolgreiche[r] Künstler des Bezirkes Potsdam“, hatte eine „zunehmend negative Einstellung“ zu den „gesellschaftlichen Verhältnissen“ in der DDR entwickelt, was ihm die „operative Bearbeitung“ durch das MfS und 1984 den Ausschluss aus der SED eintrug. In einem Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam wird er als „extremer Pazifist“ charakterisiert, der „sehr verworrene, aber stets der Politik unserer Partei entgegenstehende politische Ansichten“ äußert.<sup>323</sup>

Seine Begeisterung für die mit den Stichworten Glasnost und Perestroika verbundene Reformpolitik Michael S. Gorbatschows mündete – ähnlich wie bei den Schweriner Oppositionellen, die einen zum Denkmal umfunktionierten T-34 mit den Worten „Befreit uns noch mal“ und „Perestroik[a]“ beschriftet hatten,<sup>324</sup> in eine Umdeutung des offiziell propagierten Freundschaftspostulats, das nun implizit gegen das SED-Regime gewendet wurde.

Manifest wurde dies im März 1989, als sich der Künstler, eingeladen von Kommandeur und Kulturoffizier der 35. Mot. Schützendivision (MSD), anheischig machte, seine als „feindlich-negativ“ eingestuften Werke im Offiziersklub der sowjetischen Garnison auszustellen. Die Garnison unterstützte ihn dabei mit Transport und Installation der Gemälde sowie dem Druck der Einladungen mit dem Ausstellungsmotto: „Mit Gorbatschow dem Hoffnungsträger und dem Befreier von der Angst – Perestroika – Glasnost“. Letztere wurden an Künstler, westliche Journalisten sowie an „staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen des Territoriums“ verschickt, so auch an die SED-Bezirksleitung.<sup>325</sup>

320 KA-PM, 51.13/20, Rat der Gemeinde Fahrland, Gemeindevertretersitzung vom 6.4.1955 im Lokal Kornemann, unpag..

321 Interview mit Heidrun Ullerich\*, S. 12. KA-PM, 51.13/21, Rat der Gemeinde Fahrland, Protokoll über die am 6.9.1974 um 9 Uhr durchgeführte Ortsbegehung in der Gemeinde Fahrland (11.9.), unpag.

322 Interview mit Joachim Buhlmann, S. 43.

323 BStU, HAII 30190, Information über Aktivitäten von Offizieren der Garnison Krampnitz der GSSD zur Durchführung einer Ausstellung mit Werken des als negativ bekannten freischaffenden Malers Buhlmann im Objekt der genannten Garnison vom 13.3.1989, Bl. 61. SAPMO-BArch, DY30/2291, Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam an Büro Honecker, März 1989, Bl. 161.

324 BStU, BVfS Schwerin AKG 13b, Bl. 18.

325 BStU, HAII 30190, Bl. 63. SAPMO-BArch, DY30/2291, Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam an Büro Honecker, März 1989, Bl. 161.

Diese zeigte sich aufs Höchste alarmiert und nahm unverzüglich Kontakt zum Leiter der sowjetischen Militärabwehr Generalmajor Iwanow auf, um über die mit der Ausstellung verbundene „feindlich-negative Zielstellung“ Buhlmanns zu informieren.<sup>326</sup> Dem folgte eine „ebenso freundschaftliche wie prinzipielle Auseinandersetzung“ des 2. Sekretärs der SED-Bezirksleitung mit Kommandeur und Politstellvertreter der 35. MSD, in deren Folge die für den 11. März geplante Ausstellung am 9. März aus „technischen Gründen“ abgesagt wurde.<sup>327</sup>

Für die SED war dies ein höchst zweifelhafter Erfolg. Zwar war es gelungen, die „Buhlmannsche Ausstellung als ein ideologisches Instrument der Zersetzung der Sowjetarmee“<sup>328</sup> zu vereiteln, gleichzeitig konnte aber nicht verhindert werden, dass sich die über 60 geladenen Gäste auf Buhlmanns Grundstück in Neufahrland versammelten, wo der sowjetische Kulturoffizier „Alexander“ kritische Lieder zur Gitarre vortrug, und das faktische Verbot der Ausstellung diskutierten. Laut Bericht eines anwesenden IM wurde das Vorgehen „der Partei“ kritisiert und mit der Streichung des „Sputnik“ von der Postzeitungsliste wenige Monate zuvor verglichen. Selbst „Kunst- und Kulturschaffende“, die sonst „eine kritische Haltung zur Person des Buhlmann einnehmen und die Aussagen seiner Werke ablehnen“, kamen dabei zu der Ansicht: „Letztendlich sei durch diese Maßnahme die Person des Buhlmann gestärkt und das Ansehen der Partei geschädigt worden.“<sup>329</sup>

Deutsch-sowjetische Beziehungen anderer Art konnten auch in kriminelle Handlungen münden. Diese diskreditierten zwar zunächst vor allem die GSSD, wurden aber für die territorialen Partei- und Staatsorgane nicht minder zum Problem, da diese sich nun herausgefordert sahen, Unmut und Ängste der Bürger zu dämpfen sowie im Sinne der offiziellen Freundschaftsideologie zu argumentieren. So verhielt es sich auch nach dem Doppelmord, den zwei sowjetische Soldaten am 22. September 1988 an dem Krampnitzer Rentnerhepar T. verübt hatten. Ein Bericht der SED-Bezirksleitung an Erich Honecker fasste die Stimmung der Bevölkerung mit den Worten zusammen:

„Es herrscht verbreitet Angst, und zum Zeitpunkt der Informationsübermittlung bangten Eltern um den Schulweg der Kinder, trauten sich Frauen und Mädchen nur noch in Begleitung von Männern auf die Straße, trafen Einwohner zusätzliche Sicherungsvorkehrungen an Wohnungen und Grundstücken, einige Werk tätige tragen sich mit dem Gedanken, nicht mehr in Betrieben und Einrichtungen in der Nähe solcher Kasernen zu arbeiten.“<sup>330</sup>

Um Ängsten, Gerüchten und etwaigen antisowjetischen Stimmungen in der Bevölkerung entgegenzuwirken, wurde somit wieder einmal die „parteiliche Argumentation“ der staatlichen Organe erforderlich. Diese umfasste für die Gemeinde Neufahrland die Information, dass die Täter gefasst wurden und die Aufforderung an die Bevölkerung ruhig zu bleiben.

---

326 BStU, HAII 30190, Bl. 63. Laut Buhlmanns eigener Aussage hätte diese angeblich darin bestanden, „zwischen die SED und die Sowjets einen Keil [zu] treiben“. Interview mit Joachim Buhlmann, S. 11.

327 SAPMO-BArch, DY30/2291, Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam an Büro Honecker, März 1989, Bl. 160.

328 So die parteiinterne Argumentation laut Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 51.

329 BStU, HAII 30190, Bl. 65. IM = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS.

330 SAPMO-BArch, DY30/2291, Büro Honecker. Bericht der SED-Bezirksleitung Potsdam vom 1.10.1988, Bl. 127.

„Es möge kein Antisowjetismus ausbrechen.“<sup>331</sup> In diesem Kontext ist auch die Pressemitteilung in der *Märkischen Volksstimme* vom 27. September 1988 zu sehen, in der über die Tat und die Festnahme zweier tatverdächtiger sowjetischer Soldaten berichtet wurde.<sup>332</sup> Die Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Potsdam Land hatte demgegenüber den Auftrag, den Ablauf der Beisetzungsfeierlichkeiten für die Ermordeten zu planen und zu überwachen.<sup>333</sup> Über Motiv, Tathergang und zu erwartende Strafen sollte hingegen nichts bekannt gegeben werden, was zu sich bis heute haltenden Gerüchten in der ortsansässigen Bevölkerung führte.<sup>334</sup>

Vorgeschichte und Motiv der Tat waren dabei eng verknüpft mit den inneren Verhältnissen der GSSD und dem dadurch mitgeprägten Charakter der deutsch-sowjetischen Beziehungen am Standort Krampnitz. Freiräume, die sich für die späteren Täter aus Sonderaufgaben in Schweinestall bzw. Kläranlage ergaben, Konflikte mit Vorgesetzten sowie die für Wehrpflichtige nur spärlich verfügbaren Geldmittel mündeten in Handelsgeschäfte mit Teilen der deutschen Bevölkerung. Rentner T., der bis 1978 als Zivilbeschäftigter in der sowjetischen Garnison gearbeitet hatte, tauschte schon seit Jahren von sowjetischen Soldaten Altmittel gegen Alkohol, Aktfotos und zum Teil auch gegen Geld ein, was ihm laut Aussage von Verwandten jährlich zusätzliche Einkünfte in Höhe von 2.000 Mark verschaffte. Die späteren Täter hatten mit T. bereits im Vorfeld des Mordes derartige Geschäfte getätigt, deren Ergebnisse jedoch als unbefriedigend bewertet, weshalb sie den Entschluss fassten, T. auszurauben und – da sie diesem persönlich bekannt waren – zur Verschleierung des Raubes zu ermorden. Am Abend des 22. September 1988 klingelten die beiden Soldaten am Haus ihrer Opfer, stachen Herrn T., der ihnen die Tür geöffnet hatte, nieder und erschlugen ihn mit einem Montiereisen. Danach forderten sie von der Ehefrau „Mark i Schnaps“ und erschlugen, nachdem sie 900 Mark, einige Flaschen alkoholischer Getränke und mehrere Armbanduhren sowjetischer Bauart erbeutet hatten, auch diese. Die Täter wurden am 25. September durch die sowjetische Militärstaatsanwaltschaft festgenommen und am Tag darauf der Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam für weitere Ermittlungen übergeben. Wie sich das anschließend wahrscheinlich vor einem sowjetischen Militärgericht stattfindende Verfahren gestaltete und welches Strafmaß verhängt wurde, ist in den Akten des MfS nicht überliefert.<sup>335</sup>

Sind die beiden letztgenannten Beispiele der Buhmannschen Ausstellung im sowjetischen Offiziersklub und der Ermordung des Ehepaars T. zweifellos Extremfälle, so stehen sie doch stellvertretend für die mögliche Bandbreite der deutsch-sowjetischen Beziehungen

---

331 KA-PM, 51.35/128, Rat der Gemeinde Neufahrland, Protokollbericht des Rates der Gemeinde vom 28.9.1988.

332 Wortlaut der Pressemitteilung nach BStU, Sekr. Neiber 505, Bl. 130. „Verbrechen in Krampnitz. Potsdam (MV) In der Ortschaft Krampnitz, Kreis Potsdam Land wurde in den Mittagsstunden des Freitags ein älteres Ehepaar mit Kopf- und Stichverletzungen tot auf seinem Grundstück aufgefunden. Die sofort eingeleiteten umfangreichen Ermittlungen ergaben, daß zwei Soldaten der Sowjetarmee dringend tatverdächtig sind. Sie wurden durch die zuständigen Organe festgenommen.“

333 Interview mit Hannelore und Karl Ischebeck\*, S. 24.

334 KA-PM, 51.35/128, Rat der Gemeinde Neufahrland, Protokollbericht des Rates der Gemeinde vom 28.9.1988. Vgl. Interviews mit Jörg Aschenbrenner\*, S. 34f. und Heidrun Ullerich\*, S. 35.

335 Zum genauen Tathergang vgl. den Schlussbericht der BVfS Potsdam vom 18.11.1988, BStU, HA IX 3148, Bl. 82–97.

an einem dörflichen Standort und der daraus erwachsenden Konsequenzen für alle Beteiligten.

Aufgrund der relativen Kleinräumigkeit der dörflichen Siedlungsstruktur und der engen Beziehungen der Dorfbewohner untereinander wurde das Dorfleben durch die Parallelgesellschaft der sowjetischen Garnison deutlich stärker geprägt als in Klein- und erst recht in Großstädten, wo es ausgedehnte Zonen gab, in denen sich die Präsenz der sowjetischen Truppen nur temporär oder überhaupt nicht auf den Alltag der Bevölkerung auswirkte.

Offizielle und private Kontakte schlossen daher mittel- oder unmittelbar praktisch die gesamte Dorfbewölkerung als Akteure, Zuschauer oder zumindest Mitwisser ein. Flur- und Straßenschäden waren für jeden Dorfbewohner offensichtlich, während sich die Nachrichten über „besondere Vorkommnisse“ von Kneipenschlägereien bis hin zu Kapitalverbrechen als Zeugenberichte oder Gerüchte rasch bis in den letzten Winkel des Dorfes verbreiteten. Aufgrund der kurzen Informationswege, gepaart mit engen Nachbarschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen war es für die staatlichen Organe somit praktisch unmöglich, Vorkommnisse mit Angehörigen der Sowjetarmee, die dem offiziellen Propagandabild zuwiderliefen, geheim zu halten, woraus sich gerade auf Kreis- und Gemeindeebene immer wieder die Herausforderung ergab, trotz gegenteiliger oder zumindest ambivalenter Erfahrungen im Sinne der offiziellen Freundschaftspropaganda zu argumentieren.

## 4.2 Kleinstadt: Jüterbog und der Truppenübungsplatz Heidehof

Die Kreisstadt Jüterbog, knapp 50 Kilometer südlich von Berlin im Fläming gelegen, stellte einen der wichtigsten sowjetischen Militärstandorte in der DDR dar. Einer Stadtbevölkerung von 14.000 Einwohnern standen in und um Jüterbog permanent über 20.000 sowjetische Soldaten, Zivilbeschäftigte und Familienangehörige gegenüber, die nicht nur das Leben in Jüterbog, sondern in der gesamten Region prägten.

Die Geschichte Jüterbogs als Militärstandort beginnt 1832 noch sehr bescheiden mit der Stationierung einer Artilleriekompagnie. Mit Errichtung der preußischen Artillerieschule beginnt dann jedoch 1889 die Entwicklung Jüterbogs zu einem der größten Militärstandorte Deutschlands. Nördlich von Jüterbog wurde bei der heutigen Ortschaft Altes Lager ein sich immer weiter ausdehnender Artillerieschießplatz eingerichtet, während das preußische Pionierkorps östlich von Jüterbog einen Truppenübungs- und Versuchsschießplatz einrichtete. In den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurden die Garnison Jüterbog und die Truppenübungsplätze Jüterbog und Markendorf – letzterer wurde nach 1945 als Truppenübungsplatz Heidehof bezeichnet – weiter vergrößert. Hinzu kamen in den umliegenden Gemeinden Altes Lager und Neues Lager, Niedergörsdorf, Reinsdorf usw. eine Reihe von militärischen Versorgungseinrichtungen und mehrere Flugplätze.<sup>336</sup>

Diese Einrichtungen wurden zwischen 1945 und 1949 sukzessive von den sowjetischen Streitkräften übernommen und weiter ausgebaut. War Jüterbog schon vor 1945 einer der größten deutschen Militärstandorte mit dem laut Henrik Schulze größten deutschen Trup-

---

336 Vgl. Henrik Schulze, *Geschichte der Garnison Jüterbog 1864–1994*. „Jammerbock“, Osnabrück 2000, S. 3f.

penübungsplatz gewesen,<sup>337</sup> so stellte die sowjetische Militärpräsenz alles bisher da gewesene in den Schatten. In und um Jüterbog waren nicht nur beinahe die komplette 32. Gardepanzerdivision, sondern auch noch ein Hubschrauber- und ein Jagdfliegerregiment, eine Artillerie- und eine Raketenbrigade, sowie verschiedenste Sicherstellungstruppenteile disloziert.<sup>338</sup> Während der Truppenübungsplatz Jüterbog als Ausbildungsgelände der 32. Gardepanzerdivision genutzt wurde, übten auf dem Heidehof vor allem ortsfremde Verbände der GSSD, die das Gelände als Panzer- und Artillerieschießplatz sowie als Bombenabwurfplatz nutzten.

Der Beginn der sowjetischen Präsenz fällt auch in Jüterbog mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zusammen. Obwohl Jüterbog am 20. April 1945 kampflos eingenommen werden konnte, kam es noch Tage danach zu Kämpfen zwischen versprengten deutschen Einheiten und der Roten Armee. Für die Zivilbevölkerung hatten bewaffneter Widerstand oder allein der Verdacht, deutsche Truppen mit Informationen über die sowjetischen Truppen vor Ort zu versorgen, nicht selten fatale Konsequenzen.<sup>339</sup> Im nicht weit entfernten Treuenbrietzen wurden am 23. April etwa 75 männliche Geiseln von der Roten Armee erschossen, nachdem Schüsse auf sowjetische Soldaten abgegeben worden waren. In Jüterbog kam es neben Plünderungen und Vergewaltigungen auch zu willkürlichen Erschießungen, deren Ausmaß jedoch anhand von Archivalien nicht mehr eindeutig festgestellt werden kann.<sup>340</sup> Auch die Befragung von Zeitzeugen kann dabei aufgrund der immer noch weiterwirkenden Tabuisierung der Erfahrungen mit der Roten Armee bei Kriegsende kaum Abhilfe schaffen. Wie Bert Nansen berichtet, der Anfang der neunziger Jahre im Auftrag des Stadtmuseums Jüterbog Zeitzeugen befragt hatte, stellte sich gerade bei diesem Thema regelmäßig „großes Schweigen“ ein.<sup>341</sup>

Relativ gut belegt ist hingegen die Einquartierung sowjetischer Truppen in Privathäusern, die zum Teil bis zum Abzug der Westgruppe andauerte.<sup>342</sup> Die vorhandenen Kasernen, wie etwa die Fuchsbergkaserne in Jüterbog II, dienten demgegenüber zunächst als Notunterkunft für Kriegsflüchtlinge, bis sie ab 1948 von der Sowjetarmee übernommen wurden.<sup>343</sup>

337 Ebd., S. 25.

338 Vgl. die Angaben bei Frank, *Die Westgruppe der Truppen (WGT)*, S. 346–348. Danach waren 1989 in Jüterbog von der 32. Gardepanzerdivision stationiert: das 287., 288., 343. Panzerregiment, das 83. Mot. Schützenregiment, das 469. Artillerieregiment, ein Fla-Raketenregiment sowie das 107. Aufklärungsbataillon. Dazu kamen: die 133. Fla-Raketenbrigade, die 117. Nachschubbrigade, das zur 9. Panzerdivision gehörende 1321. Mot. Schützenregiment sowie das 833. Jagdfliegerregiment. In Forst Zinna befand sich die 57. Pionierbaubrigade und in Altes Lager die mit Kernwaffen ausgestattete 27. Raketenbrigade, die 387. Artilleriebrigade, das 154. Panzerjägerbataillon sowie das der 8. Gardearmee zugehörige 86. Hubschrauberregiment. Dazu kamen weitere Lager-, Verwaltungs- und Ausbildungseinrichtungen der GSSD.

339 Interview mit Hans Bernicke\*, S. 49.

340 Schulze, *Geschichte der Garnison Jüterbog 1864–1994*, S. 553f.

341 Interview mit Bert Nansen\*, S. 18.

342 Für die Hausbesitzer stellte diese Praxis eine große Belastung dar, da sie bei minimalen Mieteinnahmen und ohne eigene Nutzungsrechte für die Instandhaltung der sowjetisch genutzten Gebäude aufkommen mussten. Vgl. die Eingaben von F. K. aus Jüterbog II zwischen 1953 und 1958 in: KA-TF, Jüterbog VI 4137 unpag., in denen er moniert, die Kosten zur Beseitigung der von den sowjetischen Bewohnern verursachten Schäden am Gebäude selbst tragen zu müssen, während die fällige Miete ihm regelmäßig nur zu 60–70 Prozent ausgezahlt werde.

343 Schulze, *Geschichte der Garnison Jüterbog 1864–1994*, S. 70.

Die sowjetischen Truppen in der Stadt blieben seitdem von der deutschen Bevölkerung weitgehend separiert. Die Beziehungen zur deutschen Gesellschaft erhielten eine zunehmend formalisierte Form und fanden ihren Ausdruck vor allem in Veranstaltungen mit offiziell-propagandistischem Charakter, in denen die „unverbrüchliche deutsch-sowjetische Freundschaft“ beschworen wurde. Bemerkenswert ist dabei gerade bei den Feiern zu den Jahrestagen der Befreiung, der Oktoberrevolution und anderen Gelegenheiten, dass die sowjetische und die deutsche Seite tendenziell unter sich blieben, wie das Beispiel des vom Rat des Kreises Jüterbog im Kulturhaus der Eisenbahner von 20 Uhr abends bis 1 Uhr morgens veranstalteten „festlichen Beisammenseins“ am 8. Mai 1959 verdeutlicht, zu dem bei einer Teilnehmerzahl von 200 Personen lediglich fünf sowjetische Offiziere eingeladen wurden, während ansonsten Vertreter aller Schichten und Betriebe vertreten sein sollten. Nach eineinhalb Stunden Ansprachen, Trinksprüchen und einem Kulturprogramm, bei dem Max Zimmerings „Dank Dir, Du Sowjetmensch“ und Johannes R. Bechers „Sterne, unendliches Glühen“ vorgetragen wurden, sollte dann zum gemütlichen Teil mit Tanz und Geselligkeit übergegangen werden.<sup>344</sup>

Ähnlich verhielt es sich mit der Selbstdarstellung der anwesenden Truppen, an der die deutsche Bevölkerung vor allem als zuschauende Masse teilnahm. Aus der alltäglichen Präsenz etwa von sowjetischen Militärkolonnen im Straßenbild ragten dabei vor allem die Veranstaltungen zu „runden“ Jahrestagen heraus. So wurden 1965 aus Anlass der zwanzigsten Wiederkehr des „Tages des Sieges“ 20 Artilleriesalven abgefeuert, während am 12. Dezember 1987 der 45. Gründungstag der 32. Panzerdivision „Poltawa“ mit einer militärischen Leistungsschau im Lok-Stadion begangen wurde, bei der der Jüterboger Bevölkerung Teile der Militärtechnik und Ausbildungselemente vorgeführt wurden.<sup>345</sup>

Demonstrativen Charakter hatten nicht zuletzt die mit großem Aufwand inszenierten „überaus herzlichen Verabschiedungen“<sup>346</sup> für die in die UdSSR zurückkehrenden Truppen 1958, 1980 und 1989, die zum einen den Friedens- und Abrüstungswillen der Sowjetunion und zum anderen die enge deutsch-sowjetische Freundschaft dokumentieren sollten, weshalb zu diesen Anlässen auch Vertreter westlicher Medien eingeladen wurden.

Nicht weniger offiziellen, dafür aber etwas individuelleren Charakter trugen demgegenüber die vertraglich geregelten „Patenschaften“ von Betrieben, Schulen sowie Grundorganisationen der Partei- und Massenorganisationen mit sowjetischen Einheiten, in deren Rahmen Freundschaftstreffen, Sportveranstaltungen, aktuell-politische Foren, wechselseitige Besuche in Betrieb bzw. Kaserne usw. stattfanden. Über Zahl und Aktivitäten der Patenschaften wurde in den Rechenschaftsberichten von SED und GDSF immer gern ausführlich berichtet,<sup>347</sup> was jedoch nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass an den wenigen gemeinsamen Veranstaltungen, die z.B. eine Schule mit ihrem sowjetischen Partner durchführte, jeweils nur relativ kleine Delegationen teilnahmen, deren personelle Zusammensetzung von Veran-

344 KA-TF, Jüterbog I/284, Rat des Kreises, Unterlagen der Festsitzung 8.5.1959.

345 Schulze, Geschichte der Garnison Jüterbog 1864–1994, S. 589 und 592.

346 SAPMO-BArch, DY30/2288, Bericht der SED-BL Potsdam vom 20.5.1980 an Erich Honecker, Bl. 55.

347 BLHA, Rep. 530, SED-BL Potsdam, Bericht der SED-KL Jüterbog an SED-BL über: Formen und Methoden der Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen und deutschen Menschen im Kreis Jüterbog vom 31.5.1973, der von 53 Patenschaftsverträgen berichtet. Elf Jahre später konnte die Kreisorganisation der GDSF bereits von 62 derartigen Verträgen berichten. SAPMO-BArch, DY32/2603, Bericht der KO Jüterbog 1984, unpag.

staltung zu Veranstaltung wechselte. Die erzieherische Wirkung von Veranstaltungen wie einer Jugendstunde im Traditionszimmer der „Poltawa“-Division oder der feierlichen Übergabe der DSF-Mitgliedsbücher im „Haus der Offiziere“ musste daher sehr begrenzt bleiben.<sup>348</sup>

Für die Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe des Kreises erwuchs aus den Patenschaften jedoch nicht selten handfester ökonomischer Nutzen, leisteten doch die Angehörigen der sowjetischen Pateneinheiten „bei Notwendigkeit Hilfe und Unterstützung zur Erfüllung von Planaufgaben“ wie etwa „der verlustarmen Einbringung der Ernte“. Eher um Formen der Schadensbegrenzung oder Wiedergutmachung dürfte es sich hingegen gehandelt haben, wenn im Bericht der GDSF-Kreisorganisation für 1984 von der „langjährigen Tradition“ berichtet wird, „daß sowjetische Armeeingehörige im Wettbewerb der Nationalen Front der DDR ‚Schöner unsere Städte und Gemeinden‘ aktiv mitwirken.“<sup>349</sup>

Für die Bevölkerung kaum weniger relevant waren die offiziell nicht intendierten ökonomischen Austauschbeziehungen. Als Ärgernis erwiesen sich dabei die in der zentral geplanten Warenverteilung nicht berücksichtigten Konsumbedürfnisse der sowjetischen Berufssoldaten und ihrer Familien, die laut Stadtchronist Henrik Schulze auch in Jüterbog mehrfach zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen deutschen und sowjetischen Frauen in den Geschäften führten. Demgegenüber profitierte die am Stadtrand oder in den an den Truppenübungsplätzen gelegenen Dörfern lebende Bevölkerung von der Möglichkeit, bei Schwarzhandelsgeschäften billig Benzin, Kohle, Baumaterial sowie mehr oder weniger hilfreiche Ausrüstungsgegenstände erwerben zu können.<sup>350</sup>

Darüber hinaus gehörte der monatliche Einkauf im Jüterboger oder Kummersdorfer „Magasin“ zum Programm vieler ortsansässiger Familien. Der Zugang zum „Magasin“ wurde dabei nicht ohne eine gewisse Willkür geregelt. Der Arzt Markus Ebert aus Stülpe berichtet, dass normalerweise zum Betreten des in der Kummersdorfer Kaserne gelegenen „Magasins“ ein „Propusk“ erforderlich war. Dann zeigte er seinen „Propusk“, der ihn formal lediglich zum Benutzen der über den Truppenübungsplatz führenden Ortsverbindungsstraße Ließen – Stülpe berechnete, und konnte passieren. Zum Teil wurde der Bevölkerung der Zutritt jedoch auch ohne Passierschein gegen Vorlage des Personalausweises gewährt: „Meistens lag ‘n Fünfmarkschein mit im Ausweis, und dann iss man durchgekommen, ja?“<sup>351</sup> Auch in anderen Fällen wurden Zugangsbeschränkungen relativ lax gehandhabt. So war es bei der Bevölkerung der am „Heidehof“ gelegenen Dörfer nicht unüblich, auf dem Truppenübungsplatz Pilze zu suchen, was beim Zusammentreffen mit sowjetischen Soldaten meist toleriert wurde oder allenfalls zu Platzverweisen führte.<sup>352</sup>

---

348 Ebd.

349 SAPMO-BArch, DY32/2603, Bericht der KO Jüterbog 1984, unpag. Angesichts der gerade im Kreis Jüterbog durch sowjetische Militärtechnik immer wieder verursachten Schäden kann diese Aussage auch durchaus als Euphemismus gewertet werden.

350 Schulze, Geschichte der Garnison Jüterbog 1864–1994, S. 602. Vgl. Interview mit Bert Nansen\*, S. 63. Interview mit Markus Ebert\*, S. 25–27.

351 Interview mit Markus Ebert\*, S. 14.

352 Interview mit Viktor Peterson\*, S. 10. Lediglich Gerüchte halber wurde kolportiert, dass im Sperrgebiet gestellte Pilzsammler auch „mal ‘n Tach zum Kartoffelschälen da behalten“ wurden. Interview mit Volker Faun\*, S. 3.



Einen weiteren quasi-ökonomischen Aspekt der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Raum Jüterbog stellte daneben die oben bereits thematisierte Prostitution deutscher Frauen mit sowjetischen Offizieren und ab Ende der achtziger Jahre von sowjetischen Frauen mit deutschen Freiern dar.

Trotz der genannten Beziehungen war das Verhältnis von sowjetischen Truppen und DDR-Bevölkerung in und um Jüterbog eher distanziert. Das wird insbesondere an der Praxis der unmittelbaren deutsch-sowjetischen Nachbarschaft deutlich. Zwar bemühten sich die Partei- und Staatsorgane auch hier um eine Fassade gutnachbarschaftlicher oder gar enger freundschaftlicher Beziehungen, in dem zum Beispiel durch den Wohnbezirksausschuss in Jüterbog II zuweilen zweisprachige Einwohnerversammlungen durchgeführt wurden.<sup>353</sup> Faktisch wurde die massive sowjetische Präsenz in der Nachbarschaft jedoch als Minderung der Wohnqualität betrachtet. Immer wieder beschwerten sich Anwohner über verwahrloste sowjetische Wohngebäude, den Diebstahl von zum Trocknen aufgehängter Wäsche oder wie im Fall von J. T. aus dem Waldauer Weg in Jüterbog darüber, dass sowjetische Soldaten die Kasernenmauer überspringen und sich laufend vor seiner Garage herumtreiben.<sup>354</sup> Viele Anwohner entschlossen sich daher zu einem Wechsel ihres Wohnortes. So halbierte sich die Zahl der deutschen Einwohner von Altes Lager zwischen 1950 und 1989 nahezu von 980 auf 548 Personen.<sup>355</sup>

Die Bewohner der um die Truppenübungsplätze Jüterbog und Heidehof liegenden Dörfer nahmen ihre sowjetischen Nachbarn vor allem in Gestalt durch die Dörfer fahrender Militärkolonnen und des vom Truppenübungsplatz ausgehenden Flug- und Gefechtslärms wahr. Persönliche Kontakte ergaben sich lediglich, wenn sowjetische Soldaten – in der Regel nachts – an die Häuser klopfen, um Tauschgeschäfte zu machen oder um etwas Essen zu erbitten. Die Haltung gegenüber diesen nächtlichen Besuchern stellt sich als sehr ambivalent dar. Auf der einen Seite berichten Zeitzeugen wie Volker Faun aus Stülpe von einer relativ starken Hilfsbereitschaft gegenüber den mit Mitleid betrachteten sowjetischen Wehrpflichtigen:

„Meine Mutter hat ooch immer, wenn die jetzt meinetwegen nachts mal jekommen sind und ham mal jekloppt oder so, hat se ihnen paar Stullen jemacht, oder mal Wasser jegeben oder so, det war nich so, (...) dass wir uns völlig abjeblockt ham, weil se immer jesagt ham, ‚Kuck dir die armen Jungs an‘. Was weeiß ick, wie alt waren die? Meistens 18, 19 oder so wat, wa.“<sup>356</sup>

In diesem Zusammenhang betont der ebenfalls in Stülpe lebende ehemalige Lehrer Viktor Peterson:

„Also den einfachen Soldaten gegenüber war die Bevölkerung ja nich ablehnend eingestellt, nich. Also ich weiß zum Beispiel von welchen, die drei Tage lang ‘n paar Soldaten ernährt haben, die da so irgendwo abjelegen saßen und nichts hatten, die dann kamen, ob se ‘n Stück Brot haben können, und die ham die drei Tage durchje-

353 Schulze, Geschichte der Garnison Jüterbog 1864–1994, S. 600.

354 BLHA, Rep. 472/15.2. VPKA Jüterbog 50, Rechtshilfeersuchen des VPKA an MStA der GSSD 59/87 vom 12.02.1987, unpag.

355 Schulze, Geschichte der Garnison Jüterbog 1864–1994, S. 48. Nach dem Abzug der russischen Truppen hatte sich die Einwohnerzahl bis 1997 wieder auf über 1000 Personen erhöht.

356 Interview mit Volker Faun\*, S. 11.

füttert. Oder hier am Lynower Ende, da lag mal 'n Panzer oder irgendwat. Und die ham se einfach liegen jelassen, hat sich kein Mensch drum jekümmert, dann ham se die auch versorcht. So, also in *der* Richtung gab's eigentlich keine Ablehnung.“<sup>357</sup>

Gleichzeitig scheuten sich jedoch manche Dorfbewohner, ihren nächtlichen Gästen die Tür zu öffnen.<sup>358</sup> Bert Nansen berichtet aus dem zwischen Jüterbog und dem Truppenübungsplatz Heidehof gelegenen kleinen Dorf Werder, in dem er ein abgelegenes Grundstück bewohnt:

„Wir haben öfter Spanner jehabt vorm Haus, die versucht ham, meiner Frau beim Waschen zuzukucken, [...] ich werd' nie verjessen, wie wa mal jekuckt ham, wie's Wetter is – wirklich 'ne Posse – wir kucken raus, ob's immer noch regnet, drücken det Jesicht anne Scheibe, und hinter der Scheibe auch 'n Jesicht. Aber da kriste aber 'n [Schreck].“

Sein Haus sei regelrecht ausgespät worden:

„Die wussten ganz genau, wenn der Wolga weg iss, dann iss der Mann mit dem Hund weg und nur noch die Frau alleine zu Hause. Und denn ham se ooch an de Scheibe jeklopft, und denn, „Frau komm raus“ und so weiter, ja? Und die iss natürlich da Todesängste jestorben.“<sup>359</sup>

Unabhängig von der Berechtigung oder Nicht-Berechtigung dieser Ängste wurden diese Besuche sowjetischer Soldaten als unangenehm empfunden, wie Bert Nansen auch gegenüber dem Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Jüterbog anlässlich einer Bürgersprache zur Wahlvorbereitung zum Ausdruck brachte: „Mein größtet Problem sind die Russen, die mich hier jeden Abend belästijen“, wobei er illustrierend hinzufügt: „Du brauchtest ja zum Beispiel, die Heute-Nachrichten, 19 Uhr, brauchteste nich anschalten, es hat *garantiert* [klopft bekräftigend auf den Tisch] 19 Uhr anne Scheibe jekloppt ‚Kamerrad, Kamerrad‘. Also det war *täglich*. Wirklich täglich.“<sup>360</sup>

Handelte es sich hier um eine spezifische Situation, die sich vor allem aus der exponierten Wohnlage ergab, so sorgten die von sowjetischen Militärangehörigen eigeninitiativ oder auf Befehl verübten Straftaten auch bei größeren Teilen der autochthonen Bevölkerung für Unmut. Wiederholt wurden in Forst- und Landwirtschaftsbetrieben der Region Bauholz, landwirtschaftliche Produkte oder technisches Gerät entwendet. Dazu kamen Einbrüche in die Verkaufsstellen und Gaststätten der an die Truppenübungsplätze angrenzenden Dörfer, wo vorzugsweise Alkohol, Tabak, Süßwaren und Lebensmittel gestohlen wurden. Für besondere Beunruhigung sorgten jedoch die zahlenmäßig zwar wenigen, aber in ihrer Wirkung kaum zu unterschätzenden Sexual- und Tötungsdelikte. So kam es infolge der Ermordung der Rentnerin Sch., die einen sowjetischen Soldaten beim Einbruch in ihrem Haus in Malterhausen am 2. November 1988 gestellt hatte, zu Vorschlägen aus der Bevölkerung, „Bürgerselbsthilfegruppen“ zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu gründen.<sup>361</sup>

---

357 Interview mit Viktor Peterson\*, S. 10.

358 Interview mit Volker Faun\*, S. 12.

359 Interview mit Bert Nansen\*, S. 40f.

360 Interview mit Bert Nansen\*, S. 46.

361 BStU, HA VII 354/10, Information Nr. 308/88, Tötungsverbrechen durch einen Angehörigen der GSSD in Malterhausen, Kreis Jüterbog, Bezirk Potsdam, Bl. 20. Ähnlich nach Diebstählen und Einbrüchen in Stülpe 1985, BStU, BVfS Pdm AKG 945, Bl. 70.

Implizit war damit abermals der Vorwurf an die staatlichen Organe verbunden, die Sicherheit der Bevölkerung nicht gewährleisten zu können. Gleichzeitig führten die immer wiederkehrenden Straftaten sowjetischer Soldaten zu einer pauschalisierenden Wahrnehmung dahingehend, dass in der Bevölkerung tendenziell sämtliche Straftaten, die im Umfeld der Truppenübungsplätze begangen wurden, „den Russen“ zugeschrieben wurden.<sup>362</sup>

Dazu kamen die Probleme, die unmittelbar aus dem Übungs- und Ausbildungsbetrieb auf dem Truppenübungsplatz „Heidehof“ resultierten. Dessen Nutzung durch die Sowjetarmee begann im Sommer 1949 auf einer Fläche von 12 mal 3 Kilometern, wofür weite Teile des Waldes abgeholzt und die Ortschaften Heidehof und Schmiedickendorf geräumt wurden.<sup>363</sup> In der Folgezeit wurde das Übungsgelände sukzessive erweitert. Ein besonders einschneidender Schritt war dabei die ohne Absprache mit den DDR-Staatsorganen vorgenommene Sperrung der Ortsverbindungsstraße Stülpe – Ließen im August 1967, die dazu führte, dass die Dörfer im Süden bzw. Norden des Platzes nur noch über große Umwege erreichbar waren, was signifikante Probleme bei der Versorgung ebenso wie bei der medizinischen Betreuung der Bevölkerung aufwarf. Pikanterweise war davon auch der Zugang zu einem von SED und NVA genutzten „Nachrichtenobjekt“ auf dem Truppenübungsplatz betroffen, das nun von seinem Personal nicht mehr erreicht werden konnte. Interventionen des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR beim Oberbefehlshaber der GSSD scheiterten. Schließlich einigte man sich darauf, dass die Straße, soweit nicht geschossen wurde, von Personen mit speziellen „Propusken“ passiert werden durfte.<sup>364</sup> Daneben ließen die Posten, welche die Straße kontrollierten, zum Teil mit sich handeln und gaben nach Erhalt von Schnaps oder Zigaretten den Weg frei.<sup>365</sup>

Neben der räumlichen Ausdehnung des Übungsgeländes änderten sich auch Art und Intensität der Nutzung. Diente der Heidehof bis etwa 1980 vor allem als Artillerie-, Panzer- und Luft-Boden-Schießplatz für Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber, auf dem zum Teil mit großen zeitlichen Abständen geübt wurde, so wurde er nun zum Schauplatz komplexer Truppenübungen der verbundenen Waffen, deren Häufigkeit sich durch die Rotation der übenden Einheiten ebenfalls steigerte. Der seit 1978 in Stülpe lebende Lehrer Viktor Peterson berichtet dementsprechend, dass es vor 1980 zwar auch zeitweise zu einer beträchtlichen Lärmbelastung durch über dem Ort wendende Kampfflugzeuge gekommen sei, „aber dann war ooch wochenlang nichts. Jefallen hat’s uns nich, aber es *war* noch auszuhalten.“ „Nachher ham se ja Krieg gespielt rejelrecht, und das waren ja dann die Zeiten, wo wir eben Anstoß jenommen haben.“<sup>366</sup>

Damit nahm nicht nur die Lärmbelastung, sondern auch die Gefährdung der umliegenden Dörfer rapide zu. Zwar hatte es auch zuvor bereits immer wieder Fälle gegeben, wo Artillerie- oder Panzergranaten außerhalb des Truppenübungsplatzes und zum Teil auch innerhalb der angrenzenden Ortschaften eingeschlagen waren. So schlug am 25. August 1972 um 5.15 Uhr eine Panzergranate nur zwanzig Meter vom Ließener Kindergarten entfernt ein, wäh-

362 Vgl. Interview mit Hans Bernicke\*, S. 77.

363 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Luckenwalde 50, Protokoll des Leiters des Landesforstamtes über die Sitzung am 25. Mai 1949 bei der Kreiskommandantur Luckenwalde betreffs der Einrichtung des Truppenübungsplatzes in Stülpe vom 27.5.1949.

364 BA-MA, AZN 28043, Sekretariat MfNV. Schriftverkehr mit der GSSD 1968, Bl. 1, 5, 38 und 42.

365 Interview mit Viktor Peterson\*, S. 6.

366 Interview mit Viktor Peterson\*, S. 8f.

rend drei Wochen später ein Rinderstall der LPG Ließen getroffen und zwei Kühe getötet wurden.<sup>367</sup>

Mit der Ausdehnung und Intensivierung des Übungsbetriebes wurden derartige Vorfälle neben der erheblich gesteigerten Lärmbelastung zu allen Tages- und Nachtzeiten zu einem in kurzen Abständen wiederkehrenden Phänomen. Allein in den nördlich des Truppenübungsplatzes gelegenen Ortschaften Stülpe und Jänickendorf kam es zwischen Januar 1980 und April 1986 über 30 Mal zum Einschlag eines oder mehrerer Geschosse, die Sachschäden und in zwei Fällen auch Personenschäden verursachten.<sup>368</sup> Bereits 1982, nachdem mehrere Granaten in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern eingeschlagen waren, wurde zwar ein 15 Meter hoher Lärm- und Splitterschutzwall errichtet, dieser vermochte jedoch weder die Lärmbelastung, noch die Gefährdung der Dorfbevölkerung durch fehlgegangene Geschosse spürbar zu reduzieren.<sup>369</sup> Stattdessen nahmen die Gefährdungen eher noch zu. Davon zeugt nicht zuletzt die Verletzung Viktor Petersons und seiner Tochter am Nachmittag des 30. August 1984 in Stülpe. Nachdem eine 120mm-Wurfgranate in der Nachbarschaft eingeschlagen war, begab sich Peterson in Sorge um seine bei Nachbarn weilende Tochter zu diesen und wurde dort von den Splittern einer zweiten Wurfgranate schwer, seine Tochter leicht verletzt.

In der Dorfbevölkerung sorgte dieses Ereignis für heftige Reaktionen. Laut MfS-Bericht kam es beim Eintreffen der „zuständigen staatlichen organe und untersuchungsorgane zur absicherung und aufklaerung des ereignisortes in der gemeinde“ entlang der Straße zu einem „regelrechten auflauf von buergern, ein buerger drohte den entgegenkommenden fahrzeugen mit der faust.“ Die aufgebrachten Bürger äußerten unter anderem: „die russen schieszen ja doch alles kaputt“ und der jetzige Zustand sei „nur noch unter alkohol zu ertragen.“ Die Kritik richtete sich dabei in erster Linie gegen die DDR-Behörden, die sich immer wieder als unfähig erwiesen, die bekannten Missstände dauerhaft abzustellen. Ihnen wurde vorgeworfen:

„ihr macht ja sowieso nichts, wozu seid ihr da, ihr haltet nur die schnauze und sagt nichts, mit den vorgesetzten von luckenwalde wird nur alles vertuscht. nicht einmal in dieser jetzigen situation koennt ihr unsere interessen vertreten.“<sup>370</sup>

Dieser Vorwurf war mehr als berechtigt, hatten doch sämtliche Interventionen bei der GSSD zur Einhaltung der geltenden Sicherheitsbestimmungen allenfalls kurzzeitigen Erfolg.<sup>371</sup> So

---

367 BStU, ZAIG 2075, Informationen im Zusammenhang mit Übungen von Einheiten sowjetischer Streitkräfte in den Gemeinden Ließen, Petkus und Felgentreu im Kreis Luckenwalde/Bezirk Potsdam vom 5.10.1972, Bl. 1f.

368 BStU, HA IX 3438, Anlage zur Information Nr. 18/86, Bl. 44.

369 BStU, BVfS Pdm AKG 945, Bl. 30.

370 Ebd., Bl. 50f.

371 Obschon sich Vertreter der GSSD stets für derartige Vorkommnisse entschuldigten und öffentlich versprachen, dass sich so etwas nicht mehr wiederholen werde, dauerte es meist nur wenige Wochen, bis erneut Geschosse in den am Truppenübungsplatz gelegenen Dörfern oder auf landwirtschaftlichen Nutzflächen einschlugen. In mindestens einem Fall – im Februar 1987 – ignorierte der sowjetische Platzkommandant, Oberstleutnant Wolkow, nachdem durch außerhalb des TÜP eingeschlagene Panzergranaten bereits eine 20 kV-Leitung zerstört worden war, die Aufforderung zur sofortigen Einstellung des Feuers. Doch damit war der Ignoranz und Besatzerhybris noch nicht Genüge getan. Wenige Tage danach suchte er in Begleitung eines Dolmetschers die Stülper Bürgermeisterin auf und verlangte eine

konzentrierten sich die Bemühungen der Staats- und Parteiorgane vor allem auf die Beschwichtigung der Bevölkerung. Den Geschädigten wurde dabei nur sehr wenig Fürsorge zuteil. Die Familie von Volker Faun, deren Haus durch Splitter beschädigt worden war, erhielt lediglich einige Dachplatten zur Reparatur ihres durchlöcherten Schuppendaches, während der fortan „teilberufsunfähige“ Viktor Petersen über zwei Jahre lang immer wieder Eingaben schreiben musste, um zu erreichen, dass ihm die nach der ersten Operation noch im Bein verbliebenen Granatsplitter entfernt wurden.<sup>372</sup>

Neben den Gefährdungen durch Schießübungen wurden vor allem die durch sowjetische Panzerkolonnen verursachten Straßenschäden zu einem Dauerproblem. Sobald die Panzermarschstraßen infolge Regens und übermäßiger Nutzung unpassierbar waren, wurde durch die Dörfer gefahren. Infolgedessen wurden die Straßendecken entweder zerstört oder derartig mit Schlamm bedeckt, dass sie zum Teil nicht mehr passierbar waren.<sup>373</sup> Vermeintliche Lösungen dieses Problems, wie die Betonierung der um den Ort Werder bei Jüterbog herumführenden Panzermarschstraße brachten neue Probleme mit sich. Der dort lebende Zeitzeuge Bert Nansen berichtet, dass der Beton durch die Panzerketten alsbald zermahlen wurde. Bei trockener Witterung erzeugte daher jede durchfahrende Panzerkolonne eine das ganze Dorf einhüllende Staubwolke, die es erforderlich machte, selbst „bei schönstem Sommerwetter, nachmittags um zwei“ mit Licht zu fahren, da das Dorf „fast dunkel“ war.<sup>374</sup>

Dazu kamen die sich gerade im Kreis Jüterbog und dem Nachbarkreis Luckenwalde häufenden Verkehrsunfälle, die zum einen aus Ignoranz und Unkenntnis der Straßenverkehrsordnung sowie zum anderen dem nicht selten mangelhaften technischen Zustand der sowjetischen Militärfahrzeuge resultierten.<sup>375</sup>

Bevölkerung und lokale Behörden nahmen die über Jahrzehnte mit der sowjetischen Truppenpräsenz verbundenen Probleme und die periodisch immer wiederkehrenden Vorkommnisse bis zur Mitte der achtziger Jahre vor allem mit Resignation und stillem Unmut zur Kenntnis. Protest äußerte sich bis dahin allenfalls in vereinzelt eingaben und vom MfS aufmerksam protokollierten Unmutsbekundungen nach „besonderen Vorkommnissen“. Angesichts der immer wieder erwiesenen Unfähigkeit der DDR-Behörden, die in Jüterbog und an den beiden Truppenübungsplätzen existenten Missstände dauerhaft zu beseitigen, erschienen Eingaben letztlich als zwecklos, während offener Protest schnell in den Verdacht geriet, „antisowjetisch“ oder gar allgemein „feindlich-negativ“ zu sein, und mit diffusen Sanktionsdrohungen seitens der Partei- und Staatsorgane beantwortet wurde.

---

schriftliche Bestätigung, „daß diese Vorkommnisse nicht zu Reaktionen unter der Bevölkerung führten“, was jedoch abgelehnt wurde. BStU, HA IX 10195, Bl. 148.

372 Interview mit Volker Faun\*, S. 24. Interview mit Viktor Peterson\*, S. 24.

373 BLHA, Rep. 401 R.d.B. Pdm. Nr. 12096, Eingabe betreffs Manöverschäden vom 13.4.1971, unpag.

374 Interview mit Bert Nansen\*, S. 83. Zum Vergleich stellt Nansen fest: „Also Sonnenfinsternis iss bedeutend heller.“

375 Neben dem oben bereits beschriebenen Eisenbahnunglück bei Forst Zinna vom 19.1.1988, das durch einen die Gleise überquerenden Panzer verursacht worden war, ist in diesem Zusammenhang ein Unfall erwähnenswert, der sich am 13.8.1988 auf der Verbindungsstraße F2 – Niebel ereignete. Hier überrollte ein sowjetischer T-72-Panzer mit 30 km/h einen auf enger Straße entgegenkommenden PKW Trabant und tötete beide Insassen. Wohl um Konflikte mit der sowjetischen Seite zu vermeiden, wurde – ohne nähere Begründung – das „Fehlverhalten des PKW-Fahrers“, der dem Panzer zuvor noch auf eine Ackerfläche ausgewichen war, für den Unfall verantwortlich gemacht. BStU, HA VII 343, Bl. 30.

Da die sowjetischen Truppen in den Augen der Bevölkerung letztlich eine anonyme Masse bildeten, der gegenüber sich selbst die Vertreter lokaler und regionaler Verwaltungsorgane schwer taten, den jeweils kompetenten Ansprechpartner zu finden, richtete sich der Unmut der Bürger vor allem an die Adresse der örtlichen Partei- und Staatsfunktionäre.

Im Zuge der zunächst noch schleichenden Erosion des SED-Regimes wurden sie seit Mitte der achtziger Jahre immer häufiger zum Adressaten von Eingaben oder – etwa nach neuerlichen Geschosseinschlägen in an die Truppenübungsplätze angrenzenden Dörfern – von wütenden Anrufen bei der SED-Kreisleitung.<sup>376</sup> Mit der Ankündigung, nicht an den „Volkswahlen“ teilzunehmen oder gar einen Ausreiseantrag zu stellen, wenn es nicht bald zu einer nachhaltigen Problemlösung komme, wurde darin explizit der propagierte Konsens zwischen Partei und Volk aufgekündigt.<sup>377</sup>

Organisierte Proteste begannen in der Region jedoch erst im Frühjahr 1989 mit Gründung der „Umweltgruppe Urstromtal“, die maßgeblich durch den Jänickendorfer Pfarrer Wilfried Flach getragen wurde und sich gegen Lärmbelastung und Gefährdungen durch den Truppenübungsplatz und gegen die geplante Errichtung einer größeren agrochemischen Versorgungseinrichtung im unmittelbaren Gefahrenbereich richtete.<sup>378</sup> Zu den wesentlichen Aktivitäten der Gruppe gehörte die Sammlung von Informationen über die vom Truppenübungsplatz ausgehenden Gefährdungen und Belastungen. Diese Dokumentation wurde dann im April 1990 zusammen mit einer Petition dem Landrat von Jüterbog und der sowjetischen Botschaft in Ostberlin übergeben.<sup>379</sup>

Inzwischen war es nach andauerndem Fluglärm, einem Flugzeugabsturz bei Petkus und neuerlichen Granateinschlägen, bei denen „traktoristen der lpg(p) jaenickendorf fluchtartig die ackerflaechen verlassen haben, um ihr leben zu retten“,<sup>380</sup> zwischen Januar und April 1990 zu mehreren Protestdemonstrationen gegen die sich aus der sowjetischen Präsenz ergebenden Belastungen gekommen. Infolge der anhaltenden Belastungen kam es auch danach bis Ende 1990 immer wieder zu Demonstrationen in Jüterbog und den umliegenden Orten. Den Höhepunkt bildete dabei der Schweigemarsch von Jüterbog zum Flugplatz in Altes Lager am 1. September 1990, an dem sich etwa zehntausend Menschen, also fast die gesamte Jüterboger Bevölkerung, beteiligten.<sup>381</sup>

Seit Frühjahr 1990 war auch der Ton der DDR-Behörden gegenüber den Vertretern der sowjetischen Streitkräfte sehr viel bestimmter geworden. Die Landräte von Luckenwalde und Jüterbog gaben sich nicht mehr mit bloßen Versprechungen und Beschwichtigungen zufrieden, sondern forderten konkrete Taten zur Abstellung der von der Westgruppe zu

---

376 Vgl. Interview mit Viktor Peterson\*, S. 43. Peterson berichtet von seiner Frau, diese habe bei ähnlichem Anlass „bei der Partei angerufen, SED, ja, und hat die zur Minna gemacht da über't Telefon.“

377 Zur angedrohten Wahlverweigerung vgl. die Reaktion Jänickendorfer Bürger auf neuerliche Geschosseinschläge 1986, BStU, HA VII 355/5, Bl. 57.

378 Interview mit Wilfried Flach, S. 6 und 51.

379 Dokumentation über die unzumutbaren Gefahren und Belastungen, die von den Truppenübungsplätzen Heidehof und Forst Zinna (bei Luckenwalde) ausgehen, in: KA-TF, Jüterbog XV 546, Landrat Jüterbog: Protokolle und Zusammenarbeit mit WGSS Teil II 1990.

380 BLHA, Rep. 401 R.d.B. Potsdam 25080, Fernschreiben des Vors. R.d.K. Luckenwalde an den Vors. des R.d.B. Potsdam vom 5.4.1990, unpag.

381 Interview mit Bert Nansen\*, S. 70. KA-TF, Luckenwalde XV 89 Protokoll der Beratung der Landräte der Kreise Luckenwalde und Jüterbog mit Vertretern der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte am 28.8.1990, S. 2.

verantwortenden Missstände in der Region. Dabei machte etwa der Luckenwalder Landrat Frank den anwesenden Vertretern des Oberkommandos der Westgruppe und der Kommandantur Jüterbog deutlich: „Das Maß ist voll.“ – „Es wird Zeit, dass unser Land wieder uns gehört.“ – und brachte mit den Worten Wilhelm Buschs – „Es ist schön, wenn Freunde kommen, aber es ist noch schöner wenn sie gehen.“ [sic!] – zum Ausdruck, dass die sowjetischen Streitkräfte fortan lediglich geduldet seien. Implizit wurde schließlich sogar mit dem unkontrollierbaren „Volkszorn“ gedroht, da niemand garantieren könne, dass bei Fortdauer der Belastungen auch die künftigen Proteste friedlich bleiben würden.<sup>382</sup>

In der Tat mischten sich in die Proteste frühzeitig auch ausländergefeindliche und rechtsradikale Töne, denen alsbald Angriffe von rechtsradikalen Jugendlichen gegen sowjetische Soldaten und Zivilpersonen folgten.<sup>383</sup>

Insbesondere für jene sowjetischen Offiziere, die sich bislang in Siegermentalität über geltende Absprachen und berechtigte Forderungen deutscher Bürger und Behörden hinweggesetzt oder lediglich leere Versprechungen gemacht hatten, waren die offenen Proteste der Bevölkerung und die unnachgiebige Haltung der DDR-Behörden eine völlig neue Erfahrung. Die sowjetischen Truppen im Raum Jüterbog reagierten auf die Proteste zutiefst verunsichert, wie sich Bert Nansen erinnert:

„Die Russen ham Angst jehabt, die ham *richtig* Angst jehabt. Bei mir in Werder zum Beispiel sind se denn nicht mehr durch's Dorf jefahren mit ihren LKWs und alles, sondern nur noch durch Waldweje, also die Außenbereiche, wo... Weil se wirklich Angst jehabt haben. Und die Leute waren ooch stinkig, die waren richtig böse stinkig. Nun war das der alljemeine Uffbruch, endlich konnteste mal was sagen, ob's nun richtig oder falsch war, erstmal egal, aber endlich konnte jeder mal 'ne große Fresse haben, so unjefähr. Und da haben die Leute ooch richtig vom Leder jezogen. Da sind die Russen nich jut bei wegjekommen.“<sup>384</sup>

Bis zum Abzug der letzten, nunmehr russischen Soldaten aus Jüterbog im April 1994, der mit einer kleinen Parade auf dem Marktplatz begangen wurde, entspannte sich zwar das deutsch-russische Verhältnis vor Ort allmählich wieder, das Ende der sowjetischen bzw. russischen Militärpräsenz sowie der damit verbundenen Begleiterscheinungen wurde jedoch allgemein mit Erleichterung aufgenommen. Pfarrer Flach aus Jänickendorf bewertet die Stilllegung des Truppenübungsplatzes Heidehof sogar als die „schönste Frucht der Wiedervereinigung“.<sup>385</sup>

Die Kreisstadt Jüterbog und die umliegenden Gemeinden waren beinahe 50 Jahre lang durch das sowjetische Militär geprägt worden. Anders als in Krampnitz stellte sich das Spektrum der Beziehungen und Problemlagen vor Ort hier deutlich breiter dar. Andererseits waren die Formen sowjetischer Präsenz und damit verbundener Konflikte aufgrund der

---

382 KA-TF, Luckenwalde XV 89, Festlegungsprotokoll zur Beratung mit Vertretern der WGS am 7.6.1990 in Luckenwalde, S. 2f.

383 So griffen Skinheads am 22.6.1991 in Jüterbog II vor dem Jugendklub „Freundschaft“ und in Altes Lager sowjetische Familien mit Eisenstangen und Baseballschlägern an, wobei es eine Reihe von Verletzten gab. KA-TF, Jüterbog XV/87, Rundschreiben an das Landratsamt bez. GUS-Streitkräfte 1990–1993, unpag., KA-TF, Jüterbog XV 790, Stadtkommandant Osl. W. Sabasnow an Leiter PKA Jüterbog Polizeirat Weber 23.6.1991, unpag.

384 Interview mit Bert Nansen\*, S. 70.

385 Interview mit Wilfried Flach, S. 55.

weitläufigen Truppendislozierung im Raum Jüterbog sehr stark differenziert und manifestierten sich in den am Heidehof gelegenen Dörfern zum Beispiel ganz anders als in Nähe der sowjetischen Kasernenkomplexe in Jüterbog II. Schließlich gab es in der Stadt Bereiche, die von der sowjetischen Präsenz deutlich weniger oder gar nicht betroffen waren, wie die Innenstadt bzw. der Stadtteil Neumarkt.

Ausdehnung und Siedlungsstruktur des Raumes Jüterbog führten weiterhin dazu, dass Informationen über „besondere Vorkommnisse“ oder informelle Beziehungen zwischen Teilen der Bevölkerung und sowjetischen Soldaten bis 1989 über das jeweilige Dorf oder den überschaubaren Stadtteil hinaus allenfalls in Form von Gerüchten gelangen konnten.

#### 4.3 Großstadt: Potsdam

Die Bezirks- bzw. Landeshauptstadt Potsdam ist einer der traditionsreichsten Militärstandorte auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Seit dem 18. Jahrhundert war die Stadt durch das preußische Militär und die Residenz der Hohenzollernkönige maßgeblich geprägt worden. Über das gesamte Stadtgebiet waren Kasernen, militärische Dienststellen sowie Reit- und Exerzierplätze verteilt. Die größten und modernsten Kasernen befanden sich dabei seit dem späten 19. Jahrhundert am Bornstedter Feld und in Potsdam-Nedlitz am nordöstlichen Stadtrand. Hier waren bis zum sowjetischen Truppenabzug das zur 35. MSD gehörende 64. Mot. Schützenregiment sowie Stab und mehrere Truppenteile der 34. Artilleriedivision untergebracht. Daneben befanden sich in der Potsdamer Innenstadt die sowjetische Kommandantur, ein „Magasin“, ein Lazarett, eine Filiale des KGB sowie die Redaktionen der GSSD-Zeitung *Sowjetskaja Armija* und des Senders *Wolga*. Anders als in Krampnitz und Jüterbog befand sich hier auch eine Reihe von Dienststellen der Nationalen Volksarmee, von denen an dieser Stelle nur der Stab und einzelne Truppenteile der 1. MSD in Potsdam-Eiche sowie das ab 1972 in Potsdam-Geltow residierende Kommando Landstreitkräfte genannt sein sollen.<sup>386</sup> Daraus ergaben sich Ansatzpunkte für mehr oder minder intensive Patenschaftsbeziehungen zum sowjetischen „Regiment nebenan“, auf die im folgenden Abschnitt noch genauer eingegangen werden soll.

Zum Zeitpunkt der Einnahme Potsdams durch die Rote Armee am 27. April 1945 war daran noch nicht zu denken. Die sowjetischen Truppen traten auch hier vor allem als Sieger auf, die sich in den unzerstört gebliebenen Wohnhäusern und den Kasernen in Nedlitz und Bornstedt einquartierten. Manche der Potsdamer Parks wie der Neue Garten und das darin befindliche Marmorpalais waren über Jahre allein sowjetischen Besuchern vorbehalten. Frühzeitig entwickelten sich jedoch auch Symbiosen, die es Teilen der deutschen Bevölkerung ermöglichten, sich mit zusätzlichen Lebensmitteln zu versorgen. So arbeiteten die Eltern des späteren Lehrers Jörg Aschenbrenner auf dem Gelände des vormaligen Militärwaisenhauses als Köchin und Näherin bzw. als Kfz-Schlosser für die Rote Armee. Für A-

---

386 Vgl. Karlheinz Deisenroth, Zeittafel zur Geschichte der Garnison Potsdam, in: Bernhard R. Kroener (Hg.), Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte, Frankfurt/M. u.a. 1993, S. 539–542; Detlef Kotsch, Holländerviertel und Bornstedter Feld. Die soziale Funktion von Bürgerquartier und Kaserne, in: Bernhard R. Kroener (Hg.), Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte, Frankfurt/M. u.a. 1993, S. 309–318.



schenbrenners Vater ergab sich daraus auch die Gelegenheit zu kleineren Geschäften mit Kfz-Ersatzteilen und Lebensmitteln. Den Kindern der Familie gegenüber zeigten sich die sowjetischen Soldaten sehr freundlich und großzügig, wie Jörg Aschenbrenner berichtet:

„Und na ja, wir haben eigentlich in Saus und Braus gelebt, wenn die Russen einkauf-  
fen führen, dann kamen sie, ‚(Djewutschki) komm, dawai, dawai‘, rein ins Auto, na  
ja, und denn rein in die Bäckerei. Dann bekamen wir erstmal ‚n frisches Brot in die  
Hand jedrückt, Weißbrot, und durften das essen, und es sagte auch kein Mensch da  
was dagegen, wenn wir hier in die Lagerräume gingen und uns da irgendwie bedien-  
ten.“<sup>387</sup>

Andere hatten weniger Glück und mussten zum Beispiel 1949 ihre für die Lebensmittelver-  
sorgung wichtigen Kleingärten in der Berliner Vorstadt – wenn auch gegen finanzielle Ent-  
schädigung – an die Sowjetische Militäradministration abgeben, während Handwerker, die  
Leistungen für die Rote Armee erbracht hatten, zum Teil auf ihren Rechnungen sitzen blie-  
ben, da die Aufträge nicht – wie formal vorgeschrieben – durch die zuständige KETSCH,  
sondern eigenmächtig von einem sowjetischen Truppenteil vergeben worden waren.<sup>388</sup>

Große Teile der Bevölkerung und auch der Jugend standen der Besatzungsmacht kritisch  
bis ablehnend gegenüber. Im politischen Jahresbericht des FDJ-Landesverbandes Potsdam  
für 1947 wird zwar hervorgehoben, dass „zur Besatzungsmacht [...], mit Ausnahme des  
Punktes Verhaftungen ein Verhältnis geschaffen worden [sei], das die positive Rolle zur  
demokratischen Umgestaltung Deutschlands anerkennt“. Andererseits nehme zum Beispiel  
an der Potsdamer Einsteinschule „eine Russenantipathie [...] dauernd überhand, da sich die  
Schüler untereinander in ihren Ansichten bestärken.“<sup>389</sup>

Diesem Phänomen, das sich auch negativ auf die Akzeptanz der als „russenfreundlich“  
oder gar russisch gesteuert geltenden SED und FDJ auswirkte, versuchte die SED im Verein  
mit der Sowjetischen Militäradministration durch die positive Selbstdarstellung der Sowjet-  
union als Vorbild, Freund und Helfer entgegenzuwirken. Dazu diente etwa die öffentlich-  
keitswirksame Inszenierung der Anlieferung sowjetischer Lastkraftwagen und Traktoren am  
Potsdamer Bahnhof 1949 oder der als eine Art kulturelle Leistungsschau fungierende Auf-  
tritt des Moissejew-Ensembles 1950 auf dem Alten Markt vor zehntausenden Potsdamer  
Bürgern.

Als Landeshauptstadt und zwischen 1952 und 1990 als Bezirksstadt wurde Potsdam ü-  
berdies alljährlich zum Schauplatz „eindrucksvoller Manifestationen“, bei denen die  
deutsch-sowjetische Freundschaft beschworen und der Sowjetarmee für ihre „Befreiungstat“  
und ihre selbstlose Hilfe gedankt wurde.<sup>390</sup> Dazu gehörten die zum Tag der Sowjetarmee am

---

387 Interview mit Jörg Aschenbrenner\*, S. 2.

388 SA Pdm. 465 Rat der Stadt Potsdam, Oberbürgermeister, Verhandlungen mit der Militärkommandantur, Aktenvermerk vom 12.7.1949, Bl. 6. SA Pdm. 350 Rat der Stadt Potsdam, Oberbürgermeister: KETSCH – Sonderbaubüro 1947–1948, Bl. 9. KETSCH = КЭЧ = квартирно-эксплуатационная часть = Unteraktsabteilung.

389 BLHA, Rep. 332 SED-Land 936, Politischer Jahresbericht für das Jahr 1947 vom 30.12.1947, Bl. 223 und Bericht der Einsteinschule Potsdam vom 19.9.1947, Bl. 267.

390 Zum Tenor derartiger Veranstaltungen vgl. die Rede des Oberbürgermeisters Wilfried Seidel zum 40. Jahrestag der Befreiung am 8.5.1985 vor der Stadtverordnetenversammlung, in der er auf die „Vielzahl von Maßnahmen zur Linderung der materiellen Not – die vor allem durch die sinnlose Bombardierung englischer Fliegergeschwader wenige Tage vor der Befreiung entstanden war“ sowie die sowjetischen

23. Februar durchgeführten Kranzniederlegungen durch sowjetische Garnison, Vertreter der Partei- und Staatsorgane sowie Delegationen der Schulen und Betriebe am sowjetischen Ehrenmal auf dem Bassinplatz, die, konsequent und bis ins Detail choreographiert, das Bild einer engen Verbundenheit zwischen sowjetischer Garnison und Bevölkerung suggerieren sollten. Gestört wurde dieses Bild allenfalls, wenn wie am Vortag des 23. Februar 1981 ein 23-jähriger „Facharbeiter für Grünanlagen“ das Ehrenmal durch Beschmieren mit Hakenkreuzen schändete.<sup>391</sup>

Den absoluten Höhepunkt derartiger Massenveranstaltungen bildete die Eröffnung des Manövers „Waffenbrüderschaft 80“ am 8. September 1980 auf dem Potsdamer Platz der Nationen, die zwischen 16.00 und 16.45 Uhr mit dem „Aufmarsch der Bevölkerung der Stadt Potsdam sowie der angrenzenden Kreise“ und „der Ehrenformationen der Vereinten Streitkräfte“ eingeleitet werden sollte. Für 16.56 Uhr war das Betreten der Tribüne durch die als Ehrengäste geladenen Vertreter der Partei- und Staatsführung geplant. Dabei sollten sie durch „Beifallskundgebungen der Bevölkerung und Armeeeingehörigen“ begrüßt werden, während ihnen „Junge Pioniere“ Blumen zu überreichen hatten. Nach Glockenschlägen, Manöverfanfare und Flaggenzeremonie sollte dann um 17.14 Uhr durch den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam die „Eröffnung der feierlichen Eröffnungsveranstaltung“ erfolgen. Dem folgte eine fünfzehnminütige Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, nach der zwei Vertreter des Volkes in Gestalt „eine[s] verdienstvollen Arbeiter[s] des Karl-Marx-Werkes“ und eines „FDJler[s] (Schüler der EOS, Offiziersbewerber)“ mit je fünfminütigen Bekenntnissen zu Waffenbrüderschaft und sozialistischer Landesverteidigung zu Wort kommen sollten. Nach Marschmusik und Tagesfeuerwerk erfolgte schließlich die „Begrüßung der Ehrenformationen durch ‚Junge Pioniere‘ und FDJler (Übergabe von Blumen und kleinen Souvenirs)“, worauf die Ehrenformationen nach etwa 30 Minuten mit klingendem Spiel durch die Potsdamer Innenstadt zurück in ihre Truppenlager marschieren sollten. Parallel zur Vorbereitung und Durchführung des Manövers sollten im Bezirk und in Potsdam selbst zahlreiche militärpolitische Veranstaltungen, „Freundschaftsmärsche“, Freundschaftstreffen sowie „Bälle der Jugend und Waffenbrüderschaft“ stattfinden.<sup>392</sup>

Kaum weniger offiziell, dafür aber etwas persönlicher gestalteten sich die Patenschaften, die Potsdamer Betriebe, Schulen oder NVA-Dienststellen zu sowjetischen Truppenteilen in Potsdam und Umgebung unterhielten. Gleichsam als pars pro toto soll an dieser Stelle nur auf die Beziehungen des Karl-Marx-Werkes in Potsdam-Babelsberg zu einem in Krampnitz stationierten Panzertruppenteil eingegangen werden. Durch die Betriebsparteiorganisation wurden dazu – wie für die achtziger Jahre belegt ist – jährliche Rahmenvereinbarungen und Arbeitspläne mit den sowjetischen Partnern abgeschlossen, in denen gemeinsame Sport-

---

Anstrengungen zum Schutz der Potsdamer Kulturgüter verwies. SA Pdm. 4346, Reden des OBM zu Ehrentagen – u.a. 40. Jahrestag der Befreiung 1985, Bl. 31.

391 BSU, HA IX 1619, Bl. 147.

392 BLHA, Rep. 530 SED-BL Pdm. Nr. 6390, Ablaufplan vom 25.8.1980, S. 1–5. Zur Sicherung des reibungslosen Ablaufes von Manöver und propagandistischem Begleitprogramm wurden durch die BDVP Potsdam umfangreiche Vorbeugungs- und Kontrollmaßnahmen gegen politisch verdächtige Personen sowie Ermittlungsverfahren wegen Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole (§222 StGB) sowie öffentlicher Herabwürdigung (§ 220 StGB) eingeleitet. BLHA, Rep. 471/15.2 BDVP Potsdam Nr. 674, Funkspruch BDVP Potsdam an FÜG Mdl beim BDVP Magdeburg, Bericht vom 12.9.1980.

wettkämpfe, deutsch-sowjetische Kindertagsfeiern im Betriebskindergarten sowie Freundeschaftstreffen zum 1. Mai, 7. Oktober, dem Tag der Oktoberrevolution oder zum „Tag des Panzersoldaten“ geplant wurden. Daneben gab es auch unterschiedlichste Formen der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe. So stellte der sowjetische Truppenteil Teile seiner Ausbildungsbasis für Übungen der Betriebskampfgruppe oder des Reservistenkollektivs zur Verfügung, während der Betrieb für die sowjetischen Freunde Werkzeuge und Baumaterialien besorgte oder bestimmte Reparaturleistungen erbrachte. Für die Produktionsaufgaben des Karl-Marx-Werkes war weiterhin der temporäre Einsatz sowjetischer Armeeinghöriger im Betrieb von Bedeutung. Trotz derartig vielseitiger organisierter Kontakte blieben längerfristige persönliche Beziehungen allenfalls Leitern und Funktionären des Betriebes bzw. sowjetischen Offizieren vorbehalten. Dem einfachen Werkträgern oder Soldaten stellten sich die in enger Abfolge geplanten gemeinsamen Veranstaltungen hingegen nur als Episode ohne nachhaltigen Einfluss dar, waren doch die meisten dieser Maßnahmen lediglich für überschaubare Delegationen von wenigen Dutzend Teilnehmern ausgelegt.<sup>393</sup> Dieser Umstand tat jedoch der Darstellung der „Freundschaft zur Sowjetunion und speziell zu den sowjetischen Soldaten“ als „Herzenssache“ auch schon der Kindergartenkinder keinen Abbruch.<sup>394</sup>

Hatten die organisierten und formalisierten deutsch-sowjetischen Beziehungen in Potsdam einen deutlich größeren Umfang als an den betrachteten dörflichen oder kleinstädtischen Standorten, so ist bei den informellen Wirtschaftsbeziehungen eine genau gegenläufige Tendenz zu verzeichnen. Zwar gab es auch in Potsdam Fälle von Benzinhandel oder des Verkaufs von Munition an deutsche Jugendliche sowie bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre Prostitution mit sowjetischen Offizieren.<sup>395</sup> Insgesamt bot sich den sowjetischen Soldaten, die sich in der Stadt längst nicht so frei und unbeaufsichtigt bewegen konnten wie etwa im Umfeld eines Truppenübungsplatzes, jedoch deutlich weniger Gelegenheit zu Schwarzhandelsgeschäften. Auch der Einkauf im „Magasin“ hatte für die Potsdamer Bevölkerung, die über eine relativ breite Palette von Einkaufseinrichtungen mit verhältnismäßig gutem Warenangebot verfügte, eine deutlich geringere Bedeutung als in den Räumen Jüterbog oder Krampnitz.

Die Präsenz der sowjetischen Truppen in Potsdam gestaltete sich dabei je nach Stadtteil sehr unterschiedlich. Im Straßenbild waren praktisch permanent einzelne sowjetische Militärangehörige oder Militärfahrzeuge präsent. In größerer Zahl waren sowjetische Soldaten vor allem an den Sehenswürdigkeiten der Stadt anzutreffen. Der Park Sanssouci stellte dabei ein bevorzugtes Ausflugsziel dar, wo die Wehrpflichtigen einen ihrer sehr seltenen Gruppenausgänge in Begleitung eines Offiziers verbringen durften. Gehörte somit die sowjetische Präsenz zum Alltag beinahe aller Potsdamer, so prägte sie das Leben vor allem in unmittelbarer Nachbarschaft der Kasernen in Bornstedt und Nedlitz.

Auch hier stellte sich die deutsch-sowjetische Nachbarschaft keineswegs problemfrei dar. Die Kosmetikerin Elfriede D. aus Bornstedt berichtet etwa davon, dass ihre Familie regelmäßig morgens um 5.30 Uhr durch die schweren Stiefeltritte hunderter Soldaten, die auf der

---

393 BLHA, Rep. 505 Karl-Marx-Werk Nr. 1204, Patenschaften.

394 BLHA, Rep. 505 Karl-Marx-Werk Nr. 1372, Reservistenkollektiv 1983.

395 BLHA, Rep. 472/15.1. VPKA Potsdam Nr. 284, Bl. 66. Interview mit Jörg Aschenbrenner\*, S. 28. BSU, ZOS 2526, Bl. 362.

betonierten Kirschallee Frühsport machten, geweckt worden sei.<sup>396</sup> Die Begleiterscheinungen der sowjetischen Nachbarschaft wurden immer wieder zum Gegenstand von Eingaben und Beschwerden an den Rat der Stadt. So beschwerte sich der Pfarrer der Pfingstgemeinde in der Nauener Vorstadt über das ständige Bellen sowjetischer Wachhunde bei Nacht, während der Zustand und das Umfeld sowjetisch genutzter Wohngebäude von den siebziger bis zum Ende der achtziger Jahre permanenter Gegenstand von Beschwerden waren. Die Bürger nahmen vor allem Anstoß an der „unzureichenden Wartung und Pflege“ der Gebäude, damit zusammenhängenden „Ungezieferplagen“, dem Anzünden von Mülltonnen durch sowjetische Bürger sowie der Müllabladung unmittelbar neben der Objektumzäunung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen der LPG Bornstedt oder im Nedlitzer Holz.<sup>397</sup>

Die zunehmenden Probleme der „Ordnung, Hygiene und Sauberkeit“ im Zusammenhang mit Objekten der Sowjetarmee, die trotz einer „enge[n] und freundschaftliche[n] Zusammenarbeit mit der sowj. Stadtkommandantur [...] nicht immer zügig und kurzfristig“ gelöst werden konnten, führten schließlich dazu, dass 1977 bei der Abteilung Inneres des Rates der Stadt sogar ein gesondertes Eingabenbuch für die mit der sowjetischen Präsenz zusammenhängenden Probleme angelegt wurde.<sup>398</sup>

Ganz spezifische Probleme mit den sowjetischen Nachbarn bekam die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci im Sommer 1985. Wie deren Generaldirektor Jochen Mückenberger gegenüber dem Leiter der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Genossen Müller beklagte, nutzten täglich bis zu 400 Menschen das „Kunstwerk Neuer Garten“ als Liegewiese, badeten im Heiligen See und beschädigten oder zerstörten die „zum Teil besonders wiederhergestellten Uferpartien“. Seine Mitarbeiter seien

„sogar mit Diensthunden“ nicht in der Lage, diese fortwährende „Missachtung eines Kunstwerkes zu verhindern. Die Ursache liegt darin, daß mindestens 80% der dort Lagernden sowjetische Bürger sind, die vorgeben, kein Wort deutsch verstehen zu können und auch auf das Vorzeigen von Parkordnungshinweisen in russischer Sprache nicht reagieren.“

Dies wirkte sich auch unmittelbar auf die Autorität der Staatsmacht bei den anwesenden DDR-Bürgern aus, welche auf die von der Parkaufsicht ausgesprochenen Platzverweise „ausfallend“ reagierten „mit der Maßgabe, wenn sowjetische Bürger hier liegen, dürfen wir das auch.“ Mückenberger ersuchte daher um Einschaltung der sowjetischen Stadtkommandantur, die mit Streifen „eine Räumung der Uferflächen im Neuen Garten“ sicherstellen sollte. Erst dann könnten sich die Mitarbeiter der Parkaufsicht „mit den restlichen DDR-Bürgern befassen.“<sup>399</sup>

---

396 Interview in: Gaudlitz/Kumlehn, Die Russen gehen, S. 74.

397 SA Pdm., Nr. 8402, Stellv. OBM für Inneres, Zusammenarbeit mit der Sowjetarmee 1984–1988, Bl. 35. BStU, BVfS Pdm. AKG 946, Bl. 49. SA Pdm., Nr. 7805 RdS Abteilung Inneres, Eingabenanalysen 1974–1977, Bl. 22. SA Pdm., Nr. 3774, Stellv OBM für Inneres, Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in Potsdam 1970–1975, Bl. 128.

398 SA Pdm., Nr. 7805, RdS Abteilung Inneres, Eingabenanalysen 1974–1977, Bl. 22 und 26. Das genannte Eingabenbuch speziell zu Problemen mit der Sowjetarmee wurde im Gegensatz zu anderen Eingabenbüchern interessanterweise nicht für überlieferungswürdig befunden und unmittelbar nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist kassiert.

399 SA Pdm., Nr. 8402, Mückenberger an Abt. Inneres beim Rat der Stadt vom 6.6.1985, betr. Ordnung und Sicherheit auf dem Gelände Neuer Garten/Hl. See, Bl. 11.

Neben derartiger Renitenz kam es auch in Potsdam zu unterschiedlichsten Formen von Delinquenz sowjetischer Soldaten und Zivilpersonen, die sich jedoch an verschiedenen Orten im Stadtgebiet sehr verschieden gestaltete. In Einkaufseinrichtungen der Innenstadt wie dem Kinderkaufhaus „Buratino“ und dem Konsument-Warenhaus in der Klement-Gottwald-Straße (heute Brandenburger Straße) wurden immer wieder sowjetische Offiziersfrauen und Zivilbeschäftigte bei Diebstählen von Kleidung und Kosmetika gestellt.<sup>400</sup> In unmittelbarer Umgebung der Kasernen und sowjetischen Wohngebiete kam es hingegen verstärkt zu Einbruchsdiebstählen in den Lauben deutscher Kleingärtner, wobei bevorzugt Alkohol, Lebensmittel sowie technische Geräte und Werkzeug entwendet wurden.<sup>401</sup> Über das gesamte Stadtgebiet verteilten sich hingegen die sporadisch verübten Körperverletzungsdelikte und Kraftfahrzeugsdiebstähle, die von in der Regel alkoholisierten sowjetischen Armeeinghörigen begangen wurden. Dabei taten sich insbesondere die Gruppen der Fähnriche und der sowjetischen Zivilbeschäftigten hervor. Mit der vermehrten Nutzung westlicher Unterhaltungselektronik in privaten Kraftfahrzeugen traten seit Mitte der achtziger Jahre auch verstärkt Einbrüche in PKW, kombiniert mit dem Diebstahl von Autoradios auf.<sup>402</sup>

Vor allem für die Bevölkerung in Bornstedt und Nedlitz sowie entlang der Zubringerstraße zum Bahnhof Wildpark ergaben sich zusätzliche Probleme aus dem Übungs- und Ausbildungsbetrieb der sowjetischen Garnison. Eines der langwierigsten Probleme stellte dabei die Verlegung von Panzertechnik auf der von Nedlitz nach Wildpark führenden Amundsenstraße dar. Christoph Maiwald berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Straße bis zum Ende der achtziger Jahre praktisch unpassierbar war.

„Ja, na ja, da waren richtige Löcher von zwei Metern, standen so kleine Seen [...] und in der Mitte, wo mal das Straßenbett war, war nur hoch runter, hoch runter, det war ne richtige Fahrschulstrecke für die, konnten die so richtig durchtigern.“<sup>403</sup>

Neben der Unpassierbarkeit der Straße durch Schlamm und Schlaglöcher klagte die dort lebende Bevölkerung auch über den „Motoren- und Kettenlärm“, „enorme Abgasmengen der Dieselmotoren“, „gewaltige Sandstaubaufwirbelungen“, „schlaflose Nächte“ sowie die Zerstörung von Straßenbeleuchtung und Telefonzellen durch sowjetische Panzer. Spätestens seit Ende der sechziger Jahre wurden dieserhalb immer wieder Eingaben geschrieben und 1971 sogar eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Alle Bemühungen, eine Verlegung der Panzermarschstraße zu erreichen, scheiterten jedoch. Auch aufgestellte Schilder, die zumindest Übungsfahrten sowjetischer Fahrzeuge verhindern sollten, brachten keine nachhaltige Verbesserung. Die sowjetische Seite zeigte sich an diesen Problemen wenig interes-

---

400 BLHA, Rep. 471/15.2 BDVP Potsdam Nr. 613, Stab Abt. Information Kerblockkartei Polizeiliche Lage 1979, Bl. 87, BStU, HA IX 3733, Meldungen der MOSTa U/A–III Oberst Pilz an HAIX/6 1775/88, Bl. 398.

401 BStU, HA IX 3733, Meldungen der MOSTa U/A–III Oberst Pilz an HAIX/6 41/89, Bl. 1 und 390.

402 BStU, HA IX 10195, Bl. 100. Für 1987 wird darin berichtet, dass zwei sowjetische Oberfähnriche und vier Zivilbeschäftigte gleichsam bandenmäßig über 70 Kraftfahrzeuge aufgebrochen hätten, um Autoradios und Kassettenrekorder zu entwenden.

403 Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 32.

siert und die Stadtverwaltung verlegte sich darauf, die Beschwerdeführer mit inhaltlichen Schreiben zu beruhigen.<sup>404</sup>

Nicht minder problematisch stellte sich die durch die parallel zur Nedlitzer Straße verlaufende Fahrschulstrecke verursachte Geräusch-, Staub- und Abgasentwicklung dar. Für die Zeit zwischen 1971 und 1975 liegt dazu im Stadtarchiv Potsdam eine Reihe von Eingaben vor. Frau U. R. schilderte in ihrer Eingabe vom 31. Mai 1972 eindrucksvoll die Folgen dieser ständigen Belastungen. Abgase und Staub würden selbst bei geschlossenem Fenster in die Wohnungen eindringen, das Obst in den Gärten würde ungenießbar und die Zäune müssten aufgrund der starken Verschmutzung jedes halbe Jahr neu gestrichen werden, während die Anwohner unter Atemwegserkrankungen sowie „ständige[n] Übelkeiten und Brechreize[n]“ leiden würden. Dazu kam die Sichtbehinderung, die so stark sei, „daß die Kraftfahrer oft ihre Fahrzeuge abstoppen müssen, da die Sicht von dem blauen Dunst und Staub genommen wird.“<sup>405</sup>

Die Behörden versuchten zunächst, die Beschwerde führenden Bürger zu einer Duldung der Fahrschulstrecke zu bewegen und erteilten nach Rücksprache mit der sowjetischen Stadtkommandantur am 13. Juli 1972 „eine endgültige abschlägige Antwort an Frau R.“, die zur Beschwichtigung mit dem Verweis auf eine „evtl. perspektivische Lösung“ verbunden wurde.<sup>406</sup> Nachdem bis Anfang 1973 keine Besserung eingetreten war, wandte sich Frau R. am 16. Januar erneut an den Rat der Stadt. Sie verwies darin auf die Verpflichtung des Staates zum Schutz von Natur und Umwelt gemäß Landeskulturgesetz und bat, „sich noch einmal mit den sowjetischen Genossen in Verbindung zu setzen“, um endlich eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Gleichzeitig machte sie mit Hinweis auf ihre zweiundzwanzigjährige Mitgliedschaft in der GDSF deutlich, dass ihre wiederholte Kritik an den Zuständen in Nedlitz keinesfalls als antisowjetisch zu missdeuten sei: „Denn alle Bürger der DDR stehen mit den sowjetischen Genossen Seite an Seite, kämpfen für den Frieden, Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit.“<sup>407</sup>

Nun wurde die Abteilung Inneres beim Rat der Stadt etwas aktiver. Sie wandte sich zunächst erneut an den sowjetischen Stadtkommandanten, der dem Anliegen eine ebenso „höfliche“ wie „bestimmte Ablehnung“ erteilte, das Problem aber zumindest dem Oberkommando der GSSD mitteilte. Dieses lehnte eine Veränderung der Fahrschulstrecke ebenfalls ab, worauf versucht wurde, Frau R. in einer neuerlichen Aussprache zu veranlassen, ihre Eingabe als erledigt zu betrachten. Nachdem diese jedoch ankündigte, „alle weiteren Instanzen“ in Anspruch nehmen zu wollen, wurde nach Wegen zur Minderung der Belastungen gesucht. Pläne, die Übungsstrecke zu befestigen oder mit einem Sprengwagen zur Verhinderung übermäßiger Staubaufwirbelungen zu befeuchten, blieben jedoch in Ermangelung der nötigen Finanzmittel bzw. eines Sprengwagens ohne praktische Konsequenzen. Wie schon in vielen anderen Fällen, so zeigte sich auch hier der geringe Einfluss der kommunalen Verwaltung. Sobald es um Probleme mit der sowjetischen Truppenpräsenz ging,

---

404 Zitate aus Eingabe von H. K. an den Oberbürgermeister vom 19.7.1971. Vgl. auch die Eingaben von K. N. vom 19.7.1971 und vom 11.12.1974 in: SA Pdm. Nr. 3768, Bl. 87ff., 98f., 28f.

405 SA Pdm. Nr. 3768, Eingabe von U. R. vom 31.5.1972 an Abt. Inneres beim R.d.S. Potsdam, Bl. 13.

406 SA Pdm. Nr. 3768, Stellungnahme zum Schreiben der Abt. Eingaben des Büros des MR vom 16.4.1973 – Eingabe R. betreffend, Bl. 4.

407 SA Pdm. Nr. 3768, Eingabe von U. R. vom 16.1.1973, Bl. 12.

fand sie sich allzu oft zwischen allen Stühlen wieder. Neben dem verärgerten Bürger und den nur mäßig kooperativen sowjetischen Militärbehörden sind in diesem Zusammenhang auch die vorgesetzten Dienststellen auf Bezirks- und DDR-Ebene zu nennen, welche alles zu vermeiden trachteten, was auch nur den Eindruck von Missheiligkeiten im „brüderlichen“ deutsch-sowjetischen Verhältnis hätte erwecken können. So musste sich der Leiter der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Potsdam Müller dafür rechtfertigen, dass er in seinem Zwischenbescheid vom 5. Februar an die eingabeführende Frau R. „Bezug auf den sowj. Stadtkommandanten und übergeordnete Organe“ genommen hatte, was postwendend als „politisch nicht richtig“ gerügt wurde.<sup>408</sup>

Zu den eben genannten Problemen kamen schließlich die Gefährdungen durch den Schießplatz für Schützenwaffen auf dem Bornstedter Feld. Besitzer der angrenzenden Kleingärten vernahmen in den siebziger Jahren immer wieder „pfeifartige Geräusche“ in unmittelbarer Nähe oder berichteten über den Einschlag von Infanteriegeschossen in ihren Lauben. In mindestens zwei Fällen wurden DDR-Bürger dabei an Hand bzw. Rücken leicht bzw. schwer verletzt, weshalb das VPKA Potsdam bereits 1976 die Einstellung der Schießübungen wegen unzureichender Sicherheitstiefe des Schießplatzes gefordert hatte. Von sowjetischer Seite wurde daraufhin zugesagt, „durch entsprechende Sicherungsmaßnahmen in Zukunft derartige Vorkommnisse“ auszuschließen, was jedoch zumindest bis 1979 keine nachhaltige Verbesserung der Situation brachte.<sup>409</sup>

Obschon lediglich ein Bruchteil der Potsdamer Bevölkerung mit den geschilderten Begleiterscheinungen der sowjetischen Truppenpräsenz konfrontiert wurde, trugen diese auch über die unmittelbar betroffenen Stadtteile hinaus zur Reproduktion von Ressentiments gegenüber „den Russen“ bei. Nach Überwindung bzw. Unterdrückung der für die späten vierziger Jahre dokumentierten „Russenantipathie“ im Zuge einer breit angelegten Freundschaftspropaganda trugen öffentliche antisowjetische Äußerungen jedoch absoluten Ausnahmecharakter. Als Täter fielen dabei vor allem männliche Jugendliche und junge Erwachsene auf, die sich meist in alkoholisiertem Zustand antisowjetisch äußerten oder sowjetische Soldaten und Zivilpersonen tödlich angriffen. So bewarfen 14 deutsche Jugendliche im Alter zwischen 16 und 19 Jahren am Abend des 26. November 1984 Soldaten und Militärfahrzeuge in der Lennéstraße mit Monozellen und Pflastersteinen und beschimpften die Soldaten als „Russenschweine“, „blöde Russen“, „Schweinehunde“ und „Schweine“.

„Als Motive werden persönliche Verärgerung und Voreingenommenheit gegenüber sowjetischen Bürgern angegeben. Der Beschuldigte Sch. sagt z.B.: „Meine heute hier zum Ausdruck gebrachte negative Einstellung zu den sowjetischen Menschen und den Angehörigen der Sowjetarmee hat sich in mir nicht sporadisch, also plötzlich, gebildet, sondern wurde durch äußere Einflüsse, Gespräche auf der Straße, eigenes Erkennen der Lebensbedürfnisse einiger sowjetischer Menschen von mir aufgenom-

---

408 SA Pdm., Nr. 3768, Stellungnahme zum Schreiben der Abt. Eingaben des Büros des MR vom 16.4.1973 – Eingabe R. betreffend, Bl. 4f.

409 BLHA, Rep. 471/15.2. BDVP Potsdam Nr. 709, Stab/Abt. Information Sachstandsberichte 1978–1980, S. 1ff.

men und verarbeitet. Daraus hat sich dann nach und nach eine verachtende Einstellung zu diesen Menschen herausgebildet ...“<sup>410</sup>

In anderen Fällen wurden „an Personenkonzentrationspunkten (Kiosk, Haltestelle)“ Losungen angeschrieben, die sich wie etwa „Russen raus“ gegen die Präsenz der Sowjetarmee in der DDR richteten. Zum Teil verband sich mit dieser Forderung auch eine explizit rechtsradikale Gesinnung, wie bei der folgenden, im August 1985 in Potsdam-Babelsberg vorgefundenen Parole: „Ihr seid alle ein Problem – Russen raus, Sieg Heil!“<sup>411</sup>

Anders als in Jüterbog kam es jedoch auch mit dem Ende des SED-Regimes in Potsdam weder zu öffentlichen Protestdemonstrationen gegen die sowjetische Truppenpräsenz, noch zu offenen Konflikten zwischen Sowjetarmee einerseits sowie kommunalen und regionalen Behörden andererseits. Stattdessen wurde von den Offiziellen beider Seiten und in öffentlichen Veranstaltungen die „neue Freundschaft“ zu den „Sowjetmenschen“ betont. Neben aus DDR-Zeiten überkommenen Zeremonien wie gemeinsamen Kranzniederlegungen am sowjetischen Ehrenmal kam es nun auch zu den bereits in den fünfziger Jahren von der GDSF angeregten Einladungen sowjetischer Soldaten zum Weihnachtsfest bei deutschen Familien, welche als Ausdruck „herzliche[r] menschliche[r] Beziehungen“ gewertet wurden.<sup>412</sup>

Obschon dies freilich nicht bedeutet, dass es bis zum Abzug der letzten sowjetischen Soldaten aus Potsdam im Mai 1994 keine Probleme mehr im Zusammenhang mit der Truppenpräsenz gegeben hätte, können die deutsch-sowjetischen/russischen Beziehungen in Potsdam zwischen 1990 und 1994 als durchaus harmonisch bewertet werden. Betrachtet man im Vergleich dazu die Standorte Krampnitz sowie insbesondere Jüterbog und Umgebung, so erweist sich der Charakter Potsdams als Landeshauptstadt und Großstadt als prägender Faktor für die Beziehungen vor Ort und die Wahrnehmung der fremden Truppen in der Bevölkerung.

Aufgrund der für die Masse der Potsdamer Bevölkerung gegebenen relativ großen räumlichen Distanz zu den sowjetischen Kasernen trugen die nicht selten mit propagandistischer Absicht organisierten offiziellen deutsch-sowjetischen Veranstaltungen viel stärker zur Prägung des Bildes von den sowjetischen Truppen in der Bevölkerung bei, als dies bei unmittelbarer Nachbarschaft und den damit verbundenen Belastungen und Problemen möglich gewesen wäre.

#### 4.4 Die „Waffenbrüderschafts“-Beziehungen zwischen GSSD und NVA als Sonderfall

Das für alle gesellschaftlichen Bereiche gültige Postulat der deutsch-sowjetischen Freundschaft fand in den bewaffneten Organen der DDR und insbesondere der Nationalen Volksarmee seine Entsprechung in der „Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den ande-

---

410 BLHA, Rep. 471/15.2. BDVP Potsdam Nr. 776, Stab/ Abt. Information Sachstandsberichte 1984, S. 1ff.

411 BStU, AKG Potsdam 196 Abt. IX.

412 Zitate aus dem Grußwort von Manfred Stolpe zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion am 22.6.1991 in: Matweij Burlakow, Wir verabschieden uns als Freunde. Der Abzug – Aufzeichnungen des Oberkommandierenden der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, Bonn u.a. 1994, S. 68f.



ren Bruderarmeen<sup>413</sup> des Warschauer Vertrages. Punkt 1 der „Waffenbrüderschaftsordnung“ vom 20. September 1983 lautete dementsprechend:

„Die Waffenbrüderschaft der Bruderarmeen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft ist die Verkörperung des proletarischen Internationalismus im militärischen Bereich. Sie ist ein neuer Typ der Zusammenarbeit zwischen den Bruderarmeen, der als Ergebnis der Entwicklung unserer Staatengemeinschaft und als Folge der neuen sozialpolitischen Beziehungen zwischen gleichberechtigten Völkern herangereift ist. Sie ist Teil der gesamten politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Zusammenarbeit der Bruderstaaten und ihrer Armeen und wird durch tiefe, brüderliche Verbindungen zwischen ihnen charakterisiert, die alle Seiten ihres Lebens und ihrer Tätigkeit erfassen.“<sup>414</sup>

Gleichzeitig sollte sie sowohl „ein Wesenszug des Klassen- und Staatsbewusstseins der sozialistischen Soldatenpersönlichkeit als auch eine dem sozialistischen militärischen Klassenkämpfer wesenseigene politisch-moralische Grundhaltung“ sein. Die der Waffenbrüderschaft beigemessene hohe Bedeutung findet ihren Ausdruck nicht zuletzt darin, dass zwischen 1962 und 1990 jeder NVA-Angehörige im Fahneid explizit auf die Waffenbrüderschaft verpflichtet wurde.<sup>415</sup>

Gleichzeitig gehört die deutsch-sowjetische Waffenbrüderschaft zu den „erfundenen Traditionen“,<sup>416</sup> die über das Nationalkomitee Freies Deutschland, die internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg bis hin zum Einsatz „deutscher Internationalisten“ in den russischen Interventions- und Bürgerkriegen 1918–1922,<sup>417</sup> ja mitunter sogar bis zur Konvention von Tauroggen 1812 und dem russisch-preußischen Bündnis gegen Napoleon in die Geschichte zurückprojiziert wurde.

Obschon die propagierte Waffenbrüderschaft prinzipiell alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages einbezog, lag der eindeutige Schwerpunkt der Propaganda ebenso wie der praktischen Zusammenarbeit auf den Beziehungen zur Sowjetarmee und insbesondere den in der DDR stationierten sowjetischen Truppen. Das verdeutlicht auch die Rede von Verteidigungsminister Willi Stoph am 8. Oktober 1956 vor dem Oberkommando der GSSD in Wünsdorf, in der er die Vorbildrolle der „ruhmreichen Sowjetarmee“ unterstrich und bekundete, „gemeinsam mit ihren heldenhaften Kämpfern und in unverbrüchlicher Waffenbrüderschaft mit den Armeen der volksdemokratischen Staaten“ die „Arbeiter-und-Bauern-

---

413 Lothar Pluntke, Die feste sozialistische Waffenbrüderschaft zwischen NVA und Sowjetarmee – eine wichtige moralische Triebkraft für das Handeln der NVA-Angehörigen beim militärischen Schutz des Sozialismus, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die unverbrüchliche Waffenbrüderschaft zwischen der Nationalen Volksarmee und der Sowjetarmee. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz an der Militärakademie „Friedrich Engels“, Dresden 1967, S. 21–29, S. 21.

414 AMBI. B13-2/1, Ordnung Nr. 030/9/007 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Festigung der Waffenbrüderschaftsbeziehungen zwischen der Nationalen Volksarmee und den Bruderarmeen der sozialistischen Gemeinschaft – Waffenbrüderschaftsordnung – vom 20. September 1983, S. 1.

415 Pluntke, Die feste sozialistische Waffenbrüderschaft zwischen NVA und Sowjetarmee, S. 22. Bereits der zweite Satz des Fahneides lautete: „Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat der nationalen Volksarmee jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und mein Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen.“

416 Hobsbawm, Das Erfinden von Traditionen.

417 Kokott, Waffenbrüderschaft, S. 19.

Macht“ schützen, „gegen jede Aggression“ verteidigen und damit den Frieden sichern zu wollen, um am Ende seiner Rede auszurufen: „Es lebe die unverbrüchliche deutsch-sowjetische Freundschaft! Es festige [sic!] und erstarke die Waffenbrüderschaft zwischen der Sowjetarmee und der Nationalen Volksarmee!“<sup>418</sup> Demgegenüber waren die anderen Bruderarmeen von nachrangiger Bedeutung.

Erstreckten sich die Beziehungen zur Sowjetarmee zu diesem Zeitpunkt vor allem auf zum Teil massive sowjetische Rüstungs-, Ausbildungs- und Beratungsleistungen beim Aufbau der NVA und ihrer Vorläuferorganisationen, so setzte die systematische Propagierung der Waffenbrüderschaft erst ab Mitte der sechziger Jahre ein. 1964 wurde im Ministerium für Nationale Verteidigung erstmals ein Perspektivplan zur weiteren Festigung der Waffenbrüderschaft zwischen NVA und GSSD erarbeitet, der den Erfahrungsaustausch zwischen Kommandeuren, Gastspiele von Musik- und Tanzensembles, gemeinsame Kulturveranstaltungen und Exkursionen sowie den Austausch von Informations- und Presse material vorsah. Auf Militärbezirks- und Verbandsebene sollte weiterhin festgelegt werden, welcher NVA mit welchem GSSD-Truppenteil Patenschaftsbeziehungen eingehen sollte. Diese wurden allgemein durch die „Waffenbrüderschaftsordnung“ der NVA und konkret für den einzelnen Truppenteil durch halbjährlich zu erarbeitende Arbeitspläne geregelt.<sup>419</sup>

Die so genannte Waffenbrüderschaftserziehung diente dabei zwei wesentlichen Zwecken. Erstens sollte sie durch systematischen Erfahrungsaustausch zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft beitragen und zweitens das Gefühl der Verbundenheit mit der Sowjetarmee und den anderen WVO-Armeen sowie die „Siegeszuversicht, den Optimismus und das Bewusstsein von der Gerechtigkeit des militärischen Klassenauftrages“ fördern.<sup>420</sup>

Neben den auf die gesamte DDR-Gesellschaft zielenden Propagandamaßnahmen anlässlich gemeinsamer Truppenübungen oder der ab 1968 alljährlich zwischen dem 23. Februar und dem 1. März stattfindenden „Woche der Waffenbrüderschaft“ bildeten die Patenschaften zum „Regiment nebenan“ das Kernstück der Waffenbrüderschaftserziehung.

Das Spektrum der in diesem Rahmen durchgeführten Veranstaltungen umfasste gemeinsame Feiern der Stabsoffiziere zu den einschlägigen Jahrestagen, Freundschaftstreffen von GSSD- und NVA-Soldaten aller Grade, gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen und Leistungsvergleiche, den Austausch von Referenten, die gegenseitige Hilfe bei der Instandhaltung von Militärtechnik, gemeinsame Arbeitseinsätze z.B. bei der Obsternte sowie gemeinsame Freizeitaktivitäten wie Exkursionen, sportliche Wettkämpfe sowie – allerdings nur für Offiziere – Jagdausflüge.

Wie sich dies konkret gestalten konnte, soll im Folgenden kursorisch am Beispiel der Beziehungen des Nachrichtenbataillons 1 in Potsdam-Eiche mit einem sowjetischen Nachricht-

---

418 BA-MA, VA-01/2020 MfNV Sekretariat des Ministers, Ansprache in Wünsdorf aus Anlass des 7. Jahrestages der Gründung der DDR am 8.10.1956, Bl. 98.

419 AMBl. B7-8, Perspektivplan des MfNV zur weiteren Festigung der Waffenbrüderschaft vom 13.11.1964, Bl. 1f. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich die „Waffenbrüderschaftsordnung“ von 1965 auf alle Armeen des Warschauer Vertrages bezog, während die von 1969 ausschließlich die Waffenbrüderschaft zur Sowjetarmee thematisierte.

420 Ebd., Bl. 1. Ernst Hampf (Red.), Handbuch für politische Arbeit in Truppenteilen und Einheiten der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR. Inhaltliche und methodische Hinweise für Kommandeure, Politarbeiter und Funktionäre der Partei- und Massenorganisationen, Berlin 1978, S. 103. WVO = Warschauer Vertragsorganisation

tenbataillon in Jüterbog bzw. Elstal gezeigt werden. Nach der Schilderung des unter anderem als Stellvertreter des Kommandeurs für politische Arbeit (StKPA) fungierenden Berufsoffiziers Christoph Maiwald können die Patenschaftsbeziehungen zumindest in diesem Fall als ausgesprochen eng bezeichnet werden. Neben den üblichen Besuchen von Delegationen zu Jahrestagen, Freundschaftstreffen oder Vorträgen zu Themen wie „Die Leistungen der Sowjetarmee im Leninjahr“ gab es relativ regelmäßig gemeinsame Feldlager und Komplexausbildungen mit den sowjetischen Nachrichtensoldaten, bei denen Erfahrungen ausgetauscht wurden und der jeweilige Leistungsstand verglichen werden konnte. Gleichzeitig ergaben sich daraus auch interessante, zum Teil auch verstörende Einblicke in die sowjetische Truppenpraxis, etwa in Hinblick auf den Umgang mit Waffen und Munition, wie sie Maiwald von gemeinsamen Schießübungen berichtet:

„Na, die Kameraden, die waren da mit Munition [nicht] wie bei uns, ja, also jeder Schuss hinblättern, jeder Schuss zurückrechnen, da wurde die Munition mit 'm Stahlhelm verteilt, ja? Rinjeschipppt, und Hosentasche uff, und Magazine voll, und tattatattatata, dann jing's los. Die ham da keene Schießklatte jeführt. Die hatten da keine solche Bedenken. Für uns war das immer schreckhaft direkt, ja?“<sup>421</sup>

Dazu kam die gegenseitige Hilfe etwa durch Bereitstellung von Ersatzteilen und Reparaturleistungen oder wie 1968, als der damalige in Jüterbog stationierte Patentruppenteil zur Niederschlagung des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei weilte, durch Versorgungs- und Betreuungsleistungen für die in der DDR zurückgebliebenen sowjetischen Soldatenfamilien.

Waren daran NVA-Angehörige aller Dienstgrade beteiligt, so blieben gemeinsame gesellige Veranstaltungen und/oder Jagdausflüge in der Regel Stabsoffizieren und Generalen vorbehalten. Einfache Soldaten spielten dabei allenfalls eine Statistenrolle als Kellner bzw. Treiber. In der Erinnerung von Christoph Maiwald liefen die in den Sonderjagdgebieten der GSSD veranstalteten Jagden etwa so ab:

„...da wurden Jewehre verteilt, Jachtjewehre, krichte so'n Bündel Patronen um' Bauch, da hat keiner jefracht ‚Schon mal jeschossen?‘ oder... So, dann wurde vor der Kommandantur anjetreten, früh, ‚du du du du du‘ in Russisch, dann wurde jesacht, wo die Jachtgrenzen sind und auf was jeschossen wird heute, und dann stiegen hundert Soldaten auf'n LKW, die spielten den Hund, die mussten durch die Büsche loofen und denn Radau machen, und wir standen anner Kante und ham alles abjemäht, was vorbei kam. So lief das ab. Und anschließend wurde jesoffen bis zum hellen Morgen, ja.“<sup>422</sup>

Regelmäßige und intensivere persönliche Kontakte zwischen GSSD- und NVA-Angehörigen blieben somit in der Regel auf die Offizierkorps beider Seiten, wenn nicht sogar auf die Kommandeure und Politstellvertreter der Patentruppenteile beschränkt. Daraus ergaben sich zwei Probleme: Zum einen führte der häufige Kaderwechsel durch Versetzungen immer wieder zur Stagnation oder Unterbrechung der Beziehungen,<sup>423</sup> zum anderen war

---

421 VA-05/32837, Nachrichtenbataillon 1, Chronik 1966/67–1971/72. Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 12 (Zitat) und 15.

422 Interview mit Christoph Maiwald\*, S. 17.

423 Vgl. für Beziehungen des NB-1 zum sowjetischen NB 347 BA-MA, (AZN) VA-10-21198 Nachrichtenbataillon 1, Chronik NB-1 1.11.1980–31.10.1983, Bl. 4.

die Waffenbrüderschaft so nur für einen relativ kleinen Teil der Soldaten persönlich erlebbar.

Die diesbezüglichen Umfrageergebnisse des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung waren ernüchternd. So gaben 1969 mehr als zwei Drittel der befragten Wehrpflichtigen an, noch nie an einem Freundschaftstreffen mit sowjetischen Soldaten teilgenommen zu haben. Lediglich ein Zehntel erklärte, mehr als einmal an derartigen Veranstaltungen beteiligt gewesen zu sein. Damit hatten die Wehrpflichtigen, die doch im Geiste der Waffenbrüderschaft erzogen werden sollten, deutlich weniger Kontakt zu sowjetischen Soldaten als der Bevölkerungsdurchschnitt und die Belegschaften der untersuchten Betriebe.

ZIJ „Umfrage 69“ vom Oktober 1969. Frage 16: „Haben Sie an Freundschaftstreffen mit Sowjetsoldaten, die in der DDR stationiert sind, teilgenommen?“ (Angaben in Prozent) <sup>424</sup>			
	Wehrpflichtige	Bevölkerungsdurchschnitt	Betriebe
Ja, einmal	16,7	16,3	18,0
Ja, mehrmals	10,6	19,1	19,8
Nein	72,2	63,0	61,1
Ohne Angaben	0,5	1,6	1,1

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die Angaben der Wehrpflichtigen sich lediglich auf die eineinhalbjährige Dauer ihres Wehrdienstes bezogen, wird mehr als deutlich, dass die Waffenbrüderschaft für den überwiegenden Teil der NVA-Angehörigen persönlich nicht erlebbar war. Obschon dieses Problem bereits 1965 unter anderem in einer Analyse der Politischen Verwaltung des Kommandos Luftstreitkräfte/Luftverteidigung erkannt worden war,<sup>425</sup> bestand es bis zum Ende von DDR und NVA praktisch unverändert fort.

Freundschaftstreffen mit persönlichen deutsch-sowjetischen Begegnungen hatten im Alltag des einzelnen Wehrpflichtigen oder Zeitsoldaten den Charakter einmaliger Veranstaltungen, bei denen man freundlich miteinander umging, sich aber letztlich schon aufgrund der Sprachbarriere fremd blieb. Trotz obligatorischen Russischunterrichts in der Schule waren die Sprachkenntnisse derart begrenzt, dass tief schürfende Gespräche nicht zustande kamen oder wie 1988 bei einem Freundschaftstreffen am Ausbildungszentrum 10 in Schneeberg englisch gesprochen wurde.<sup>426</sup>

Insgesamt blieb die Waffenbrüderschaft daher – ähnlich wie die deutsch-sowjetische Freundschaft – in erster Linie ein gebetsmühlenartig beschworenes Konstrukt der Propaganda, das für den Truppenalltag nur sehr geringe Prägekraft besaß.

424 Heinz Niemann, Hintern Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – Die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin 1995, S. 254.

425 BA-MA, PV des Kdo LSK/LV VVS Analyse der Öffentlichkeitsarbeit und der Zusammenarbeit mit den Bruderarmeen im 1. AHJ 1965/66, wo auf Bl. 77 hervorgehoben wird: „Eines der entscheidenden Probleme, das nach wie vor nicht gelöst ist, besteht darin, daß ein großer Teil der Armeeinghörigen nicht die Möglichkeit hat, die Waffenbrüderschaft persönlich zu erleben.“

426 Erlebnis des Autors.

## 5. Schlussfolgerungen

Die vorliegende Untersuchung analysierte den Umgang der ostdeutschen Gesellschaft mit der Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR auf der offiziell-propagandistischen, institutionellen und privaten Ebene. Der Fokus lag insbesondere auf dem Spektrum der Erfahrungen sowie den Beziehungen und Konflikten zwischen Aufnahmegesellschaft und fremden Streitkräften. Dabei wurde der propagandistische Anspruch der „grauen“ Wirklichkeit der sowjetischen Präsenz gegenübergestellt. Deren vergleichende Betrachtung verdeutlicht vor allem die Diskrepanz zwischen ideologisch überhöhter Theorie der deutsch-sowjetischen Freundschaft und heroisierender Darstellung der sowjetischen Soldaten einerseits und einer primär durch Abschottung, formalisierte Rituale sowie mannigfache Probleme und Konflikte an den Standorten gekennzeichneten sozialen Praxis im Umgang der DDR-Gesellschaft mit den sowjetischen Fremden andererseits. Die Erfahrungen, Beziehungen und Konflikte variierten dabei je nach Erlebniswelt, räumlicher Distanz und politisch-sozialem Milieu der Akteure.

Das im öffentlichen Raum dominante Propagandabild vom vorbildlichen „Sowjetmenschen“ und „unverbrüchlicher deutsch-sowjetischer Freundschaft“ fand daher sehr unterschiedliche Resonanz. Während die gebetsmühlenartig wiederholten Rituale und Propagandafloskeln in weiten Bevölkerungsteilen zumindest oberflächlich eine selbstverständliche Akzeptanz des Topos der „deutsch-sowjetischen Freundschaft“ bewirkten, wurden angesichts der mit der sowjetischen Truppenpräsenz einhergehenden Begleiterscheinungen gerade bei der in unmittelbarer Nähe sowjetischer Standorte lebenden Bevölkerung tradierte Negativstereotypen reproduziert. Fremdheit erwies sich hier immer wieder als ein Beziehungsverhältnis, das sich durch Nähe eher noch intensivierte. Der offiziellen Freundschaftspropaganda stand man hier folglich deutlich kritischer gegenüber als an Orten, wo lediglich die imaginierte Freundschaft zu abstrakten „Sowjetmenschen“ in Ritualen und Feiertagsreden gepflegt wurde.

Andererseits erweist sich das Spektrum der deutsch-sowjetischen Beziehungen gerade an den Militärstandorten als deutlich breiter, als es die weitgehend von den Autochthonen separierte Existenz der sowjetischen Soldaten vordergründig vermuten ließe. Neben den offiziellen Beziehungen mit hochgradig propagandistischem Charakter kam es zu lokalen Symbiosen als einer „eigen-sinnigen“ Form praktizierter deutsch-sowjetischer Freundschaft, die zum Teil durch den fließenden Übergang in Schattenwirtschaft und Kriminalität gekennzeichnet waren.

Die mit den Begleiterscheinungen der Truppenpräsenz und den deutsch-sowjetischen Beziehungen am Standort verbundenen Probleme und Konflikte stellten dabei insbesondere für die Partei- und Staatsorgane der DDR eine Kalamität dar. Da das SED-Regime von Anfang an eng an die sowjetische Besatzungsmacht gebunden war, bildete die Freundschaftspropaganda ein wesentliches Element seiner Herrschaftslegitimation. Die damit unmittelbar verbundene Glorifizierung der Sowjetarmee ging jedoch einher mit der Tabuisierung von Missständen und Negativerfahrungen. Gegenüber der nach „besonderen Vorkommnissen“ verärgerten Bevölkerung ergaben sich daraus erhebliche Argumentationsprobleme. Zu offenkundig stellte die Praxis der sowjetischen Truppenpräsenz in der DDR deren formal zugestandene Souveränität in Frage, während ihren Behörden Unfähigkeit oder gar fehlen-

der Mut zur Durchsetzung von berechtigten Bevölkerungsinteressen gegenüber den sowjetischen Truppen attestiert wurde. Obschon die trianguläre Beziehungsstruktur zwischen Regime, Bevölkerung und sowjetischen Truppen insgesamt eine hohe Dynamik wechselnder Bündnisse und Konfliktlinien aufwies, fanden sich insbesondere die lokalen und regionalen Partei- und Staatsorgane daher immer wieder in der undankbaren Rolle einer „Ventilinstitution“ wieder, die den Unmut der Bevölkerung deutlich stärker zu spüren bekam als die sowjetischen Truppen selbst.

Die Beziehungen und Konflikte zwischen DDR-Gesellschaft und sowjetischen Truppen hatten daher unmittelbare Auswirkungen auf die Herrschaftslegitimation des SED-Regimes. Gleichzeitig stellen sich die wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen als derart facettenreich dar, dass sie sich einer pauschalisierenden Bewertung entziehen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die interkulturelle Begegnung mit den „sowjetischen Freunden“ aufgrund ihrer tiefen Ambivalenzen jenseits der Propaganda wohl kaum als „Erfolgsstory“ bezeichnet werden kann.